



Beteiligungsbericht

Stadt Brandenburg an der Havel

über das

Geschäftsjahr 2010

Herausgeber: Stadt Brandenburg an der Havel
Die Oberbürgermeisterin

Vorgelegt von: Oberbürgermeisterin Dr. Dietlind Tiemann

Redaktion: Fachgruppe Beteiligungen, Steuern und Abgaben

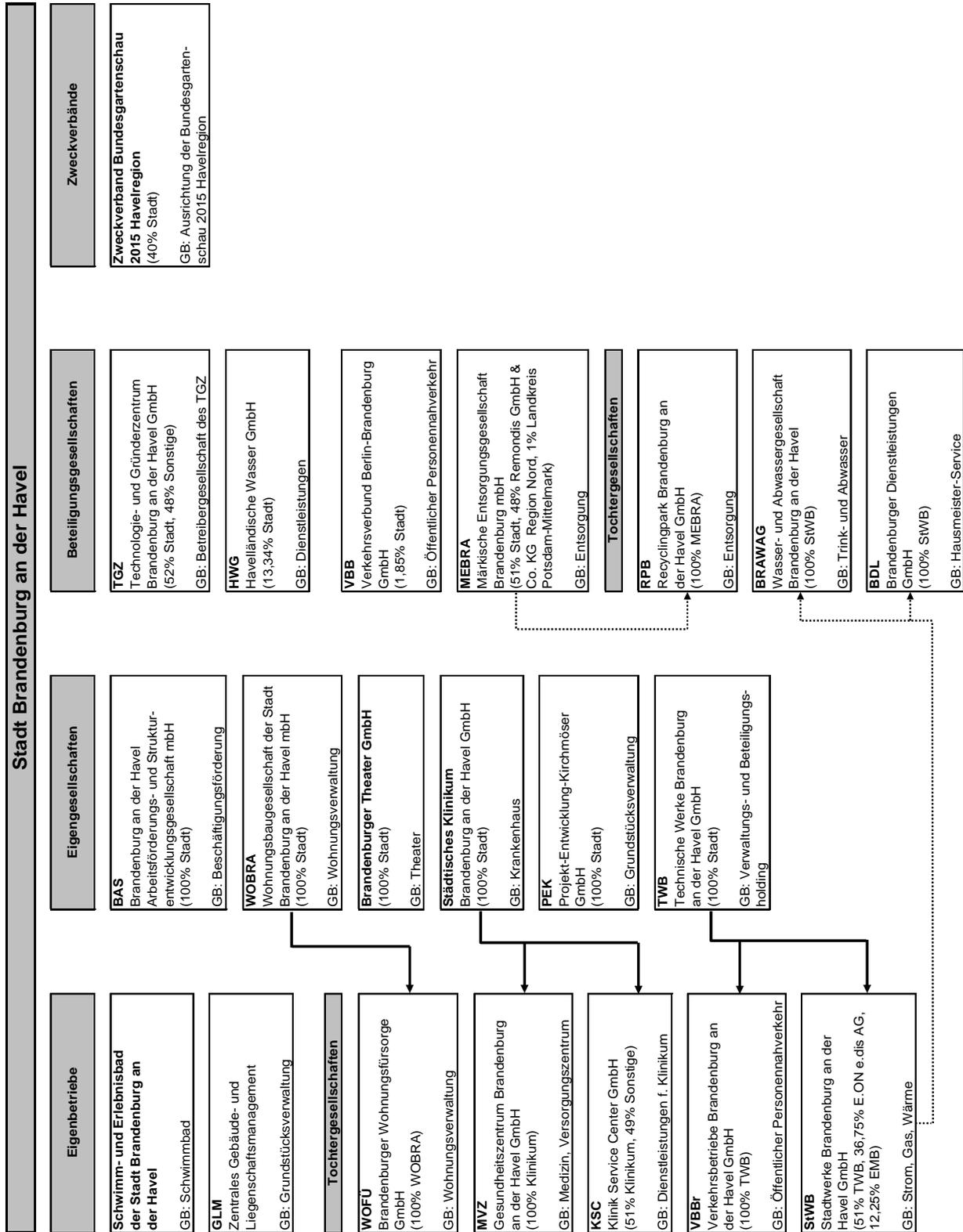
Redaktionsschluss: 31.12.2011

Inhaltsverzeichnis

I.	Graphische Darstellung der städtischen Unternehmen und Beteiligungen.....	3
I.1	Rechtliche Grundlagen.....	4
I.2	Wirtschaftlichkeit kommunaler Unternehmen.....	5
I.3	Verflechtung mit dem städtischen Haushalt.....	6
I.4	Übersicht über die Wirtschaftsprüfer der Eigenbetriebe sowie Eigen- und Beteiligungsgesellschaften.....	8
II.	Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Brandenburg an der Havel nach Branchen.....	9
III.1	Eigenbetriebe.....	11
III.1.1	Schwimm- und Erlebnisbad der Stadt Brandenburg an der Havel.....	12
III.1.2	Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement.....	18
III.2	Eigengesellschaften.....	26
III.2.1	WOBRA Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH....	27
III.2.1.1	Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH.....	39
III.2.2	Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH.....	46
III.2.2.1	KSC Klinik Service Center GmbH.....	57
III.2.2.2	Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH.....	64
III.2.3	Brandenburger Theater GmbH.....	73
III.2.4	Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH (TWB).....	81
III.2.4.1	Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH.....	90
III.2.4.2	Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH.....	98
III.2.4.2.1	BRAWAG GmbH Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel.....	108
III.2.4.2.2	BDL Brandenburger Dienstleistungen GmbH.....	115
III.2.5	BAS Brandenburg an der Havel Arbeitsförderungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft mbH.....	123
III.2.6	PEK Projekt-Entwicklung-Kirchmöser GmbH.....	132
III.3	Beteiligungsgesellschaften.....	137
III.3.1	Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH.....	138
III.3.2	MEBRA Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH.....	146
III.3.2.1	Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH.....	155
III.3.3	VBB Verkehrsbund Berlin-Brandenburg GmbH.....	161
III.3.4	HWG Havelländische Wasser GmbH.....	173

III.4	Zweckverbände.....	180
III.4.1	Zweckverband Bundesgartenschau 2015 Havelregion.....	181
IV.	Abkürzungsverzeichnis.....	I
V.	Erläuterungen.....	IV

I. Graphische Darstellung über die Eigenbetriebe, Eigen- und Beteiligungsgesellschaften und des Zweckverbandes der Stadt Brandenburg an der Havel



I.1. Rechtliche Grundlagen

Gemäß § 98 Nr. 3 BbgKVerf hat die Beteiligungsverwaltung einen Beteiligungsbericht vorzubereiten und zu erstellen.

Der Beteiligungsbericht der Stadt Brandenburg an der Havel umfasst alle unmittel- und mittelbaren städtischen Gesellschaften, Beteiligungen und Zweckverbände.

Die wirtschaftlichen Daten der Unternehmen basieren auf den Jahresabschlüssen des Geschäftsjahres 2010. Die Zeitreihenvergleiche beziehen sich im Wesentlichen auf die Jahre 2008-2010.

Als wirtschaftliche Betätigung definiert § 91 Abs. 1 Satz 1 BbgKVerf das Herstellen, Anbieten oder Verteilen von Gütern, Dienstleistungen oder vergleichbaren Leistungen, die ihrer Art nach auch mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnten.

Voraussetzung für die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde ist demnach, dass ein **öffentlicher Zweck** dies rechtfertigt und die Betätigung nach Art und Umfang in einem **angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit** der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht.

Die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg, insbesondere § 92 BbgKVerf, ermöglicht der Gemeinde die Gründung von Unternehmen zur wirtschaftlichen Betätigung oder die Beteiligung an solchen Unternehmen. Die dazu notwendigen Voraussetzungen sind in § 91 und in § 92 BbgKVerf definiert.

Rechtsformen der wirtschaftlichen Betätigung der Stadt Brandenburg an der Havel:

Eigenbetrieb

Der Eigenbetrieb stellt ein aus der Verwaltung ausgegliedertes Sondervermögen dar mit eigener Verfassung (Betriebssatzung) und eigenem Rechnungswesen (kaufmännisches Rechnungswesen), jedoch ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

Der Eigenbetrieb verfügt einerseits über besondere Leitungs- und Kontrollorgane (Werkleitung und Werksausschuss), untersteht andererseits der Stadtverordnetenversammlung und der Oberbürgermeisterin als Verwaltungschefin. Die Gemeinde haftet für den Eigenbetrieb unmittelbar und unbeschränkt.

Eigengesellschaft

Eigengesellschaften sind Unternehmen der Gemeinde in der privaten Rechtsform einer GmbH oder AG (nicht in der Stadt Brandenburg an der Havel), deren Anteile in ihrer Gesamtheit einem Gesellschafter, hier der Stadt, gehören.

Beteiligungsgesellschaft

Beteiligungsgesellschaften sind Unternehmen der Gemeinde in der privaten Rechtsform einer GmbH oder AG (nicht in der Stadt Brandenburg an der Havel), an denen diese mit unterschiedlichen Geschäftsanteilen, jedoch unter 100% beteiligt ist.

Zweckverband

Gemeinden und Gemeindeverbände können sich zu Zweckverbänden zusammenschließen, um einzelne Aufgaben, zu deren Wahrnehmung sie berechtigt oder verpflichtet sind, gemeinsam zu erfüllen (Freiverband); für Pflichtaufgaben können sie auch zusammengeschlossen werden (Pflichtverband, § 4 Absatz 1 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg – GKG).

Der Zweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Er verwaltet seine Angelegenheiten im Rahmen der Gesetze unter eigener Verantwortung (§ 5 Absatz 1 GKG).

Die Rechtsverhältnisse des Zweckverbandes werden im Rahmen des GKG durch eine Verbandssatzung geregelt (§ 7 GKG).

I.2. Wirtschaftlichkeit kommunaler Unternehmen

Die städtischen Gesellschaften nehmen eine Vielzahl von Aufgaben wahr. Diese reichen von der Versorgung der Bevölkerung mit Energie, der Entsorgung von Abfällen über die Bereitstellung des Öffentlichen Personennahverkehrs bis hin zu Angeboten im Kultur- und Freizeitsektor sowie den Stadtumbau und die Bereitstellung von Gewerbeflächen und Büroräumen für Existenzgründer.

Die Wahrnehmung von Aufgaben der Stadt Brandenburg an der Havel durch kommunale Unternehmen, Unternehmensbeteiligungen und Eigenbetriebe hat deutliche Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Wirtschaft unserer Stadt und stellt einen erheblichen Wirtschaftsfaktor dar. Folgende Übersichten sollen das nochmals verdeutlichen:

Entwicklung Beschäftigte des Stadtkonzerns						
	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Marienbad	10	9	8	8	7	7
WOBRA	54	42	39	39	40	40
Klinikum	964	942	959	965	991	995
BT	98	103	98	98	98	100
TWB	4	5	5	5	5	5
VBBr	171	152	147	144	143	143
BRAWAG	65	49	49	50	47	44
Wofü	18	17	16	14	14	14
StWB	141	139	138	132	132	134
BAS (Stammpersonal)	13	13	13	13	13	13
MEBRA	116	121	112	132	94	87
RPB	22	25	23	24	19	0
GLM	78	75	73	94	91	91
TGZ	4	4	4	4	5	7
BDL	41	42	47	52	58	58
PEK	5	5	5	5	5	5
KSC	292	296	307	306	328	336
MVZ	11	16	19	36	67	79
BUGA	0	0	0	0	0	2
Gesamt	2.097	2.046	2.054	2.113	2.150	2.153

Abb. 1 - Entwicklung Beschäftigte per 31.12. des Geschäftsjahres

Investitionen des Stadtkonzerns						
	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Marienbad	14	12	11	19	12	32
WOBRA	3.375	2.891	18.596	3.866	6.107	11.531
Klinikum	1.756	2.370	4.479	9.946	8.641	32.211
BT	136	291	86	114	171	131
TWB	7	14	4	3	1	5
VBBr	1.312	149	529	503	497	762
BRAWAG	1.607	3.772	3.005	2.921	2.480	5.557
Wofü	38	45	4	0	3	2
StWB	3.767	3.658	3.042	2.880	5.775	6.142
BAS	107	130	18	45	89	95
MEBRA	361	585	110	189	597	167
RPB	231	1.696	305	5	9	15
GLM	63	38	22	150	82	62
TGZ	3	10	9	35	21	235
BDL	119	92	106	162	373	152
PEK	8	3	3	1	0	0
KSC	81	33	65	35	40	90
MVZ	203	67	10	178	459	129
BUGA	0	0	0	0	0	9
Gesamt	13.188	15.856	30.402	21.052	25.357	57.327

Abb. 2 - Investitionen kommunaler Unternehmen (Angaben in T€)

I.3. Verflechtung mit dem städtischen Haushalt

Die Unternehmen haben einen öffentlichen Zweck zu erfüllen und müssen oftmals auch den politischen Vorgaben Rechnung tragen. Somit ist ein kostendeckendes Wirtschaften oft nicht möglich und die Unternehmen sind auf Zuschüsse seitens der Stadt angewiesen. Die Bezuschussung erfolgt in der Regel als Ertrags- oder auch Investitionszuschüsse.

Abflüsse aus dem Haushalt

a) Ertragszuschüsse

Die Erfüllung von öffentlichen Aufgaben, die oft aus politischen oder rechtlichen Gründen nicht kostendeckend wahrgenommen werden können, begründet in der Regel die Zahlung von Zuschüssen. Da die Aufgabenverantwortung letztlich bei der Stadt verbleibt, hat diese die Fehlbeträge der Gesellschaften anteilmäßig oder in Gänze auszugleichen. In diesen Fällen kann die Stadt lediglich darauf hinwirken, dass die Unternehmen möglichst wirtschaftlich arbeiten und die Kostendeckung erhöht wird.

Der größte Bedarf an Zuschüssen besteht nach wie vor bei der Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH (VBBr) und der Brandenburger Theater GmbH (BT).

b) Investitionszuschüsse

Neben der Fehlbetragsfinanzierung besteht seitens der Stadt auch die Möglichkeit kommunale Unternehmen bei fehlender wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit direkt bei der Realisierung größerer Bauvorhaben oder Investitionen durch finanzielle Zahlungen zu unterstützen.

Zuflüsse zum Haushalt

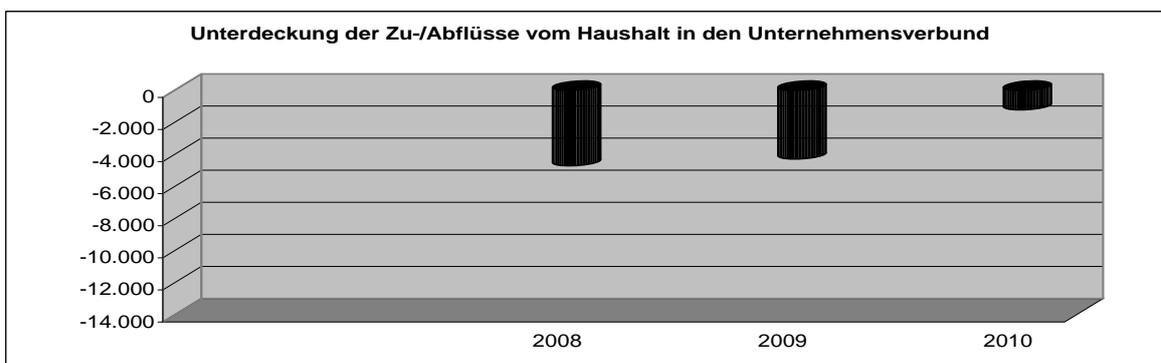
a) Gewinnanteile/Kapitalentnahmen aus verbundenen Unternehmen

Auf Beschluss der Gesellschafterversammlung können die durch Unternehmen erwirtschafteten Gewinne, an denen die Stadt beteiligt ist, in voller Höhe oder teilweise ausgeschüttet und dem Haushalt der Stadt Brandenburg an der Havel zugeführt werden. Weiterhin besteht für die Gesellschafterin die Möglichkeit der Kapitalentnahme.

b) Konzessionsabgaben

Konzessionsabgaben bilden eine der Haupteinnahmequellen der Stadt aus dem Stadtkonzern.

Geldflüsse zwischen Unternehmensverbund und Stadt			
Zuschüsse der Stadt an die Gesellschaften in T€	2008	2009	2010
Technische Werke Brandenburg (Zahlungen für den ÖPNV)	5.400	5.315	5.338
Brandenburger Theater (Zuschuss Stadt)	3.781	3.731	3.731
Brandenburger Theater (FAG-Mittel)	1.475	1.475	1.475
BAS Arbeitsförderung- und Strukturanpassungsgesellschaft	780	602	491
Technologie- und Gründerzentrum	140	140	135
Eigenbetrieb Marienbad (inkl. Investitionszuschuss)	1.175	826	900
Fähre Neuendorf (Zahlungen für den ÖPNV)	33	45	42
GLM (Zuschuss Liegenschaften und Forsten)	530	450	440
WOBRA (Altschuldendienst/Leistung BAVARIA)	2.786	2.763	1.500
Abflüsse aus dem Haushalt insgesamt:	16.100	15.346	14.052
Zuwendungen Land in T€	2008	2009	2010
Zuwendungen Land für VBB	2.093	2.093	2.292
Landesmittel Theater (direkte Zuweisung an Theater)	1.521	1.480	1.590
Zuschuss FAG (Finanzausgleichsgesetz) an Theater	1.475	1.475	1.475
Zuwendungen Land gesamt	5.090	5.048	5.357
Rückflüsse von den Gesellschaften in T€	2008	2009	2010
Gewinnanteile/Kapitalentnahmen aus verbundenen Unternehmen	4.138	3.904	4.669
Konzessionsabgaben in T€			
StWB Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH	1.980	1.965	2.662
E.dis	185	149	145
EMB	8	9	9
Zuflüsse zum Haushalt insgesamt in T€	11.401	11.074	12.841
Differenz Zuflüsse/Abflüsse in T€	-4.700	-4.272	-1.211



I.4. Übersicht über die Wirtschaftsprüfer kommunaler Unternehmen

	2006	2007	2008	2009	2010
Marienburg	Scherbarth, Hergaden & Partner GbR	Scherbarth, Hergaden & Partner GbR	ACCO GmbH	ACCO GmbH	ACCO GmbH
GLM	WIKOM AG	WIKOM AG	WIKOM AG	Dr. Röhricht- Dr. Schillen OHG	Dr. Röhricht- Dr. Schillen OHG
WOBRA	BPG Berlin	BPG Berlin	BPG Berlin	BPG Berlin	BPG Berlin
Wofü	BPG Berlin	BPG Berlin	BPG Berlin	BPG Berlin	BPG Berlin
Klinikum	KPMG	KPMG	KPMG	RöverBrönnner GmbH & Co. KG	RöverBrönnner GmbH & Co. KG
KSC	KPMG	KPMG	KPMG	RöverBrönnner GmbH & Co. KG	RöverBrönnner GmbH & Co. KG
MVZ	KPMG	KPMG	KPMG	RöverBrönnner GmbH & Co. KG	RöverBrönnner GmbH & Co. KG
Theater	DOMUS Revision	DOMUS Revision	DOMUS Revision	DOMUS Revision	DOMUS AG
TWB	FPS Schmidt & Kollegen	FPS Schmidt & Kollegen	ACCO GmbH	ACCO GmbH	ACCO GmbH
VBB	FPS Schmidt & Kollegen	FPS Schmidt & Kollegen	ACCO GmbH	ACCO GmbH	ACCO GmbH
StWB	PwC AG	Ernst & Young	Ernst & Young	Ernst & Young	Ernst & Young
BRAWAG	PwC AG	Ernst & Young	Ernst & Young	Ernst & Young	Ernst & Young
BDL	PwC AG	Ernst & Young	Ernst & Young	Ernst & Young	Ernst & Young
BAS	Beil, Baumgart & Kollegen	Beil, Baumgart & Kollegen	Beil, Baumgart & Kollegen	ACCO GmbH	ACCO GmbH
PEK	Knauff & Feldhausen	Knauff & Feldhausen	Knauff & Feldhausen	Knauff & Feldhausen	Knauff & Feldhausen
TGZ	Knauff & Feldhausen	Knauff & Feldhausen	Knauff & Feldhausen	ACCO GmbH	ACCO GmbH
MEBRA	Dr. Röhricht- Dr. Schillen OHG	Dr. Röhricht- Dr. Schillen OHG	Dr. Röhricht- Dr. Schillen OHG	Dr. Röhricht- Dr. Schillen OHG	WIKOM AG
RPB	Dr. Röhricht- Dr. Schillen OHG	Dr. Röhricht- Dr. Schillen OHG	Dr. Röhricht- Dr. Schillen OHG	Dr. Röhricht- Dr. Schillen OHG	WIKOM AG
VBB	MDS Möhrle GmbH	MDS Möhrle GmbH	MDS Möhrle GmbH	MDS Möhrle GmbH	MDS Möhrle GmbH
HWG	Dr. Wolfgang Stangier	WIKOM AG	WIKOM AG	WIKOM AG	WIKOM AG

II. Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Brandenburg an der Havel gemäß § 92 Abs. 2 Nr. 1 bis 4 BbgKVerf (nach Branchen) einschließlich ihrer mittelbaren Beteiligungen

Abfallwirtschaft

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH	MEBRA	51,00		51 % Stadt Brandenburg an der Havel 48 % REMONDIS Nord/Ost 1 % Landkreis Potsdam-Mittelmark	15.300,00
Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH	RPB	51,00	MEBRA	100 % Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH	510.000,00

ÖPNV

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH	VBB	100,00	TWB	100 % TWB	1.971.100,00
Verkehrsbund Berlin-Brandenburg GmbH	VBB	1,85		1,85 % Stadt Brandenburg an der Havel	6.000,00

Gesundheits- / Sozialeinrichtungen

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	Klinik	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	25.600,00
Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH	MVZ	100,00	Klinikum	100 % Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	25.000,00

Ver- und Entsorgung

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH	StWB	51,00	TWB	51,00 % TWB 36,75 % E.ON edis AG 12,25 % EMB GmbH	4.172.142,00
Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel GmbH	BRAWAG	51,00	StWB	100 % StWB	3.389.865,14

Immobilienwirtschaft

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement	GLM	100,00		Sondervermögen	50.000,00
Projekt-Entwicklung-Kirchmöser GmbH	PEK	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	25.600,00
Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH	WOBRA	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	25.564.600,00
Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH	Wofü	100,00	WOBRA	100 % WOBRA	332.339,71

Dienstleistungen

Beteiligungsbericht der Stadt Brandenburg an der Havel über das Geschäftsjahr 2010

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Klinik Service Center GmbH	KSC	51,00	Klinikum	51 % Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH 25 % P. Dussmann GmbH 14 % Gebäudereinigung Brandenburg GmbH 10 % Caritas	12.750,00
Brandenburger Dienstleistungen GmbH	BDL	51,00	StWB	100 % StWB	434.600,00
Havelländische Wasser GmbH	HWG	13,34		13,34 % Stadt Brandenburg an der Havel	34.103,17

Arbeitsförderung

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Brandenburg an der Havel Arbeitsförderungs und Strukturentwicklungsgesellschaft mbH	BAS	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	25.565,00

Technologie und Infrastruktur

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH	TGZ	52,00		52 % Stadt Brandenburg an der Havel 10 % Mittelbrandenburgische Sparkasse 10 % RFT Brandenburg 9 % Fachhochschule Brandenburg 5 % Fa. Villmann 3 % REMONDIS GmbH & Co. KG 3 % Atlas Info-Systeme 1 % Börner GmbH 1 % Ing.-Büro Friedrich 1 % Perkers GmbH 1 % HWG 1 % Lenz & Mundt Betonsanierung GmbH 1 % HIB 1 % Honeywell GmbH 1 % Gewerbeverein Brandenburg e.V.	26.587,17 5.112,92 5.112,92 4.601,63 2.556,46 1.533,88 1.533,88 511,29 511,29 511,29 511,29 511,29 511,29 511,29 511,29 511,29

Kultur- und Freizeit

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Brandenburger Theater GmbH	BT	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	25.600,00
Schwimm- und Erlebnisbad der Stadt Brandenburg an der Havel	Marienbad	100,00		Sondervermögen	25.565,00

Verwaltungs- und Beteiligungsholding

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH	TWB	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	102.400,00

III.1

Eigenbetriebe

III.1.1 Schwimm- und Erlebnisbad der Stadt Brandenburg an der Havel

Geschäftsbereich

Betreibung Schwimm- und Erlebnisbad der Stadt Brandenburg an der Havel.

Firmensitz

Sprengelstraße 1
14770 Brandenburg an der Havel
Tel.: 03381/32 27 80
Fax: 03381/32 27 811
e-mail: fred.ostermann@stadt-brandenburg.de
Internet: www.info@marienbad-brandenburg.de

Gründung

Am 26.11.1997 beschloss die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Brandenburg an der Havel (Vorlagen Nr. 459/97) die Gründung des kommunalen Eigenbetriebes „Schwimm- und Erlebnisbad der Stadt Brandenburg an der Havel“, die am 23.12.1997 mit Inkrafttreten der Satzung wirksam wurde.

Gezeichnetes Kapital / Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	25.564,59 €
--------------	-------------

Der Eigenbetrieb wird als wirtschaftlich selbständiger Betrieb ohne eigene Rechtspersönlichkeit entsprechend den gesetzlichen Vorschriften und der Satzung zu 100 % als Sondervermögen der Stadt Brandenburg an der Havel geführt.

Unterbeteiligungen

Der Eigenbetrieb verfügt über keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Gesellschaftsvertrag

Am 26.11.1997 wurde die Betriebssatzung für den Eigenbetrieb Schwimm- und Erlebnisbad Brandenburg an der Havel durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen (Nr. 459/97) und im Amtsblatt Nr. 17 vom 23.12.1997 veröffentlicht.

Organe der Gesellschaft

- *Werkleitung*
Fred Ostermann

- *Betriebsführer*

Die Betriebsführung wird durch die Gesellschaft für Management und Entwicklung von Freizeitsystemen mbH & Co. KG, Neuried (GMF) wahrgenommen.

- *Betriebsleiter*

Jens Grosser

- *Gemeinsamer Werksausschuss der Eigenbetriebe*

Originäre Aufgaben des gemeinsamen Werksausschusses sind neben den satzungsmäßig übertragenen Entscheidungsbefugnissen die Vorbereitung und Vorberaterung der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung vorzulegenden Angelegenheiten und die Überwachung der Werkleitung.

Im Berichtsjahr fanden elf Sitzungen des Werksausschusses statt.

Der gemeinsame Werksausschuss für die Eigenbetriebe setzte sich 2010 wie folgt zusammen:

Werksausschuss 2010	
Ausschussvorsitz	Herr Klaus-Peter Fischer
Stellvertreter	Herr Hans-Jürgen Arndt
weitere Mitglieder	Herr Alfredo Förster Frau Doris Seeber Herr Tobias Dietrich

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Öffentlicher Zweck

Der öffentliche Zweck des Schwimm- und Erlebnisbades besteht in der Absicherung des Schul- und Vereinsschwimmens und des öffentlichen Badebetriebes mit dem Ziel, die Attraktivität Brandenburgs für seine Besucher und die Lebensqualität der Brandenburger Bevölkerung zu erhöhen.

Gegenstand des Eigenbetriebes

Die Betriebsführung des modernisierten und erweiterten Schwimm- und Erlebnisbades auf dem Marienberg. Der Eigenbetrieb kann alle seinen Betriebszweck fördernden und ihn wirtschaftlich berührenden Hilfs- und Nebengeschäfte betreiben.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes

Kennzahl	2008	2009	2010
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	95%	96%	96%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	63%	63%	63%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	101%	101%	101%
Zinsaufwandquote	0%	0%	0%
Liquidität 3. Grades	138%	140%	150%
Cashflow	92 T€	-21 T€	-57 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	-3%	-4%	-4%
Umsatz	1.384 T€	1.502 T€	1.476 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-512 T€	-636 T€	-526 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	17%	17%	16%
Anzahl der Mitarbeiter	8	7	7

Lagebericht des Eigenbetriebes**Ertragslage**

Der Kommunale Eigenbetrieb Schwimm- und Erlebnisbad der Stadt Brandenburg an der Havel ist als Einrichtung der kommunalen Infrastruktur nicht in der Lage, seine Aufwendungen vollständig zu erwirtschaften. Dem gemäß sehen die Wirtschaftspläne des Eigenbetriebs einen jährlichen Ausgleich des finanziellen Fehlbedarfs durch den Betriebskostenzuschuss der Stadt Brandenburg an der Havel vor (2010: 850,0 T€; 2009: 800,7 T€). Es wurden zusätzlich aus dem Deckungsring für das Schul- und Vereinsschwimmen der Stadt Brandenburg an der Havel 14,8 T€ Ertragszuschüsse vereinnahmt.

Der finanziellen Situation der Stadt Brandenburg an der Havel entsprechend kann dem Wertverzehr der Anlagen in Form der Abschreibungen (2010: 770,0 T€; 2009: 941,5 T€) nicht Rechnung getragen werden. Unter Gegenrechnung der entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der geförderten Anlagen ertragswirksam aufzulösenden Sonderposten ergibt sich daraus ein jährlicher Fehlbetrag (2010: 526 T€; 2009: 636 T€), der planmäßig mit den allgemeinen Rücklagen verrechnet wird. Investitionen kann der Eigenbetrieb daher aus eigener Kraft nicht refinanzieren.

Die Umsatzerlöse verringerten sich trotz einer strukturellen Anpassung der Entgeltordnung (Erhöhung der Saunaentgelte, Verringerung der Nutzungsentgelte für das Schul- und Vereinsschwimmen) zum September 2010 um 1,7% (2010: 1.476,1 T€; 2009: 1.502,1 T€).

Die Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe, insbesondere im energetischen Bereich blieben mit 920,9 T€ im Wirtschaftsjahr 2010 nahezu konstant (2009: 921,2 T€). Dies führte zu einer Unterschreitung der geplanten Aufwendungen um 83,1 T€.

Der Personalaufwand wurde im Wirtschaftsjahr 2010 gegenüber dem Vorjahr um 23 T€ unterschritten.

Die planmäßigen Abschreibungen sind wie geplant um 171,5 T€ zum Vorjahr gesunken. Dem steht eine Minderung der zahlungsunwirksamen Erträge aus Auflösung des Sonderposten für Investitionszuschüsse um 65,7 T€ (2010: 277,1 T€; 2009: 342,8 T€) gegenüber.

Vermögens- und Finanzlage

Nach Abschluss des 2. Bauabschnittes (Cabriodach) im Jahr 2004 wurde die Investitionstätigkeit auch 2010 auf unabweisbare Ersatz- und Ergänzungsinvestitionen beschränkt. Sie wurden außerplanmäßig beeinflusst durch einen Schaden in Form von Einbruchdiebstahl, der noch nicht abschließend durch die Inventarversicherung reguliert ist.

Zur Finanzierung der Kleininvestitionen erfolgten planmäßige Investitionszuschüsse der Stadt Brandenburg an der Havel in Höhe von 25,0 T€. Diese wurden entsprechend § 23 Abs.3 Eigenbetriebsverordnung (EigV) als Sonderposten angesetzt.

Das Eigenkapital reduzierte sich aufgrund des Jahresfehlbetrags von 526 T€ von 9.156,5 T€ im Vorjahr auf 8.630,2 T€ zum 31.12.2010.

Die Rückstellungen verminderten sich von 140,7 T€ im Vorjahr auf 65,9 T€ zum 31.12.2010. Sie wurden insbesondere für Aufwendungen von Jahresabschluss- und Steuerberatungskosten, Personalaufwand aus noch nicht genommenem Urlaub und Mehrarbeit sowie für unterlassene Instandhaltungen gebildet. Im Geschäftsjahr 2004 gebildete Rückstellungen für Gerichts- und Anwaltskosten aus dem noch nicht abgeschlossenen Beweissicherungsverfahren für die Geltendmachung von Regressansprüchen aus den Fliesenschäden im Funbad von 20,9 T€ wurden beibehalten. Das Verfahren wird unter Verantwortung des Rechtsamtes der Stadt Brandenburg an der Havel als primärer Auftraggeber der Bauinvestition geführt. Die Mängelbeseitigung wurde durch die Stadt Brandenburg an der Havel als Auftraggeber organisiert und finanziert. Der Eigenbetrieb rechnet nicht mit einer Belastung des eingelegten Anlagevermögens. Somit decken die

gebildeten Rückstellungen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten mit dem Wert ihrer voraussichtlichen Inanspruchnahme ab.

Liquidität

Die Liquidität des Eigenbetriebs war im Wirtschaftsjahr gesichert.

Die Verbindlichkeiten von 308,3 T€ und Rückstellungen von 65,9 T€ sind weiterhin durch flüssige Mittel in Höhe von 375,4 T€ (2009: 475,4 T€) gedeckt. Somit kann eine fristgerechte Finanzierung festgestellt werden.

Voraussichtliche Entwicklung des Eigenbetriebes

Das Jahr 2010 war das 10. Geschäftsjahr, in dem ein Ganzjahresbetrieb stattfand. Der Freibadbetrieb wurde am 15.05. des Jahres aufgenommen. Das Jahr 2010 kann trotz rückläufiger Besucherzahlen, die einem allgemeinen deutschlandweiten Trend entsprechen, als erfolgreich gewertet werden. Die geplanten Besucherzahlen für das Geschäftsjahr (357.420) wurden gegenüber dem Vorjahr um 39.503 unterschritten.

Dies entspricht einer Minderung von 11,1 % gegenüber dem Planansatz.

Im Berichtszeitraum gab es keine vergleichbaren Angebote in einem Radius von 100 km. Somit war auch das Besucheraufkommen dem gegenwärtigen Einzugsbereich entsprechend. Als Investition in die touristische Infrastruktur der Stadt hat sich dieses Projekt bewährt, da z. B. Besuchergruppen von Berlin und Potsdam, von Rathenow bis Genthin das Bad besuchen. Hotellerie und besonders die Campingplätze sind Partner des Bades geworden (Tagestrip oder Schlechtwettervariante).

Als größere Maßnahmen sind in 2011 die Sanierung des Rutschenturmes außen sowie die Erneuerung/ Sanierung der Dusch- und sanitären Anlagen im Damenbereich geplant.

Erhebliche Kosten musste der Eigenbetrieb für den allgemeinen Bauunterhalt aufwenden (z.B. Erneuerung/ Sanierung der Dusch- und sanitären Anlagen im Herrenbereich, havariebedingte außerplanmäßige Reparatur des 25m Beckens etc.).

Um gerade Familien mit Kindern für das Marienbad zu begeistern werden weiterhin durch den Betriebsführer in Abstimmung mit dem Betreiber durch Konzentration auf diese Zielgruppe entsprechende Veranstaltungen (u.a. Halloween Gruseltime, Hits for Kids) durchgeführt. Gleichzeitig wurde der Marketingplan des Marienbades fortgeschrieben und die bewährten und bei den Gästen beliebten Veranstaltungen weitergeführt.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Betriebskostenzuschuss in Höhe von 850.000 €, Investitionskostenzuschuss in Höhe von 25.000 € sowie 14.800 € Ertragszuschuss aus dem Deckungsring für das Schul- und Vereinsschwimmen.

Vermögens- und Finanzlage des Eigenbetriebes

(Angaben in T€)			
Bilanz	2008	2009	2010
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	14.829	13.899	13.106
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	1	1
II. Sachanlagen	14.829	13.898	13.105
B. Umlaufvermögen	724	622	560
I. Vorräte	21	17	19
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	189	129	165
III. Kassenbestand, Guthaben	515	475	375
C. Rechnungsabgrenzungsposten	5	6	2
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	9.767	9.157	8.630
I. Gezeichnetes Kapital	26	26	26
II. Rücklagen	11.143	10.279	9.766
III. Jahresfehlbetrag u. Verlustvortrag des Vorjahres	-1.402	-1.148	-1.162
B. Sonderposten mit Rücklagenanteil	5.282	4.940	4.664
C. Rückstellungen	123	141	66
D. Verbindlichkeiten	386	289	308
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	15.558	14.527	13.668

Ertragslage des Eigenbetriebes

(Angaben in T€)			
GuV	2008	2009	2010
1. Umsatzerlöse	1.384	1.502	1.476
2. Sonstige betriebliche Erträge	1.309	1.189	1.216
3. Materialaufwand	-969	-946	-953
4. Personalaufwand	-233	-254	-231
5. Abschreibungen	-955	-942	-770
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.044	-1.163	-1.242
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	0	0
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-507	-613	-504
9. außerordentliche Erträge	17	0	1
10. außerordentliche Aufwendungen	1	-1	-1
11. Sonstige Steuern	-22	-22	-22
12. Jahresergebnis	-512	-636	-526

III.1.2 Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement der Stadt Brandenburg an der Havel

Geschäftsbereich

Grundstücksverwaltung

Firmensitz

Klosterstr. 14
14770 Brandenburg an der Havel
Tel.: 03381/58 29 00
Fax: 03381/58 29 04

Gründung

Der Eigenbetrieb Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement der Stadt Brandenburg an der Havel wurde gemäß § 1 EigV durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 27. August 2003 und Veröffentlichung im Amtsblatt der Stadt Brandenburg an der Havel am 20. Oktober 2003 gegründet.

Gezeichnetes Kapital / Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 50.000 €

Der Eigenbetrieb wird als wirtschaftlich selbständiger Betrieb ohne eigene Rechtspersönlichkeit entsprechend den gesetzlichen Vorschriften und der Satzung zu 100 % als Sondervermögen der Stadt Brandenburg an der Havel geführt.

Unterbeteiligungen

Der Eigenbetrieb verfügt über keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Betriebssatzung

Die Betriebssatzung in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 01. Januar 2004.

Organe der Gesellschaft

- *Werkleitung*

Holger Ulbricht

- *Werksausschuss*

Die Zusammensetzung des gemeinsamen Werksausschusses für die Eigenbetriebe im Jahre 2010 ist der Seite 13 zu entnehmen.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Öffentlicher Zweck

Die strategischen Ziele des Eigenbetriebes sind vor allem die Optimierung der Bewirtschaftungskosten für die Immobilien der Stadt Brandenburg an der Havel.

Der Eigenbetrieb hat zu diesem Zweck die Aufgabe, alle infrastrukturellen Immobiliendienstleistungen zu erbringen und die Bauträgerfunktion für die Liegenschaften der Stadt zu übernehmen. Grundlage für die Arbeit des Eigenbetriebes ist die Vereinbarung eines umfangreichen Nutzungsrechts an Liegenschaften und Gebäuden der Stadt Brandenburg an der Havel. Das Nutzungsrecht erstreckt sich über den Zeitraum vom 01. Januar 2004 bis 31. Dezember 2013.

Gegenstand des Eigenbetriebes

Gegenstand des Eigenbetriebes ist es, die Gebäude und Liegenschaften der Stadt Brandenburg an der Havel nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen zentral zu bewirtschaften, hiermit verbundene infrastrukturelle Leistungen zu erbringen, Bauunterhaltung, Sanierung, Um- und Ausbau, Neubau sowie Rückbau durchzuführen und ein Liegenschaftsmanagement aufzubauen und zu entwickeln.

Die Überlassung von Räumen, Gebäuden und Liegenschaften erfolgt, soweit zweckmäßig, nach dem Mieter-/ Vermietermodell. Der Eigenbetrieb führt darüber hinaus im Auftrag die Verwaltung von Vermögen der Stadt Brandenburg an der Havel durch, das bisher nicht dem Eigenbetrieb als wirtschaftliches Eigentum übertragen wurde, wie z. B. von Gebäuden und Liegenschaften zum Zwecke des Denkmalschutzes. Hierzu gehört im Rahmen der Gesetze auch die Einrichtung und Unterhaltung von Neben- und Hilfsbetrieben, wenn diese wirtschaftlich mit dem Eigenbetrieb zusammenhängen und der optimalen Aufgabenerfüllung des Eigenbetriebes dienen.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes

Kennzahl	2008	2009	2010
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	69%	68%	60%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	29%	30%	29%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	102%	100%	85%
Zinsaufwandquote	3,0%	2,0%	2,0%
Liquidität 3. Grades	106%	101%	99%
Cashflow	893 T€	910 T€	1.457 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	3%	3%	4%
Umsatz	21.048 T€	22.341 T€	23.971 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	317 T€	309 T€	851 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	19%	17%	16%
Anzahl der Mitarbeiter	94	91	91

Lagebericht des Eigenbetriebes

Im Berichtszeitraum waren die Finanzierungsverhältnisse geordnet und die Liquidität gesichert. Es war sichergestellt, dass der Einzug von Forderungen und die Bedienung von Verbindlichkeiten innerhalb der gesetzten Zahlungsfristen erfolgten. Skontoziele wurden konsequent genutzt. Die Zahlungsfähigkeit des Eigenbetriebes war zu jeder Zeit gewährleistet.

Kapitaleinlagen seitens der Stadt Brandenburg an der Havel in das Sondervermögen des Eigenbetriebes erfolgten im Jahr 2010 nicht. GLM realisierte Investitionen in das Anlagevermögen des Eigenbetriebes in Höhe von 61,8 T€. Davon entfielen 24,7 T€ auf

zusätzliche aktivierungspflichtige Aufwendungen für den Verwaltungsstandort Klosterstraße 14, die der Eigenbetrieb auf Grund von Nutzeranforderungen zu realisieren hatte. Weitere Investitionen erfolgten in gewerbliche Vermietungsobjekte mit 26,1 T€, die zum Teil durch erhöhte Mieterlöse refinanziert werden. In die Betriebs- und Geschäftsausstattung (v. a. Werkzeuge, geringwertige Wirtschaftsgüter) sowie in immaterielle Vermögensgegenstände (Software) wurden insgesamt 10,9 T€ investiert. Auf Grund des gegenüber dem Wirtschaftsplan höheren Jahresgewinnes konnten sämtliche Investitionen aus dem Cashflow finanziert werden.

Die Finanzierung des Bereiches der bebauten Liegenschaften war auf Grund der bestehenden Vereinbarungen mit den städtischen Nutzern sowie der Mietverträge mit Dritten gesichert. Die erwähnten Mindererlöse aus den Nutzungsvereinbarungen mit den Verwaltungseinheiten der Stadt konnten durch verminderte Aufwendungen für Betriebs- und Nebenkosten, geringere Reparatur- und Instandhaltungsaufwendungen sowie durch einen teilweisen Verzicht der Stadt auf die Erstattung von Guthaben aus Betriebskostenabrechnungen aus Vorjahren kompensiert werden. Die geringeren Aufwendungen für Reparaturen und Instandhaltungen an Gebäuden/baulichen Anlagen spiegeln jedoch auch wesentliche längerfristige Entwicklungen in der Gebäudebewirtschaftung wider: die nach dem Berichtsjahr abgeschlossene Konzentration der Stadtverwaltung in der Altstadt mit den Hauptstandorten Altstädtisches Rathaus, Klosterstraße 14 und Nicolaiplatz 30, die als Investitionen der Stadt erfolgten energetischen Sanierungen an Kindertagesstätten aus dem „Konjunkturpaket II“ sowie die bevorstehende Sanierung von Schulen im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft.

Für die Bereiche Liegenschaftsmanagement und Forsten erfolgte die Refinanzierung planmäßig durch den Zuschuss der Stadt in Höhe von 440,0 T€.

Der Jahresüberschuss 2010 beträgt 850,9 T€. Geplant war ein Jahresüberschuss in Höhe von 277,1 T€. Somit wurde gegenüber dem Plan ein um 573,8 T€ besseres Ergebnis erzielt.

In erster Linie ist diese Ergebnisverbesserung auf die gegenüber dem Plan positive Erlössituation im Forstbetrieb (+207,5 T€), zusätzliche Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (+264,2 T€) und aus Umsatzsteuererstattungsansprüchen (+110,6 T€) zurückzuführen. Bei den Aufwendungen tragen vor allem Minderungen im Bereich der Reparaturen/Instandsetzungen (-739,0 T€) und des Personalaufwandes (-375,4 T€) zur Ergebnisverbesserung gegenüber dem Wirtschaftsplan bei.

Dabei sind die verminderten Personalkosten keinesfalls nur positiv zu bewerten, resultieren sie doch vornehmlich aus der Nichtbesetzung einer geplanten Stelle in der Anlagenbuchhaltung. Weiterhin konnte eine durch Wechsel der Mitarbeiterin zur Kernverwaltung frei werdende Stelle erst im Folgejahr neu besetzt werden, ein Mitarbeiter trat in die Erwerbsunfähigkeitsrente ein. Da die unbesetzten Stellen jedoch nicht mit einer Abnahme der Arbeitsaufgaben einhergehen, stellt diese Situation eine zusätzliche Belastung der im Eigenbetrieb beschäftigten Mitarbeiter dar.

Die Auflösung der Rückstellungen betrafen im Wesentlichen Verkehrssicherungspflichten für die Objekte Walther-Rathenau-Platz 4 und 5 (Frauenhaus und Jugendwohnheim);

aus Gründen einer anderweitigen örtlichen Orientierung des Nutzers konnte sie ertragswirksam erfolgen.

Auf das Jahresergebnis negativ wirkten gegenüber dem Wirtschaftsplan vor allem zusätzliche Aufwendungen für Anmietungen von Gebäuden für Verwaltungszwecke (Stadtarchiv). Auf Grund eines Rechtsstreites mit dem Vermieter wurde dem Risiko der Nachzahlung bisher geltend gemachter Mietminderungen in Höhe von 161,4 T€ im Berichtsjahr durch Rückstellungsbildung aufwandswirksam Rechnung getragen. Weiterhin wirkte sich die Bildung einer Rückstellung für strittige Abbruchkosten des ehemaligen Schulgebäudes Max-Herm-Straße 6 mit einem zusätzlichen Aufwand von 113,0 T€ gegenüber dem Plan aus.

Der mit dem Jahresüberschuss erwirtschaftete Cashflow wurde – neben der Finanzierung der eigenen Investitionen – für die Tilgung der langfristigen Lieferantenverbindlichkeiten aus den Investitionen an den Standorten Klosterstraße 14 und Altstädtischer Markt 10/11 im Rahmen von öffentlich-privaten Partnerschaften eingesetzt.

Voraussichtliche Entwicklung des Eigenbetriebes

Die Umsatzerlöse des Eigenbetriebes „Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement der Stadt Brandenburg an der Havel (GLM)“ werden dem Betriebsgegenstand gemäß vor allem aus den Vermieter-Mieter-Beziehungen mit den Organisationseinheiten der Stadtverwaltung erzielt. Das GLM hat hier auf Grund des festgeschriebenen Kontrahierungszwanges und der daraus resultierenden „internen Vermietung“ quasi eine Monopolstellung inne. Somit hat der Eigenbetrieb (EB) die Gewähr eines sehr konstanten „Absatzes“, sprich: einer langfristigen Nutzung seiner Objekte durch die Stadt.

Wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung

Mit der bereits im Jahr 2007 begonnenen Einlage einzelner verwaltungsnotwendiger Immobilien in das Sondervermögen des Eigenbetriebes obliegt dem GLM für diese die volle wirtschaftliche Verantwortung, insbesondere hinsichtlich der Vermietung (Mietpreisrisiko, Leerstandsrisiko), des Betriebes (Instandhaltungs- und Betriebskostenrisiko) sowie des Investitionsbedarfes (Finanzierungsrisiko). Auf Grund des bereits erwähnten Beschlusses über die Zuordnung des wesentlichen Immobilienbestandes sind diese Risiken ab dem 01.01.2011 grundsätzlich für GLM wirksam geworden.

Weiterhin obliegt es GLM, ab dem Jahr 2011 nicht verwaltungsnotwendige Liegenschaften auf eigene Rechnung zu veräußern. Da kommunale Immobilien jedoch auf Grund gesetzlicher Bestimmungen grundsätzlich nur zu Verkehrswerten, die durch Gutachten zu ermitteln sind, verkauft werden dürfen und zudem jedes Einzelgeschäft der Zustimmung durch je nach Größenordnung festgelegter Gremien bedarf, besteht das Risiko nicht in einem möglichen Verkauf unter Wert, sondern darin, ob für die in Frage kommenden Immobilien überhaupt eine Nachfrage vorhanden ist.

Das Mietpreisrisiko wird vor allem durch die wirtschaftlich starke Stellung der Stadt als „Hauptmieter“ beeinflusst. Auf Grund der von der Stadt erzielten Mietpreise, die bei den meisten Objekten derzeit neben den anfallenden Betriebskosten und Verwaltungskosten des

Eigenbetriebes lediglich ein eingeschränktes Instandhaltungsvolumen abdecken, sind bei künftig erforderlichen Großreparaturen und (Ersatz-)Investitionen entsprechende finanzielle Zuschüsse seitens der Stadt erforderlich. Eine Alternative ist die Erhebung von Vollkostenmieten unter Einbeziehung kalkulatorischer Bestandteile wie Abschreibung und Verzinsung. Für die Wirtschaftsjahre 2011 und 2012 werden dem GLM projektbezogene Zuschüsse gewährt; ab dem Jahr 2013 ist die Kalkulation von Vollkostenmieten geplant.

Auch die künftige Entwicklung der Preise für Betriebskosten und gebäudebezogene Dienstleistungen, worauf das GLM nur bedingt Einfluss hat, ist mit den Sparzielen der Stadt als Hauptnutzer in Einklang zu bringen. Hierbei werden sich insbesondere das ab dem Jahr 2012 wirksame Vergabegesetz des Landes Brandenburg, das den Leistungserbringern Mindestlöhne auferlegt, sowie tarifliche Lohnanpassungen einzelner Branchen auswirken. Ebenso unsicher – in der Tendenz jedoch steigend – werden die Preisentwicklungen an den Energie- und Rohstoffmärkten, die Einfluss auf die Kosten für Energiebezug und Handwerkerleistungen haben – eingeschätzt.

Bei der Übernahme liegenschaftsbezogener Verbindlichkeiten der Stadt durch den Eigenbetrieb im Zuge künftiger wirtschaftlicher Zuordnung ist die Refinanzierung ebenfalls entweder durch Direktzuschüsse oder durch die Erhebung von Vollkostenmieten zu gewährleisten.

Risiken ertragsteuerlicher Belastungen für Betriebe gewerblicher Art (BgA) bestehen für den Eigenbetrieb dann, wenn diesem die Erträge aus den BgA zuzuordnen sind. Dabei werden für die BgA „Vermietung an die TGZ GmbH“ und „Camping“ zu versteuernde Überschüsse bzw. Gewinne erwartet. Die voraussichtliche Steuerbelastung wurde im Jahresabschluss berücksichtigt. Für die BgA „Fremdenverkehrsförderung, Teilbereich Wassertourismus“, „Stadthafen“ sowie „Vermietung und Verpachtung“ erwartet GLM im Wirtschaftsjahr keine steuerlich relevanten Gewinne bzw. Verluste; insoweit besteht für diese kein Risiko von Steuerbelastungen. Zudem wurden die Liegenschaft und die sonstigen Wirtschaftsgüter des BgA „Stadthafen“ im Zuge der Vermögenszuordnung ab 2011 nicht in das Sondervermögen des Eigenbetriebes eingelegt.

Steuerlich relevante Gewinne bzw. Verluste für die BgA „Vermietung Altstädtisches Rathaus“ und „Vermietung Kirchenschiff Pauli-Kloster“ (Veranstaltungsstätten) begründen keine Risiken beim Eigenbetrieb GLM, sondern bei der Stadt Brandenburg an der Havel, da die Erträge aus der Geschäftstätigkeit (kurzfristige Vermietung) dem städtischen Haushalt (Kulturmanagement) zufließen.

Voraussichtliche Entwicklung des Eigenbetriebes

Wesentliches Ziel des Eigenbetriebes GLM ist die zweckbestimmte Erhaltung und Entwicklung des städtischen Immobilienvermögens und die damit verbundene Erbringung von Dienstleistungen, d. h., eine möglichst kostengünstige Vorhaltung vorgegebener Standards. Die Realisierung von Gewinnen wird dabei nur insoweit angestrebt, wie diese für die Finanzierung langfristiger Verpflichtungen erforderlich sind. Für das Folgejahr wird ein voraussichtlicher Jahresgewinn i. H. v. 22,1 T€ eingeschätzt.

Durch die bisher erfolgten bzw. ab 2011 umfänglichen Vermögenszuordnungen werden schrittweise die tatsächlichen Gebäudekosten der Verwaltung einschließlich des Substanzverzehrs im kaufmännischen Rechnungswesen des Eigenbetriebes dargestellt. Außerdem wird damit das Eigenkapital des GLM nachhaltig gestärkt werden.

Auf Grund des bestehenden Kontrahierungszwanges zwischen der Stadt und dem Eigenbetrieb hat letzterer grundsätzlich Planungssicherheit hinsichtlich der Nutzung der verwaltungsnotwendigen Liegenschaften, wodurch einige der o. g. Risiken (Leerstand, Reparaturen, Betriebskosten) zu einem großen Teil kompensiert werden. Auf Grund der Langfristigkeit und der fixierten Preise für Bau und Betrieb trägt auch das erwähnte ÖPP-Schulsanierungsmodell zur Planungssicherheit bei.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	440.000 € Zuschuss aus dem Haushalt der Stadt zur Deckung des Finanzbedarfes aus dem lfd. Geschäft des Sachgebietes Liegenschaften und Forsten.

Vermögens- und Finanzlage des Eigenbetriebes

(Angaben in T€)			
Bilanz	2008	2009	2010
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	22.583	22.064	21.519
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	135	112	87
II. Sachanlagen	22.448	21.952	21.432
B. Umlaufvermögen	10.847	11.238	14.434
I. Vorräte	7.051	7.159	7.031
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.791	3.733	3.148
III. Kassenbestand, Guthaben	1.005	346	4.254
C. Rechnungsabgrenzungsposten	21	12	21
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	9.666	9.475	10.325
I. Gezeichnetes Kapital	50	50	50
II. Jahresüberschuss u. Gewinnvortrag des Vorjahres	915	626	1.160
III. Allgemeine Rücklage	8.701	8.799	9.116
IV. Gewinnvortrag des Vorjahres	598	317	309
B. Rückstellungen	1.066	1.377	1.313
C. Verbindlichkeiten	22.546	22.295	24.307
D. Rechnungsabgrenzungsposten	173	167	28
Bilanzsumme	33.451	33.314	35.974

Ertragslage des Eigenbetriebes

GuV	(Angaben in T€)		
	2008	2009	2010
1. Umsatzerlöse	21.048	22.341	23.971
2. Bestand an unfertigen Leistungen	801	104	-125
3. Sonstige betriebliche Erträge	1.025	897	1.146
4. Materialaufwand	-16.643	-17.245	-18.323
5. Personalaufwand	-3.947	-3.901	-3.944
6. Abschreibungen	-576	-601	-607
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-871	-754	-731
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	32	32	14
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-534	-529	-513
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	335	344	888
11. Sonstige Steuern	-18	-35	-37
12. Jahresergebnis	317	309	851

III.2

Eigen- gesellschaften

III.2.1 WOBRA Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH

Geschäftsbereich

Wohnungsverwaltung

Firmensitz

Hauptstr. 32
14776 Brandenburg an der Havel
Tel. : 03381/ 75 70
Fax: 03381/ 75 76 41

E-Mail: info@wobra.de
Internet: www.wobra.de

Gründung

Die WOBRA (Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH) wurde auf Grund des Beschlusses der SVV vom 28.08.1991 mit Wirkung zum 19.12.1991 durch Umwandlung des VEB "Gebäudewirtschaft der Stadt Brandenburg an der Havel" als Eigenbetrieb der Stadt Brandenburg an der Havel gegründet.

Mit Inkrafttreten des Einigungsvertrages am 03.10.1990 ist das Vermögen einschließlich der zugehörigen Schulden des ehemaligen VEB Gebäudewirtschaft Brandenburg in das Eigentum der Kommune übergegangen. Mit der Umwandlung des Eigenbetriebes in eine GmbH sind das Vermögen und die Schulden im Rahmen der Gesamtrechtsnachfolge wiederum auf die GmbH übertragen worden.

Die Gesellschaft ist im Handelsregister beim Amtsgericht Potsdam unter der Nummer HRB 4729 P eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	25.564.600 €
Stadt Brandenburg an der Havel	100 %

Unterbeteiligungen

Die WOBRA ist zu 100 % an der Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH beteiligt. Das Stammkapital der Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH beträgt 332.339,71 €.

Aktueller Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag ist am 19. Dezember 1991 abgeschlossen worden. Durch den Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 11. März 1999 ist der Gesellschaftsvertrag neu gefasst worden. Änderungen erfolgten insbesondere im § 3 (Stammkapital) und § 15 (Geschäftsführung, Geschäftsordnung und Vertretung).

Die Eintragung in das Handelsregister erfolgte am 18.05.1999.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Klaus Deschner

Der Geschäftsführer wird über einen Managementvertrag von der TWB Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH gestellt.

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung der Stadt Brandenburg an der Havel in der Gesellschafterversammlung nimmt Oberbürgermeisterin Frau Dr. Dietlind Tiemann wahr.

Im Geschäftsjahr 2010 fanden 19 Gesellschafterversammlungen statt.

- *Aufsichtsrat*

Im Berichtsjahr fanden vier Aufsichtsratssitzungen statt.

Aufsichtsratsmitglieder 2010	
Aufsichtsratsvorsitz	Herr Michael Brandt
Stellvertreterin	Frau Martina Marx
weitere Mitglieder	Herr Walter Kriegs
	Herr Hans-Jürgen Arndt
	Frau Dr. Lieselotte Martius (bis 22.02.2010)
	Frau Ilona Friedland
	Herr Hartmut Fellenberg
	Herr Norbert Langerwisch (ab 24.02.2010)

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages vorrangig die Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung. Soweit durch einen öffentlichen Zweck gerechtfertigt und der Wohnungsversorgung dienlich, ist die Gesellschaft berechtigt, die Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen (Eigenheime, Mietwohnungen, Eigentumswohnungen) sowie außerdem alle im Bereich des Städtebaus, der Wohnungswirtschaft und der Infrastruktur

anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte zu erwerben, zu belasten und zu veräußern.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2008	2009	2010
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	80%	82%	84%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	19%	20%	20%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	109%	105%	104%
Zinsaufwandquote	11,8%	10,7%	16,1%
Liquidität 3. Grades	162%	129%	131%
Cashflow	6.936 T€	1.021 T€	4.616 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	2%	2%	2%
Umsatz	21.874 T€	22.314 T€	21.889 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	512 T€	141 T€	153 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	6%	7%	8%
Anzahl der Mitarbeiter	39	40	40

Lagebericht der Gesellschaft

Geschäftsverlauf

Bei den Nettokaltmieten ermittelte das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg für das Land Brandenburg für das Jahr 2010 eine Zunahme um 1,2%. Damit lag die Entwicklung der Nettokaltmieten im allgemeinen Trend der Preisentwicklung. Allerdings klafft die Entwicklung am Wohnungsmarkt in Bezug auf die Einwohnerzahlen im Land Brandenburg zwischen den ber-

linnahen Regionen und den berlinfernen Regionen deutlich auseinander. Während um Berlin herum weiter vom Zuzug aus der Hauptstadt profitiert wird und auch mittelfristig leicht steigende Bevölkerungs- und Haushaltszahlen erwartet werden, stellt sich die Lage in berlinfernen Teilen grundlegend anders dar. Für diese Landesteile sagt das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg bis 2030 eine weitere Bevölkerungsabnahme um fast ein Drittel voraus.

Die Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH hat den vorrangigen Zweck, breite Schichten der Bevölkerung mit Wohnungen zu versorgen. Im Juni 2010 wurde von der Gesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel die Fortschreibung des Unternehmenssanierungskonzeptes Szenario 5 mit Bezug auf das Konzept der Stadtumbaustrategie der Stadt Brandenburg an der Havel vom November 2009 beschlossen. Danach werden die zum Kernbestand zählenden Wohnungen im Stadtzentrum und in direkter Nähe der Innenstadt sowie in den Stadtteilen Görden und Kirchmöser mittelfristig voll saniert. Für die nicht- oder nur teilsanierten Wohnungsbestände in Hohenstücken und in Nord werden bisher keine Investitionsmaßnahmen in der Mittelfristplanung berücksichtigt, da in diesen Stadtteilen mit einem weiteren Bevölkerungsrückgang auch aufgrund des demografischen Wandels gerechnet wird, wie dies mit Stadtumbaukonzept der Stadt Brandenburg an der Havel prognostiziert wurde.

Im Geschäftsjahr 2010 wurden die Sanierungsmaßnahmen in der Bahnhofsvorstadt und am Ring vollständig abgeschlossen. Die neusanierten Wohnungen wurden zwischenzeitlich komplett vermietet.

Schwerpunkt des Geschäftsjahres 2010 war der Neubau eines Re-Generationenhauses neben dem Gesundheitszentrum am Hauptbahnhof. Mit Abschluss der Planphase konnte der Spatenstich im Sommer 2010 erfolgen. Die Vermietung der entstehenden Nutzflächen ist nahezu abgeschlossen. Das Wohn- und Geschäftshaus war bis Ende des Sommers 2011 errichtet und dient auch zur Aufwertung des Wohngebietes am Hauptbahnhof und in der Bahnhofsvorstadt.

Im November 2010 wurde von der Gesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel die Einlage des Bahnhofsgebäudes in die WOBRA mit der Maßgabe der Umgestaltung in ein wirtschaftliches Geschäftshaus beschlossen.

Am 31. Dezember 2010 zählten zum Bestand der WOBRA 4.204 eigene Wohnungen (2009: 4.310), 31 Eigentumswohnungen (2009: 31), 110 Gewerbeeinheiten (2009: 118) sowie 910 Garagen bzw. Stellplätze (2009: 895). Die noch im Vorjahr zum Wohnungsbestand zählenden 112 restitutionsbehaftete Wohnungen konnten im Geschäftsjahr 2010 verkauft werden. Des Weiteren verwaltet die WOBRA 1.440 Wohnungen und eine Gewerbeeinheit aus dem BAVARIA-Bestand. Die Veränderungen des eigenen Bestandes gegenüber dem Vorjahr ergaben sich aus Abrissen von vier Wohnungen und Verkäufen von 135 Wohnungen sowie Veränderungen von 33 Wohnungszugängen durch Sanierungen und Zukäufe.

Die verwalteten 1.440 BAVARIA-Wohnungen wurden 1998 saniert; sie verteilen sich in den Wohngebieten der Stadt Brandenburg an der Havel wie nachfolgend dargestellt:

Wohngebiet	Anzahl der Wohnungen gesamt	Leerstand der Wohnungen gesamt in %	
		2009	2010
Hohenstücken	799	14,6	17,9
Görden	371	3,8	2,4
Nord	270	1,9	4,4
Summe	1.440	9,4	11,5

Die eigenen Wohnungsbestände der WOBRA verteilen sich im Wesentlichen auf die Innenstadt und die angrenzenden Wohngebiete.

Wohngebiet	Anzahl der Wohnungen gesamt	davon sanierte Wohnungen	davon Verwertung (Abriss und Verkäufe)	Leerstand der Wohnungen gesamt in %
Innenstadt	614	487	15	8
Ring	750	375	130	32,5
Hohenstücken	929	489	310	25,7
Nord	832	773	25	11,5
Görden	766	766	0	4,3
Sonstige Stadtgebiete	313	181	30	28,1
Summe	4.204	3.071	510	17,8
<i>davon Kernbestand</i>	<i>3.694</i>	<i>3.071</i>	<i>0</i>	<i>12,2</i>
<i>davon Verwertung</i>	<i>510</i>	<i>0</i>	<i>510</i>	<i>58,6</i>

Die zum Kernbestand der WOBRA zählenden 3.694 eigenen Wohnungen sind größtenteils saniert, 172 Wohnungen sind teilsaniert und 414 Wohnungen sind noch unsaniert.

Der Leerstand beschränkte sich 2010 – abgesehen von vorübergehenden Leerständen bei Wohnungswechsel oder Baumaßnahmen – vor allem auf die noch nicht modernisierten Wohnungen. In diesem Bestand ist zurzeit keine kostendeckende Vermietung möglich.

Der Leerstand der WOBRA (eigener Wohnungsbestand) per 31.12.2010 in Höhe von 17,8% untergliedert sich wie folgt:

Objekte	Anzahl von Wohnungen		
	Gesamt	Leerstand	Leerstandquote
sanierte Wohnungen	3.071	245	8,0 %
teilsanierte Wohnungen	172	28	16,3 %
unsanierte Wohnungen	414	140	33,8 %
Sanierungsprojekte	37	37	100,0 %
Verwertung	510	299	58,6 %
Summe eigene Wohnungen	4.204	749	17,8 %
BAVARIA Bestand	1.440	165	11,5 %
Eigentumswohnungen	31	1	3,2 %

Der modernisierte Bestand wird am Wohnungsmarkt unverändert stark nachgefragt, was mit der Fertigstellung der Vollsanierungsmaßnahmen in der Innenstadt und am Ring nachhaltig bestätigt wird.

Die erzielbaren Wohnungsmieten erlauben - nach Einschätzung der Geschäftsführung auch in der Zukunft eine kostendeckende Bewirtschaftung. In 2010 wurden in 2008 begonnene Maßnahmen in der Blumenstraße, der Jakobstraße und die Franz-Ziegler-Straße abgeschlossen.

Die Vermietung der Jakobstraße beginnt ab Februar 2011. Das neben einem medizinischen Versorgungszentrum errichtete Re-Generationenhaus am Hauptbahnhof wird im Sommer 2011 fertig gestellt.

Jahresergebnis und Ertragslage

Im Geschäftsjahr konnte ein Jahresüberschuss von 153 T€ (2009: 141 T€) erzielt werden.

Die wesentlichen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung entwickelten sich wie in nachfolgender Tabelle dargestellt. Die Grundsteuern und sonstigen Steuern (505 T€, im Vorjahr 519 T€) wurden in den Betriebsaufwand umgliedert.

	<u>2009</u>	<u>2010</u>	<u>Veränderung</u>
	<u>T€</u>	<u>T€</u>	<u>T€</u>
Betriebsleistung	23.684	23.060	-624
Betriebsaufwand	21.263	20.111	-1.152
Betriebsergebnis	<u>2.421</u>	<u>2.949</u>	<u>528</u>
Finanzergebnis	-2.768	-2.679	89
Betriebsergebnis unter Einbeziehung des Finanzergebnisses	-347	270	617
Zinszuschuss der Stadt für Altschulden	1.394	0	-1.394
Neutrales und perioden- fremdes Ergebnis	1.016	1.301	285
Ergebnis der Neubewertung	-1.922	-1.418	504
Gesamtergebnis vor Ertragsteuern	<u>141</u>	<u>153</u>	<u>12</u>
Ertragsteuern	0	0	0
Jahresüberschuss	<u>141</u>	<u>153</u>	<u>12</u>

In den Betriebsleistungen sind Umsatzerlöse in Höhe von 21.889 T€ (2009: 22.314 T€) enthalten. Insgesamt wurden im Geschäftsjahr 2010 Mieterlöse in Höhe von 15.026 T€ (2009: 15.043 T€) aus 4.204 (2009: 5.781) eigenen Wohnungen und 1.440 (2009: 1.440) BAVARIA-Wohnungen sowie aus 111 (2009: 118) Gewerbeeinheiten und sonstigen Miet- und Pachteinheiten erzielt. Bei den Nettomieterlöse konnte trotz Abbau von 106 Wohnungen oder 11.749 m² im Geschäftsjahr 2010 das Niveau vom Vorjahr gehalten werden.

Die Veränderungen der Betriebsleistungen gegenüber dem Vorjahr um 623 T€ sind mit 390 T€ in geringeren Betriebskostenumlagen begründet. Außerdem waren in den sonstigen betrieblichen Erträgen Rückgänge zu verzeichnen, die insbesondere auf geringere Zuschüsse für Abriss und Aufwertung zurückzuführen sind.

Der reduzierte Betriebsaufwand (20.111 T€, Vorjahr 21.263 T€) gegenüber dem Vorjahr ist auf Einsparungen in den Instandhaltungsaufwendungen mit 471 T€, geringeren Abrisskosten von 425 T€ und gesunkenen Betriebskosten mit 101 T€ zurückzuführen.

Das Ergebnis wird nachhaltig durch den hohen Zinsaufwand beeinflusst. Unter Berücksichtigung des Finanzergebnisses von -2.679 T€ (2009: -2.768 T€) ergibt sich ein positives Betriebsergebnis von 270 T€ (2009: -347 T€).

Der Zinszuschuss der Stadt Brandenburg an der Havel für Altschulden wurde letztmals im Vorjahr 2009 erstattet und entfällt ab dem Geschäftsjahr 2010 in Gänze.

Abweichungen im neutralen und periodenfremden Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr resultieren aus erhöhten Auflösungen der Drohverlustrückstellungen im Vorjahr saldiert mit den erhöhten Buchgewinnen aus Wohnungsverkäufen des laufenden Jahres.

Das Ergebnis der Neubewertung betrifft im Wesentlichen außergewöhnliche Abschreibungen in Höhe von 1.500 T€ (2009: 1.922 T€), die für den Abwertungsbedarf im Rahmen der Neubewertung des Immobilienvermögens der WOBRA erforderlich waren.

Vermögens- und Finanzlage

Im Geschäftsjahr 2010 erhöhte sich das Bilanzvolumen um 3.275 T€, was im Wesentlichen in den Veränderungen des Anlagenvermögens mit 4.842 T€ saldiert mit Reduzierung des Umlaufvermögens 1.568 T€ begründet ist. Im Anlagenvermögen überstiegen die Zugänge in Höhe von 11.273 T€ die Abgänge von 1.482 T€ und den Abschreibungen von 5.030 T€.

Die Veränderung des Eigenkapitals im Vergleich zum Vorjahr betrifft ausschließlich den Jahresüberschuss.

Im 4-Jahres-Vergleich stellt sich die Eigenkapitalentwicklung wie folgt dar:

Eigenkapital	2006	2007	2008	2009	2010
- nominal in Mio. €	+29,9	+30,0	+30,6	+ 30,5	+ 30,7
- quotat in %	+18,7	+18,2	+19,3	+ 20,1	+ 19,8

Die Veränderung der gesamten Verbindlichkeiten gegenüber dem Vorjahr um 4.250 T€ ist im Wesentlichen auf die planmäßigen Tilgungen (3.251 T€) und Sondertilgungen (70 T€) von Krediten saldiert mit den Neuaufnahmen von Darlehen für die Sanierungsmaßnahmen und Aufwandsdarlehen mit 7.189 T€ zurückzuführen.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Kreditgebern (108.448 T€, im Vorjahr 104.580 T€):

	2009	2010
Modernisierungs- und Instandhaltungskredite	T€ 63.120	T€ 68.717
Altschuldenkredite	T€ 26.360	T€ 24.894
<i>davon neue Altschulden T€ 8.398, Vorjahr T€ 8.643</i>		
Neubaukredite	T€ 10.011	T€ 9.637
Aufwendungsdarlehen	T€ 4.250	T€ 4.380
Wendebauten	T€ 836	T€ 817
Zinsen	T€ 3	T€ 3

Die Finanzlage ist zum 31. Dezember 2010 ausgeglichen. Die Gesellschaft kann ihren Zahlungsverpflichtungen stets fristgerecht unter Ausnutzung von Skontoabzug nachkommen.

Die überdurchschnittliche Erhöhung des Eigenkapitals seit 2004 von 5,7 Mio. € auf 30,7 Mio. € in 2010 und die positiven Jahresergebnisse seit 2004 sowie die vorliegende positive mittelfristige Finanzplanung verbessert das Standing der WOBRA gegenüber den kreditgebenden Banken hinsichtlich Bonität und Rating enorm.

Entwicklung im Personal- und Sozialbereich

Im Geschäftsjahr 2010 waren durchschnittlich 37 Mitarbeiter und drei Auszubildende beschäftigt. Es ergaben sich keine Veränderungen gegenüber dem Vorjahr.

Der Geschäftsführer wird über einen Managementvertrag mit der TWB gestellt.

Nach der seit 2005 bestehenden Betriebsvereinbarung zwischen der Geschäftsführung und dem Betriebsrat verzichten die Angestellten auf 10% ihres Gehaltes und auf das Urlaubsgeld sowie auf tarifliche Entgeltsteigerungen. Damit konnten die Personalkosten entsprechend eingespart werden. Diese Betriebsvereinbarung konnte bis zum 31.12.2013 verlängert werden.

Umweltschutz

Bei der Realisierung von Sanierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen wurde bzw. wird nicht nur wegen Gesetzesvorgaben sondern auch aufgrund des Umweltbewusstseins der WOBRA auf die Erzielung von Energieeinsparungen, umweltfreundliche und ressourcenschonende Maßnahmen geachtet.

Neben Wärmedämmungsmaßnahmen, wie die Modernisierung von Gebäudehüllen, Erneuerungen von Heizungsanlagen und Einsatz von Einzelraumregelungen zur Energieeinsparung, dem Umbau von Niederschlagswassereinleitungen an bestehenden Objekten, um die Versickerung des Niederschlagswassers auf dem Grundstück zu realisieren, ist hier noch die Wärmeversorgung eines Objektes mit einer Pelletanlage zu nennen. Durch die aktive Beteiligung der WOBRA am Stadtumbau werden neue Grünflächen angelegt und somit Freiräume geschaffen. Der Einbau von Wasserzählern hat einen positiven Einfluss auf das Nutzerverhalten der Mieter und führt somit zur Senkung des Wasser- und Abwasserverbrauchs.

Die WOBRA sieht in der umweltverträglichen Abfallentsorgung die Schwerpunkte Abfallvermeidung und Maximierung der Wiederverwendung und Verwertung. Durch einen effektiven Einsatz der Gefäße wird die getrennte Erfassung und Verwertung von Bio- und Grünabfällen, Altglas, Altpapier, Leichtverpackungen, Metalle und Elektroschrott gefördert und somit wertvolle Rohstoffe gespart.

Die Mieter werden zum Energiesparen durch Nutzerverhaltensänderung informiert und erhalten vom Amt für Umwelt Informationsbroschüren.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Für den bewussten Umgang mit ihren Risiken hat die WOBRA ein umfassendes Risikomanagementsystem eingeführt, das im Jahr 2010 weiter ausgebaut wurde. Es stellt eine systematische Steuerung und Überwachung der wesentlichen Risiken sicher, um rechtzeitig geeignete Maßnahmen vorbereiten und bedrohlichen Entwicklungen entgegenwirken zu können.

Die Leerstandsquote hat sich gegenüber dem Vorjahr vermindert. Die realisierten Rückbaumaßnahmen sind wesentlicher Grund für die erfolgreiche Verbesserung der Leerstandsquote von mehr als 30% in 2004 auf unter 20% zum Jahresende 2010. Eine weitere Senkung der

leerstehenden Wohnungsbestände wird durch den Verkauf von unrentablen Objekten und der bedarfsorientierten Sanierung des Kernbestandes verwirklicht.

Die Bevölkerungsentwicklung ist im Jahr 2010 gegenüber 2009 leicht rückläufig. Als Risiken werden die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung mit hohen Arbeitslosenzahlen sowie die geringer werdenden verfügbaren Nettoeinkommen der Bevölkerung gesehen. Weiterhin werden die steigenden Kosten für Ver- und Entsorgungsleistungen als Risiko eingeschätzt. Mit geeigneten Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen werden die Wohnungsbestände energiesparend ausgerichtet und im erforderlichen Maß der Entwicklung der Altersstruktur angepasst.

Die WOBRA als städtische Wohnungsunternehmen der Stadt Brandenburg an der Havel hat entsprechend dem Gesellschaftszweck neben der Gewinnrealisierung auch auf die Versorgung aller Bevölkerungsschichten mit Wohnungen zu achten. Hierzu ist ein Angebot preisgünstiger und zugleich attraktiver Mietobjekte erforderlich, was mit der Nutzung von Fördermitteln und dem Sparkurs sowohl im Investitionsbereich als auch im operativen Geschäft umgesetzt wird.

Das Ergebnis der Sanierungsmaßnahmen in der Innenstadt und am Ring sowie in der Bahnhofsvorstadt mit 560 Wohnungen zeigt bei einem Vermietungsstand von mehr als 97%, dass diese Maßnahmen richtig waren. Die WOBRA wird das Angebot an Wohnraum kontinuierlich und vor allem zielgruppenspezifisch, beispielsweise für Senioren, weiterentwickeln und dabei das Stadtbild verschönern.

Die Gesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel ersetzt ab dem Geschäftsjahr 2010 die bisher gezahlten Kapitaldienstleistungen für die Altschulden durch Zahlungen in Höhe von 1.500 T€, die ausschließlich zur Reduzierung der Forderungen aus BAVARIA-Verlusten zu verwenden sind. Die Gesellschaft geht davon aus, dass trotz der Reduzierung der Leistungen durch die Gesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel mit der vertraglich geregelten Übernahme der BAVARIA-Verluste durch die Gesellschafterin ein positives Ergebnis erzielt wird.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	WOBRA/Stadt Brandenburg an der Havel: Im Jahr 2008 erfolgten weder Kapitaleinlagen noch Kapitalentnahmen durch die Gesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel, im Geschäftsjahr 2009 wurde von der Stadt Brandenburg an der Havel ein Grundstück im Wert von 206.448,00 € entnommen. Die Erhöhung der Kapitalrücklage um 78.698,75 € resultiert aus der Auflösung von Sonderrücklagen nach § 27 Abs. 2 DMBilG.
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Die Jahresüberschüsse der WOBRA der Jahre 2008 bis 2009 wurden auf neue Rechnung vorgetragen. Der Jahresüberschuss 2010 in Höhe von 152.835,78 € wurde entsprechend Gesellschafterbeschluss WOBRA 03/2011 vollausgeschüttet. Eine Auszahlung erfolgte nicht. Der Betrag in Höhe von 152.835,78 € wurde zur Tilgung der sogenannten BAVARIA-Forderungen eingesetzt.
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Vertrag über die gesamtschuldnerische Haftung für wohnungs- wirtschaftliche Altsschulden mit der Stadt Brandenburg an der Havel
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Zwischen der WOBRA und der Stadt Brandenburg an der Havel besteht neben der Vereinbarung eines abstrakten Schuld- anerkenntnisses über die Übernahme der Bewirtschaftungsverluste aus "BAVARIA" eine Vereinbarung über die Übernahme des Kapitaldienstes für die Altsschulden. Die Weiterberechnung der BAVARIA-Verluste an die Stadt wirkte sich forderungserhöhend und gleichzeitig ertragserhöhend auf die Vermögens- und Ertragslage der WOBRA aus. Der Kapitaldienst für die Altsschulden wurde in den Jahren 2007 bis 2009 liquiditätswirksam von der Stadt übernommen, allerdings führten lediglich die anteilig übernommen Zinsen für Altsschuldendarlehen, die als Zinszuschuss reduzierend dem Zinsaufwand zugeordnet waren, zur Verbesserung der Ertragslage. Mit dem anteilig übernommenen Tilgungsanteil der Stadt für die Altsschulden wurden die Forderungen aus BAVARIA der WOBRA gegenüber der Stadt reduziert. Im Geschäftsjahr 2010 zahlte die Stadt an die WOBRA 1.500.000,00 € zum Ausgleich der BAVARIA- Forderungen.

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2008	2009	2010
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	125.963	125.163	130.006
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	14	21	21
II. Sachanlagen	124.242	123.436	128.278
III. Finanzanlagen	1.707	1.707	1.707
B. Umlaufvermögen	31.735	26.360	24.791
I. Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und Vorräte	6.816	6.757	6.739
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	12.224	7.764	6.860
III. Kassenbestand, Guthaben	12.696	11.839	11.192
C. Rechnungsabgrenzungsposten	391	394	396
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	30.609	30.543	30.696
I. Gezeichnetes Kapital	25.565	25.565	25.565
II. Kapitalrücklage	2.240	2.033	2.112
III. Gewinnrücklagen	79	79	0
IV. Verlustvortrag	2.213	2.725	2.866
V. Jahresüberschuss	512	141	153
B. SoPo Investitionszuschüsse	644	640	606
C. Rückstellungen	4.613	4.100	3.128
D. Verbindlichkeiten	119.630	114.191	118.443
E. Rechnungsabgrenzungsposten	2.592	2.443	2.320
Bilanzsumme	158.088	151.917	155.193

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2008	2009	2010
1. Umsatzerlöse	21.874	22.314	21.889
2. Bestandsänderung	382	-59	-18
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
4. Sonstige betriebliche Erträge	8.049	3.445	3.526
5. Aufwand für bezogene Lieferungen und Leistungen	-13.420	-14.076	-13.165
6. Personalaufwand	-1.530	-1.606	-1.766
7. Abschreibungen	-10.610	-5.830	-5.030
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.895	-2.048	-2.097
9. Erträge aus Beteiligung	0	200	200
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.049	777	633
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2.571	-2.378	-3.512
12. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.328	740	659
13. Außerordentliche Erträge	0	0	0
14. Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
15. Sonstige Steuern	-815	-600	-506
16. Jahresergebnis	512	141	153

III.2.1.1 Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH

Geschäftsbereich

Wohnungsverwaltung

Firmensitz

Schubertstraße 15
14772 Brandenburg
Tel.: 03381/ 72 97 0
Fax: 03381/ 72 97 22

email: wohnen@wofue.de
Internet: www.wofue.de

Gründung

Mit notarieller Beurkundung vom 03. März 1937 wurde die Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH (Wofü) von der Stadt Brandenburg an der Havel und zwei gemeinnützigen Wohnvereinen gegründet.

Im Jahr 1950 gingen die städtischen Anteile am Stammkapital ins volkseigene Vermögen der DDR über. Gemäß Rückübertragungsantrag der Stadt Brandenburg an der Havel vom 06.05.1993 wurden die Kapitalanteile mit Bescheid vom 24.06.1993 wieder auf die Stadt Brandenburg an der Havel übertragen.

Mit Wirkung vom 30.12.2005 wurden die Geschäftsanteile der Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH an der Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH mit einem Nennwert von 600 TDM auf die Stadt Brandenburg an der Havel übertragen und von dieser zeitgleich als Einlage in die Kapitalrücklage der Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH (WOBRA) eingebracht. Die Wohnungsgenossenschaft „Einheit“ hat ihren Geschäftsanteil an der Wofü in Höhe von 7,7% am 04.12.2007 mit Wirkung zum 31.12.2007 gekündigt. Mit notariellem Vertrag vom 16.06.2008 wurde der Geschäftsanteil der Wohnungsgenossenschaft „Einheit“ auf die WOBRA übertragen. Aufgrund des Gesellschafterbeschlusses Nr. 08 / 2008 der WOBRA vom 24.06.2008 hat die Gesellschafterversammlung der Wofü der Anteilsrückgabe der Wohnungsgenossenschaft „Einheit“ vom 04.12.2007 mit Wirkung zum 31.12.2007 zugestimmt. Damit wurde die WOBRA rückwirkend zum 31.12.2007 Alleingesellschafterin des Unternehmens.

Die Gesellschaft ist im Handelsregister des Amtsgerichtes Potsdam unter der Nummer HRB 4074 P eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 332.339,72 €

Die Stammeinlagen verteilen sich auf die Gesellschafter wie folgt:

WOBRA 100%

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist mit einem Geschäftsanteil von 900 € an der GVV-Gesellschaft für Versicherungsvermittlung und Vermögensbildung mbH, Berlin, beteiligt.

Aktueller Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftsvertrag wurde von der SVV mit Beschluss Nr. 555/98 bestätigt, durch die Gesellschafterversammlung am 11.03.1999 beschlossen und am 16.03.1999 unter der Nummer 0583 für 1999/b-KH notariell beurkundet.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Klaus Deschner

- *Gesellschafterversammlung*

Im Jahr 2010 fanden sechs Gesellschafterversammlungen statt.

Mitglieder der Gesellschafterversammlung 2010
--

Wohnungsbausgesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH: vertreten durch Herrn Klaus Deschner, Geschäftsführer

Gemäß Gesellschaftsvertrag der Wofü hat die Gesellschaft keinen Aufsichtsrat und keinen Beirat. Diese Aufgaben werden von der Gesellschafterversammlung wahrgenommen.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Gegenstand des Unternehmens

Nach dem Gesellschaftsvertrag ist Gegenstand des Unternehmens vorrangig die Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung. Soweit durch einen öffentlichen Zweck gerechtfertigt und der Wohnungsversorgung dienlich, ist die Gesellschaft berechtigt, die Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen (Eigenheime, Mietwohnungen und Eigentumswohnungen) sowie außerdem alle im Bereich des Städtebaus, der Wohnungswirtschaft und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben zu übernehmen, Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte zu erwerben, zu belasten und zu veräußern. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden, Gewerbebauten, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Einrichtungen auf eigene oder fremde Rechnung erstellen, bewirtschaften, erwerben, veräußern oder bereitstellen. Der Erwerb oder die Gründung von Unternehmen sowie die Beteiligung an Unternehmen sind nicht Gegenstand des Unternehmens.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2008	2009	2010
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	1%	1%	1%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	64%	76%	80%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	11656%	17338%	17481%
Zinsaufwandquote	0,0%	0,1%	0,0%
Liquidität 3. Grades	939%	1942%	1877%
Cashflow	173 T€	9 T€	92 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	12%	13%	5%
Umsatz	615 T€	535 T€	510 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	501 T€	530 T€	171 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	82%	79%	93%
Anzahl der Mitarbeiter	14	14	14

Lagebericht der Gesellschaft

Hausbewirtschaftung

Die Wofü hat mit notariellem Kaufvertrag vom 19.06.2007 ihren Immobilienbestand an die FORDINVEST (Brandenburg) Erste/Zweite/Dritte Immobilien GmbH veräußert. Anschließend hat die FORDINVEST der Wofü mit Verwaltervertrag vom 19.06.2007/01.07.2007 die Verwaltung dieses Immobilienbestandes übertragen.

Betreuungstätigkeit

Die Gesellschaft verwaltet als Hauptgeschäftsfeld den ehemaligen Immobilienbestand der Wofü. Der Bestand umfasst am 31.12.2010 1775 Wohnungen, 19 Gewerbe und 399 sonstige Vermietungen (Stellplätze, Garagen, Pachten und Gärten).

Weiterhin verwaltet die Wofü zum 31.12.2010 187 Wohneinheiten, 16 Stellplätze und 37 Pachtverhältnisse.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vermögenslage

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die insgesamt 196,9 T€ Miet- und 105,3 T€ Umlagenforderungen wurden bereits in den Vorjahren mit 302,2 T€ einzelwertberichtigt.

In den 48,6 T€ der sonstigen Vermögensgegenstände sind unter anderem 22,6 T€ Forderungen aus Kapitalertragssteuern und 11,4 T€ Forderungen aus überzahlter Gewerbesteuer enthalten.

Entwicklung des Finanzmittelbestandes:

	2009 (T€)	2010 (T€)
Stand 1. Januar	3.994,1	3.748,8
Veränderung des Liquiditätssaldos	- 195,3	- 110,2
Stand 31. Dezember	3.748,8	3.638,6

Finanzlage

Eigenkapital

Der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme beträgt 79,78% (2.973,2 T€).

Die Entwicklung des Eigenkapitals stellt sich wie folgt dar:

	2005 T€	2006 T€	2007 T€	2008 T€	2009 T€	2010 T€
Eigenkapital						
nominal	14.173,2	11.078,1	2.176,6	2.672,3	3.002,1	2.973,2
Quote	26,08%	21,62%	53,03%	63,58%	76,10%	79,78%

Die Finanzlage zum 31.12.2010 ist ausgeglichen. Die Gesellschaft kam ihren Zahlungsverpflichtungen jederzeit fristgerecht nach. Skonto wurde, sofern mit den Vertragspartnern vereinbart, stets gezogen.

Im Mai 2010 wurde ein Darlehensvertrag mit der Muttergesellschaft über 2,0 Mio. € abgeschlossen. Bis zum Bilanzstichtag erfolgte keine Inanspruchnahme.

Ertragslage

Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung betreffen nur das in der Wofü verbliebene Grundstück.

Aus der Betreuungstätigkeit realisierte die Gesellschaft Erlöse in Höhe von 462,4 T€ Hieraus resultieren 430,0 T€ aus den Verwalterverträgen für den ehemaligen Immobilienbestand der Wofü. Der restliche Ertrag in Höhe von 32,4 T€ konnte aus der oben genannten Wohneigentums- bzw. Fremdverwaltung erwirtschaftet werden.

Die Leistungen der Hausmeister der Wofü werden als Umsatzerlöse aus anderen Lieferungen und Leistungen erfasst. Die Hausmeister erbrachten Leistungen in Höhe von 44,8 T€, wovon 40,9 T€ die Gesellschafterin WOBRA betreffen.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen in Höhe von 112,4 T€ sind 46,2 T€ Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen enthalten. Diese umfassen im Wesentlichen die teilweise ertragswirksame Auflösung der Rückstellung für den Verwaltervertrag. Die Inanspruchnahme dieser Rückstellung beträgt 35,9 T€.

Weiterhin wurden in 2010 18,1 T€ aus der Rückstellung für die Hausmeisterabteilung in Anspruch genommen. Durch den Wechsel eines Hausmeisters in die Ruhephase der Altersteilzeit ist diese Rückstellung nunmehr vollständig aufgebraucht.

Im Geschäftsjahr 2010 konnte die Gesellschaft 90,3 T€ Zinserträge verbuchen.

Das Wirtschaftsjahr wird mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 171,1 T€ abgeschlossen.

Entwicklung im Personalbereich

Nach der derzeit gültigen Öffnungsklausel erhalten die Arbeitnehmer seit dem 01.07.2009 bis zum 31.12.2011 eine monatliche Tarifvergütung von 90% und kein Urlaubsgeld. Die Mitarbeiter verzichteten ebenfalls auf tarifvertragliche Erhöhungen während der Laufzeit der Öffnungsklausel.

Zum Erhalt der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens wurde im Geschäftsjahr 2010 eine neue Vereinbarung zwischen Geschäftsführung und Belegschaft zur Inanspruchnahme der Öffnungsklausel abgeschlossen und von den zuständigen Gewerkschaften sowie dem Arbeitgeberverband bestätigt. Diese Öffnungsklausel läuft ab dem 01.01.2011 und gilt bis zum 31.12.2013 unter unveränderten Bedingungen. Zur Abfederung des bisherigen und zukünftigen Gehaltsverzichtes in Verbindung mit der Öffnungsklausel wurde eine Einmahlzahlung an die Mitarbeiter in Höhe von insgesamt 37,7 T€ (Arbeitgeberbrutto) vereinbart.

Im Geschäftsjahr hat die Gesellschaft weiter die Ausbildung von Immobilienkaufleuten durchgeführt.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Risikobericht

Die Geschäftsführung hat ein umfassendes Risikomanagement entwickelt. Elemente des Risikomanagements sind:

- Risikohandbuch
- Risikoerfassung und Risikobewertung
- Risikokennzahlen mit Festlegung von kritischen Werten
- Mittelfristige Finanz- und Erfolgspläne, die unter Veränderung von Prämissen analysiert werden
- Regelmäßige Berichterstattung an die Gesellschafterin (Erstellung von Quartalsberichten)

Die Geschäftsführung ist der Auffassung, dass durch dieses System alle relevanten Risiken frühzeitig erkannt werden können. In Zusammenarbeit mit den Beauftragten des Hauptauftraggebers der Wofü wurde das Reporting fortgeführt und angepasst.

Künftige Risiken

Da die Verwaltervergütung des Hauptauftraggebers teilweise an die Entwicklung des Leerstandes des Bestandes gebunden war, hätten sich bei einer Steigerung der Leerstandsquote weitere Minderdeckungen aus dem Verwaltervertrag ergeben können. Aus diesem Grund wurde im Geschäftsjahr 2010 die Verwaltervergütung für die Geschäftsjahre 2010 und 2011 auf einen Betrag von 430 T€ festgesetzt. Erneute Verhandlungen über die Verwaltervergütung für die Folgejahre werden im Geschäftsjahr 2011 erfolgen.

Ausblick und Chancen

Der Verwaltervertrag wurde mit Abschluss des Kaufvertrages mit einer Laufzeit von fünf Jahren vereinbart. Im Geschäftsjahr 2012 ist die Wofü berechtigt, die Verlängerung des Vertrages um weitere fünf Jahre zu verlangen. Die Geschäftsführung beabsichtigt diese vertraglich vereinbarte Option in Anspruch zu nehmen.

Die Zusammenarbeit mit der Muttergesellschaft soll ausgebaut werden, um langfristig Synergien stärker nutzen zu können und damit positive Effekte für beide Unternehmen zu erzielen.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Ausschüttung aus dem Jahresüberschuss 2009 der WOFÜ in Höhe von 200.000,00 € an WOBRA im Geschäftsjahr 2010.
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Dienstleistungsverträge zwischen der WOBRA und WOFÜ werden zu marktüblichen Konditionen erbracht.

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)

Bilanz	2008	2009	2010
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	32	21	20
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	7	0	0
II. Sachanlagen	25	20	20
III. Finanzanlagen	1	1	0
B. Umlaufvermögen	4.170	3.919	3.707
I. Vorräte	2	3	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	224	167	68
III. Kassenbestand, Guthaben	3.944	3.749	3.639
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1	1	0
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	2.673	3.002	2.973
I. Gezeichnetes Kapital	332	332	332
II. Gewinnrücklagen	0	0	0
III. Gewinnvortrag	1.839	2.140	2.470
IV. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	501	530	171
B. Rückstellungen	1.340	768	575
C. Verbindlichkeiten	190	171	179
Bilanzsumme	4.203	3.941	3.727

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)

GuV	2008	2009	2010
1. Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung	0	0	3
2. Umsatzerlöse aus Betreuungstätigkeit	475	473	462
3. Umsatzerlöse aus anderen Lieferungen und Leistungen	140	62	45
4. Bestandsänderung	0	3	-3
5. Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
6. Sonstige betriebliche Erträge	345	493	112
7. Aufwendungen für Hausbewirtschaftungen	-10	-3	0
8. Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	-29	-9	-2
9. Personalaufwand	-502	-423	-475
10. Abschreibungen	-16	-14	-3
11. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-81	-134	-72
12. Erträge aus Beteiligungen	2	0	1
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	203	104	90
14. Abschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
16. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	528	551	158
17. Außerordentliche Erträge	0	0	0
18. Außerordentlicher Aufwand	0	0	0
19. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-27	-21	13
20. Sonstige Steuern	0	0	0
21. Jahresergebnis	501	530	171

III.2.2 Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH

Geschäftsbereich

Krankenhaus

Firmensitz

Hochstraße 29

14770 Brandenburg an der Havel

Tel.: 03381/ 41 20 00

Fax: 03381/ 30 10 76

e-mail: skb@klinikum-brandenburg.de

Internet: www.klinikum-brandenburg.de

Gründung

Die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 19. Dezember 1996 (notarielle Urkunde des Notars Karl-Heinz Buhmann, Brandenburg an der Havel, UR-Nr. 2796/96) gegründet und am 27. Mai 1997 ins Handelsregister des Amtsgerichts Potsdam unter HRB 10291 eingetragen.

Bis zum 31.12.1996 wurde das Klinikum als Eigenbetrieb geführt. Die GmbH hat den Eigenbetrieb zum 01.01.1997 gemäß Betriebsübernahmevertrag übernommen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 25.600 €

Stadt Brandenburg an der Havel 100 %

Unterbeteiligungen

Zur Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH gehören zwei Tochtergesellschaften mit über 300 Mitarbeitern und der Beteiligung an der AGKAMED Holding GmbH. Die Beteiligung ist Ergebnis einer organisatorischen Umstrukturierung der Einkaufsgemeinschaft AGKAMED (Arbeitsgemeinschaft Kardiologie und medizinischer Sachbedarf), der das Klinikum bereits als Mitglied seit 1997 angehört:

Beteiligungen	
Name:	KSC Klinik Service Center GmbH
Sitz:	Brandenburg an der Havel
Stammkapital:	€ 25.000
Anteil:	€ 12.750 (51 %)
Name:	Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH
Sitz:	Brandenburg an der Havel
Stammkapital:	€ 25.000
Anteil:	€ 25.000 (100 %)
Name:	AGKAMED Holding GmbH
Sitz:	Essen
Stammkapital:	€ 75.000
Anteil:	€ 500 (1 %)

Aktueller Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 1. Dezember 2005.

Die Eintragung ins Handelsregister erfolgte am 30. März 2006.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Gabriele Wolter

- *Gesellschafterversammlung*

Seit dem 17.12.2003 nimmt die Vertretung Frau Oberbürgermeisterin Dr. Dietlind Tiemann wahr.

Die Gesellschafterversammlung hat im Geschäftsjahr 2010 fünf Mal getagt.

- *Aufsichtsrat*

Der Aufsichtsrat kam in 2010 zu fünf Sitzungen zusammen.

Aufsichtsratsmitglieder 2010	
Aufsichtsratsvorsitz	Herr Steffen Scheller
Stellvertreterin	Frau Dr. Margit Spielmann
weitere Mitglieder	Herr Thomas Krüger
	Herr Dr. Christian Sieg'l
	Herr Alfredo Förster
	Herr Hans-Joachim Kynast
	Herr Bernd Köhler
	Frau Marita Lickert
	Herr Andreas Kutsche

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Öffentlicher Zweck

Die Gesellschaft verfolgt gem. § 3 des Gesellschaftsvertrages ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke.

Die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH ist eine privatrechtliche Einrichtung und wird nach wirtschaftlichen Grundsätzen als gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung geführt.

Die Sicherstellung der Krankenhausversorgung ist öffentliche Aufgabe des Landes, der Landkreise und der kreisfreien Städte. Nach dem Landeskrankenhausplan gibt es im Land

Brandenburg fünf Versorgungsgebiete, wobei das Städtische Klinikum Brandenburg dem Versorgungsgebiet Potsdam zugeordnet ist.

Gemäß LKGBbg (Krankenhausgesetz des Landes Brandenburg) erfüllen die kreisfreien Städte ihre Aufgabe als Aufgabe der Selbstverwaltung, indem sie eigene Krankenhäuser errichten und betreiben, soweit Krankenhäuser nicht von freien, gemeinnützigen, privaten oder anderen Trägern errichtet und betrieben werden.

Zweck des Unternehmens ist es, auf der Basis des jeweils geltenden Krankenhausplans ein hochqualifiziertes medizinisches und pflegerisches Leistungsangebot zu gewährleisten, um eine optimale Krankenhausversorgung der Bevölkerung in Fortführung des gegenwärtig hohen Standards zu sichern.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist nach der Übernahme und Fortführung des in Trägerschaft der kreisfreien Stadt Brandenburg an der Havel befindlichen Städtischen Klinikums Brandenburg an der Havel der Betrieb von Krankenhäusern und sonstigen Nebeneinrichtungen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, sich im Ausnahmefall an anderen Gesellschaften, gleichen, ähnlichen oder verwandten Gegenstands zu beteiligen und solche Gesellschaften zu übernehmen, wenn sie den Gesellschaftszweck nachhaltig fördern und zu der Erfüllung von Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft beitragen.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2008	2009	2010
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	44,1%	48,9%	58,9%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	20,1%	21,1%	20,6%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	115%	115%	115%
Zinsaufwandquote	0,60%	0,42%	0,45%
Liquidität 3. Grades	445%	673%	108%
Cashflow	7.211 T€	6.617 T€	7.740 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	1,85%	1,20%	1,52%
Umsatz	74.796 T€	75.537 T€	80.572 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	2.790 T€	1.800 T€	2.557 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	58%	59%	57%
Anzahl der Mitarbeiter	965	991	995

Lagebericht der Gesellschaft

Allgemeine wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH hat gemäß dem Landeskrankenhausplan die Aufgabe eines Krankenhauses der qualifizierten Regelversorgung für die Stadt Brandenburg an der Havel und Umgebung.

Geschäftsverlauf 2010

Die Geschäftsentwicklung der Städtisches Klinikum GmbH verlief im Geschäftsjahr 2010 positiv. Die Fallzahl aus stationärer Behandlung ist mit 24.303 Fällen bis zum 31. Dezember 2010 im Vergleich zum letzten Jahr (23.605) um 698 Fälle gestiegen, die Zahl der ambulanten Operationen belief sich auf 4.893 Eingriffe.

Der Landesbasisfallwert betrug im Berichtsjahr 2.893,00 € (2009: 2.851,59 €). Im Jahr 2010 wurden die Leistungen erstmals mit dem Landesbasisfallwert berechnet.

Die Erfüllung der mit 23.700,000 geplanten Summe der Bewertungsrelationen (ohne Überlieger) liegt mit 24.148,955 (2009: 23.454,770) bei 101,75% und damit 448,955 Bewertungsrelationen über dem Planniveau.

Der Case-Mix-Index lag zum 31. Dezember 2010 bei 1,003 (2009: 1,003) und damit leicht über dem vereinbarten Wert von 1,0.

Personalsituation

Im Vergleich zum 31. Dezember 2009 hat sich die Zahl der Vollkräfte (VK) im Durchschnitt von 747,26 um 17,21 auf 764,47 erhöht, dies entspricht einer Mitarbeiterzahl von 995 Personen.

Im Wirtschaftsjahr 2010 wurden insgesamt 134 Auszubildende (im Vorjahr 127) beschäftigt. Dies entspricht einem Anteil von rund 13,1% an der Gesamtzahl der Beschäftigten.

Der Tarifvertrag mit ver.di für die nichtärztlichen Mitarbeiter ist zum Jahresende 2009 ausgelaufen. Die Tarifverhandlungen wurden Ende 2009 aufgenommen und am 25.5.2010 zum Abschluss gebracht. Die Laufzeit des Vertrages endet am 31.3.2012.

Mit dem Marburger Bund konnte am 21.1.2011 eine Tarifeinigung für die angestellten Ärzte mit einer Laufzeit bis zum 28.2.2013 erzielt werden.

Die Tarifeinigung sieht eine Vergütung ab März 2011 von 1,0% über den Tabellen der VKA (Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände) vor.

Die Personalaufwendungen weisen zum 31. Dezember 2010 mit 45.667,3 T€ eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 1.488,2 T€ auf. Der Anstieg resultiert in erster Linie aus der steigenden Anzahl der Vollkräfte von +17,21, hier besonders im Pflegedienst mit +10,49 VK und im ärztlichen Dienst mit +5,01 VK und die Tarifsteigerung im nichtärztlichen Dienst.

Auf Basis des mit dem Krankenhausreformgesetz geschaffenen Pflegeprogramms wurde die Erhöhung des Personalbestandes beim examinierten Pflegepersonal zur Entlastung des Pflegedienstes um jährlich 8,0 VK voll umgesetzt. Im Rahmen der Budgetvereinbarung wurde hier ein Zusatzbeitrag vereinbart, der die anfallenden Kosten zu 90% ausgleicht.

Krankenhausneubau

Am 27.12.2007 wurde der Fördermittelbescheid zur Hauptmaßnahme Krankenhausneubau überreicht. Er enthält eine Festbetragssumme in Höhe von 60.675.300 €. Für das Klinikum wurde eine Trägerbeteiligung von 6.741.700 € festgelegt, so dass als förderfähige Investitionskosten 67.417.000 € festgesetzt wurden.

Im Rahmen der Hauptmaßnahme wurde am 23.3.2009 mit den Rohbauarbeiten begonnen. Die Hauptgewerke der technischen Gebäudeausrüstung konnten witterungsbedingt erst etwas verzögert beginnen. Die Inbetriebnahme des Hauses 3 erfolgte im Oktober 2011.

Für den Eigenanteil wurde über das Finanzierungskonsortium ein KfW-Darlehen (Kreditanstalt für Wiederaufbau) in Höhe von 8.000 T€ aufgenommen, welches mit 4,8% zu verzinsen ist.

Die während der Bauphase anfallenden Fremdkapitalzinsen (2010: 384,0 T€) werden als Nebenkosten berücksichtigt und den Anlagen in Bau zugeführt.

Die Vorfinanzierung der Fördermittel für die Jahre 2011 und 2012 wird über eine Bürgschaft der Stadt Brandenburg an der Havel abgesichert. Zum 31.12.2010 wurden hieraus 4.000,0 T€ vorfinanziert.

Gesundheitszentrum Am Hauptbahnhof

Die Gesellschafterversammlung hat am 22.9.2009 dem Neubau eines Gesundheitszentrums im Bahnhofsumfeld durch die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH zugestimmt. Nach der aktuellen Planung liegen die Investitionskosten inkl. Grundstückskosten bei 14.801 T€, welche aus Eigenmitteln finanziert werden.

Mit den ersten vorbereitenden Arbeiten wurde zum Jahresanfang 2010 begonnen. Die Inbetriebnahme erfolgte zum 4.4.2011.

Investitionen

Den Hauptanteil der Investitionen im Geschäftsjahr tätigte die SKB GmbH für die Einzelmaßnahme Klinikneubau und für das Gesundheitszentrum Am Hauptbahnhof.

Die Arbeiten zum Einbau des zweiten MRT-Gerätes, mit einem Gesamtvolumen von 1.700 T€, konnten abgeschlossen werden, sodass die Inbetriebnahme Ende Mai 2010 erfolgte.

Im Rahmen der Konjunkturmittel wurden dem Klinikum 400 T€ nach Beschluss der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Brandenburg an der Havel zur Verfügung gestellt. Aus diesen Mitteln wurden diverse medizintechnische Geräte finanziert.

Am 4.10.2010 erfolgte der Wechsel des Krankenhausinformationssystems. Dieses System umfasst die medizinische Dokumentation, die Software für die Verwaltung und die Schnittstellen zu bestehenden Subsystemen in den klinischen Abteilungen. Eine Neuanschaffung wurde notwendig durch die Abkündigung der Wartung des alten Systems. Das Land hat hierzu einen Fördermittelbescheid von 800 T€ erteilt.

Im Rahmen des Zukunftsinvestitionsgesetzes konnte die Förderung des Aufbaus eines Telemedizin Zentrums in Höhe von 558,0 T€ durch das Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz eingeworben werden. Die Umsetzung erfolgt im Jahre 2011.

Im Jahr 2010 wurde ein Investitionsvolumen von insgesamt 32.210,9 T€ realisiert.

Ertragslage

Das Städtische Klinikum Brandenburg hat im Geschäftsjahr 2010 einen Jahresüberschuss von 2.556,5 T€ (2009: 1.799,8 T€) erwirtschaftet.

Das betriebliche Ergebnis lässt sich vereinfacht wie folgt darstellen:

	<u>2009</u>	<u>2010</u>
	€	€
:		
<u>Erträge</u>		
Betriebsleistung	76.640.920	80.571.807
Sonstige Erträge	7.273.884	7.113.500
Gesamterträge	83.914.804	87.685.307
<u>Aufwendungen</u>		
Personalkosten	- 44.219.135	-45.667.298
Sachkosten	- 37.895.586	-39.461.493
Gesamtaufwendungen	- 82.115.121	- 85.128.791
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	1.799.683	2.556.516

Der Anstieg der Erträge resultiert in erster Linie aus um 4.906,7 T€ auf 76.765,3 T€ gestiegenen Erlösen aus Krankenhausleistungen

Der Anstieg der Materialaufwendungen korrespondiert mit dem Erlösanstieg.

Die Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft ist geordnet und als positiv zu bewerten.

Vermögenslage

Die Vermögenslage zum 31. Dezember 2010 ist geprägt von vorgenommenen Investitionen. Darüber hinaus ergeben sich keine wesentlichen strukturellen und inhaltlichen Veränderungen zum Vorjahr.

Im Bereich des Anlagevermögens konnten 2010 Investitionen von 32.210,9 T€ realisiert werden. Nach Abzug der planmäßigen Abschreibungen ergibt sich ein Zuwachs von 27.063,6 T€

Die Verminderung im Umlaufvermögen ist in erster Linie Resultat der auf Basis des Fördermittelbescheids des MASGF (Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie) vom 27.12.2007 erfassten Forderung nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht. Die wird gemäß den zugesagten Finanzierungsscheiben bis zum Jahr 2012 wieder abgebaut. Die vom Krankenhausneubau nicht betroffenen Bilanzpositionen weisen gegenüber den Vorjahren keine größeren Veränderungen auf.

Die Rückstellungen haben sich gegenüber dem Vorjahr leicht erhöht. Sie erreichen einen Gesamtwert von 4.036,7 T€.

Finanzlage

Die flüssigen Mittel betragen zum Bilanzstichtag 7.442,1 T€ (2009: 6.669 T€). Die Höhe des Liquiditätsbestandes ist wesentlich durch den bereitgestellten Kredit der DKB-Bank zur Finanzierung des Gesundheitszentrums von 3.637,2 T€ per Dezember 2010 bestimmt. Diese Mittel sind zweckgebunden und nur für die Baumaßnahme einzusetzen.

Die ausgewiesenen flüssigen Mittel enthalten in Höhe von 5.400,7 T€ (2009: 2.865 T€) zweckgebundene Mittel aus Pauschalfördermitteln, Einzelfördermitteln und der Finanzierung des Gesundheitszentrums am Hauptbahnhof.

Der Liquiditätsbedarf der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH beträgt – abgesehen von dem Finanzbedarf aus der Finanzierung des Neubaus – monatlich im Durchschnitt 7.500 T€ mit Spitzen in den Monaten Januar und November (Weihnachtsgeld etc).

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Ausblick auf die Geschäftsjahre 2011 und 2012

Prämissen der Erlösplanung

Für das Wirtschaftsjahr 2011 wird bei Umsatzerlösen von 79,9 Mio. € ein ausgeglichenes Ergebnis geplant. Die Planungen für 2012 sehen Umsatzerlöse von 80,7 Mio. € und ein ausgeglichenes Ergebnis unter Berücksichtigung einer geplanten Zinsbelastung von 0,8 Mio. € vor. Für die Jahre 2013 bis 2015 wird laut vorliegendem Wirtschaftsplan von leichten Gewinnen in Höhe von jeweils 0,1 Mio. € ausgegangen.

Prognostizierte Budgetsteigerungen mit einhergehenden Kosteneinsparungen im Personal- und Sachbereich werden voraussichtlich zu dieser leicht positiven Entwicklung führen.

Bei den Erlösen aus Krankenhausleistungen wurde in der Planung von 24.120 effektiven Bewertungsrelationen ausgegangen. Diese Annahme entspricht damit der Leistungsstruktur aus dem Jahr 2010.

Der Landesbasisfallwert für Brandenburg liegt vorbehaltlich des Unterschriftenverfahrens der Vertragsparteien bei 2.900 € für das Jahr 2011. Eine Konvergenzphase für die einzelnen Krankenhäuser an einen Landesbasisfallwert besteht erstmalig nicht mehr. In der Summe wird von einer Erlössteigerung von 1.203 T€ aus der Abrechnung von DRGs (Diagnosebezogene Fallgruppen) gegenüber der Hochrechnung für das Jahr 2010 ausgegangen.

Unter Berücksichtigung der vor- und nachstationären Leistungen sowie dem Budget der Kassen für die Ausbildung werden die Erlöse aus allgemeiner Krankenhausleistung mit 76.251 T€ geplant.

Bei den weiteren Erlösen wurde von einer grundsätzlich gleichen Entwicklung wie in den Vorjahren ausgegangen. Bei den ambulanten Erlösen wurde mit einer Steigerung von 1,0% gerechnet. Die Erträge für Leistungen an Dritte, insbesondere den Apothekenlieferungen, wurden auf Vorjahresniveau geplant.

Zusätzlich zu berücksichtigen waren die Mieteinnahmen für das Gesundheitszentrum am Hauptbahnhof. Die Summe der Erträge liegt somit im Wirtschaftsplan 2011 bei 88.640 T€.

Prämissen der Aufwandsplanung

Die Aufwandsplanung berücksichtigt eine Steigerung der Personalkosten aufgrund von tariflichen Vereinbarungen für das Jahr 2011 um 3,2%. Für die Jahre 2012 bis 2013 werden Zuwächse bei den Personalkosten von jeweils 1% geplant. Weitere tarifliche Steigerungen sind durch Kürzungen im Stellenschlüssel zu kompensieren.

Der Aufwand für den medizinischen Bedarf setzt sich aus den Positionen Arzneimittel, übrigen medizinischen Bedarf und aus den bezogenen medizinischen Leistungen zusammen. Die Gesamtsumme wurde um 1,0% gesteigert.

Bei dem Ansatz für die Energiekosten wurde der durchschnittliche Verbrauch aus den letzten drei Jahren zugrunde gelegt. Gleichzeitig wurden je nach Energieart die bekannten Preisanpassungen angesetzt und die Verbrauchsänderungen durch die Inbetriebnahme von Haus 3 sowie den Freizug von einzelnen Gebäuden geschätzt. Beim Strom ist anzumerken, dass der vereinbarte Arbeitspreis für 2011 stabil bleibt.

In der Summe wird mit einem Energieaufwand von 2.730.837 € für das Jahr 2011 geplant. Die Steigerung beträgt somit rund 500 T€ gegenüber 2010. Der Aufwand für den Wirtschaftsbedarf konnte seit Jahren durch Anpassungen beim Bezug stabil gehalten. Hier wurde keine Steigerung angesetzt.

Beim Zinsaufwand wurden die Belastungen durch die Finanzierungen der beiden Neubauten sowie der Großgeräte und Ausstattung Krankenhausneubau entsprechend der bestehenden Kreditvereinbarungen berücksichtigt.

Bestandsgefährdende Risiken oder Risiken größeren Ausmaßes sind gegenwärtig für die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH nicht absehbar. Trotz der fundierten positiven Zukunftsplanung sind negative Entwicklungen jedoch nicht auszuschließen, aus denen unter Umständen entwicklungsbeeinträchtigende Risiken entstehen können.

Die kurzfristige Liquidität des Hauses ist befriedigend. Zur Sicherstellung der mittelfristigen Liquidität ist grundsätzlich die Erwirtschaftung eines tendenziell positiven Betriebsergebnisses Voraussetzung, um den auf das Klinikum durch die Investitionen zukommenden Zinsaufwand leisten zu können.

Allgemeine Risiken durch die Gesundheitspolitik ergeben sich ebenfalls für die Gesellschaft. So ist - durch den allgemeinen Kostendruck bei den Krankenkassen - mit einer steigenden Anzahl von MDK-Prüfungen (Medizinischer Dienst der Krankenkassen) zu rechnen, welche die Erlöse der Gesellschaft mindern können.

Die nach wie vor zu geringe Investitionsförderung durch das Land stellt ein weiteres Risiko für die Gesellschaft dar. Bei nicht ausreichenden Eigenmitteln würde ein Investitionsstau drohen. Mehrkosten z. B. durch Tarifsteigerungen und Zinsen müssen über die Erlöse aufgefangen werden.

Der Trend des Fachkräftemangels lässt sich auch für die Gesellschaft für die Zukunft nicht kategorisch ausschließen.

Die Gesellschaft stützt ihre Planungen bezüglich der künftigen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auf den vorliegenden Wirtschaftsplan für die Jahre 2011- 2015.

Trotzdem sind negative Entwicklungen und Auswirkungen, insbesondere aus den Bereichen Krankenhausneubau (z.B. Überschreitung der geförderten Investitionen) nicht ausgeschlossen. Weiter geplante Sanierungs- und Umbaumaßnahmen müssen auf ihre Förderfähigkeit überprüft und gegebenenfalls selbst erwirtschaftet werden.

Jedoch wird davon ausgegangen, dass durch die gute Position am Markt die anstehenden Aufgaben durch das Klinikum erfolgreich bewältigt werden.

Neben den aufgezeigten Risiken und Planungsunsicherheiten eröffnen die Bauvorhaben eine langfristige Zukunftssicherung für das Klinikum. Der Neubau bietet eine verbesserte Versorgung bei effizienteren Strukturen sowie optimierte Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter. Durch das verbesserte Angebot kann auch mit einer höheren Einweisungsquote gerechnet werden.

Der Unternehmensverbund mit langfristigen Verträgen mit der KSC GmbH bietet der Gesellschaft ebenfalls Steuerungsmöglichkeiten und somit Chancen.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Modifizierte Ausfallbürgschaften der Stadt Brandenburg an der Havel gegenüber der Mittelbrandenburgischen Sparkasse in Potsdam und der InvestitionsBank des Landes Brandenburg vom 17.09.2010 bis zum Höchstbetrag in Höhe von jeweils 22,75 Mio. €
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

Bilanz	2008	2009	2010
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	77.381	86.022	113.084
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	180	220	1.279
II. Sachanlagen	77.163	85.149	111.152
III. Finanzanlagen	38	653	653
B. Umlaufvermögen	79.467	70.393	59.287
I. Vorräte	2.098	2.799	2.441
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	69.974	60.925	49.404
III. Kassenbestand, Guthaben	7.395	6.669	7.442
C. Ausgleichsposten nach dem KHG	13.529	13.823	14.185
D. Rechnungsabgrenzungsposten	5.153	5.554	5.530
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	35.227	37.027	39.584
I. Stammkapital (Festgesetztes Kapital)	26	26	26
II. Kapitalrücklage	30.045	30.045	30.045
III. Gewinn-/Verlustvortrag	2.367	5.157	6.956
IV. Jahresfehlbetrag/-überschuss	2.790	1.800	2.557
B. Sonderposten zur Finanzierung des AV	60.743	65.727	75.298
C. Rückstellungen	1.685	3.669	4.037
D. Verbindlichkeiten	77.875	69.369	73.168
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	175.530	175.792	192.086

Ertragslage der Gesellschaft

GuV	<small>(Angaben in T€)</small>		
	2008	2009	2010
1. Umsatzerlöse	75.109	76.641	80.572
2. Sonstige betriebliche Erträge	6.220	6.929	7.113
3. Personalaufwand	-43.411	-44.219	-45.667
4. Materialaufwand	-26.503	-27.810	-29.672
5.-7. Erträge (Zuwendungen, Ausgleichs- und SoPo)	6.769	5.579	7.490
8.-10. Aufwendungen (KHG, Ausgleichs- und SoPo)	-1.045	-1.184	-2.970
11. Abschreibungen	-4.419	-4.673	-5.147
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-9.832	-9.392	-9.072
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	454	345	380
14. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-447	-314	-359
15. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.895	1.903	2.668
16. Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-37
17. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-105	-103	-74
18. Jahresergebnis	2.790	1.800	2.557

III.2.2.1 KSC Klinik Service Center GmbH

Geschäftsbereich

Dienstleistungen im Gesundheitswesen

Firmensitz

Hochstraße 29
14770 Brandenburg an der Havel

Tel.: 03381/ 41 27 00

Fax: 03381/ 41 27 09

Gründung

Mit Gesellschaftsvertrag vom 31. August 1999 wurde die KSC Klinik Service Center GmbH (KSC), Brandenburg an der Havel, auf der Grundlage eines SVV-Beschlusses vom 21.07.1999 gegründet. Die Handelsregistereintragung beim Amtsgericht Potsdam erfolgte am 8. Juni 2000 unter der Nummer HRB 13766 P.

Gezeichnetes Kapital / Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 25.000 €

Die KSC Klinik Service Center GmbH mit Sitz in Brandenburg an der Havel ist ein in Mehrheitsbesitz stehendes Tochterunternehmen der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH. Die Gesellschaftsanteile verteilen sich wie folgt:

Beteiligungsverhältnisse	€	%
Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	12.750	51%
Dussmann Beteiligungsgesellschaft mbH	6.250	25%
Gebäudereinigung Brandenburg GmbH	3.500	14%
Caritas Krankenhilfe Berlin e. V.	2.500	10%

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen.

Aktueller Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftsvertrag datiert vom 8. Juli 2002. Die Gesellschaft wurde unter der Registriernummer HR-B 13766 in das Handelsregister des Amtsgerichtes Potsdam eingetragen.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Gabriele Wolter

Die Geschäftsführung erfolgt ehrenamtlich.

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung in der Gesellschafterversammlung wird durch die Geschäftsführung der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH wahrgenommen.

Im Berichtsjahr hat eine Gesellschafterversammlung der KSC GmbH stattgefunden.

- *Aufsichtsrat*

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat. Nach § 9 des Gesellschaftsvertrages kann die Gesellschafterversammlung die Einführung eines Aufsichtsrats beschließen, ansonsten werden dessen Aufgaben durch die Gesellschafterversammlung wahrgenommen.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Die KSC ist als Organgesellschaft der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH Dienstleister für den Organträger in den Bereichen Catering, Gebäudereinigung und Wirtschaftsdienste, Technik und Verwaltung. Die Wirtschaftsdienste umfassen den Hol- und Bringdienst, den Patiententransport und den Fuhrpark.

Gegenstand der KSC ist die Bewirtschaftung von Krankenhäusern, Seniorenheimen und anderen sozialen Einrichtungen durch die Herstellung und Lieferung von Verpflegung, den Betrieb von gastronomischen Einrichtungen und die Erbringung von sonstigen Dienstleistungen. Hierzu zählen insbesondere der Bereich der Speiserversorgung, das Gebäudemanagement sowie die Installation, Wartung und Instandhaltung von Elektro- und Fernmeldeanlagen und Klima- und Heizungstechnik, der Reinigungsdienst, das Betreiben von Archivräumen, das Erbringen von Schreibleistungen sowie dazugehörige Dienstleistungen. Die Gesellschaft übernimmt alle Arten von Tätigkeiten, welche zur Versorgung der in den sozialen Einrichtungen untergebrachten Personen sowie ihrer Mitarbeiter mit Dienstleistungen und Waren geeignet sind. Die Gesellschaft kann außerdem alle im Bereich der Versorgung sozialer Einrichtungen mit Dienstleistungen und Waren anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte erwerben, belasten und veräußern. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden, Gewerbebauten, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Einrichtungen auf eigene oder fremde Rechnung erstellen, bewirtschaften, erwerben, veräußern oder bereitstellen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Unternehmensgegenstand unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und pachten und fer-

ner Interessengemeinschaften eingehen, soweit der Stadt eine angemessene Einflussnahme ermöglicht wird, der Unternehmensgegenstand durch den öffentlichen Zweck gerechtfertigt ist und die Betätigung des Unternehmens nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit und dem Bedarf der Stadt steht.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2008	2009	2010
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	10,7%	15,1%	16,1%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	12,8%	20,3%	18,8%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	119%	135%	117%
Zinsaufwandquote	0,24%	0,14%	0,00%
Liquidität 3. Grades	107,0%	106,0%	102,3%
Cashflow	114,1 T€	62,5 T€	66,3 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	5,00%	2,69%	1,31%
Umsatz	9.853 T€	10.960 T€	10.963 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	53 T€	13 T€	16 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	71,4%	67,3%	71,0%
Anzahl der Mitarbeiter	306	328	336

Lagebericht der Gesellschaft

Rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die KSC Klinik Service Center GmbH (KSC GmbH) ist ein in Mehrheitsbesitz stehendes Tochterunternehmen der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH und ist für den Organträger in den Bereichen Catering, Gebäudereinigung, Wirtschaftsdienste, Zentralsterilisation, Technik und Verwaltung tätig.

Die KSC GmbH erbringt den größten Teil ihrer Leistungen gegenüber der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH.

Geschäftsverlauf 2010

Die Geschäftsentwicklung der KSC GmbH verlief im Geschäftsjahr 2010 positiv.

Zum 31.12.2010 wird ein Jahresergebnis von 15,7 T€ ausgewiesen. Damit wurde der geplante Jahresüberschuss von 10,0 T€ übertroffen.

Der Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe liegt mit 1.370,9 T€ leicht über den Plansätzen für 2010 von 1.241,1 T€. Ursächlich hierfür ist vor allem ein gestiegener Lebensmitteleinsatz aufgrund höherer Fallzahlen in der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH und eine Steigerung der Beköstigungstage im Marienkrankenhaus.

Dagegen liegen die Aufwendungen für bezogene Leistungen, vor allem im Bereich Technik, mit 1.374,9 T€ unter dem Planansatz. Ursächlich hierfür sind geplante Baumaßnahmen für das Klinikum, die in 2010 nicht abgewickelt wurden.

Die Personalkosten liegen mit 7.787,1 T€ um 55,5 T€ unter dem Planansatz, sind jedoch aufgrund von Personalaufstockungen im Vergleich zum Vorjahr um 414,4 T€ gestiegen.

Investitionen

Aufgrund der spezifischen Geschäftstätigkeit der KSC GmbH ist der Investitionsbedarf vergleichsweise gering. Die in 2010 vorgenommenen Investitionen betragen 88 T€ und betreffen vor allem Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Personal- und Sozialbereich

Die durchschnittliche Arbeitnehmerzahl im Jahr 2010 betrug 336 (Vorjahr 328), das entsprach 274,46 Vollkräften.

Die KSC GmbH ist nicht tarifgebunden, die Gehälter der aus der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH übernommenen Mitarbeiter wurden zum Stand der Ausgliederung eingefroren.

Aus- und Weiterbildung:

Im Jahr 2010 wurden 13 Auszubildende (7 Technik und 6 Wirtschaftsdienste) beschäftigt.

Ertragslage

Für das Geschäftsjahr 2010 wird ein Jahresüberschuss von 16 T€ ausgewiesen.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Ausblick auf die Geschäftsjahre 2011 und 2012

Prämissen der Erlösplanung

Auf Grundlage der Leistungsplanung der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH wurden die Innenumsätze geplant.

Bei einer als gleichbleibend unterstellten Belegung des Krankenhauses bleiben die Innenumsätze im Bereich Patientenversorgung auf dem Niveau von 2010; bei Reinigungsleistungen ist ein Anstieg zu erwarten.

Durch den Bereich Technik erfolgte im Wirtschaftsjahr 2011 als wesentliche bauliche Maßnahme der Umbau des Hauses 1 für die Umzugsphase und für die Nachnutzung nach der Inbetriebnahme von Haus 3.

Insgesamt werden die Umsätze mit 11.752,9 T€ geplant. Gegenüber dem Jahr 2010 ist damit ein Anstieg um 789,4 T€ zu verzeichnen.

Prämissen der Aufwandsplanung

Die Aufwandsplanung der KSC GmbH wird weiterhin sehr stark vom Ansatz für Personalkosten geprägt. Der Tarifvertrag für die Reinigung wurde als allgemeinverbindlich erklärt, sodass die Mitarbeiter seit dem 1. März 2010 eine Tarifierhöhung von 3,8% erhalten.

Im Wirtschaftsjahr 2011 steigt der Tarif ganzjährig um weitere 2,5%. Für die anderen Mitarbeiter der KSC GmbH wird mit einer Tarifsteigerung von 2,0% zum 1. Januar 2011 geplant, nachdem seit Gründung der KSC GmbH 1999 eine einzige Tarifierhöhung im Jahr 2009 mit 3,0% erfolgte. Zusätzlich wurde eine Anpassung der Vergütung der Auszubildenden mit 80% vom Tarifvertrag Klinikum vorgenommen. Hieraus resultiert ebenfalls Erhöhung in den Personalkosten.

Unter Berücksichtigung dieser Annahmen steigen die Personalkosten in 2011 um 258,1 T€ auf 8.045,2 T€.

Bei der Planung der Sachkosten und der sonstigen betrieblichen Aufwendungen wurde von einem grundsätzlich weitgehend konstanten Kostenniveau ausgegangen.

Preissteigerungen und sonstige Kostenerhöhungen sind durch Einsparungen in anderen Bereichen, moderate Preiserhöhungen und Außenumsatzerhöhungen zu kompensieren.

Für 2011 wird ein Jahresüberschuss von 15,0 T€ prognostiziert. Im Wirtschaftsjahr 2012 wird mit einem Überschuss von 10,0 T€ gerechnet.

Strategien zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens

Primärziel ist weiterhin der Ausbau bestehender und die Akquisition neuer Geschäftsfelder durch die Leitungsebenen aller Bereiche:

- Kostenminimierung durch effizientes Personalmanagement
- Aufbau eines Berichtswesens durch die Abteilung Controlling

- Beteiligung an Ausschreibungen am Bereich Catering (Schulspeisung etc.)

Es werden weiterhin monatlich Betriebsabrechnungsbögen zur Kontrolle und Überwachung der Einzelergebnisse erstellt.

Risiken und Chancen der zukünftigen Entwicklung

Die wesentlichen Chancen und Risiken resultieren aus dem Organschaftsverhältnis mit der Städtisches Klinikum GmbH, für die der weit überwiegende Teil (85,7%) der Lieferungen und Leistungen erbracht wird.

Zum Einen steht mit der Städtisches Klinikum GmbH ein sicherer und stabiler Leistungsabnehmer zur Verfügung, der auch in seiner Gesellschafterstellung an einer erfolgreichen Entwicklung der KSC GmbH interessiert ist. Damit ist grundsätzlich eine stabile Auftragslage gegeben.

Andererseits besteht eine hohe Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Entwicklung der Klinikum GmbH. Nicht auszuschließende rückläufige Fallzahlen sowie rückläufige finanzielle Mittel für Investitionen und Instandhaltungen haben direkten Einfluss auf die Auftragsvergabe und somit auf die Erlösentwicklung der KSC GmbH. Der allgemeine Kostendruck im Gesundheitswesen zwingt auch die Städtisches Klinikum GmbH, die Leistungen der KSC GmbH möglichst preisgünstig einzukaufen.

Eine weitere Chance besteht für die KSC GmbH auch darin, das Leistungsangebot für Dritte auszuweiten. Beispielhaft hierfür ist der Anstieg an Verträgen für die Sterilisation mit niedergelassenen Ärzten. Derzeit läuft eine Kapazitätsprüfung um einen weiteren Ausbau planen zu können. Für die anderen Dienstleistungsbereiche ist es aufgrund der Vielzahl der Anbieter in dieser Branche und deren Kosten- und Preisstrukturen außerordentlich schwierig, neue Marktanteile zu erschließen.

Insgesamt sind zurzeit keine bestands- oder entwicklungsbeeinträchtigenden Risiken zu erkennen.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2008	2009	2010
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	165	156	193
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	1	3
II. Sachanlagen	165	155	190
B. Umlaufvermögen	1.370	867	996
I. Vorräte	13	12	16
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.262	811	837
III. Kassenbestand, Guthaben	94	44	144
C. Rechnungsabgrenzungsposten	3	8	10
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	197	210	225
I. Stammkapital (Festgesetztes Kapital)	25	25	25
II. Gewinn-/Verlustvortrag	119	172	185
III. Jahresfehlbetrag/-überschuss	53	13	16
B. Rückstellungen	64	58	52
C. Verbindlichkeiten	1.277	763	912
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	10
Bilanzsumme	1.538	1.031	1.199

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2008	2009	2010
1. Umsatzerlöse	9.853	10.960	10.963
2. Sonstige betriebliche Erträge	17	42	42
3. Personalaufwand	-7.039	-7.373	-7.787
4. Materialaufwand	-2.183	-3.149	-2.746
5. Abschreibungen	-61	-50	-51
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-489	-395	-397
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	0	0
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-24	-15	0
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	74	20	25
10. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-21	-8	-6
11. Sonstige Steuern	0	-3	-3
11. Jahresergebnis	53	13	16

III.2.2.2 Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH

Geschäftsbereich

Medizinisches Versorgungszentrum

Firmensitz

Hochstr. 29
14770 Brandenburg an der Havel

Gründung

Mit Gesellschaftsvertrag vom 10. Dezember 2001 hat die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH die Klinikbereich (KB) - Praxis für Innere Medizin GmbH, Brandenburg an der Havel, gegründet.

Die Handelsregistereintragung beim Amtsgericht Potsdam erfolgte am 30. April 2002 unter der Nummer HRB 15884 P.

Mit Gesellschafterbeschluss vom 8. Februar 2005 erfolgte die Umfirmierung der KB - Praxis für Innere Medizin GmbH in die Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH (MVZ). Die Eintragung der Umfirmierung in das Handelsregister wurde am 25. Februar 2005 vorgenommen.

Gezeichnetes Kapital / Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	25.000 €
Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	100%

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keiner anderen Gesellschaft beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 18. Dezember 2007.

Durch den Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 18. Dezember 2007 und Eintragung in das Handelsregister vom 28. Dezember 2007 ist der Gesellschaftsvertrag, insbesondere § 2 Abs.1 (Gegenstand des Unternehmens) und § 3 (Gemeinnützigkeit und Mildtätigkeit), neu gefasst worden.

Organe der Gesellschaft

• **Geschäftsführung**

Hans-Wilhelm Geue

Die Geschäftsführung erfolgt ehrenamtlich. Der Geschäftsführer wird von der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH gestellt.

	<p>Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH Hochstraße 29 14770 Brandenburg an der Havel Geschäftsführer: Hans - Wilhelm Geue ☎: 033 81 - 41 20 02 Präkurst: Olaf String ☎: 033 81 - 41 20 04</p>	<p>Verwaltung / Praxis - Management Steffen Menzel ☎: 033 81 - 41 20 50 ☎: 033 81 - 30 10 76</p>	<p>MVZ Hochstraße Hochstraße 29 14770 Brandenburg an der Havel BSNR: 8 3 00 5 1 2 0 0 Ärztlicher Leiter: Dr. med. Roland Pauli</p>	<p>Institut für Pathologie Dr. med. Roland Pauli LANR: 5 1 22 06 1 5 6 ☎: 03381 /41 25 00 ☎: 03381 /41 25 09</p>	<p>Praxis für Nuklearmedizin Dipl.-Med. Uta Buchspleis LANR: 6 0 5 0 28 6 5 4 Dr. med. Ute Rudig LANR: 9 9 9 7 9 2 0 5 4 ☎: 03381 /41 24 50 ☎: 03381 /41 24 59</p>	<p>Praxis für Innere Medizin / Endokrinologie Dr. med. Katharina Zumbusch LANR: 3 7 09 0 3 7 2 3 ☎: 03381 /41 24 50 ☎: 03381 /41 24 59</p>	<p>Praxis für diagnostische Radiologie Christian Dettborn LANR: 8 3 82 4 2 7 6 2 Christian Sbsache LANR: 8 2 82 1 7 3 6 2 ☎: 03381 /41 26 10 ☎: 03381 /41 26 09</p>	<p>Praxis für Augenheilkunde Roswitha Lukas-Heger LANR: 9 0 4 1 8 4 1 0 5 Hermann Bura LANR: 3 0 0 0 7 2 2 0 5 ☎: 03381 /41 25 50 ☎: 03381 /41 25 59</p>	<p>Praxis für Neurochirurgie Dr. med. Jochen Böer LANR: 8 0 6 2 5 6 2 5 2 ☎: 03381 /41 25 60 ☎: 03381 /41 24 59</p>						
	<p>MZ Geschwister-Scholl-Straße Geschwister-Scholl-Straße 36 / Haus G 14776 Brandenburg an der Havel BSNR: 7 9 7 4 4 2 4 0 0 Ärztlicher Leiter: Karsten Kördel</p>	<p>Praxis für Rheumatologie Dr. med. Gabriele Zeitler LANR: 9 7 7 6 9 8 1 3 1 Jens Bernoth LANR: 6 0 6 7 2 3 4 3 1 ☎: 03381 /79 37 890 ☎: 03381 /79 37 891</p>	<p>Praxis für Kinder- und Jugendmedizin Karsten Kördel LANR: 8 3 8 7 7 1 9 3 4 ☎: 03381 /22 99 88 ☎: 03381 /22 99 89</p>	<p>Hausarztpraxis Dr. med. Birgit Jeske LANR: 7 4 1 0 0 6 8 0 3 ☎: 03381 /30 14 89 ☎: 03381 /21 29 39</p>	<p>Hausarztpraxis Dieter Hartmann LANR: 7 6 7 8 7 6 6 0 1 ☎: 03381 /52 20 70 ☎: 03381 /20 03 31</p>	<p>Hausarztpraxis Senol Günaltan LANR: 4 0 5 2 4 9 9 0 1 ☎: 03381 /52 20 71 ☎: 03381 /20 03 31</p>	<p>MVZ Kanalstraße Kanalstraße 8 - 9 14776 Brandenburg an der Havel BSNR: 7 9 3 2 0 2 0 0 Ärztlicher Leiter: Dr. med. Gabriele Voigt</p>	<p>Praxis für Orthopädie Dr. med. Blanka Noack LANR: 4 2 7 6 1 9 9 1 0 ☎: 03381 /22 41 78 ☎: 03381 /79 45 46</p>	<p>Praxis für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankungen Dr. med. Susan Schrot LANR: 7 5 2 1 3 1 9 1 9 ☎: 03381 /22 44 21 ☎: 03381 /21 10 61</p>	<p>Praxis für physikalische Medizin und Rehabilitation Dr. med. Gabriele Voigt LANR: 2 0 5 0 3 6 6 5 7 ☎: 03381 /52 25 52 ☎: 03381 /79 67 17</p>	<p>Praxis für physikalische Medizin und Rehabilitation Dr. med. Kerstin Endler LANR: 7 6 1 3 6 4 7 5 7 ☎: 03381 /20 99 276 ☎: 03381 /21 10 61</p>	<p>MVZ Hohenstücken Walther - Ausländer - Straße 4 14772 Brandenburg an der Havel BSNR: 7 9 3 2 0 22 0 0 Ärztlicher Leiter: Silvia Rubolph</p>	<p>Praxis für Chirurgie Silvia Rudolph LANR: 3 8 6 6 3 7 3 0 6 ☎: 03381 /70 34 29 ☎: 03381 /73 00 221</p>	<p>Praxis für Dermatologie Dr. med. Bernd Bickel LANR: 1 6 0 8 5 5 5 2 1 ☎: 03381 /70 34 99 ☎: 03381 /73 02 20</p>	<p>Praxis für Augenheilkunde Roswitha Lukas-Heger LANR: 9 0 4 1 8 4 1 0 5 Hermann Bura LANR: 3 0 0 0 7 2 2 0 5 ☎: 03381 /41 25 50 ☎: 03381 /41 25 59</p>

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung erfolgt durch die Geschäftsführung der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Öffentlicher Zweck

Zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinde gehört nach § 2 Abs. 2 BbgKVerf u.a. die gesundheitliche Betreuung und damit auch die ambulante Versorgung ihrer Einwohner.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb medizinischer Versorgungszentren im Sinne des § 95 Sozialgesetzbuch (SGB V), insbesondere im Rahmen der vertragsärztlichen und privatärztlichen Versorgung und der sonstigen ärztlichen Tätigkeiten sowie weiterhin die Fortführung der bestehenden ambulanten Praxis gemäß § 311 Abs. 2 SGB V.

Die Gesellschaft darf ferner alle sonstigen Geschäfte betreiben, die der Erreichung und Förderung ihres Hauptzwecks dienlich sind.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Unternehmensgegenstand unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann.

Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und pachten und ferner Interessengemeinschaften eingehen, soweit der Stadt eine angemessene Einflussnahme ermöglicht wird, der Unternehmensgegenstand durch den öffentlichen Zweck gerechtfertigt ist und die Betätigung des Unternehmens nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit und zum Bedarf der Stadt steht.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2008	2009	2010
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	54,8%	59,2%	54,8%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	7,0%	4,5%	4,1%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	104%	107%	41%
Zinsaufwandquote	1,84%	1,27%	1,07%
Liquidität 3. Grades	116,0%	111,1%	83,5%
Cashflow	84,3 T€	56,4 T€	62,5 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	6,74%	3,33%	2,95%
Umsatz	1.279 T€	2.536 T€	4.038 T€
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	23 T€	13 T€	3 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	80,0%	81,9%	79,5%
Anzahl der Mitarbeiter	36	67	79

Lagebericht der Gesellschaft**Rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen**

Die Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH (GZB GmbH) ist ein Tochterunternehmen der alleinigen Gesellschafterin Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH und in den Bereichen der ambulanten ärztlichen Versorgung tätig.

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft in 2010 beinhaltet im Wesentlichen den Betrieb Medizinischer Versorgungszentren im Sinne des § 95 Sozialgesetzbuch V sowie die Fortführung der bestehenden ambulanten Einrichtung gemäß § 311 Abs. 2 SGB V.

Geschäftsverlauf 2010

Im Geschäftsjahr 2010 sind die folgenden Praxisübernahmen / Praxisneueröffnungen wirksam geworden:

Praxisübernahmevertrag vom 27.11.2009 mit Frau Dr. Patricia Hirsch (0,5 VK) Fachärztin für diagnostische Radiologie mit Wirkung zum 01.01.2010 bis 30.09. 2010. Ab 01.10.2010 Übernahme der Praxis für diagnostische Radiologie durch Herrn Dr. Christian Dettenborn und Herrn Dr. Christian Stasche.

Eröffnung der Praxis für Augenheilkunde mit Frau Roswitha Lukas-Heger und Herrn Hermann Burau mit Wirkung zum 01.04.2010.

Eröffnung der Praxis für Neurochirurgie (0,5 VK) Herrn Dr. Jochen Böer mit Wirkung zum 01.07.2010.

Eröffnung einer Hausarztpraxis mit Herrn Senol Günaltan mit Wirkung zum 01.09.2010.

Ertragslage

Für das Geschäftsjahr 2010 wird ein Jahresüberschuss von 3,5 T€ ausgewiesen. Nachfolgend geben wir einen Überblick zur Ertragsanalyse (ohne Berücksichtigung der neutralen Aufwendungen und Erträge):

	2010 T€	2009 T€	Veränderung in %
Umsatzerlöse	4.037,6	2.536,4	+ 59,2
+ sonstige betriebliche Erträge	28,3	48,1	- 41,2
<u>Gesamtleistung</u>	<u>4.065,9</u>	<u>2.584,5</u>	<u>+ 57,3</u>
- Materialaufwand / Fremdleistungen	425,1	97,4	+ 236,5
<u>Rohertrag</u>	<u>3.640,8</u>	<u>2.487,1</u>	<u>+ 46,4</u>
- Personalaufwand	3.209,2	2.076,3	+ 54,6
- Abschreibungen	59,1	43,8	+ 34,9
- sonstige Aufwendungen	326,1	322,0	+ 1,3
+ sonstige Erträge	0,3	0,0	k.A.
<u>Betriebsergebnis</u>	<u>46,7</u>	<u>45,0</u>	<u>+ 3,8</u>
+ Finanzerträge	0,1	0,1	+ 0,00
- Finanzaufwendungen	43,3	32,3	+ 34,1
<u>Finanzergebnis</u>	<u>-43,2</u>	<u>-32,2</u>	<u>+ 34,2</u>
<u>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</u>	<u>3,5</u>	<u>12,8</u>	<u>- 72,7</u>
- Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,0	0,2	- k.A.
<u>Jahresüberschuss</u>	<u>3,5</u>	<u>12,6</u>	<u>- 72,2</u>

Entwicklung der Umsatzerlöse

Die Geschäftsentwicklung der Gesellschaft verlief im Geschäftsjahr 2010 positiv.

Der Gesamtumsatz entwickelte sich nach Standorten wie folgt:

	2010 T€	2009 T€	Veränderung %
MVZ Kanalstraße	776,9	722,6	+7,5%
MZ Geschwister-Scholl-Straße	940,0	710,6	+ 32,3%
MVZ Hohenstücken	292,9	277,3	+5,6%
MVZ Hochstraße	2.027,8	825,9	+ 145,5%
Gesamt	4.037,6	2.536,4	+ 59,2%

Insgesamt stieg somit der Umsatz gegenüber dem Vorjahr um 1.501,2 T€

Der Umsatzanstieg ist in erster Linie auf die Eröffnung der neuen Arztpraxen bzw. auf die Praxisübernahmen zurückzuführen.

Der Anteil der Umsätze mit der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH beträgt 25,7% (2009: 18,7%). Dies ist auf die ganzjährige Umsatzrealisierung der in 2009 erfolgten Ausgliederung der Pathologie und Nuklearmedizin zurückzuführen.

Die Umsätze mit der Kassenärztlichen Vereinigung, das sind rund 60,0% des Gesamtumsatzes, wurden ebenfalls gesteigert und lagen im Berichtsjahr um 700,6 T€ über Vorjahresniveau. Die Umsatzausweitung ist auch hier durch Übernahme und Neueröffnung weiterer Praxen bedingt.

Kostensituation

Personalaufwand

Die durchschnittliche Arbeitnehmerzahl im Jahr 2010 betrug 79 (2009: 67), das entsprach 64,92 Vollkräften. Der damit verbundene Personalaufwand betrug 3.209,2 T€

Im Jahr 2010 wurden 4 Auszubildende im ersten Lehrjahr beschäftigt.

Materialaufwand

Der Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren liegt mit 425,1 T€ deutlich über den Plansätzen für 2010 von 114,1 T€. Ursächlich hierfür ist in erster Linie die Ausweitung des Geschäftsbetriebes. Dadurch lassen sich größere Abweichungen zu den Planzahlen nicht vermeiden. Die Materialaufwandsquote beträgt 10,3%.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen liegen mit 78,2 T€ um 64,2 T€ über den geplanten Werten.

Übrige Aufwendungen

Die Abschreibungen lagen um 9,1 T€, die sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 36,1 T€ über den geplanten Werten. Dies ist in erster Linie auf die Neuausstattung der Augenarztpraxis zum 1. April 2010 zurückzuführen, was im Wirtschaftsplan noch nicht berücksichtigt werden konnte.

Liquidität

Die Liquidität ist stark abhängig von den Zahlungsterminen der Kassenärztlichen Vereinigung. Die Honorarbescheide und rund 25% des Honorars werden erst 5 Monate nach Quartalsende erstellt und ausbezahlt. Die laufenden Kosten sind vorzufinanzieren. Hier bestehen Vereinbarungen mit dem Gesellschafter und der Hausbank. Die Liquidität ist über Kontokorrentverträge zwischen der GZB – GmbH, der Brandenburger Bank, der Deutschen Kreditbank (DKB) und der Gesellschafterin mit einer Gesamthöhe von 420 T€ abgesichert.

Investitionen

Die im Geschäftsjahr 2010 getätigten Investitionen von 128,7 T€ betreffen im Wesentlichen die Erstausrüstung der Augenarztpraxis und diverse Software.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Entwicklung der Geschäftsfelder

Die Gesellschaft erbringt weiterhin den größten Teil ihrer Leistungen für GKV-versicherte ambulante Patienten (Gesetzliche Krankenversicherung).

Durch den Umzug in das neue Gesundheitszentrum am Hauptbahnhof werden neue Strukturen geschaffen, die langfristig zu einer nachhaltig positiven Entwicklung der Gesellschaft führen sollen. Hierzu ist ein striktes Kostenmanagement notwendig, dass auch mit Hilfe eines extra dafür eingesetzten Centermanagers umgesetzt werden soll. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden praxisübergreifend eingesetzt, die Beschaffung erfolgt zentral und kostengünstig.

Durch den Ausbau der Kostenstellenrechnung erfolgt die Kosten- und Erlöszuordnung praxisbezogen mit dem Ziel, für jede Praxis ein positives Ergebnis zu realisieren.

Prämissen der Erlösplanung

Die Planung der Erlöse für das Wirtschaftsjahr 2011 erfolgte unter Berücksichtigung der oben dargestellten Praxisübernahmen und Neugründungen sowie der ganzjährigen Auswirkungen von unterjährigen Erweiterungen in 2010.

Insgesamt wird mit Umsatzerlösen von 4.926,3 T€ geplant.

Prämissen der Aufwandsplanung

Die Aufwandsplanung der Gesellschaft wird sehr stark vom Ansatz für Personalkosten beeinflusst. Ansonsten wurden bei der Aufwandsplanung die gleichen Prämissen wie bei der Erlösplanung berücksichtigt.

Bei der Planung der Sachkosten wurde mit annähernd dem gleichen Kostenniveau wie 2010 geplant.

Die Finanzierung der Kaufpreissumme von 300 T€ für die beiden Praxisübernahmen Dr. Benke und Gemeinschaftspraxis Wolff erfolgte durch eine Darlehensvereinbarung mit dem Städtischen Klinikum Brandenburg.

Der Darlehensvertrag ist mit einem Zinssatz von 4,0% geplant.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Für die Zukunft wird eine kontinuierliche Entwicklung der Gesellschaft angestrebt. Hierzu dient die Zusammenfassung von drei Medizinischen Versorgungszentren an einem Standort, dem GZB „Am Hauptbahnhof“. Durch Vorhaltung vieler medizinischer Fachbereiche kann eine umfangreiche Versorgung der Patienten angeboten werden. Mit dem Einzug in das neue Haus müssen höhere Betriebskosten erwirtschaftet werden, wodurch ein effizienteres Kostenmanagement notwendig wird. Hier sind Einsparpotentiale durch klar strukturierte Praxisabläufe umzusetzen.

Für die weitere Zukunft wird es darauf ankommen, frei werdende Arztstellen wieder zeitnah und adäquat besetzen zu können. Hier steht die Gesellschaft im Wettbewerb mit anderen Leistungserbringern im Gesundheitsmarkt. Nützlich ist hier natürlich die direkte Beziehung zur Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH. Junge Fachärzte können für die Niederlassung angeworben werden, das Einweisungsmanagement für die Patienten wird optimiert, Doppeluntersuchungen können vermieden werden.

Eine erneute Erweiterung mit weiteren Praxisübernahmen steht zur Zeit nicht an, jedoch werden regelmäßig Praxen durch niedergelassene Ärzte angeboten, die in den Ruhestand gehen wollen.

Zins und Tilgung müssen hier erwirtschaftet werden und belasten das Ergebnis.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2008	2009	2010
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	379	799	868
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	300	703	688
II. Sachanlagen	78	96	180
III. Finanzanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen	311	548	715
I. Vorräte	0	0	17
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	311	548	698
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Guthaben	0	0	0
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	2	1
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	49	61	65
I. Stammkapital	25	25	25
II. Gewinn-/Verlustvortrag	1	24	36
III. Jahresfehlbetrag/-überschuss	23	12	3
IV. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
B. Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0	1
C. Rückstellungen	6	18	21
D. Verbindlichkeiten	635	1.270	1.497
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	690	1.349	1.584

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2008	2009	2010
1. Umsatzerlöse	1.279	2.536	4.038
2. Sonstige betriebliche Erträge	78	48	29
3. Personalaufwand	-1.023	-2.076	-3.209
4. Materialaufwand	-23	-97	-425
5. Abschreibungen	-29	-44	-59
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-237	-322	-326
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	0	0
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-24	-32	-43
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	23	13	3
10. Außerordentliche Erträge	0	0	0
11. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0
12. Jahresergebnis	23	13	3

III.2.3 Brandenburger Theater GmbH

Geschäftsbereich

Theater

Firmensitz

Grabenstraße 14

14776 Brandenburg an der Havel

Tel.: 03381/ 51 11 0

Fax: 03381/ 51 11 60

e-mail: sekretariat@brandenburgertheater.de

Internet: www.brandenburgertheater.de

Gründung

Die Gesellschaft mit gemeinnützigem Charakter wurde am 19.12.1995 gegründet und mit Wirkung zum 01.01.1996 unter dem Namen Brandenburger Theater GmbH (BT) ins Handelsregister eingetragen.

Bis Ende 1995 wurde das Theater unter dem Namen „Städtische Bühnen“ als Regiebetrieb im Haushalt der Stadt Brandenburg an der Havel geführt.

Gezeichnetes Kapital / Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 25.600 €

Stadt Brandenburg an der Havel 100 %

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftsvertrag ist datiert vom 16.06.1999.

Die Gesellschaft wurde unter der Registriernummer HRB 9850 in das Handelsregister des Amtsgerichtes Potsdam eingetragen.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung und Intendant*

Christian Kneisel

- *Gesellschafterversammlung*

Im Geschäftsjahr 2010 fanden vier Gesellschafterversammlungen statt.

Vertreter des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung ist seit dem 17. Dezember 2003 Frau Oberbürgermeisterin Dr. Dietlind Tiemann.

- *Aufsichtsrat*

Der Aufsichtsrat besteht gemäß § 9 Gesellschaftsvertrag aus sieben Mitgliedern und tagte im Jahr 2010 achtmal gemeinsam mit der Geschäftsführung.

Der Aufsichtsrat setzte sich im Berichtsjahr aus folgenden Mitgliedern zusammen:

Aufsichtsratsmitglieder 2010	
Aufsichtsratsvorsitz	Herr Jan Penkawa
Stellvertreterin	Frau Birgit Patz
weitere Mitglieder	Frau Dr. Dietlind Tiemann
	Herr Florian Schmidt
	Herr Dr. Hans-Peter Jung
	Herr Klaus Hoffmann
	Herr Tim Freudenberg

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Das Brandenburger Theater soll als selbständiger Betrieb überwiegend mit angestellten Künstlern Konzerte, Schauspiel- und Musiktheater aufführen und ähnliche kulturelle Veranstaltungen anbieten, um damit das kulturelle Leben am Sitz der Gesellschaft sowie in der Region zu erweitern.

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des § 51 ff. der Abgabenordnung. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigene wirtschaftliche Zwecke.

Für die Stadt Brandenburg an der Havel handelt es sich jedoch lediglich um eine freiwillige Aufgabe im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung. Die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg spricht in § 2 Abs. 2 von der Aufgabe der „Entwicklung des kulturellen Lebens“ in der Gemeinde.

Spielstätten des Brandenburger Theaters	
Großes Haus	419 Plätze
Studiobühne	288 Plätze
Probenbühne	60 Plätze
Puppenbühne	72 Plätze
Foyer Großes Haus	bis zu 68 Plätze
Foyer Kleines Haus	bis zu 51 Plätze

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2008	2009	2010
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	36%	33%	27%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	48%	46%	35%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	135%	141%	131%
Zinsaufwandquote	0,1%	0,1%	2,7%
Liquidität 3. Grades	149%	157%	138%
Cashflow	273 T€	280 T€	51 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	2%	-5%	-8%
Umsatz	637 T€	644 T€	623 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	43 T€	-96 T€	-156 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	764%	789%	862%
Anzahl der Mitarbeiter	98	98	100

Lagebericht der Gesellschaft

Zur Entwicklung der Theaterlandschaft

In der Bundesrepublik Deutschland werden die Theater vorrangig und in etwa je hälftig durch die Kommunen und die Bundesländer finanziert. Im Land Brandenburg besteht ein Theaterverbundvertrag, mit welchem die Kooperation zwischen den Einrichtungen und der Öffentlichen Hand geregelt ist. Im Dezember 2007 wurde der Vertrag erneuert. Die Laufzeit des Vertrages hat sich bis Ende 2011 verlängert. Bis dahin ist die Finanzierung der hierdurch verbundenen Brandenburger Theater insoweit bereits bekannt.

Neben den Zuwendungen der Öffentlichen Hand finanzieren sich die Theater zu einem geringeren Anteil aus den Einnahmen der Kartenverkäufe. Wesentliche Rückgänge bei den Umsätzen, die auf erhebliche Preissteigerungen in den Vorjahren oder auf die weltweite Finanzkrise zurückzuführen sind, können bisher noch nicht festgestellt werden. Allerdings ist der Trend zu Einzelkarten anstelle von Abonnement-Karten auffällig.

Geschäftsablauf im Berichtsjahr

Die Brandenburger Theater GmbH hat insgesamt 446 Veranstaltungen (Vorjahr: 725) durchgeführt. 77.796 Besucher konnte das Brandenburger Theater in der Stadt Brandenburg an der Havel ansprechen. Inklusive der auswärtigen Veranstaltungen konnten insgesamt sogar 93.832 Besucher erreicht werden. Die durchschnittliche Auslastung lag geringfügig unter dem Vorjahresniveau bei 85% (Vorjahr 86,7%).

Lage des Unternehmens

Ertragslage

Das für 2010, gemäß des vom Aufsichtsrat am 18.12.2009 bestätigten Wirtschaftsplans prognostizierte Jahresergebnis von 0 EUR konnte nicht realisiert werden. Es ist ein Fehlbetrag von 156,2 T€ zu verzeichnen. Besonders belastet wurde das Ergebnis durch Rückstellungsbildungen.

Die Umsatzerlöse im Geschäftsjahr 2010 konnten das Vorjahresniveau nicht halten. Es konnten insgesamt Umsatzerlöse in Höhe von 622,7 T€ erzielt werden. Damit liegen sie 21,5 T€ (-3,3%) niedriger als im Vorjahr und sind gegenüber dem Plan um 32,1 T€ (-4,9%) geringer ausgefallen. Zurückzuführen ist dies auf deutlich geringere Erlöse bei den externen Gastspielen, die mit 22,7% unter dem Vorjahreswert liegen. Bei den Vorstellungen im eigenen Haus konnte dagegen ein Zuwachs realisiert werden (7,0%).

Die Zuschüsse des MWFK (Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur) wurden gegenüber 2009 um 110,0 T€ auf 1.590,0 T€ erhöht. Die FAG- Mittel (Finanzausgleichsgesetz) (1.475,0 T€) und auch die Zuschüsse der Stadt (3.645,4 T€) sind unverändert geblieben. Insgesamt wurde die Brandenburger Theater GmbH mit 6.763,4 T€ bezuschusst.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind aufgrund von ungeplanten ertragswirksamen Auflösungen von Rückstellungen, der Auflösung von Einzelwertberichtigungen von Forderungen sowie durch Weiterberechnungen von Leistungen (Technikleistungen freier Träger, Technik Vermietungen), mit 150,2 T€ weit überplanmäßig (102,5 T€; 215%).

Die Aufwendungen für Roh- Hilfs- und Betriebsstoffe (u.a. Bühnenbilder) und die Aufwendungen für bezogene Leistungen (Gäste, Programmeinkauf) sind im Geschäftsjahr 2010 gegenüber dem Vorjahr gesunken (-177,0 T€; -11,3%). Die höhere Zuschusszahlung des MWFK konnte nur einen Teil der Mehraufwendungen im Personalbereich auffangen, so dass Kürzungen im Programmbereich (variabler Kostenanteil) unvermeidbar waren.

Der Personalaufwand ist trotz der im Oktober 2010 erfolgreich abgeschlossenen Haustarifverträge gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegen (287,7 T€; 5,7%).

Im Rahmen der Haustarifverhandlungen konnte jedoch eine wesentliche Entlastung gegenüber der letzten Prognose für 2010 erzielt werden. Die Eckdaten des Haustarifvertrages sind wie folgt:

Mit den künstlerisch tätigen Angestellten wurde vereinbart, dass auf die Zuwendung („Weihnachtsgeld“) verzichtet werden soll. Als Gegenleistung sollen 2,5 freie Tage für den Verzicht auf jeweils 1% des Jahresentgeltes gewährt werden. Bei den Mitarbeitern, die nach TVöD (Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst) entlohnt werden, wurden Entgeltreduzierungen und der Verzicht auf die leistungsabhängige Vergütung vereinbart. Im Gegenzug übernimmt der Arbeitgeber die Kosten der Zusatzversorgung.

Dennoch waren Tarifierhöhungen im Bereich TVK (Tarifvertrag für Musiker in Kulturorchestern) vom 16.12.2009 und TVöD vom 27.02.2010 zu verkraften und auch durch die notwendige Bildung von Rückstellungen für den im Rahmen des ausgehandelten Haustarifvertrages in 2010 nicht gewährten Freizeitausgleich des Orchesters und für Abfindungen sind deutliche Mehraufwendungen gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr gestiegen (58,1 T€; 8,6%). Zurückzuführen ist dies im Wesentlichen auf Abschreibungen auf Forderungen (62,7 T€).

Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft hat sich im Jahr 2010 etwas verschlechtert. Das Eigenkapital weist jetzt eine Quote (ohne Bereinigung des SoPo und RAP) von 35% aus und ist damit gegenüber dem Vorjahr nochmals gesunken.

Das Working Capital – definiert als Umlaufvermögen abzgl. kurzfristiger Verbindlichkeiten inkl. Rückstellungen und pRAP - ist jedoch mit 373,9 T€ weiterhin positiv und auch der Anlagen-Deckungsgrad II entspricht mit 131,3% einer fristenkongruenten Finanzierung. Der Anteil des langfristigen Vermögens am Gesamtvermögen sank von 32,8% auf 26,6%, der Anteil der langfristigen Finanzierung sank von 57,6% auf 47,4%. Die kurzfristigen Passiva in Höhe von 978,2 T€ sind vollständig durch Mittel im kurz- und mittelfristigen Bereich (1.363,3 T€) gedeckt. Insgesamt ergibt sich ein Zuwachs des Finanzmittelbestandes aus der laufenden Geschäftstätigkeit (187,9 T€).

Für Investitionen sollten in 2010 171,0 T€ zur Verfügung stehen. Zum Stichtag wurden davon 131,4 T€ verwendet. Mittel- bis langfristig ergibt sich ein erheblicher Investitionsbedarf (überwiegend Ersatzbeschaffungen). Dieser müsste durch ein höheres Investitionsbudget in den nächsten Jahren gedeckt werden, das jedoch bei gleichbleibenden Zuschusszahlungen zu Lasten des Programmbudgets gehen würde.

Die BT GmbH hat weiterhin, mit Ausnahme der Verpflichtungen aus bestehenden ATZ-Verträgen (Altersteilzeit), keine mittel- bis langfristigen Schulden.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Jahr 2010 jederzeit gegeben.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Die im BT entwickelten kultur- bzw- kunstpädagogischen Angebote wurden stark erweitert. Komponisten, die in städtischen Schulen Workshops durchführen („Unerhörtes Brandenburg“), Mitglieder der Symphoniker, die in Stadt und Umland für Lehrer und Schüler Kurse abhalten („Klingendes Klassenzimmer“), Werkeinführungen für Konzertbesucher, der Aufbau eines Seniorenteaters, die Intensivierung der Arbeiten des Jugendtheaters, öffentliche kulturpolitische Diskussionen, der beständige Ausbau der Schultheatertage (inzwischen das größte Festival dieser Art im Land), Führungen und Workshops in der Kunsthalle bilden einen wesentlichen Ausschnitt dieser neuen Aktivitäten.

Seit einigen Jahren erarbeitet das Haus eine Video-Dokumentation mit ehemaligen und derzeitigen Mitarbeitern, Förderern und Kritikern des BT zur jüngeren Theatergeschichte. In der kommenden Saison werden der Öffentlichkeit erste und wesentliche Filme mit diesen Zeitzeugen vorgestellt.

Auf der Grundlage des nach Ende der eigenen Musiktheatersparte für erwachsenes Publikum (2008) im Haus erarbeiteten Konzepts zur programmatischen Neuausrichtung des Orchesters (klassisch-romantisches, zeitgenössisches Repertoire, Crossover-Projekte, Kindermusiktheater – in der Regel mit Puppenspiel) wird Schritt für Schritt umgesetzt bzw. erweitert, vom Publikum mitgetragen und sehr gut angenommen. Aktuell erarbeitet die Abt. Öffentlichkeitsarbeit eine Dokumentation über die Orchester- und Kammermusikproduktionen der letzten zehn Jahre im Bereich der zeitgenössischen Musik.

Über 500 Werke der neuen Musik wurden im BT in diesem Zeitraum aufgeführt, darunter etliche Ur- und Erstaufführungen. Im bescheidenen Rahmen konnte das BT auch immer wieder Kompositionsaufträge vergeben. Dank der besonderen und nachhaltigen Unterstützung des „Fördervereins der Brandenburger Symphoniker“ (FBS), der seit vielen Jahren Träger und Ausrichter eines international ausgeschriebenen Kompositionspreises ist, konnte u.a. der Ruf des Orchesters als Förderer und herausragender Interpret zeitgenössischer Musik erheblich verstärkt und Kammermusikreihen grundsätzlich ermöglicht werden. Die externen Aktivitäten des Orchesters werden neu organisiert und dürften sich in den nächsten Jahren merklich intensivieren. Insbesondere Kontakte ins europäische Ausland werden seit geraumer Zeit aufgenommen und gepflegt. Erste Auswirkungen sind in 2011 Gastspiele in Bulgarien, Italien und Spanien.

Das Theater erfährt nicht nur umfangreichen Hilfen vom FBS sondern auch von den „Freunden des Brandenburger Theaters“, die u.a. den Theaterpreis der Stadt Brandenburg an der Havel initiiert, gestiftet haben und tragen und in besonderem Maß das Jugendtheater finanziell und ideell unterstützen.

Die Erfolgsserie des von Christiane Ziehl geleiteten Jugendtheaters des BT entwickelt sich auf das Erfreulichste weiter. Die Besuchernachfragen wachsen mit jeder neuen Produktion und sind nur noch zu befriedigen, weil es die jungen Darsteller dem Haus trotz ihrer Verpflichtungen in Schule, Universität und Lehre ermöglichen, zusätzliche Vorstellungen anzusetzen zu können. Das Konzept, junge, sehr begabte Laiendarsteller mit Profis (Regie, Dramaturgie, Bühnenbild, Kostümbild, Komposition, musikalische Interpretation)

zusammenarbeiten zu lassen, hat sich künstlerisch außerordentlich bewährt. Inzwischen wird auch überregional die Arbeit dieser Sparte gewürdigt. In 2011 wurde das Jugendtheater zum zweiten Mal nach 2010 von einer Fachjury ausgewählt, eine eigene Produktion im Rahmen des Treffens/Festivals der deutschen Jugendtheater teilzunehmen. Diese Auszeichnung/Einladung erhalten sechs dt. Jugendtheater pro Jahr.

Aktuell wird im Theaterverbund die Vertragsverlängerung ab 1.1.2012 vorbereitet und verhandelt. Wesentliche Veränderungen im Vergleich zum laufenden Vertrag werden nach jetzigem Kenntnisstand nicht erwartet. Das MWFK bezuschusst ab 2011 das Orchester des BT aus Landesmitteln und das Theater aus FAG-Mitteln. Dieses Vorgehen ist aus Sicht der Geschäftsführung positiv und erlaubt auch erweiterte bzw. veränderte Planungen. Grundsätzlich ist der Verbund für die beteiligten Institutionen ein Existenz sicherndes Konstrukt. Die Partnerschaften sind nach zehn Jahren ausgereift und krisenresistent, freundlich und konstruktiv.

Seit 2004 ist das BT auch Träger der städtischen Kunsthalle „Brennabor“ und kuratiert und organisiert im Durchschnitt acht Ausstellungen professioneller zeitgenössischer Kunst pro Jahr. Die Besucherzahlen sind auch in diesem Bereich sehr gut und ließen sich Jahr für Jahr steigern, kontinuierlich verbessern sich vor allem die Besuche von Kunstinteressierten aus anderen Städten und Bundesländern.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Zuschuss Stadt zur Erhaltung des Spielbetriebs: 3.595.400 € Zuschuss Stadt zum Betrieb der Brennabor Galerie: 50.000 € Investitionszuschuss Stadt: 86.000 €

Städtische Zuschüsse / Landeszuschüsse

	2004 €	2005 €	2006 €	2007 €	2008 €	2009 €	2010 €
Zuschuss Stadt Brandenburg an der Havel	4.707.700	4.703.700	3.673.400	3.681.400	3.672.400	3.595.400	3.595.400
Zuschuss Land Brandenburg	1.872.000	1.558.969	1.560.000	1.556.000	1.521.368	1.480.000	1.590.000
Zuschuss FAG (Finanzausgleichsgesetz)	1.500.000	1.500.000	1.475.000	1.475.000	1.475.000	1.475.000	1.475.000
Sonderzuschuss Stadt Brandenburg an der Havel	255.700	0	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000
Sonstige projektabhängige Zuschüsse	13.648	0	0	0	59.000	86.000	86.000
Gesamt	8.349.048	7.762.669	6.758.400	6.762.400	6.777.768	6.686.400	6.796.400

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2008	2009	2010
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	669	570	495
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	7	10	10
II. Sachanlagen	662	560	485
B. Umlaufvermögen	1.192	1.155	1.352
I. Vorräte	4	8	3
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	64	43	58
III. Kassenbestand, Guthaben	1.123	1.103	1.291
C. Rechnungsabgrenzungsposten	8	13	11
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	902	806	650
I. Gezeichnetes Kapital	26	26	26
II. Kapitalrücklage	0	0	1
III. Gewinnvortrag	833	876	780
IV. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	43	-96	-156
abzüglich nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
B. SoPo Investitionszuschüsse	168	196	230
C. Rückstellungen	423	418	516
D. Verbindlichkeiten	287	236	375
E. Rechnungsabgrenzungsposten	89	82	87
Bilanzsumme	1.869	1.738	1.858

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2008	2009	2010
1. Umsatzerlöse	637	644	623
2. Erträge aus Zuschüssen	6.762	6.741	6.763
3. Sonstige betriebliche Erträge	111	76	150
4. Inszenierungsaufwand	-1.667	-1.566	-1.389
5. Personalaufwand	-4.873	-5.083	-5.371
6. Abschreibungen	-213	-240	-205
7. Sonstige betriebl. Aufwendungen	-745	-673	-731
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	33	7	24
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	-1	-17
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	43	-95	-153
11. Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-2
11. Sonstige Steuern	0	-1	-2
12. Jahresergebnis	43	-96	-156

III.2.4 Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH

Geschäftsbereich

Verwaltungs- und Beteiligungsholding

Firmensitz

Hauptstr. 32
14776 Brandenburg
Tel.: 03381/ 62 97 0
Fax: 03381/ 62 97 23

e-mail: gf@twb-brb.de

Gründung

Die TWB (Technische Werke Brandenburg GmbH) wurde am 06.07.1991 von der Stadt Brandenburg an der Havel gegründet.

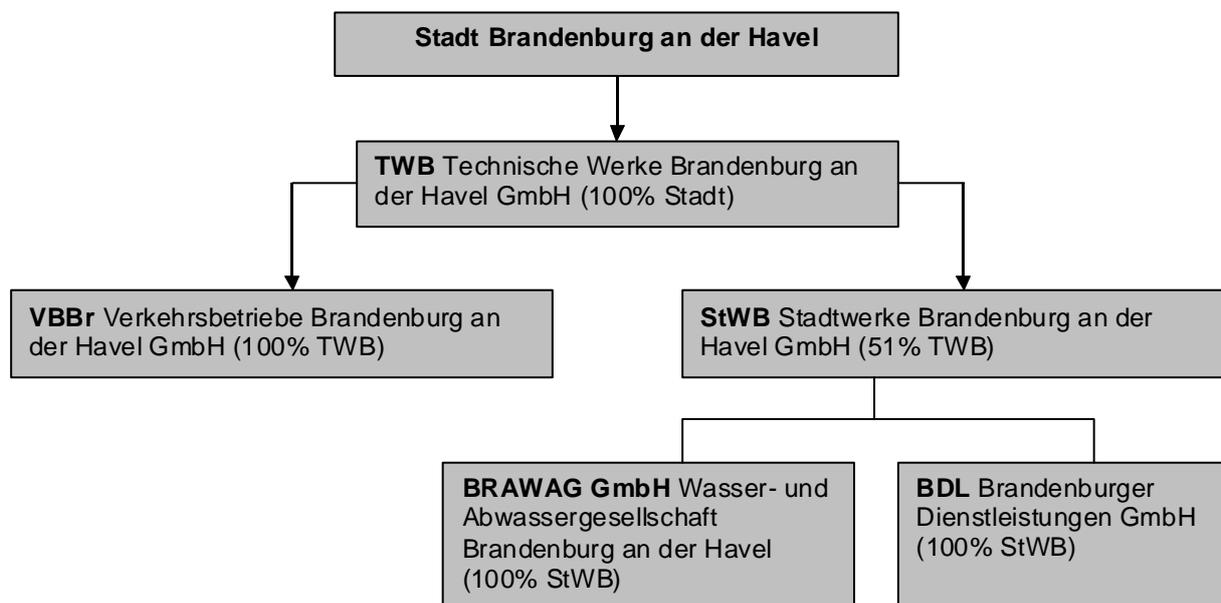
Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 102.400 €

Stadt Brandenburg an der Havel 100 %

Unterbeteiligungen

Die TWB ist Holding Gesellschafterin mit unterschiedlichen Geschäftsanteilen von zwei juristisch selbstständigen Tochterunternehmen. Mittelbar ist die TWB an zwei weiteren Gesellschaften über die StWB beteiligt.



Verbundene Unternehmen (Stand 31.12.2010)				
<u>Name und Sitz</u>	<u>Stammkapital der jeweiligen Gesellschaft in T€</u>	<u>Anteil am Stammkapital in T€</u>	<u>Kapitalanteil in %</u>	<u>Gegenstand</u>
a.) Unmittelbare Beteiligungen				
Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH, Brandenburg an der Havel (StWB)	8.181,0	4.172,0	51,0	Planung, Errichtung, Erwerb und Betrieb von Anlagen, die der Versorgung mit Elektrizität, Gas und Wärme sowie Wasser und Abwasser dienen.
Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH, Brandenburg an der Havel (VBB)	1.971,0	1.971,0	100,0	Planung, Bau und Vorhaltung von Verkehrsanlagen, Betrieb von Straßenbahnen, Omnibussen, Fahrgastschiffen, Fähren und anderen der Personenbeförderung dienenden Fahrzeugen
b.) Mittelbare Beteiligungen				
BRAWAG GmbH Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel, Brandenburg an der Havel (BRAWAG)	6.647,0	3.390,0	51,0	Planung, Finanzierung, Bau und Betrieb von Einrichtungen der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Klärschlamm Entsorgung
Brandenburger Dienstleistungen GmbH, Brandenburg an der Havel (BDL)	434,0	221,0	51,0	Hausmeisterdienste, Garten- und Landschaftspflege, technische und Reinigungsdienstleistungen, Werk- und Dienstleistungen bezüglich Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Klärschlamm Entsorgung

Die StWB stellt einen Teilkonzernabschluss, in dem die BRAWAG GmbH und die BDL GmbH eingebunden werden.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 28.10.1999.

Die Eintragung ins Handelsregister des Amtsgerichtes Potsdam ist unter der Registernummer HRB 2807 P am 01. Dezember 1999 erfolgt.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Klaus Deschner

- *Gesellschafterversammlung*

Vertreter der Gesellschafterin in der Gesellschafterversammlung ist seit dem 17.12.2003 die Oberbürgermeisterin Frau Dr. Dietlind Tiemann.

Die Gesellschafterversammlung trat im Jahr 2010 zu zwölf ordentlichen Sitzungen zusammen.

- *Aufsichtsrat*

Der Aufsichtsrat der TWB besteht aus neun Mitgliedern. Die Oberbürgermeisterin ist kraft ihres Amtes Mitglied des Aufsichtsrates.

Aufsichtsratsmitglieder 2010

Aufsichtsratsvorsitz	Frau Dr. Dietlind Tiemann
Stellvertreter	Herr Herbert Nowotny
weitere Mitglieder	Herr Martin Simon
	Herr Walter Paaschen
	Herr Klaus-Peter Fischer
	Frau Britta Kornmesser
	Herr Renè Kretzschmar
	Herr Uwe Trütschler
	Herr Gerhard Zepf

Im Geschäftsjahr 2010 fanden drei Aufsichtsratssitzungen statt.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Öffentlicher Zweck

Der öffentliche Zweck der TWB ergibt sich aufgrund der Holdingstruktur aus den öffentlichen Zwecken der Tochtergesellschaften. Diese werden jeweils in diesem Beteiligungsbericht ausführlich aufgezeigt. Zudem wird mit dem Konstrukt der TWB der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit beachtet sowie Synergieeffekte genutzt.

Gegenstand des Unternehmens

- Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen an Unternehmen, insbesondere an Unternehmen der kommunalen Wirtschaft der Stadt Brandenburg an der Havel
- Förderung dieser Unternehmen und sonstiger kommunaler Einrichtungen auch wirtschaftlicher Natur, insbesondere durch Beratung und Erbringung von Dienstleistungen
- Abschluss von Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträgen mit Tochtergesellschaften
- Erwerb, die Verwaltung, die Bewirtschaftung und die Veräußerung von bebauten und unbebauten Grundstücken

Diese Tätigkeiten kann die Gesellschaft nur insoweit ausüben, als sie durch einen öffentlichen Zweck gerechtfertigt sind und in Verbindung zur Aufgabe der Beteiligungsverwaltung stehen. Darüber hinaus ist die Gesellschaft berechtigt, alle Geschäfte einzugehen, die der Förderung und Wirtschaftlichkeit des Unternehmensgegenstandes dienen. Bedient sich die Gesellschaft zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen, beteiligt sich oder errichtet, erwirbt oder pachtet solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe, muss der Stadt Brandenburg an der Havel eine angemessene Einflussnahme ermöglicht werden.

Die TWB GmbH dient in ihrer Holdingfunktion als Aufsichts- und Verwaltungsorgan und stellt das Bindeglied zwischen den Tochtergesellschaften und der Stadt Brandenburg an der Havel dar. Wesentlicher Zweck der TWB ist die Beteiligung an den städtischen Unternehmen,

die Herstellung eines steuerlichen Querverbundes und die Nutzung von Synergieeffekten, insbesondere auf den Gebieten der Finanzierung und des Controllings.

Die TWB als reine Verwaltungs- und Finanzholding hat die Aufgabe der wirtschaftlichen Verwaltung und Steuerung ihrer Tochterunternehmen, die insbesondere Versorgungs- und Dienstleistungsunternehmen sind.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2008	2009	2010
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	78%	76%	80%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	99%	99%	99%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	126%	131%	123%
Zinsaufwandquote	0%	0%	0%
Liquidität 3. Grades	1706%	1669%	1623%
Cashflow	-2.750 T€	-2.406 T€	-1.880 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	-6%	-7%	-7%
Umsatz	0	0	0
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-2.141 T€	-2.153 T€	-2.165 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	0%	0%	0%
Anzahl der Mitarbeiter	5	5	5

Lagebericht der Gesellschaft

Darstellung des Geschäftsverlaufes

Der immer intensivere Wettbewerb gerade auf dem Energiemarkt und auch die leicht rückläufige Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Brandenburg an der Havel führen zu Verschiebungen in den Versorgungsstrukturen und beeinflussen somit das Geschäft sowohl im Energie- und Wasserversorgungs- als auch im Abwasserentsorgungsbereich und dem öffentlichen Nahverkehr und fließen in die Instandhaltungs- und Netzausbaustrategie ein.

Der Einfluss des Ölpreises auf den Strompreis für das gesamte Jahr 2010 war eher gering, allerdings wirkten sich die EEG-Umlagen (Erneuerbare-Energien-Gesetz) wegen zusätzlich in Betrieb genommener EEG-Anlagen in 2010 preiserhöhend auf den Endverbraucherpreis aus. Im StWB-Netzgebiet stieg die Zahl der agierenden Stromhändler im Tarifikundengeschäft von 58 auf 78.

Anfang 2010 zeigte sich ein deutlicher Gaspreisverfall an den europäischen Gasmärkten und die Preisspanne von heizölgebundenen Gaspreisen zu Gasfestpreisen vergrößerte sich weiter. Im Juni relativierte sich die Situation wieder etwas, aber weiterhin sind Festpreisprodukte im Gas günstiger als heizölindizierte Gaspreisverträge. Neue und noch nicht entdeckte Wettbewerber nutzen diese Chance, sich günstig mit Gasprodukten zu attraktiven Marktpreisen einzudecken. Dadurch hat sich die Zahl der Erdgashändler in der Stadt Brandenburg an der Havel von 16 auf 24 erhöht.

Die Entwicklung der verkauften Gas-Wärmemengen wird wesentlich von der Witterung beeinflusst. Aufgrund der außergewöhnlich kalten Temperaturen in 2010 konnte der Absatz in diesen Sparten gesteigert werden. Für die Folgejahre werden wieder normale Verhältnisse anhand des langjährigen Mittels unterstellt.

Die verkaufte Trinkwassermenge stieg im Stadtgebiet Brandenburg an der Havel um 0,3% und inklusive Umland um 1,3 %. Der Anstieg im Umland ist hauptsächlich auf eine höhere Wasserabnahme der Gemeinden vom Amt Wusterwitz und der Ortsteile Rietz und Prützke zurückzuführen.

Gemäß § 7 der am 2. Dezember 2009 geschlossenen Verkehrsvereinbarung zwischen der Stadt Brandenburg an der Havel und der VBBr verpflichtet sich die Gesellschaft, die vom EuGH aufgestellten Kriterien zum sog. Altmark-Trans-Urteil zu erfüllen und dies – insbesondere hinsichtlich eines durchschnittlichen, gut geführten Unternehmens – alle zwei Jahre nachzuweisen. Dabei wurde festgestellt, dass die Ist-Kosten der VBBr die analytisch ermittelten höchstens ausgleichsfähigen Kosten unterschreiten und mithin dem vom EuGH aufgestellten Kostenmaßstab entsprechen. Die VBBr beförderte im Jahr 2010 rund 750.000 Personen (+10,6 %) mehr als im Vorjahr, bei einem Anstieg der Betriebsleistung von 57.000 km (+3 %).

Darstellung der Lage der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr 2010 konnte der Bilanzverlust von 2,2 Mio. € auf dem Niveau des Vorjahres gehalten werden. Das Jahresergebnis 2010 war entsprechend der Aufgaben einer Holding vom Beteiligungsergebnis geprägt; die Aufwendungen aus der Verlustübernahme für

die Durchführung des ÖPNV der Stadt Brandenburg an der Havel von 4,4 Mio. € (2009: 4,4 Mio. €) überstiegen die Erträge aus Beteiligungen in Höhe von 2,3 Mio. € (2009: 2,4 Mio. €). Außerdem erzielte die TWB im Geschäftsjahr für die Erbringung von Beratungs- und sonstigen Dienstleistungen für städtische Unternehmen sonstige betriebliche Erträge.

Die Entwicklung der Ertragslage stellt sich im Mehrjahresvergleich wie folgt dar:

	2007	2008	2009	2010
	T€	T€	T€	T€
Betriebsergebnis	-302	-322	-386	-380
Finanzergebnis	-1.799	-1.821	-1.774	-1.879
davon Verlustübernahme ÖPNV	4.661	4.504	4.408	4.361
Neutrales Ergebnis	16	2	7	94
Jahresfehlbetrag	2.085	2.141	2.153	2.165

Im Geschäftsjahr 2010 reduzierte sich die Bilanzsumme um 1,8 Mio. €, was in der Vermögens- und Finanzlage im Wesentlichen das Resultat aus dem Abbau der liquiden Mittel und Steuererstattungen war.

Das Eigenkapital veränderte sich im Geschäftsjahr durch zweckgebundene Einlagen für den ÖPNV (4,7 Mio. €) saldiert mit Entnahmen (4,2 Mio. €) und dem Jahresfehlbetrag (2,2 Mio. €) um 1,7 Mio. €. Die Bilanzsumme verringerte sich von 30,9 Mio. € im Vorjahr auf 29,1 Mio. € im Geschäftsjahr.

Die in früheren Jahren gebildete Rückstellung für die Verpflichtung der TWB Sanierungsaufwendungen für die Altlasten auf Grundstück und Gebäude in der Gutenbergstraße 33 zu übernehmen wurde im Geschäftsjahr vollständig aufgelöst, da noch bestehende Altlasten einem anderen Verursacher zuzuordnen sind.

Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter von 0,2 Mio. € (2009: 0,2 Mio. €) resultieren aus den nicht verbrauchten zweckgebundenen Zuwendungen des Aufgabenträgers für den öffentlichen Personennahverkehr aus Vorjahren.

Mit einer den Aufgaben einer Beteiligungsholding entsprechenden Eigenkapitalquote von 99,0% (2009: 98,7%) ist die Finanzierung des langfristig gebundenen Vermögens gesichert.

Primäre Einnahmequelle der TWB ist das Ausschüttungspotenzial der Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH, das jedoch nach gegenwärtigem Stand die Aufwendungen für die Durchführung des ÖPNV in der Stadt Brandenburg an der Havel nicht nachhaltig decken kann.

Im Geschäftsjahr 2010 wurden wie in den Vorjahren die Aufwendungen der TWB für die Durchführung des ÖPNVs der Stadt Brandenburg an der Havel ausgeglichen. Die Kapitalentnahme durch die Gesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel über 4.203,2 T€ konn-

te im Geschäftsjahr nicht vollständig aus der Gewinnausschüttung der StWB in Höhe von 2.346,0 T€ finanziert werden.

Der Finanzmittelbestand hat sich im Wesentlichen daher gegenüber dem Vorjahr um 1.419,1 T€ von 5.353,5 T€ auf 3.934,5 T€ verringert. Die Liquidität der Gesellschaft war im Geschäftsjahr gesichert.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Entwicklung der verbundenen Unternehmen

Der rückläufige Trend der Bevölkerungszahlen im Versorgungsgebiet scheint etwas gebremst. Die Anzahl der Einwohner sank gegenüber dem Vorjahr nur leicht.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Beteiligungen wird durch den zunehmenden Wettbewerb beeinflusst. Die Beschränkung der wirtschaftlichen Betätigung kommunaler Unternehmen durch die brandenburgische Kommunalverfassung auf dem Gebiet der Kommune wirkt sich zusätzlich hemmend auf die Unternehmensaktivitäten aus.

Den hieraus erwachsenden Risiken wird im Rahmen des Konzernverbundes der TWB mit kontinuierlicher konzeptioneller Arbeit zur Erhöhung der Effektivität begegnet.

Teilkonzern Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH

Die Geschäftsführung der StWB sieht wesentliche Risiken in der instabilen politischen Lage im Nahen Osten/Afrika und dem damit verbundenen hohen Ölpreisniveau sowie Veränderungen durch die Wende in der nationalen Energiepolitik, die im Zusammenhang mit der Umweltkatastrophe in Japan steht. Zu weiteren Risiken zählt die Geschäftsführung der StWB den zunehmenden Wettbewerb sowie permanente Änderungen des Rechtsrahmens.

Chancen sieht die Geschäftsführung der StWB im Wesentlichen in dem Auf- und Ausbau des exterritorialen Gas- und Stromvertriebs, um die im eigenen Netzgebiet verlorenen Mengen auszugleichen sowie in neuen Festpreisangeboten zur Kundenbindung.

Zukünftige Risiken im Bereich Trinkwasserversorgung sieht die Geschäftsführung wegen der sinkenden Bevölkerungsentwicklung und des damit verbundenen Rückgangs des Trinkwasserverbrauchs insbesondere für den Absatz und die Instandhaltung des Trink- und Abwassernetzes.

Die StWB plant trotz sinkender Umsatzerlöse für die kommenden zwei Geschäftsjahre mit einem Geschäftsergebnis auf Vorjahresniveau.

Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH

Die VBBr erhält aufgabenbedingt auch im Jahr 2011 Zuwendungen zum ÖPNV, die sie von der Aufgabenträgerin, der Stadt Brandenburg an der Havel, über ihre Gesellschafterin TWB erhält.

Als Risiko identifiziert die Geschäftsführung der VBBr insbesondere die Absicherung der langfristigen Finanzierung des ÖPNV durch die Aufgabenträger Stadt Brandenburg an der

Havel, das Land Brandenburg und den Bund. Weitere finanzielle Risiken ergeben sich aus der ausstehenden Einnahmeaufteilung des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg.

Als Schwerpunkt für das Jahr 2011 definiert die Gesellschaft die Bewältigung des Beförderungsauftrages trotz der Vielzahl der geplanten Baumaßnahmen in der Stadt Brandenburg an der Havel mit Straßenteilsperungen und weiträumigen Umfahrungen. Dazu kommt die Rekonstruktion der Fahr- und Gleisanlagen am Hauptbahnhof.

Chancen und Risiken der künftigen Geschäftsentwicklung

Mit den im Geschäftsjahr und in den Vorjahren vollzogenen Kapitalentnahmen ist der Liquiditätsbestand der TWB reduziert worden.

Zur Sicherung der VBBr ist der Ausgleich des in der Wirtschaftsplanung 2011 mittelfristig definierten Zuschussbedarfes durch die Stadt Brandenburg an der Havel, wie in der Verkehrsvereinbarung geregelt, erforderlich.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	2008: Kapitaleinlagen: 4.760.848,30 € Kapitalentnahmen: -4.029.631,00 € 2009: Kapitaleinlagen: 4.664.839,54 € Kapitalentnahmen: -5.962.302,22 € 2010: Kapitaleinlagen: 4.667.842,03 € Kapitalentnahmen: -4.203.213,00 € Die Einlagen wurden von der Gesellschafterin zur Finanzierung der Zuschüsse der TWB GmbH an die Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH für die Stützung des ÖPNV und die Fähre Neuendorf geleistet. Die Entnahmen betreffen Barentnahmen der Gesellschafterin.
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	1. Vertragsbeziehungen bestehen neben Gesellschaften des TWB-Konzerns mit unmittelbaren städtischen Betrieben: Dienstleistungsverträge mit der PEK, der TGZ, dem Eigenbetrieb Schwimm- und Erlebnisbad der Stadt Brandenburg an der Havel sowie dem Zweckverband BUGA 2015 über die Durchführung der Buchführung und die Erarbeitung des Jahresabschlusses, der Quartals- und Wirtschaftspläne; Verkehrsvereinbarungen zwischen der Stadt Brandenburg an der Havel, der VBBr sowie der TWB zu erteilten Linienkonzessionen in der Stadt Brandenburg an der Havel. 2. Dienst- und Leistungsbeziehungen bestehen zwischen der TWB und WOBRA (Hausmeistervertrag, Mietvertrag, Managementleistungen, Bilanzbuchhaltung, Revision).

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2008	2009	2010
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	26.892	23.388	23.390
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	1	0
II. Sachanlagen	27	23	25
III. Finanzanlagen	26.865	23.364	23.365
B. Umlaufvermögen	6.724	6.615	4.613
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.173	1.261	678
III. Kassenbestand, Guthaben	5.551	5.354	3.935
C. Rechnungsabgrenzungsposten	768	933	1.121
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	33.990	30.540	28.840
I. Gezeichnetes Kapital	102	102	102
II. Kapitalrücklage	36.029	32.590	30.902
III. Gewinnrücklagen	0	0	0
VI. Bilanzverlust	-2.141	-2.152	-2.165
B. Rückstellungen	155	162	48
C. Verbindlichkeiten	239	234	236
Bilanzsumme	34.384	30.936	29.124

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2008	2009	2010
1. Umsatzerlöse	0	0	0
2. Bestandsänderungen	0	0	0
3. Sonstige betriebliche Erträge	176	162	264
4. Materialaufwand	0	0	0
5. Personalaufwand	-316	-337	-337
6. Abschreibungen	-8	-5	-3
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-171	-198	-210
8. Erträge aus Beteiligungen	2.295	2.424	2.346
9. Erträge aus Ausleihungen	203	44	0
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	185	166	136
11. Aufwendungen aus Verlustübernahme	-4.504	-4.408	-4.361
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-2.141	-2.152	-2.165
14. Sonstige Steuern	0	0	0
15. Jahresergebnis	-2.141	-2.153	-2.165

III.2.4.1 Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH

Geschäftsbereich

Öffentlicher Personennahverkehr

Firmensitz

Upstallstr. 18
14772 Brandenburg an der Havel
Tel.: 03381/53 41 00
Fax: 03381/53 41 01
e-mail: info@vbbr.de
Internet: www.vbbr.de

Gründung

Die Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH (VBBr) ist durch Umwandlung des in Eigenregie übernommenen VEB Verkehrsbetriebe Brandenburg entstanden. Die Gesellschaft wurde am 24.06.1991 gegründet. Die Gesellschaft ist im Handelsregister des Amtsgerichtes Potsdam unter HRB 1685 P eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	1.971.100 €
TWB GmbH	100 %

Unterbeteiligungen

Aktuelles Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftsvertrag ist datiert vom 10. November 1999. Der Gesellschaftsvertrag wurde am 08.02.2000 in das Handelsregister eingetragen.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Werner Jumpertz

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung in der Gesellschafterversammlung wird durch die Geschäftsführung der TWB wahrgenommen.

Die Gesellschafterversammlung trat im Geschäftsjahr 2010 zu fünf Sitzungen zusammen.

- *Beirat*

Der Beirat setzt sich im Berichtsjahr wie folgt zusammen:

Beiratsmitglieder 2010	
Beiratsvorsitz	Herr Ralf Viertel
weitere Mitglieder	Herr Michael Kilian Frau Anett Schulze Herr Andreas Martin Herr Uwe Trütschler

Im Geschäftsjahr 2010 fand eine Beiratssitzung statt.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist laut § 2 des Gesellschaftsvertrages:

- Planung, Bau und Vorhaltung von Verkehrsanlagen, der Betrieb von Straßenbahnen, Omnibussen, Fähren und anderen der Personenbeförderung dienenden Fahrzeugen zur bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung mit ÖPNV-Leistungen zu sozialverträglichen Preisen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten im Rahmen und nach Maßgabe des Nahverkehrsplanes der Stadt Brandenburg an der Havel
- Betrieb artverwandter und branchenüblicher Nebengeschäfte sowie aller sonstigen Geschäfte, die der Erreichung und Förderung des Hauptzwecks dienlich sind
- Durchführung aller Maßnahmen und Geschäfte, durch die der Unternehmensgegenstand unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann
- Beteiligung, die Errichtung, der Erwerb oder die Pacht anderer Unternehmen sowie die Eingehung von Interessengemeinschaften zur Erfüllung ihrer Aufgaben, soweit der Stadt eine angemessene Einflussnahme ermöglicht wird, der Unternehmensgegenstand durch den öffentlichen Zweck gerechtfertigt ist und die Betätigung des Unternehmens nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit um dem Bedarf der Stadt steht

Die Aufrechterhaltung der Personenbeförderung hat Vorrang vor wirtschaftlichen Gesichtspunkten, soweit dies mit der Haushaltslage der Gesellschafterin in Einklang zu bringen ist. Ein vorrangiges Ziel, Gewinn zu erzielen, liegt nicht vor.

Öffentlicher Zweck

Gemäß § 2 Abs. 1 ÖPNV-Gesetz (Gesetz über den Öffentlichen Personennahverkehr im Land Brandenburg) stellt die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr eine Aufgabe der Daseins-

vorsorge dar. Diese obliegt gemäß § 3 Abs. 3 ÖPNV-Gesetz den Landkreisen und kreisfreien Städten. Hierzu ist je nach Bedarf ein Liniennetz aufzubauen, dass in einer bestimmten Taktdichte befahren wird. Der Begriff "ausreichend" ist insoweit unbestimmt und wird erst durch die vorhandene Nachfrage ausgefüllt. Die Stadt Brandenburg an der Havel bedient sich zur Erfüllung dieser Aufgabe der Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2008	2009	2010
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	91%	91%	85%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	21%	23%	23%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	102%	101%	116%
Zinsaufwandquote	7%	6%	5%
Liquidität 3. Grades	127%	108%	159%
Cashflow	992 T€	1.336 T€	938 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	0	0	0
Umsatz	4.893 T€	4.864 T€	5.183 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0	0	-25 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	109%	107%	101%
Anzahl der Mitarbeiter	144	143	143

Lagebericht der Gesellschaft

Verordnung (EG) über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße

In § 7 der am 2.12.2009 geschlossenen Verkehrsvereinbarung zwischen der Stadt Brandenburg an der Havel und der Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH unter Einbeziehung der Alleingeschäftlerin der VBB, der Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH ist geregelt, dass die VBB sich verpflichtet, die vom EuGH (Europäischer Gerichtshof) aufgestellten Kriterien zum Altmark-Trans-Urteil zu erfüllen und die Erfüllung alle zwei Jahre nachzuweisen. Dieses gilt insbesondere hinsichtlich des Nachweises eines durchschnittlichen, gut geführten Unternehmens. Die VBB beauftragte daraufhin die WIBERA Wirtschaftsberatung und Aktiengesellschaft.

Auf der Grundlage der dokumentierten Leistungserstellung im ÖPNV (Mengengerüst, Fahrzeuggrößen, Qualitätsstandards) und unter Berücksichtigung der konkreten Produktionsbedingungen wurden die höchstens ausgleichsfähigen Kosten im Soll analytisch ermittelt. Es wurde festgestellt, dass die Ist-Kosten der VBB die analytisch ermittelten höchstens ausgleichsfähigen Kosten unterschreiten und mithin dem vom EuGH aufgestellten Kostenmaßstab entsprechen.

Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

2010 wurden 762 T€ investiert. Insbesondere 196 T€ in die Erneuerung von Fahrleitungsanlagen und 293 T€ für die Migration des rechnergestützten Betriebsleitsystem (Umstellung auf IBISplus). Eine Kreditaufnahme war nicht erforderlich.

Die Darlehen haben sich daher wie folgt entwickelt:

Stand 01.01.2010	5.461 T€
Tilgung	542 T€
Endstand 31.12.2010	4.919 T€

Mit dem Fahrplanwechsel am 28.03.2010, nach Fertigstellung der Homeyenbrücke, erhielten einige Buslinien eine Neuführung direkt über den Hauptbahnhof als bedeutenden Umsteigepunkt zur DB Regio. Neu eingeführt wurde die Linie L zur Erschließung des Wohngebietes Klingenberg. Alle Maßnahmen standen im Fokus der weiteren Sicherung der Einnahmen aus der Beförderung, was auch im Jahresergebnis sichtbar wurde.

Die Genehmigungen für die Einrichtung und den Betrieb des Linienverkehrs gemäß § 42 PBefG sind für den Straßenbahnbetrieb bis 31.05.2025 und für den Stadtnibusbetrieb bis 31.05.2016 und für die Nachtlinien bis 10.01.2014 erteilt.

Darstellung der Lage der Gesellschaft

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme fällt gegenüber dem Vorjahr um 206 T€ geringer aus. Das resultiert hauptsächlich aus der Veränderung des Anlagevermögens (Abschreibungen 2,1 Mio. € und Zugänge 0,8 Mio. €) i.V.m. der Zunahme der liquiden Mittel um 1,0 Mio. €. Dem stehen auf

der Passivseite im Wesentlichen geringere Kreditverbindlichkeiten (planmäßige Tilgung von 542 T€) gegenüber. Das langfristig gebundene Vermögen wird vollständig durch langfristige Mittel abgedeckt. Das Nettoumlaufvermögen (Umlaufvermögen minus kurzfristige Fremdmittel) hat sich um 1,2 Mio. € erhöht. Die Eigenkapitalquote beträgt 23,4% (Vorjahr 23,3%) und unter Berücksichtigung des Sonderpostens 69,4% (Vorjahr 67,6%).

Kapitalflussrechnung

Aus der laufenden Geschäftstätigkeit wurde ein positiver Cashflow von 938 T€ erzielt. Dieser dient zur Finanzierung von Investitionen und teilweise zur Tilgung von Krediten.

Ertragslage

Die VBB hat im Jahr 2010 einen Vertrag abgeschlossen, der es einem anderen Verkehrsunternehmen ermöglicht, bei der VBB zu tanken. Die hier entstandenen Aufwendungen und Erträge aus dem Verkauf des Dieselmotortreibstoffes werden in der weiteren Betrachtung der Ertragslage nicht berücksichtigt.

Der Jahresfehlbetrag im Jahr 2010 beträgt 25 T€. Grund hierfür ist das außerordentliche Ergebnis (nicht geplant), das sich aus der Anwendung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes ergibt. Rückstellungen, die 2009 gebildet wurden und zu denen der Grund der Bildung entfallen ist, sowie Abzinsungen der bestehenden Rückstellungen, die eine Laufzeit von mehr als einem Jahr haben, wurden in Höhe von 23 T€ dem außerordentlichen Ertrag zugeführt. Die Jubiläumsrückstellungen wurden mit dem Erfüllungsbetrag bewertet, somit wurden 47 T€ dem außerordentlichen Aufwand zugeführt.

Das geplante Jahresergebnis wurde – ohne Berücksichtigung des außerordentlichen Ergebnisses – eingehalten; trotz erhöhtem Verbrauch Fahrstrom +70 T€ (u.a. Weichenheizungen), der Erhöhung der Netznutzungsentgelte +25 T€ und der Neuregelung EEG (Erneuerbare Energien Gesetz) +22 T€ gegenüber der Planung. 2010 wurden 533 T€ mehr Beförderungsentgelte im Linienverkehr erzielt, wobei für zukünftige Einnahmearteilungen (2010) Rückstellungen von 171 T€ gebildet wurden und 127 T€ für die Einnahmearteilung Vorjahre verbraucht wurden.

Materialaufwand

Der Materialaufwand ist um 362 T€ (ohne Verbrauch Fremdbetankung) höher als 2009, was auch durch die Entwicklung des Dieselmotortreibstoffpreises bestimmt war (+92 T€, Durchschnittspreis 2010 – 0,95 E/Liter 2009 - 0,84 E/Liter). Beim Fahrstrom (+86 T€) sind die Energiekosten von 13,73 Cent/kWh auf 15,06 Cent/kWh gestiegen. Ein Mehrverbrauch von 339 MWh gegenüber 2009 ergab sich durch längeren Bedarf der Fahrzeug- und Weichenheizungen. Auch außerplanmäßige Sanierungsarbeiten waren nach der Winterperiode im Gleisnetz notwendig.

Personal

Der Personalaufwand liegt 2010 mit 41 T€ höher als 2009, Ursache hierfür ist hauptsächlich die planmäßige Tarifierhöhung von 1,5% lt. Tarifvertrag TV-N. Die Zahl der Beschäftigten

ohne Auszubildende betrug zum 31.12.2010 143 (31.12.2009 143 Mitarbeiter). Im Durchschnitt waren 2010 141 Arbeitnehmer beschäftigt.

Die VBBr ist anerkannter Ausbildungsbetrieb. Im Jahr 2010 befanden sich zwei Industriemechaniker, zwei Mechatroniker, sechs Berufskraftfahrer sowie drei Bürokaufleute bei der VBBr in Ausbildung, wobei zwei überbetrieblich ausgebildet werden. Vier Auszubildende lernten 2010 erfolgreich aus.

Leistungserbringung

Die VBBr bedient das Stadtgebiet Brandenburg an der Havel mit Straßenbahnen und Omnibussen. Im Bedienegebiet beträgt die Einwohnerzahl 72.516.

Beförderte Personen

Beförderte Personen	2010 in 1000	2009 in 1000	Veränderung	
			in 1000	in %
Gesamt (Linien- und Sonderverkehr)	7.839,3	7.091,1	+748,2	+10,6
davon Linienverkehr (§ 42 PBefG)	7.835,0	7.031,2	+803,8	+11,4

Betriebsleistung und Fahrzeuge

	2010 in 1000 km	2009 in 1000 km	Veränderung	
			in 1000	in %
Betriebsleistung – gesamt (Linien- und Sonderverkehr)	1.982	1.925	+57	+3,0
davon Linienverkehr (§ 42 PBefG)	1.974	1.906	+68	+3,6
davon Straßenbahn	678	675	+3	+0,4
davon Omnibus (einschl. Linientaxi)	1.296	1.231	+65	+5,3

Die Ermittlung der beförderten Personen erfolgt anhand der verkauften Fahrausweise (bei der VBBr) und der durchschnittlich ermittelten Fahrtenhäufigkeit. Die Ergebnisse der Verbunderhebung 2010 liegen in ersten Ergebnissen vor, woraus sich eine Steigerung gegenüber der Erhebung 2007 ergibt.

Der Kostendeckungsgrad, bezogen auf die Umsatzerlöse, liegt bei 51,9% gegenüber 51,6% im Vorjahr. Der Gesamtkostendeckungsgrad (einschließlich periodenfremder Einflüsse) liegt bei 56,5% (Vorjahr 53,7%).

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Zur Erfüllung der Erfordernisse hat die VBBr ein Risikofrüherkennungssystem eingerichtet, welches auch 2010 überarbeitet wurde.

Zielsetzung des Risikomanagements ist es, zukünftige risikobehaftete Entwicklungen frühest möglich zu identifizieren, zu analysieren, zu bewerten und fortlaufend zu überwachen, um die langfristige Anpassung des Unternehmens an sich stetig verändernde Umweltbedingungen und die nachhaltige Existenzsicherung des Unternehmens sicherzustellen.

Ein kritisches Risiko für die VBBr ist hauptsächlich die Absicherung der langfristigen Finanzierung des ÖPNV zum einem aus den Haushaltsmitteln der Stadt Brandenburg an der Havel und zum anderen aus Bund und Land auch für notwendige Investitionsmaßnahmen. Weitere Risiken ergeben sich aus den offenen Einnahmeaufteilungsrechnungen des Verkehrsverbundes und dem Auslaufen des Tarifvertrages TV-N zum 31.12.2012, was eine mittelfristige Personalplanung erschwert.

Unser Schwerpunkt 2011 ist die Bewältigung des Beförderungsauftrages trotz einer Vielzahl geplanter Baumaßnahmen in der Stadt Brandenburg an der Havel, wobei es zu Teilsperren von Straßen kommt und damit weiterführende Umfahrungen notwendig sind. Dazu kommt die Rekonstruktion der Fahr- und Gleisanlagen am Hauptbahnhof.

Insgesamt kam es ohne Berücksichtigung der Zuschüsse des Gesellschafters zu einer Ergebnisverbesserung von 18 T€. Der Gesamtkostendeckungsgrad liegt bei 56,5%. Es ist sowohl eine Erhöhung der Beförderungsentgelte als auch der Beförderungsfälle gelungen. Da allerdings die Einnahmeaufteilung der Jahre 2009 bis 2010 aussteht (Einschätzung des Risikos ist sehr problematisch) und die Verbundverkehrserhebung, die 2010 stattfand in der Bewertung nicht abgeschlossen ist, wurde die bereits vorhandene Rückstellung auf insgesamt 502 T€ aufgestockt.

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, liegen nicht vor.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Zuschuss ÖPNV 2010 = 4.319.700,00 Euro (ohne Ausbildungsverkehr und Fähre Neuendorf) Zuschuss Invest 2010 = 306.542,00 Euro

Städtische Zuschüsse / Landeszuschüsse 2010

Zuschüsse	Gesamtsumme €	hiervon Landeszuweisung €	hiervon städt. Eigenanteil €
Zuschuss konsumtiv	4.319.700	1.273.468	3.046.232
Zuschuss Fähre	41.600	0	41.600
Ausgewiesener Subventionsbedarf	4.361.300	1.273.468	3.087.832
Investitionszuschuss	306.542	306.542	0
Zuweisung für den Ausbildungsverkehr	711.611	711.611	0
Gesamtsumme	5.379.453	2.291.621	3.087.832

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)

Bilanz	2008	2009	2010
Aktivseite			
A. Anlagevermögen	22.709	20.909	19.537
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	16	34	281
II. Sachanlagen	22.691	20.872	19.253
III. Finanzanlagen	3	3	3
B. Umlaufvermögen	2.307	2.165	3.331
I. Vorräte	239	237	262
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	448	435	571
III. Kassenbestand	1.620	1.493	2.499
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
D. Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung	0	0	0
Passivseite			
A. Eigenkapital	5.366	5.366	5.341
I. Gezeichnetes Kapital	1.971	1.971	1.971
II. Gewinnrücklagen	3.395	3.395	3.395
III. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	-25
B. SoPo für Investitionszuschüsse	11.141	10.239	10.514
C. Rückstellungen	740	865	826
D. Verbindlichkeiten	7.546	6.386	5.949
E. Rechnungsabgrenzungsposten	223	218	238
Bilanzsumme	25.016	23.074	22.868

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)

GuV	2008	2009	2010
1. Umsatzerlöse	4.893	4.864	5.183
2. Sonstige betriebliche Erträge	4.642	4.544	4.739
3. Materialaufwand	-1.735	-1.845	-2.405
4. Personalaufwand	-5.332	-5.186	-5.227
5. Abschreibungen	-2.341	-2.295	-2.134
Zuführungen zum SoPo für Investitionszuschüsse	1.164	1.159	1.094
6. Sonstige betriebl. Aufwendungen	-967	-961	-1.006
7. Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	25	11	14
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-352	-281	-248
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	10	10	11
11. Außerordentlicher Ertrag	0	0	23
12. Außerordentlicher Aufwand	0	0	-47
13. Sonstige Steuern	-10	-10	-11
12. Jahresergebnis	0	0	-25

III.2.4.2 Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH

Geschäftsbereich

Energieversorgung

Firmensitz

Upstallstr. 25
 14772 Brandenburg an der Havel
 Tel.: 03381/75 20
 Fax: 03381/75 23 18
 e-mail: info@stwb.de
 Internet: www.stwb.de

Gründung

Die Gründung der Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH (StWB) erfolgte am 27.01.1995 auf der Grundlage eines Konsortialvertrages mit gleichem Datum zwischen dem kommunalen Partner und den privaten Energieversorgungsunternehmen (EVU).

Hintergrund war eine schrittweise erfolgende Rückübertragung des Vermögens der örtlichen Strom- und Gasversorgung auf die Kommunen gegen die Rückgabe der von den Kommunen gehaltenen Kapitalanteile an dem privaten EVU entsprechend dem diesbezüglichen Vergleich vor dem Bundesverfassungsgericht (Stromvergleich).

Mit der Einbringung des Strom- und Fernwärmevermögens und der Einbringung der Energieversorgung Stadt Brandenburg/Havel GmbH (EBH) und der damit verbundenen Kapitalerhöhung zum 01.04.1996 wurde Ende 1996 die Gründungsphase abgeschlossen. Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Potsdam unter HRB 8920 P eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 16.000 TDM (umgerechnet 8.181 T€)

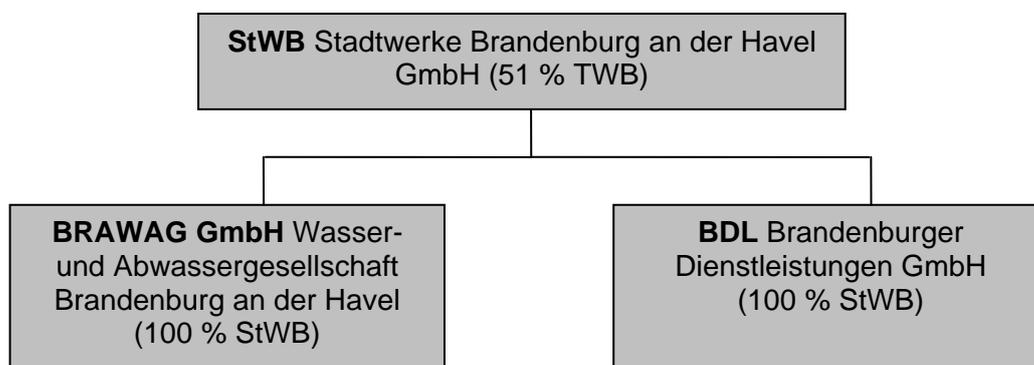
Beteiligungsverhältnisse:

<u>Beteiligungsverhältnisse</u>	
Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH, (TWB)	51,00% (8.160 TDM)
E.ON edis Aktiengesellschaft Fürstenwalde	36,75% (5.880 TDM)
EMB Beteiligungsgesellschaft mbH Potsdam	12,25% (1.960 TDM)

Die Umstellung der Kapitalanteile in Euro ist 2010 noch nicht erfolgt.

Unterbeteiligungen

<u>Unterbeteiligungen</u>	
BDL (Brandenburger Dienstleistungen GmbH)	100%
BRAWAG GmbH (Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel)	100%



Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftervertrag datiert vom 21.06.2006.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Uwe Müller (kaufmännisches Ressort)

Wolfgang Michael Schwarz (technisches Ressort)

- *Gesellschafterversammlung*

Die Stimmrechte in der Gesellschafterversammlung verteilen sich entsprechend der Anteile am Stammkapital.

Im Geschäftsjahr fanden zwei Gesellschafterversammlungen statt.

- *Aufsichtsrat*

Die Gesellschaft hat einen aus neun Mitgliedern bestehenden Aufsichtsrat. Im Jahr 2010 fanden drei Aufsichtsratssitzungen statt.

Aufsichtsratsmitglieder 2010

Aufsichtsratsvorsitz	Frau Dr. Dietlind Tiemann
Stellvertreter	Herr Bernd Dubberstein
weitere Mitglieder	Herr Tobias Dietrich
	Herr Alfredo Förster
	Frau Heike Friedrichs
	Herr Norbert Langerwisch
	Herr Manfred Paasch
	Herr Dr. Andreas Reichel
	Herr Dr. Eberhard M. Richter

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen, die der Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wärme, der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und der Klärschlamm Entsorgung dienen sowie die Vornahme aller damit in Zusammenhang stehenden Geschäfte. Das Unternehmen ist zu allen Maßnahmen berechtigt, die mittelbar oder unmittelbar diesen Zwecken dienen.

Versorgungsgebiet:

Brandenburg an der Havel mit Ausnahme der Stadtteile Göttin, Gollwitz, Mahlenzien, Klein Kreuz, Schmerzke und Wust

Einwohnerzahl im Versorgungsgebiet: 72.264

Fläche in km² im Versorgungsgebiet: 167,2

Kunden (Netznutzung):

Strom:	47.000
Gas:	19.000

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2008	2009	2010
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	85%	81%	81%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	18%	18%	20%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	71%	66%	52%
Zinsaufwandquote	1,6%	1,1%	1,6%
Liquidität 3. Grades	37%	40%	40%
Cashflow	12.834 T€	11.749 T€	20.717 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	7%	5%	7%
Umsatz	90.337 T€	98.935 T€	92.817 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	5.754 T€	4.607 T€	4.952 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	8%	8%	9%
Anzahl der Mitarbeiter	132	132	134

Lagebericht der Gesellschaft

Die StWB haben auch in 2010 wieder ein positives Jahresergebnis erreicht (5,0 Mio. €). In- und externe Faktoren beeinflussen das Geschäft wesentlich.

Zu den externen Einflüssen gehören der immer intensivere Wettbewerb auf dem Energiemarkt sowie der sich abschwächende Rückgang der Bevölkerungszahl im Versorgungsgebiet.

Die Rohölpreise haben das Jahr 2009 mit ca. 80 US \$ pro Barrel abgeschlossen. In 2010 waren unterjährig Schwankungen zu verzeichnen, die im Mittel aber auf dem Endjahresniveau 2009 blieben. Zum Jahresende waren Preise von ca. 92 US \$ pro Barrel zu verzeichnen. Entsprechend geringer waren daher die Schwankungen der Absatz- und Bezugskonditionen bei StWB.

Anfang 2010 zeigte sich ein deutlicher Gaspreisverfall an den europäischen Gasmärkten und die Preisspanne von heizölgebundenen Gaspreisen zu Gasfestpreisen vergrößerte sich weiter. Im Juni relativierte sich die Situation wieder etwas. Weiterhin sind Festpreisprodukte im Gas jedoch günstiger als heizölindizierte Gaspreisverträge. Neue und noch nicht eingedekte Wettbewerber nutzten diese Chance, sich mit Gasprodukten zu attraktiven Marktpreisen einzudecken.

Die Entwicklung der verkauften Gas- und Wärmemengen wird wesentlich von der Witterung beeinflusst. Aufgrund der außergewöhnlich kalten Temperaturen in 2010 konnte der Absatz in diesen Sparten gesteigert werden. Für die Folgejahre werden wieder normale Verhältnisse anhand des langjährigen Mittels unterstellt.

Zu den internen Einflüssen gehören die gestiegenen Einkaufspreise. Die StWB musste nach 20 Monaten zum 1. September 2010 erstmals wieder die Erdgaspreise erhöhen. Zeitgleich zur Information über die Preiserhöhung wurde den Kunden ein alternatives und günstigeres Produkt mit 13-monatiger Preisfixierung offeriert. Rund 35% der Kunden wählten das neue Festpreisprodukt.

Das Ergebnis der Kundenumfrage vom Oktober 2010 bestätigte die Vermutung, dass der Imageverlust durch die Gaspreiserhöhung mit dem günstigeren Festpreisangebot weitgehend kompensiert werden konnte.

Ertragslage

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen über dem Vorjahresniveau (14,3 Mio. €, Vorjahr 13,9 Mio. €). Ursache hierfür ist im Wesentlichen die Auflösung von Sonderposten in Höhe von 5,0 Mio. € aufgrund der außerplanmäßigen Abschreibung des Heizkraftwerkes. Die außerplanmäßige Abschreibung erfolgte auf Basis von Ergebnisanalysen, die ergaben, dass die positiven Deckungsbeiträge der Sparte Wärme/Stromeinspeisung überwiegend von den beiden in den letzten Jahren installierten BHKW (Blockheizkraftwerk) erwirtschaftet werden. Mit der Kapitalwertmethode wurde überprüft, ob der Restbuchwert des HKW (Heizkraftwerk) noch mit den erwirtschafteten Deckungsbeiträgen im Einklang steht. Da sich über den Betrachtungszeitraum 2011 bis 2015 ein negativer Kapitalwert ergab, musste das HKW auch handelsrechtlich entsprechend bewertet und in Höhe von 8,7 Mio. € auf Null abgeschrieben werden.

Gegenläufig wirken sich die geringeren Auflösungen von Rückstellungen gegenüber dem Vorjahr aus. Weitere Erträge ergaben sich aus der Erstattung der vermiedenen Netznutzungsentgelte für die Stromeinspeisung des HKW, der Ertrag aus dem Verkauf von Zertifikaten für Emissionen sowie aus Weiterberechnungen an Kunden.

Die Abschreibungen liegen wegen der außerplanmäßigen Abschreibung des HKW über den Vorjahreswerten (15,8 Mio. €, Vorjahr 7,0 Mio. €). Das Beteiligungsergebnis entspricht mit 1,8 Mio. € dem Vorjahresergebnis.

Der Jahresüberschuss liegt mit 5,0 Mio. € rund 0,4 Mio. € über dem Ergebnis des letzten Jahres.

Umsatz- und Absatzmengen

Die Umsatzerlöse betragen in 2010 insgesamt 92,8 Mio. € (Vorjahr 98,9 Mio. €)

Im Geschäftsbereich Strom-Vertrieb sind die Absatzmengen um ca. 8 GWh gestiegen. Dies resultiert insbesondere aus einem höheren Absatz an Tarifikunden sowie aus höheren Fahrplanverkäufen im Vergleich zum Vorjahr.

Die Inanspruchnahme des StWB-Stromnetzes durch fremde Händler stieg um 49 GWh. Der Umsatz stieg um 1,6 Mio. € auf 3,6 Mio. €

Der Umsatz in der Stromeinspeisung ist um -3,9 Mio. € gesunken. Dies resultiert unter anderem daraus, dass der Fahrplan aufgrund der Preisentwicklung am Terminmarkt in 2009 günstiger verkauft werden musste.

Begriffserläuterungen (Fahrplan/Bilanzkreis): Ein Fahrplan ist eine Anweisung an den Übertragungsnetzbetreiber, Strom oder Erdgas zwischen zwei Bilanzkreisen zu verbuchen. Im liberalisierten Strommarkt werden Stromlieferanten und Stromkunden in Bilanzkreisen zusammengefasst. Bilanzkreise sind virtuelle Energiemengenkonten, die von den Übertragungsnetzbetreibern geführt werden, um Händlern oder bilanzverantwortlichen Endkunden die Möglichkeit zu geben, alle tatsächlichen Einspeisungen und Entnahmen innerhalb eines Regelgebietes zu saldieren.

Trotz witterungsbedingtem Anstieg des Absatzes im Sonder- und Tarifikundengeschäft sind die Umsatzerlöse in der Gasversorgung gegenüber dem Vorjahr um -1,2 Mio. € gesunken. Grund hierfür ist unter anderem die Beendigung des Gaslieferungsvertrages mit einem Großkunden zum 30.09.2010.

Die Inanspruchnahme des StWB-Gasnetzes durch fremde Händler ist in 2010 um 133,8 GWh gestiegen, dies beruht insbesondere auf dem Verlust eines Brandenburger Großkunden. Der Umsatz ist um 0,3 Mio. € gestiegen.

Die Umsatzerlöse in der Wärmeversorgung sind im Vergleich zum Vorjahr witterungsbedingt um 0,7 Mio. € gestiegen.

Vermögens- und Finanzlage sowie Investitionen

Im Geschäftsjahr 2010 mindert sich der Bestand des Anlagevermögen gegenüber dem Vorjahr um 9,7 Mio. €. Dies ist insbesondere auf die außerplanmäßige Abschreibung des HKW zurückzuführen.

Die gegenüber dem Vorjahr gestiegene Eigenkapitalquote von 20% (Vorjahr 18%) ist auf den höheren Jahresüberschuss sowie den niedrigeren Anlagenbestand zurückzuführen.

Das Fremdkapital ergibt sich im Wesentlichen aus Rückstellungen, den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Finanzamt sowie gegenüber Dritten. Das Fremdkapital verringert sich im Vergleich zum Vorjahr durch die Verringerung der Verbindlichkeit gegenüber dem Finanzamt sowie gegenüber Kreditinstituten.

Die Investitionsausgaben betrafen in 2010 im Wesentlichen neben Investitionen in die Leitungsnetze und den zugehörigen Anlagen in den Sparten Strom, Gas und Wärme (3,5 Mio. €) die Fertigstellung eines 2. BHKW (0,8 Mio. €) sowie die Errichtung der Photovoltaikanlage auf dem ehemaligen Gelände der Kläranlage Kirchmöser (1,0 Mio. €). Die Anlagenintensität betrug 81%.

Der Liquidität 3. Grades lag 2010, wie auch schon in 2009 bei 40%. Das Umlaufvermögen verringerte sich gegenüber dem Vorjahr auf 18,5 Mio. €, die Zinsaufwandsquote betrug 1,6% (Vorjahr 1,1%).

Der Cashflow wird wesentlich bestimmt durch das Jahresergebnis, die Abschreibungen und die Veränderung der langfristigen Rückstellungen. Der Cashflow erhöhte sich auf 20,7 Mio. € (Vorjahr 11,7 Mio. €) insbesondere aufgrund der außerplanmäßigen Abschreibung des HKW.

Die Gesamtkapitalrentabilität betrug 7% (Vorjahr 5%). Sie wird bestimmt durch den Jahresüberschuss und die Fremdkapitalzinsen.

Mitarbeiter

Im Geschäftsjahr 2010 waren bei der StWB im Durchschnitt 134 Mitarbeiter beschäftigt, im Vorjahr waren es 132 Mitarbeiter.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Stromversorgung

Die Strompreise der Stadtwerke Brandenburg an der Havel blieben 2010 trotz gestiegener Aufwendungen für Erneuerbare Energien (EEG) konstant.

Der Kampf um Stromkunden auf dem Energiemarkt intensiviert sich weiter. Die Zahl der Anbieter stieg erneut. Es werden etwa 3.800 Kunden von fremden Händlern beliefert. Das entspricht mit knapp 9 Prozent noch ungefähr dem Wert des vergangenen Jahres.

Im Dezember 2010 wurden mit Ankündigung der Preiserhöhung 2011 zwei neue Festpreisprodukte angeboten. Die Laufzeit der bestehenden Fixverträge endet am 31.12.2011 bzw. am 31.12.2012. Die Resonanz war überwiegend positiv.

Die Wechselbereitschaft der Kunden wird mit steigenden Strompreisen zunehmen. Aus diesem Grund wirbt StWB mit gezielten Rückholaktionen um Kunden im eigenen Netzgebiet.

Insgesamt ist der Absatz an exterritoriale Kunden bei leicht steigender Kundenanzahl im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant (13 GWh). Tendenziell rechnet StWB mit einem Anstieg der exterritorialen Kunden und forciert den externen Energievertrieb mit neuen attraktiven Produkten und neuen Vertriebswegen.

Die strukturierte Strombeschaffung hat sich bewährt und wird planmäßig für die Folgejahre fortgesetzt. Das Portfolio umfasst Standardprodukte und Fahrplanstrukturen.

Gasversorgung

Nach zwei Preissenkungen 2009 musste StWB die Erdgaspreise zum 1. September 2010 erstmals wieder anheben. Zeitgleich mit der Ankündigung der Preiserhöhung wurde das Produkt „local gas fix“ mit Preisgarantie und Laufzeit bis 30. September 2011 neu aufgelegt. Im Ergebnis konnte eine hohe Abschlussquote des Angebotes verzeichnet werden.

Der weiter stark zunehmende Wettbewerb auf dem Gasmarkt veranlasst StWB, dem Trend zum Anbieterwechsel mit Kundenbindungsmaßnahmen und neuen Angeboten entgegen zu treten. Aktuell arbeitet StWB unter anderem daran, den Erdgasvertrieb analog Strom in fremde Netzgebiete vorzubereiten.

Der bestehende Gasliefervertrag hat eine Laufzeit bis zum 30.09.2012. Analog der Strombeschaffung wird, um vom aktuellen Marktpreisniveau zu partizipieren, mit dem Aufbau eines vertriebsorientierten Gasportfolios im Rahmen einer strukturierten Gasbeschaffung begonnen.

Wärmeversorgung

Der weiterhin rückläufige Wärmeabsatz im Stadtteil Hohenstücken kann durch die Umstellung von älteren Nahwärmanlagen im Stadtteil Görden auf Fernwärme kompensiert werden. Darüber hinaus ist es durch den Abschluss eines Kälteliefervertrages auf Basis Absorptionskälte gelungen, die ohnehin schon hohe Grundlast eines BHKW weiter anzuheben. Auch der Nahwärmebereich konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr durch weitere Kälte- und Wärmelieferungen auf Basis von Contracting-Modellen ausgebaut werden. Eine Kombination von BHKW und klassischer Brennwertechnik liefert die benötigte Energie.

Regenerative Energiequellen

Im Jahr 2010 wurden weitere Anlagen zur Nutzung regenerativer Energiequellen im Versorgungsgebiet der StWB in Betrieb genommen. 108 Photovoltaik-Anlagen (PV) waren zum 31.12.2010 am Netz der StWB. Die installierte Leistung der PV-Anlagen betrug zu diesem Zeitpunkt 20.308 kW. Die erzeugte Energiemenge für das Jahr 2010 aus diesen Anlagen bezifferte sich auf 540 MWh. Eingespeist in das Netz der StWB wurden weiterhin 22 GWh der aus einer Erzeugungsanlage aus Abfallholz erzeugten Strommenge und ca. 344 MWh Energie aus Wasserkraftanlagen.

Zusätzlich zum HKW der StWB erfolgte durch die KWK-Anlagen (Kraft-Wärme-Koppelung) im Netz der StWB eine Einspeisung von ca. 25 GWh Strom. KWK-Anlagen tragen aufgrund der gleichzeitigen Nutzung der Wärme, die bei der Stromerzeugung entsteht, ebenfalls zu einer geringeren CO₂ Belastung bei.

Zum 31.12.2010 wurden 2 weitere PV-Anlagen in Betrieb genommen - davon die von StWB errichtete Anlage in Kirchmöser -, die zu einer erheblichen Steigerung der Einspeisemengen führen werden.

Zusammenfassung und Ausblick

Wesentliche Risiken sieht die Geschäftsführung in der instabilen politischen Lage im Nahen Osten / Nordafrika und dem damit verbundenen hohen Ölpreisniveau. Auch die im Zusam-

menhang mit der Umweltkatastrophe in Japan eingeleitete abrupte Wende in der nationalen Energiepolitik wird zu Veränderungen führen, die heute noch nicht endgültig abzuschätzen sind.

Darüber hinaus ist die Situation der Energiebranche auch künftig durch zunehmenden Wettbewerb sowie permanente Änderungen des Rechtsrahmens gekennzeichnet. Hierzu zählt auch die höhere steuerliche Belastung der Fernwärme seit dem 01.01.2011. Mit geeigneten Maßnahmen wird diesen Risiken entgegnet, um Sie, wenn möglich abzuwenden oder zumindest abzumildern.

Hierzu gehören unter anderem eine weitere Optimierung der Erzeugungsanlagen, ein steigender Anteil der Eigenerzeugung im Strombeschaffungsportfolio und der Übergang auf die strukturierte Gasbeschaffung.

Neue Festpreisangebote helfen den Kunden an StWB zu binden. Der Auf- und Ausbau des exterritorialen Gas- und Stromvertriebes bietet Chancen, die im eigenen Netzgebiet verlorenen Mengen überzukompensieren.

Darüber hinaus ist im Aufsichtsrat beschlossen worden, eine weitere Tranche des Bürgerfonds in Höhe von 2,0 Mio. € aufzulegen. Diese Mittel sollen wieder für Investitionen in Klimaschutzprojekte genutzt werden, u.a. für die in 2011 geplante Errichtung der Biogasanlage in Briest.

Motivierte Mitarbeiter in Verbindung mit einem hohen Mitarbeiterpotential, schlanke optimierte Geschäftsprozesse, attraktive Produkte und Serviceleistungen garantieren auch in Zukunft die Wettbewerbsfähigkeit in einem schwieriger werdenden Umfeld. Daher plant die Geschäftsführung trotz sinkender Umsatzerlöse für die kommenden zwei Jahre mit einem konstant guten Geschäftsergebnis.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Vortrag von 6.657,23 € nicht ausgeschütteter Gewinn aus 2009 gemäß Gesellschafterbeschluss
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Vom Jahresüberschuss 2009 in Höhe von 4.606.657,23 € wurden 4.600.000 € an die Gesellschafter ausgeschüttet und der Rest von 6.657,23 € auf neue Rechnung vorgetragen
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2008	2009	2010
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	88.666	87.402	77.664
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	265	249	259
II. Sachanlagen	57.446	56.187	46.439
III. Finanzanlagen	30.955	30.966	30.966
B. Umlaufvermögen	15.678	19.944	18.533
I. Vorräte	598	658	933
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	14.398	18.182	17.260
III. Kassenbestand, Guthaben	682	1.104	340
C. Rechnungsabgrenzungsposten	232	319	173
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	19.017	18.870	19.222
I. Gezeichnetes Kapital	8.181	8.181	8.181
II. Kapitalrücklage	3.662	3.662	3.662
III. Gewinnrücklagen	429	429	429
IV. Gewinnvortrag	991	1.991	1.998
V. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	5.754	4.607	4.952
B. SoPo mit Rücklagenanteil	12.079	10.351	3.919
C. SoPo für Investitionszulagen	2.448	2.240	1.776
D. Baukostenzuschüsse	11.395	10.505	9.999
E. Rückstellungen	22.823	29.002	26.021
F. Verbindlichkeiten	36.814	36.697	34.456
G. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	977
Bilanzsumme	104.576	107.665	96.370

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2008	2009	2010
1. Umsatzerlöse	90.337	98.935	92.817
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	94
3. Sonstige betriebliche Erträge	9.287	13.917	14.337
4. Materialaufwand	-66.365	-81.844	-66.618
5. Personalaufwand	-7.434	-8.190	-8.112
6. Abschreibungen	-7.282	-6.999	-15.832
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-9.745	-6.450	-7.889
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	203	88	246
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.665	-1.173	-1.496
10. Erträge aus Beteiligungen	1.800	1.800	1.801
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	9.134	10.084	9.348
12. Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-163
13. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-2.937	-5.047	-3.692
14. Sonstige Steuern	-444	-430	-542
15. Jahresergebnis	5.754	4.607	4.952

III.2.4.2.1 BRAWAG GmbH Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel

Geschäftsbereich

Trinkwasserversorgung und Abwasserbetrieb

Firmensitz

Upstallstr. 25
14772 Brandenburg an der Havel
Tel.: 03381/54 30
Fax: 03381/54 31 99
Internet: www.brawag.de

Gründung

Die BRAWAG (Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel) wurde auf der Grundlage des zwischen der Stadt Brandenburg an der Havel, der TWB (Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH), der Metallgesellschaft AG (MG) und der Westfälischen Ferngas AG (WFG) am 12.08.1993 geschlossenen Konsortialvertrages gegründet.

Die Metallgesellschaft hat mit Kauf- und Abtretungsverträgen vom 19.05.1998 ihren Geschäftsanteil an die TWB und an die Westfälische Ferngas AG mit Gewinnbezugsrecht ab 01.01.1998 veräußert.

Mit Kauf- und Abtretungsvertrag vom 08.10.2002 erwarben die Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH (StWB) die Anteile der TWB an der BRAWAG in Höhe von 67,55% und wurde somit zum Mehrheitsgesellschafter der BRAWAG.

Am 12.12.2005 haben die StWB den notariellen Kauf- und Abtretungsvertrag mit der RWE Energy AG über den Erwerb der Restbeteiligung von 32,45% an der BRAWAG unterzeichnet. Die BRAWAG ist nunmehr 100%-ige Tochter der StWB.

Die Stadt Brandenburg an der Havel hat die Trinkwasserversorgung auf die BRAWAG übertragen. Mit rechtlicher und wirtschaftlicher Wirkung wurde das der TWB zuvor von der Stadt Brandenburg an der Havel übertragene Trinkwasservermögen als Sacheinlage in die BRAWAG zum 01.07.1994 eingelegt.

Der Abwasserbetrieb wurde bereits am 24.06.1993 als eigenbetriebsähnliche Einrichtung gegründet. Bis zum Inkrafttreten der Eigenbetriebsverordnung des Landes Brandenburg als gesetzliche Grundlage für Eigenbetriebe am 27.03.1995, war der Abwasserbetrieb formalrechtlich wie ein als Eigenbetrieb geführter Regiebetrieb der Stadt anzusehen.

Der BRAWAG wurden die Aufgaben der Betriebsführung des städtischen Abwasserbetriebs mit wirtschaftlicher und rechtlicher Wirkung zum 01.07.1994 übertragen.

Mit Vertrag vom 24.08.1998 übertrug die Stadt Brandenburg an der Havel ihren Abwassereigenbetrieb im Wege der Ausgliederung nach den §§ 168, 123 ff. Umwandlungsgesetz

(UmwG) auf die BRAWAG mit Ausgliederungstichtag 01.01.1998. Das übertragene Vermögen ging mit Eintragung in das Handelsregister am 21.12.1998 mit dinglicher Wirkung auf den übernehmenden Rechtsträger BRAWAG über.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 6.646.794,46 €

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt zum 31. Dezember 2006 TDM 13.000 (= 6.647 T€). Die Umstellung auf Euro steht bislang noch aus.

StWB 100% (ab 12.12.2005)

Durch Anteilskaufvertrag vom 12. Dezember 2005 sind die durch RWE Energy gehaltenen Anteile am Stammkapital der BRAWAG (32,45%) an die StWB veräußert worden.

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft hat keine Tochterunternehmen und ist an keinem Unternehmen wesentlich beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftsvertrag datiert vom 07. Februar 2006.

Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Potsdam unter der HRB-Nr. 67 22P eingetragen.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Uwe Müller

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung wird seit 08.10.2002 durch die Geschäftsführung der Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH (StWB) wahrgenommen.

Im Geschäftsjahr 2010 fanden zwei Gesellschafterversammlungen statt.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Öffentlicher Zweck

Gemäß § 2 Abs. 1 der Kommunalverfassung des Land Brandenburg (BbgKVerf) erfüllt die Gemeinde alle Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung. Hierzu gehört gemäß § 2 Abs. 2 BbgKVerf auch die Versorgung mit Wasser sowie die Abwasserbeseitigung und -behandlung. Diese Aufgaben werden konkretisiert durch § 59 und § 66 des Brandenburgischen Wassergesetzes. Weitere zu beachtende Grundlagen sind die Trinkwasserversorgungssatzung, die Grubensatzung, die Entwässerungssatzung und Abwassergebüh-

rensatzung der Stadt Brandenburg an der Havel. In diesem Zusammenhang bedient sich die Stadt Brandenburg an der Havel der BRAWAG.

Gegenstand des Unternehmens

Planung, Finanzierung, Bau und Betrieb von Einrichtungen der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Klärschlamm Entsorgung, fachliche Beratung in diesen Bereichen sowie die Übernahme aller Werk- oder Dienstleistungen für Unternehmen der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Klärschlamm Entsorgung.

Gegenstand ist insbesondere der Betrieb von derartigen Einrichtungen für Dritte auf Grund von Betreiber- und Dienstleistungsverträgen.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2008	2009	2010
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	98%	98%	99%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	30%	32%	34%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	71%	68%	52%
Zinsaufwandquote	8,7%	7,1%	6,0%
Liquidität 3. Grades	6%	5%	3%
Cashflow	5.817 T€	6.213 T€	7.123 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	4%	4%	5%
Umsatz	19.604 T€	19.727 T€	19.598 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	1.977 T€	2.254 T€	2.889 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	11%	12%	12%
Anzahl der Mitarbeiter	50	47	44

Lagebericht der Gesellschaft

Externe Einflussfaktoren

Die Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Brandenburg an der Havel war im abgelaufenen Geschäftsjahr mit ca. 0,8% leicht rückläufig.

Höhere Wasserabnahmen in den Ortsteilen Rietz/Prützke führten zu einer Steigerung der Trinkwasserverkaufsmenge um 1,3%.

Hervorzuheben im Geschäftsjahr ist das hohe Investitionsvolumen. In 2010 wurde von der Stadt Brandenburg an der Havel das restliche Anlagevermögen im Trink- und Abwasserbereich (1,1 Mio. €) und die Anlagen des Gewerbe- und Industriegebietes (GI) Kirchmöser Süd (1,3 Mio. €) auf die BRAWAG übertragen. Weiterhin hat die BRAWAG die Trink- und Abwasseranlagen im Ortsteil Gollwitz (0,6 Mio. €) in 2010 erworben.

Interne Einflussfaktoren

Die Qualität des in den Wasserwerken der BRAWAG aufbereiteten und an die Kunden gelieferten Wassers entsprach ganzjährig den Vorgaben der Trinkwasserverordnung.

Die Ablaufwerte der Kläranlage Brandenburg-Briest entsprechen bis auf geringfügige und kurzfristige Überschreitungen infolge planmäßiger Wartungsarbeiten den festgelegten Überwachungswerten. Durch die lang anhaltend niedrigen Wassertemperaturen aufgrund des kalten Winters war eine Betriebsstörung bezüglich der Stickstoffeliminierung zu verzeichnen, die jedoch zu keinen negativen Konsequenzen seitens der Oberen Wasserbehörde und im weiteren Anlagenbetrieb führte.

Ertragslage

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind um 2,1 Mio. € gesunken. Dies resultiert insbesondere aus den geringeren Auflösungen von Rückstellungen gegenüber dem Vorjahr.

Die betrieblichen Aufwendungen verringerten sich im Vergleich zum Vorjahr um 2,8 Mio. €. Dies ist im Wesentlichen auf gesunkene Aufwendungen für Instandhaltung zurück zu führen.

Die Personalaufwendungen betragen 2,2 Mio. € und sind trotz der Tarifsteigerungen gegenüber dem Vorjahr um ca. 0,1 Mio. € gesunken. Ursache hierfür sind u. a. geringere Aufwendungen für Altersteilzeitverpflichtungen und ein Rückgang der durchschnittlichen Mitarbeiteranzahl.

Die Abschreibungen sind aufgrund von außerplanmäßigen Abschreibungen für Faulbehälter und Nacheindicker auf der Kläranlage Briest höher als im Vorjahr (4,2 Mio. €, Vorjahr 3,8 Mio. €).

Der Jahresüberschuss in Höhe von 2,9 Mio. € liegt mit rd. 0,6 Mio. € über dem Ergebnis des Vorjahres.

Umsatz und Absatzmengen

Die Umsatzerlöse im Berichtsjahr betragen insgesamt 19,6 Mio. € (2009: 19,7 Mio. €).

Trotz der um 1,3% gestiegenen Absatzmenge für Trinkwasser sind die Umsätze aus dem Trinkwasserverkauf (7,4 Mio. €, Vorjahr 7,8 Mio. €) um 5,1% zurück gegangen, da der Trinkwasserpreis in 2010 gesenkt wurde.

Das Betreiberentgelt ist gegenüber dem Vorjahr leicht (1,0%) gestiegen.

Vermögens- und Finanzlage sowie Investitionen

Das Vermögen der BRAWAG setzt sich zu 98,8% aus dem Anlagevermögen zusammen. Es beinhaltet die Trink- und Abwassernetze, die Wassergewinnungs-, -aufbereitungs-, und -speicherungsanlagen, Pumpwerke, die Kläranlage sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung. Im Geschäftsjahr 2010 wurden insgesamt 5,6 Mio. € investiert, davon 1,1 Mio. € im Trinkwasserbereich. Im Bereich Abwasser erfolgten Investitionen in Höhe von 4,5 Mio. €. Dies betraf die Schmutzwassererschließung in Schmerzke Altes Dorf (den 1. Bauabschnitt), den Neubau der Schmutzwasser- und Regenleitung im Gesundheitszentrum, die Sanierung der Mischwasserleitung in der Zieglerstraße und die Sanierung diverser Schmutzwasserleitungen u.a. in Kirchmöser und Am Industriegelände.

Darüber hinaus wurde in die weitergehende Optimierung/Automatisierung der biologischen Reinigungsstufe der Kläranlage Briest und der Mengensteuerung im Hauptpumpwerk Bauhofstraße investiert, das Vorklärbecken I auf der Kläranlage Briest saniert und das Hauptpumpwerk "Beethovenstraße" inklusive Steuerungstechnik neu errichtet.

Die Anlagenintensität lag 2010 bei 99% und hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht erhöht.

Die gegenüber dem Vorjahr gestiegene Eigenkapitalquote der BRAWAG GmbH auf 34% (2009: 32%) ist auf die Erhöhung der Kapitalrücklage in 2010 um die vereinbarungsgemäß nicht überwiesene Konzessionsabgabe an die Stadt Brandenburg aus dem Jahr 2008 in Höhe von 0,8 Mio. € zurückzuführen und die positive Gewinnentwicklung. Mit dem Verzicht auf die Konzessionsabgabe ist in gleicher Höhe eine Investitionsverpflichtung der BRAWAG verbunden. Diese Vereinbarung läuft im Jahre 2012 aus.

Die Liquidität 3. Grades (gibt das Verhältnis des Umlaufvermögens zu den kurzfristigen Verbindlichkeiten eines Unternehmens an) liegt bei 3% (2009: 5%). Das Umlaufvermögen verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Mio. € wegen des geringeren Bestandes an Forderungen und finanziellen Mitteln.

Der Cashflow wird wesentlich bestimmt durch das jeweilige Jahresergebnis, die Abschreibungen und die Veränderung der langfristigen Rückstellungen. In 2010 lag der Cashflow bei 7.123 T€ (2009: 6.213 T€).

Die Gesamtkapitalrentabilität betrug im Geschäftsjahr 5% (2009: 4%). Sie wird bestimmt durch einen höheren Jahresüberschuss und geringere Fremdkapitalzinsen (1,2 Mio. €; Vorjahr 1,4 Mio. €).

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Risiken sieht die Geschäftsführung insbesondere in den Absatz-, Instandhaltungs- und Entsorgungsrisiken sowie in Risiken aus zu geringer Auslastung des Trinkwasser- und Abwas-

ernetzes wegen der weiter sinkenden Bevölkerungsentwicklung und des damit verbundenen Rückgangs des Trinkwasserverbrauchs.

Der zwischen der BRAWAG und der Stadt Brandenburg an der Havel am 31. August 1995 abgeschlossene „Konzessionsvertrag für die Lieferung von Wasser“ endet am 30. Juni 2014. Die Stadt hat die Neuvergabe des Konzessionsvertrages ab 2014 öffentlich bekannt gemacht. Nachdem lediglich die BRAWAG ihr Interesse hieran fristgerecht bekundet hat, ist der Abschluss eines neuen Konzessionsvertrages mit der BRAWAG für den Zeitraum von 2014 bis 2034 beabsichtigt. Derzeit wird die Vertragsunterzeichnung vorbereitet.

Als weitere Schwerpunkte der Investitionstätigkeit der BRAWAG sind für 2011 die Sanierung der Fassungsanlagen und Reinwasserpumpen in Mahlenzien und des Mischwasserbeckens der Kläranlage Briest nach dem Umbau der Erdfaulbecken mit einem Eigenanteil von ca. 1,6 Mio. € zu nennen.

Des Weiteren sollen die Trink- und Schmutzwasserverschließung Pfliegerdorf, die Weiterführung der Schmutzwasserverschließung Schmerzke (0,7 Mio. €), die Sanierung des Sammelraumes Hauptpumpwerk Bauhofstraße, die Sanierung des Dükers Schmöllner Weg sowie der Neubau des Hauptpumpwerkes Metzger Straße (0,6 Mio. €) erfolgen. Die Finanzierung der geplanten Investitionen wird im Wesentlichen aus dem Cashflow der laufenden Geschäftstätigkeit erfolgen. Weiterhin werden soweit erforderlich zusätzliche Bankdarlehen aufgenommen.

Zum 1. Januar 2011 konnten nochmals der Trinkwasserpreis und die Niederschlagswassergebühr gesenkt werden, die Schmutzwassermengengebühr erhöhte sich u. a. aufgrund von Unterdeckungen aus Vorjahren. Gemeinsam mit der Stadtverwaltung Brandenburg an der Havel arbeitet die BRAWAG weiterhin an den Vorbereitungen für die Einführung eines neuen Systems für den Trinkwassergrundpreis und die Schmutzwassergrundgebühr.

Die Ergebnisse des bundesweiten DWA-Leistungsvergleichs (Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V.) kommunaler Kläranlagen zeigten, dass die KA Brandenburg-Briest wieder hinsichtlich sehr guter Reinigungsleistungen an der Spitze im bundesweiten Vergleich einzuordnen ist.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Vortrag von 504.589,12 € nicht ausgeschüttetem Gewinn aus 2009 gemäß Gesellschafterbeschluss. Die Kapitalrücklage wurde im Geschäftsjahr erhöht um die vereinbarungsgemäß nicht überwiesene Konzessionsabgabe an die Stadt Brandenburg aus dem Jahr 2008 in Höhe von 802.931,45 €.
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Vom Jahresüberschuss 2009 in Höhe von 2.304.589,12 € wurden 1.800.000 € an die StWB GmbH ausgeschüttet
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine Zuschüsse seitens der Stadt, Betreiberentgelt gemäß Betreibervertrag vom 12.01.1999 in Höhe von 11.485.297,50 € für das Jahr 2010

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2008	2009	2010
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	82.986	81.675	83.023
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	535	428	330
II. Sachanlagen	82.451	81.246	82.693
B. Umlaufvermögen	1.434	1.322	872
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.223	1.038	780
III. Kassenbestand, Guthaben	211	284	93
C. Rechnungsabgrenzungsposten	128	232	128
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	25.476	26.783	28.677
I. Gezeichnetes Kapital	6.647	6.647	6.647
II. Kapitalrücklage	16.734	17.537	18.343
III. Gewinnrücklagen	26	202	202
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	92	92	597
V. Jahresfehlbetrag/-überschuss	1.977	2.305	2.889
B. Sonderposten	7.264	7.533	7.330
C. Rückstellungen	14.180	14.347	14.172
D. Verbindlichkeiten	37.680	34.483	33.764
E. Rechnungsabgrenzungsposten	85	83	80
Bilanzsumme	84.685	83.229	84.023

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2008	2009	2010
1. Umsatzerlöse	19.604	19.727	19.598
2. Aktivierte Eigenleistungen	3	1	54
3. Sonstige betriebliche Erträge	1.712	2.501	457
4. Materialaufwand	-5.632	-7.268	-4.207
5. Personalaufwand	-2.122	-2.324	-2.256
6. Abschreibungen	-3.833	-3.752	-4.189
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.400	-4.146	-3.993
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	31	23	9
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.707	-1.403	-1.173
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3.656	3.359	4.301
11. Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-10
11. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-1.654	-1.080	-1.381
12. Sonstige Steuern	-25	25	-22
13. Jahresergebnis	1.977	2.305	2.889

III.2.4.2.2 BDL Brandenburger Dienstleistungen GmbH

Geschäftsbereich

Servicegesellschaft (z.B. Hausmeisterservice, Gebäudedienstleistungen usw.)

Firmensitz

Am Industriegelände 7
14772 Brandenburg an der Havel

Tel.: 03381/797 24 00

Fax: 03381/797 24 29

e-mail: info@bdl-brb.de

Internet: www.bdl-brb.de

Gründung

Der frühere VEB Dienstleistungsbetrieb wurde am 01.06.1990 in die Brandenburger Dienstleistungen GmbH (BDL) umgewandelt.

Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Potsdam im Handelsregister unter der HRB Nr. 365P seit dem 10. August 1990 eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 434.600,00 €

StWB (seit 01.06.2001) 100%

Die Gesellschaft ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH (StWB); oberstes Mutterunternehmen sind die Technischen Werke Brandenburg an der Havel GmbH.

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftsvertrag datiert vom 27. Januar 2004.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Lars Büchner

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung erfolgt durch die Ge-

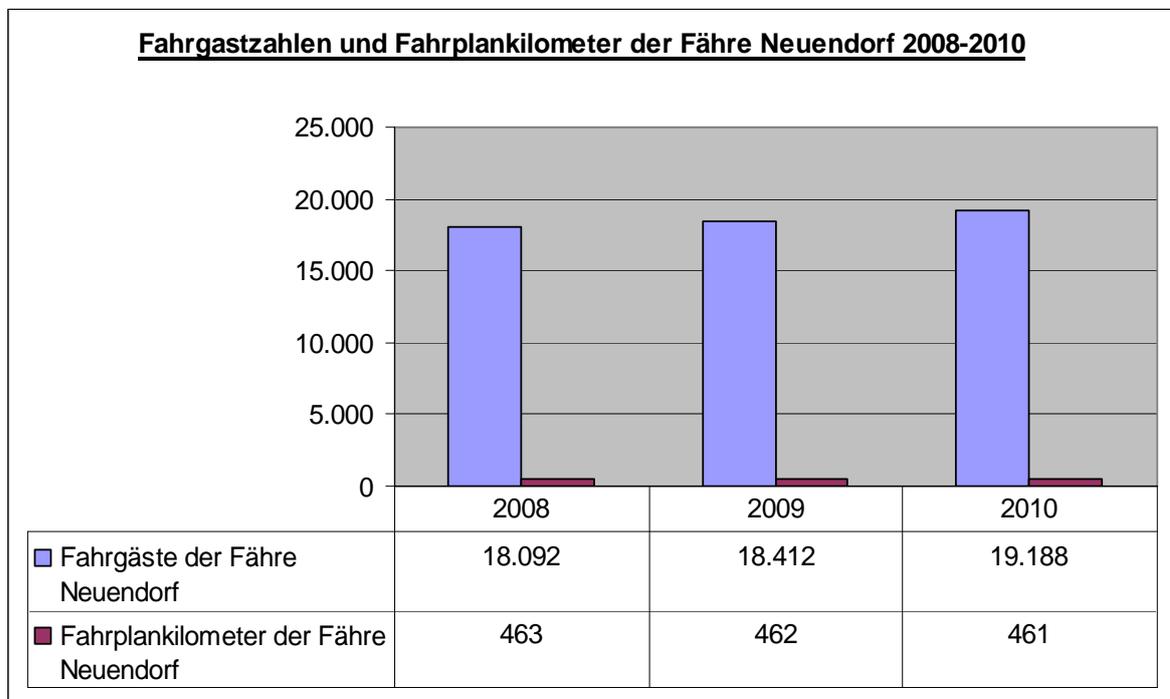
schäftsführung der StWB. Im Geschäftsjahr 2010 haben zwei Gesellschafterversammlungen stattgefunden. Gesonderte Ausschüsse bestehen nicht.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Die BDL unterstützt als Service-Gesellschaft die StWB in der Erfüllung ihres öffentlichen Zwecks.

Gegenstand des Unternehmens

- Übernahme von kaufmännischen und technischen Betriebsführungen
- Erbringung von kaufmännischen und technischen Dienstleistungen für Dritte
- Übernahme von Werk- und Dienstleistungen bezüglich von Anlagen der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Klärschlamm Entsorgung einschließlich deren Betrieb im eigenen Namen für Dritte
- Ausführung von Gebäudedienstleistungen und Hausbetreuungs-, Hausmeister- und Abrechnungsdienste
- Erbringung von EDV-Dienstleistungen sowie die Installation, Instandhaltung, Wartung derselben
- Betrieb und Wartung von Heizungs- und Sanitäranlagen im eigenen Namen für Dritte
- Betreiber der Fähre Neuendorf



Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2008	2009	2010
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	40%	49%	49%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	72%	64%	73%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	179%	130%	150%
Zinsaufwandquote	0,2%	0,2%	0,2%
Liquidität 3. Grades	215%	140%	189%
Cashflow	251 T€	231 T€	246 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	12%	10%	9%
Umsatz	2.083 T€	2.331 T€	2.384 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	107 T€	116 T€	109 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	63%	65%	67%
Anzahl der Mitarbeiter	52	58	58

Lagebericht der Gesellschaft

Die Nachfrage nach Komplettlösungen in den Dienstleistungsbereichen steigt. Die Kunden haben erkannt, dass Gesamtkonzepte ihnen wesentliche Vorteile bringen: mehr Effizienz und weniger Reibungsverluste.

Diese Synergieeffekte bietet die Brandenburger Dienstleistungen GmbH ihren Kunden zunehmend in den Bereichen Hausbetreuung und Gebäudemanagement sowie Technische Dienste, ergänzt durch den Wärmemess- und Abrechnungsdienst. Dadurch unterscheidet sich die BDL vom regionalen Wettbewerb.

Die Brandenburger Dienstleistungen GmbH hat im Geschäftsjahr 2010 daher die Zielstellung verfolgt, die festgelegten Unternehmensstrukturen weiter zu stärken. Hierbei lagen Akquisitionsschwerpunkte in den Bereichen Technische Dienste und Wärmemess- und Abrechnungsdienste. In den Bereichen Hausbetreuung und Gebäudemanagement sowie Wasser- und Abwassertechnik war kein weiteres Wachstum geplant. Eine Verbesserung der Ergebnissituation wurde unter anderem durch die Einstellung und dem Verkauf der Sparte Postdienst erzielt.

Da ein Großteil der Umsatzerlöse der Brandenburger Dienstleistungen GmbH im Bereich der Freiflächenpflege erwirtschaftet wird, ist der Geschäftsverlauf stark von den Witterungsverhältnissen abhängig. Im Geschäftsjahr 2010 wurden insgesamt 43 Winterdiensteinsätze erbracht, was einerseits zu Mehreinnahmen andererseits jedoch auch zu Personalkostenüberschreitungen führte.

Im zurückliegenden Geschäftsjahr gliederte sich die Brandenburger Dienstleistungen GmbH in folgende Abteilungen:

- **Hauswirtschaft und Gebäudemanagement** mit den Arbeitsbereichen Glas- und Gebäudereinigung, Freiflächenpflege und Winterdienst, Bautechnische Dienstleistungen, Containerdienst, Graffiti-entfernung und Betrieb der Fähre Neuendorf
- **Wasser- und Abwassertechnik** mit den Arbeitsbereichen Rohr- und Kanalreinigung und Wartung von Abwasserpumpwerken
- **Technische Dienste** mit den Arbeitsbereichen Zählerwesen (Plantausch, Ablesung, Lager, Inkasso) der Medien Strom, Gas und Wasser sowie Hauswartleistungen
- **Wärmemess- und Abrechnungsdienst** mit den Arbeitsbereichen Vermietung und Ablesung der Wohnungswasser- und Wärmezähler sowie Heizkostenverteiler und Erstellung der verbrauchsabhängigen Abrechnung

Der ausgewiesene Gewinn für das Geschäftsjahr 2010 wurde kontinuierlich über den gesamten Berichtszeitraum und in allen Geschäftsbereichen erwirtschaftet.

Der Umsatzanstieg gegenüber dem Plan 2010 wurde durch zusätzliche Winterdiensteinsätze erwirtschaftet. Die Minderung der Umsatzerlöse der Abteilung Technische Dienste resultierend aus der Einstellung des Postdienstes, konnte aber durch die Erweiterung der Leistungen im Zählerwesen ausgeglichen werden. Die Ergebnissituation hat sich daher in der Abteilung Technische Dienste weiter verbessert.

In den zurückliegenden zwei Geschäftsjahren hat die BDL zahlreiche Maßnahmen eingeleitet, um das beste Dienstleistungsunternehmen der Stadt Brandenburg an der Havel zu werden. Da keine Produkte zum „Anfassen“ erzeugt werden, sondern ein vielfältiger Service erbracht wird, muss ein fühlbarer und messbarer Erfolg für die Kunden geschaffen werden. Exzellenter Service heißt für die BDL: Die Mitarbeiter leben und entwickeln Ideen zur Verbesserung von Abläufen und Tätigkeiten, die sich täglich am Markt bewähren müssen. Diese Entwicklung beeinflusste insbesondere die Verbesserung der Auftragslage der BDL GmbH.

Ertragslage

Die realisierte Betriebsleistung in Höhe von 2.486 T€ lag mit 138 T€ über der geplanten Betriebsleistung. Der Jahresüberschuss beträgt im Geschäftsjahr 109 T€. Das gegenüber dem Vorjahr um 7 T€ geringere Ergebnis resultiert maßgeblich aus den um 78 T€ auf 1.594 T€ gestiegenen Personalkosten. Ursachen für den Personalkostenanstieg sind neben den Auswirkungen des Arbeitsgeberentendegesetzes (+ 3,51 % ab 10.03.2010), die Anstellung von Hilfskräften als Krankheitsvertretung und im Winterdienst.

Das Projekt zur Altlastensanierung in der Gutenbergstraße 33 wurde im Geschäftsjahr 2010 abgeschlossen. Die Immobilie soll im Jahr 2011 verkauft werden. Die Rückstellung für Instandhaltungsmaßnahmen für das Objekt in Höhe von 16 T€ wurde aufgelöst.

Vermögens- und Finanzlage

Die Mittelabflüsse aus der Investitionstätigkeit (152 T€; Vorjahr: 373 T€) und aus der Finanzierungstätigkeit (100 T€; Vorjahr: Zufluss von 175 T€) konnten durch den Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit (246 T€; Vorjahr: 231 T€) fast vollständig gedeckt werden. Grund hierfür war die vollständige Einstellung des Jahresüberschusses 2009 in die Gewinnrücklagen, was auch die Abweichung des Finanzmittelbestandes zum Jahresende gegenüber dem Plan erklärt.

Die Liquidität betrug zum 31. Dezember 2010 238 T€, was eine Reduzierung zum Vorjahr um 6 T€ darstellt.

Im Jahr 2010 wurde das im Geschäftsjahr 2009 zur Finanzierung des Saug-Spül-Fahrzeuges aufgenommene Darlehen in Höhe von 200 T€ mit 100 T€ getilgt.

Die Gesellschaft war im Berichtsjahr zu jedem Zeitpunkt in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen

Das Anlagevermögen per 31. Dezember 2010 reduziert sich gegenüber dem Vorjahr von 593 T€ auf 588 T€ auf Grund des nunmehr voll abgeschriebenen Geschäfts- oder Firmenwerks.

Das Umlaufvermögen war mit 618 T€ im Vergleich zum Vorjahr (620 T€) nahezu unverändert.

Die Vermögenslage per 31. Dezember 2010 ist durch die Erhöhung des Eigenkapitals von 770 T€ auf 879 T€ gekennzeichnet. Das Eigenkapital beläuft sich auf 72,9% (2009: 63,5%) der Bilanzsumme.

Die Verbindlichkeiten und Rückstellungen sind hauptsächlich kurzfristig (327 T€; Vorjahr: 443 T€ – davon T€75 langfristig) und werden durch flüssige Mittel (238 T€; Vorjahr: 244 T€) und kurzfristige Forderungen (380 T€; Vorjahr: 376 T€) gedeckt. Von dem festverzinslichen Darlehen zur Finanzierung der Ersatzanschaffung des Saug-Spül-Fahrzeuges wird im Jahr 2011 der Restbetrag von 75 T€ getilgt.

Auf der Basis der aktuellen Finanz-, Vermögens- und Ertragslage kann zur wirtschaftlichen Lage die Einschätzung getroffen werden, dass die Brandenburger Dienstleistungen GmbH in ihrem Markt gut aufgestellt ist und somit gute Voraussetzungen dafür bestehen, dass die

Gesellschaft ihre Finanz-, Vermögens- und Ertragsziele weiterhin erreichen kann. Die Brandenburger Dienstleistungen GmbH wird ihre Position als ein erfolgreicher und kundenorientierter Dienstleister im Konzern der Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH entsprechend der Planung weiter ausbauen.

Investitionen

Die Gesellschaft tätigte in 2010 Investitionen in Höhe von 152 T€ (2009: 373 T€). Schwerpunkte des Investitionsgeschehens waren

- der planmäßige Ersatz und die Neuanschaffung von Liegenschaften mit Meßeinrichtungen im Bereich Wärme- und Betriebskostenabrechnung (62 T€),
- der Ersatz von Fahrzeugen aus dem Fuhrpark des Unternehmens (77 T€).

Die Unterschreitung des Investitionsplanes resultiert aus der verspäteten Lieferung einer Ersatzanschaffung in Höhe von 12 T€.

Personal

Die Mitarbeiteranzahl betrug per 31. Dezember 2010 insgesamt 58 Angestellte (inklusive des Geschäftsführers und einer Auszubildenden). Zusätzlich wurden im monatlichen Mittel 13 Hilfskräfte beschäftigt. Bestandteil der arbeitsrechtlichen Vereinbarungen mit den Mitarbeitern sind ein bestehender Hausmantel-Tarifvertrag und bestehende Betriebsvereinbarungen. Allen Mitarbeitern wurde ein Modell für eine zusätzliche Altersversorgung vorgestellt, das von ca. 46 % der Mitarbeiter genutzt wird.

Risikobericht

Das Risikomanagement ist in der Brandenburger Dienstleistungen GmbH als fester Bestandteil in die Unternehmensführung und die Gestaltung der Geschäftsprozesse eingebunden. Es erfolgt eine fortlaufende Überwachung und Bewertung der wesentlichen Geschäftsrisiken. Die Ergebnisse dieser Maßnahmen werden in einem angemessenen Berichtswesen der Gesellschafterin kommuniziert. Besondere Risiken in Bezug auf Finanzinstrumente (Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen) werden in der Gesellschaft nicht gesehen.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Im Geschäftsjahr 2011 sollen die bestehenden vertraglichen Beziehungen mit Bestandskunden und die festgelegten internen Arbeitsabläufe weiter gefestigt werden. Die allgemeinen Kostensteigerungen im Material und Personal sollen durch eine zum 01.01.2011 wirksam werdende Preisanpassung für 75% des Vertragsvolumens zu einer Verbesserung des Geschäftsergebnisses in 2011 führen.

Trotz zahlreicher Ersatzbeschaffungen ist der Fuhrpark der Brandenburger Dienstleistungen GmbH noch immer stark veraltet. Auch im Geschäftsjahr 2011 muss daher mit zusätzlichen Investitionen für Technik in der Abteilung Hausbetreuung und Gebäudemanagement gerechnet werden, da einige Fahrzeuge den Anforderungen der technischen Überprüfungen

nicht mehr genügen. Insgesamt sind Investitionen in Höhe von 160 T€ für das Geschäftsjahr 2011 geplant.

Im Mittelpunkt der Geschäftstätigkeit steht weiterhin die Verbesserung der Kundenzufriedenheit. Neuakquisitionen sind in den Bereichen der Technischen Dienste – Zählerwesen und Wärmemess- und Abrechnungsdienst geplant.

Für die nächsten beiden Geschäftsjahre wird mit weiterhin positiven Jahresergebnissen auf dem Niveau des Geschäftsjahres 2010 gerechnet.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Die Jahresüberschüsse der Jahre 2008 bis 2010 wurden den Gewinnrücklagen des Unternehmens zugeführt.
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Zwischen der BDL und der Stadt Brandenburg an der Havel bestehen vertraglich geregelte Leistungsbeziehungen zu marktüblichen Preisen

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2008	2009	2010
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	365	593	588
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	15	7	0
II. Sachanlagen	350	586	588
B. Umlaufvermögen	541	620	618
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	330	376	380
III. Kassenbestand, Guthaben	211	244	238
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	654	770	879
I. Gezeichnetes Kapital	435	435	435
II. Gewinnrücklagen	71	178	294
III. Gewinnvortrag	41	41	42
IV. Jahresüberschuss	107	116	109
B. Rückstellungen	103	127	113
C. Verbindlichkeiten	149	316	214
Bilanzsumme	906	1.213	1.206

Ertragslage der Gesellschaft

GuV	(Angaben in T€)		
	2008	2009	2010
1. Umsatzerlöse	2.083	2.331	2.384
2. Bestand an unfertigen Leistungen	0	0	0
3. Sonstige betriebliche Erträge	90	148	102
4. Materialaufwand	-254	-310	-262
5. Personalaufwand	-1.318	-1.516	-1.594
6. Abschreibungen	-135	-145	-157
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-293	-338	-309
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-3	-5	-5
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	169	166	159
11. Sonstige Steuern	-61	-50	-50
12. Jahresergebnis	107	116	109

III.2.5 BAS Brandenburg an der Havel Arbeitsförderungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft GmbH

Geschäftsbereich

Beschäftigungsförderung

Firmensitz

Jacobstr. 13
14776 Brandenburg an der Havel
Tel.: 03381/250680
Fax: 03381/250685

e-mail: info@bas-brandenburg.de
Internet: www.bas-brandenburg.de

Gründung

Die BAS GmbH wurde am 24.01.1994 gegründet.

Die BAS wird im Handelsregister des Amtsgerichtes Potsdam seit dem Eintrag vom 27. Mai 1994 unter dem Aktenzeichen HRB 7186 P geführt.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 25.564,59 €

Seit dem 17.05.2000 hält die Stadt Brandenburg an der Havel 100% der Anteile.

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag wurde zuletzt durch die Gesellschafterversammlung vom 27. Mai 1997 geändert. Mit notarieller Beurkundung vom 04.05.2000 erwarb die Stadt Brandenburg an der Havel die Geschäftsanteile des bis dahin zweiten Gesellschafters (Verein zur Förderung des Umweltschutzes e.V.).

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*
Margitta Scholz

- *Beirat*

Die Gesellschaft verfügt über keinen Aufsichtsrat, sondern über einen ehrenamtlichen Beirat.

Er ist beratend tätig und steht als Sachverständiger der Geschäftsführung und der Gesellschafterversammlung mit seinem Wissen und seiner Erfahrung zur Verfügung.

Im Geschäftsjahr 2010 fanden fünf Beiratssitzungen statt.

Der Beirat setzte sich im Geschäftsjahr 2010 wie folgt zusammen:

Beiratsmitglieder 2010	
Beiratsvorsitz	Herr Rohde (Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege)
weitere Mitglieder	Frau Dr. Tiemann (Oberbürgermeisterin Stadt Brandenburg an der Havel)
	Herr Arndt (Fachgruppe Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarkt)
	Frau Schöbe (Fachbereichsleiterin Jugend, Soziales und Gesundheit)
	Frau Köppe (Gleichstellungsbeauftragte Brandenburg an der Havel)
	Frau Scholz (Geschäftsführerin BAS GmbH)
	Herr Meier (Industrie- und Handelskammer, Regionalcenter Brandenburg an der Havel)
	Herr Mischker (Handwerkerschaft Brandenburg/Belzig)
	Herr Dr. pol. Helmstädter (Fachhochschule Brandenburg an der Havel)
	Herr Baer (Deutscher Gewerkschaftsbund)
	Herr Krüger (Stadtmarketing- und Tourismusgesellschaft mbH)
	Herr Karg (Arbeitsgemeinschaft Selbstständiger Unternehmer e. V.)
	Frau Bergner (Landesagentur für Struktur und Arbeit Brandenburg GmbH)
	Frau Taege (Jugendhilfeausschuss Brandenburg an der Havel)

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Öffentlicher Zweck

Die Tätigkeit der BAS als Arbeitsförderungsgesellschaft ist darauf gerichtet, Personen, die durch Ausgrenzung am Arbeitsmarkt und ihrer daraus resultierenden sozialen Situation betroffen sind zu unterstützen und diesen Personenkreis für die Aufnahme einer Arbeit zu qualifizieren und zu integrieren. Mit der Erfüllung dieser Aufgabe wird der öffentliche Zweck der Gesellschaft im Rahmen der jeweiligen Projekte realisiert.

Die BAS leistet somit einen Beitrag zur:

- Förderung der Integration in den regulären Arbeitsmarkt
- Erhöhung der Kaufkraft
- Erhöhung des Steueraufkommens
- Sicherung von Arbeitsplätzen in Handwerk und Gewerbe
- Schaffung von Entlastungspotenzialen im kommunalen Haushalt
- Verbesserung des kommunalen Leistungsangebotes
- Stabilisierung und Integration von aus der Arbeitsgesellschaft Ausgegrenzten

Gegenstand des Unternehmens

Nach § 3 des Gesellschaftsvertrages ist der Gegenstand des gemeinnützigen Unternehmens die Hilfe für arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohte Frauen und Männer einschließlich Sozialhilfeempfänger mittels sozialpädagogischer Betreuung, Beratung, Orientierung,

Qualifizierung, Beschäftigung mit dem Ziel der Einzelfallhilfe und der Förderung und Wiederherstellung der Eingliederungsfähigkeit des genannten Personenkreises in den Arbeitsmarkt. Der Zweck wird insbesondere verwirklicht durch:

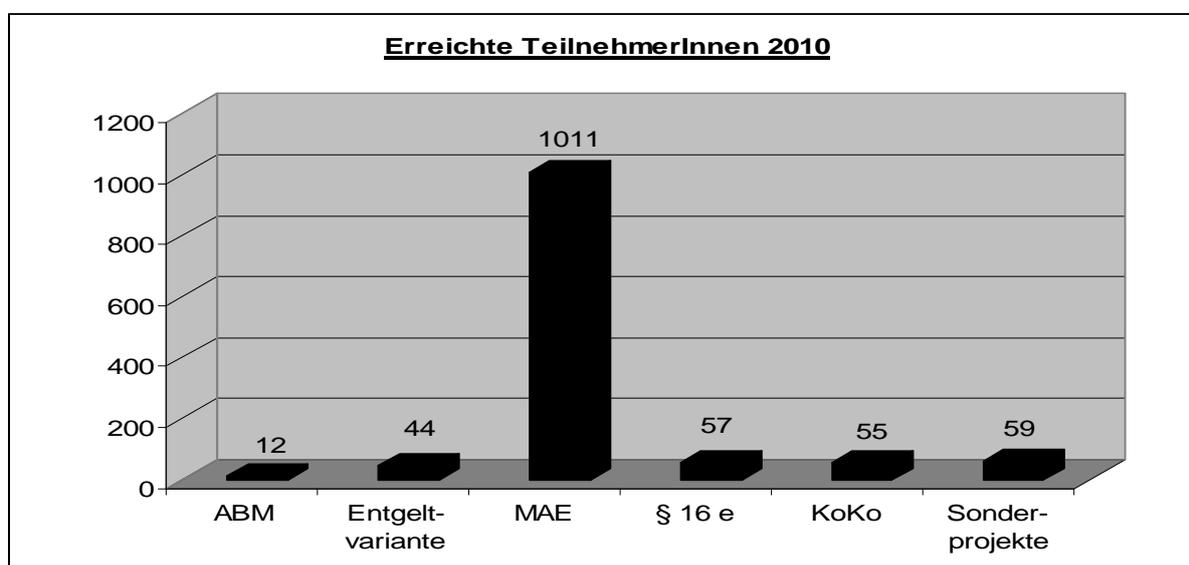
- Sozialpädagogische und sozialarbeiterische Hilfestellung und Begleitung gegenüber einzelnen Personen
- Maßnahmen zur Wiederherstellung bzw. Förderung der Voraussetzungen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt
- Konzipierung und Durchführung von Maßnahmen, die auf Qualifizierung und Beschäftigung vorbereiten bzw. Qualifizierung und Beschäftigung vermitteln oder leisten
- Erprobung und Entwicklung neuer, zusätzlicher Arbeitsfelder, soweit sie die vorstehend genannten Ansätze des Konzeptes der Gesellschaft unterstützen bzw. als Voraussetzung hierfür erforderlich sind

Zur Unterstützung dieser Ziele bemüht sich die Gesellschaft um die Kooperation mit der Kommune, mit orts- und regionalansässigen Betrieben, mit Trägern der beruflichen Qualifizierung, mit der Arbeitsverwaltung, mit den Ministerien und anderen ebenfalls in diesen Tätigkeitsfeldern Aktiven.

Arbeitslosigkeit in der Stadt Brandenburg an der Havel ¹

	Dez. 2003	Nov. 2004	Dez. 2005	Dez. 2006	Dez. 2007	Dez. 2008	Dez. 2009	Dez. 2010
Arbeitslosenquote	22,4 %	20,3 %	20,6 %	20,1 %	18,6 %	13,9 %	14,0 %	13,8 %
Arbeitslosenquote Frauen	21,7 %	19,8 %	19,4 %	19,8 %	17,8 %	13,6 %	12,7 %	13,2 %
davon:								
Jugendl. < 25 J.	9,8 %	10,4 %	15,9 %	13,4 %	10,8 %	10,6 %	10,9 %	11,0 %
älter als 55 Jahre	10,1 %	10,8 %	9,5 %	10,5 %	10,9 %	14,9 %	16,6 %	18,2 %
Langzeitarbeitslose	50,7 %	47,9 %	44,7 %	46,7 %	45,2 %	36,6 %	34,5 %	33,6 %

¹Quelle: Statistikstelle Stadt Brandenburg an der Havel, Statistische Berichte



Gesamtanzahl der insgesamt durch die BAS GmbH betreuten bzw. beschäftigten Personen in den Jahren 2008 bis 2010:

	2008	2009	2010
Erreichte TeilnehmerInnen	1.619	1.475	1.238

Die Summe ergibt sich aus dem Bestand der am 1. Januar bereits zugewiesenen TeilnehmerInnen und den im Verlauf des Jahres neu eingetretenen TeilnehmerInnen die in den verschiedenen Förderinstrumenten beschäftigt werden.

Erläuterungen:

Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (MAE)

Für erwerbsfähige Hilfebedürftige (Langzeitarbeitslose), die keine Arbeit finden können, sollen Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden, durch die die individuelle Beschäftigungsfähigkeit verbessert wird. Der Teilnehmer erhält für die geleisteten Stunden eine Mehraufwandsentschädigung. Die Arbeiten selbst begründen kein Arbeitsverhältnis im Sinne des Arbeitsrechts. Durch die Beschäftigung der TeilnehmerInnen in den unterschiedlichen Projekten werden Vermittlungshemmnisse ermittelt und an der Verringerung bzw. Beseitigung gearbeitet. In den Arbeitsgelegenheiten dürfen nur im öffentlichen Interesse liegende zusätzliche Tätigkeiten ausgeführt werden.

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM)

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) sind ein Instrument zur Eingliederung von Arbeitslosen in ein befristetes Arbeitsverhältnis auf dem so genannten „Zweiten Arbeitsmarkt“ und werden nur noch über das Sozialgesetzbuch III (SGB III) gefördert. Der Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit ist vorrangiges Ziel von ABM, die TeilnehmerInnen werden von der Bundesagentur für Arbeit zugewiesen. ABM sind grundsätzlich nur förderfähig, wenn die zu verrichtenden Arbeiten zusätzlich sind und im öffentlichen Interesse liegen.

Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante

Mit diesem Förderinstrument werden zusätzliche sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen. Es besteht für diese geförderten Arbeitsplätze keine Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung. Durch die Förderung sollen die Zielgruppen, die einen erschwerten Zugang zum Arbeitsmarkt haben, auf die Integration in den ersten Arbeitsmarkt vorbereitet werden. Gleichzeitig soll eine gezielte Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt erfolgen. Gefördert werden zusätzliche Stellen vorrangig in sozialen Wirtschaftsbetrieben oder bei gemeinnützigen Trägern oder der Kommune. Werden gemeinwesenorientierte Stellen gefördert, dürfen keine Wettbewerbsverzerrung oder sonstige Nachteile für die private Wirtschaft entstehen. Gleichwohl sollen die Tätigkeiten arbeitsmarktnah sein.

Bundesprogramm Kommunal-Kombi (KoKo)

Mit dem Bundesprogramm Kommunal-Kombi sollen zusätzliche Arbeitsgelegenheiten in Regionen mit erheblichen Arbeitsmarktproblemen durch Förderung von befristeter Beschäftigung geschaffen werden.

Beschäftigungszuschuss nach § 16 e SGB II

Der Beschäftigungszuschuss nach § 16 e SGB II kann für erwerbsfähige Hilfebedürftige, die langzeitarbeitslos sind und mehrere Vermittlungshemmnisse aufweisen sowie für jene, bei denen eine Erwerbstätigkeit ohne Förderung in den nächsten 24 Monaten nicht zu erwarten ist, beantragt werden. Diese Hilfebedürftigen haben einen sehr hohen Beratungs- und Betreuungsbedarf.

Sonderprojekte

- Sonderprojekt „Koordination und Betreuung des Anwohnertreffs im Bürgerhaus Hohenstücken“

Im Rahmen des Gesamtprojektes „Die Soziale Stadt – Brandenburg an der Havel/Wohngebiet Hohenstücken“ werden über Zuwendungsmittel aus dem Förderprogramm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt“ die Koordination und Betreuung des Anwohnertreffs im Bürgerhaus Hohenstücken gefördert.

- Sonderprojekt „Chancen geben“

Im Rahmen des Gesamtprojektes „Die Soziale Stadt – Brandenburg an der Havel/Wohngebiet Hohenstücken“ werden über ein Sonderprogramm Zuschüsse für Maßnahmen gewährt. Mit dem Projekt „Chancen geben“ wird eine sinnvolle Verbindung von produktorientierter praktischer Arbeit bei gleichzeitiger Erprobung der Arbeitsfähigkeit geschaffen. Es werden hierbei die Interessen aber auch das Leistungsvermögen analysiert, um so zur Stärkung und Entwicklung jedes einzelnen Teilnehmers beizutragen. Weiterhin erhalten Arbeitssuchende mit besonders schwerem Zugang zum Arbeitsmarkt ein Angebot zur kurzfristigen Verbesserung ihrer Lebenssituation.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2008	2009	2010
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	10%	15%	22%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	8%	2%	5%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	101%	21%	53%
Zinsaufwandquote	0,00%	0,03%	0,17%
Liquidität 3. Grades	112%	103%	117%
Cashflow	62 T€	-100 T€	205 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	Die BAS weist keinen Gewinn und FK Zinsen aus	-6,2%	0,3%
Umsatz	3.799 T€	4.048 T€	3.671 T€
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0 T€	-154 T€	-11 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	75%	85%	80%
Anzahl der Mitarbeiter (Stammpersonal)	13	13	13

Lagebericht der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr waren 1.238 Teilnehmer in rund 30 Beschäftigungsmaßnahmen tätig. Die Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung waren mit 1.011 Teilnehmern das bedeutsamste Beschäftigungsfeld der BAS GmbH. Die erreichten Vermittlungsergebnisse werden unter den Bedingungen von Vermittlungseinschränkungen (gesundheitliche Einschränkungen, Resignation der Teilnehmer u. a.) als positiv angesehen. Insgesamt konnten 55 Teilnehmer in den ersten Arbeitsmarkt eingegliedert werden.

Die BAS GmbH verbindet und verzahlt Beschäftigungsförderung mit kommunaler Wertschöpfung. Die Beschäftigungsmaßnahmen sind Unterstützungsleistungen für die

Initiative „Saubere Stadt“ sowie Aktivitäten zur Verbesserung der touristischen Infrastruktur (Gestaltung des Slawendorfes u. a.) und im Bereich Soziales.

Die BAS GmbH konnte im Geschäftsjahr 2010 geringfügig mehr Zuschüsse erwirtschaften als im Plan vorgesehen. Diese verursachten im Gegenzug allerdings erhöhte Aufwendungen in entsprechender Höhe.

In 2010 wurde ein Betriebskostenzuschuss der Stadt Brandenburg an der Havel in Höhe von 368 T€ verbraucht. Der negative Jahresfehlbetrag in Höhe von 11 T€ wird durch die Entnahme der Investitionsrücklage kompensiert.

In 2010 konnte das Standortkonzept erfolgreich umgesetzt werden. Die Altimmobilien am Hafen sowie im Straßenbahndepot wurden frei gezogen und in der dafür hergerichteten Immobilie der Stadt Brandenburg an der Havel in der Neuendorfer Straße ein neuer zentraler Standort etabliert.

Die im Berichtsjahr ausgewiesene Kapitalrücklage in Höhe von 19,6 T€ resultiert aus einer sonstigen Zuzahlung gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB. Die Gesellschafterin verzichtete auf die Rückzahlung des Betriebskostenzuschusses von 19,6 T€, damit die im Rahmen der BilMoG- Umstellung entstandenen künftigen Aufwendungen aus der Aufzinsung der langfristigen Projekt- und Archivierungsrückstellungen gedeckt werden können.

Die Vermögens- und Kapitalstrukturkennzahlen gemäß § 61 Nr.2 KomHKV zeigen, dass es sich bei der BAS GmbH um eine typische Arbeitsförderungsgesellschaft handelt. Die Gesellschaft ist branchentypisch durch eine geringe Anlagenintensität (2010: 22%; 2009: 15%;) und eine niedrige Eigenkapitalquote (2010: 5%; 2009: 2%) gekennzeichnet. Das Anlagevermögen ist branchentypisch aus Fördermitteln, Zuweisungen, Zuschüsse oder Zuwendungen Dritter finanziert. Dem Anlagevermögen (2010 339,6 T€, 2009 359,1 T€) steht in gleichlautender Höhe ein Sonderposten gegenüber.

Die Finanzierungs- und Liquiditätskennzahlen gemäß § 61 Nr. 2 KomHKV zeigen, dass die Gesellschaft einen positiven Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit von 205 T€ zu verzeichnen hatte. Die Entwicklung des Cashflows ergibt sich aus der Neubewertung der Rückstellungen. Im Berichtsjahr wurden die Rückstellungen für Rückzahlungen von Projektfördermitteln den langfristigen Mitteln zugeordnet, was eine erhebliche Zunahme der langfristigen Rückstellungen zur Folge hat.

Die Zahlungsfähigkeit im Berichtsjahr war jederzeit gegeben. Eine Aufnahme von Krediten war nicht erforderlich.

Hinsichtlich der Kennzahlen zur Rentabilität und zum Geschäftserfolg gemäß § 61 Nr. 2 KomHKV ist anzumerken, dass die BAS GmbH eine Gesellschaft ist, die hauptsächlich für ihre Geschäftstätigkeiten rückzahlbare und nicht rückzahlbare Zuschüsse verschiedenster Fördermittelgeber erhält. Es wurde aufgrund des Jahresfehlbetrages eine negative Gesamtkapitalrentabilität von 0,75% erzielt. Der Jahresfehlbetrag wurde durch eine Entnahme aus der Gewinnrücklage ausgeglichen.

Die Beschäftigtenzahl für das Stammpersonal lag konstant bei 13 Mitarbeitern.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Die hohe Abhängigkeit von den politischen Entscheidungen und den damit in der Regel einhergehenden kurzfristigen Unwägbarkeiten der Finanzierung werden als größtes und bestandsgefährdendes Risiko betrachtet.

Die fortlaufende Änderung der Rahmenbedingungen in Verbindung mit Kürzungen der Fördermittel für die Realisierung von Bildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen, insbesondere für die Betreuung und Verwaltung, birgt Risiken für die BAS GmbH hinsichtlich der Sicherstellung ausreichender Liquidität und Geschäftstätigkeit. Ebenso werden für zukünftige Programme Eigenmittel von 7 bis 20 % nicht erbracht werden können.

Zunehmend werden Bildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen im Rahmen von Vergabeverfahren oder Interessenbekundungen eingeworben. Das bedeutet, zunächst einen erheblichen Aufwand in der Projektentwicklung zu leisten bei entsprechend knappen Personalkapazitäten und der Fortführung des Projektantragsverfahrens für laufende Projekte.

Auch sollen künftig alle Träger, die Maßnahmen zur Arbeitsförderung anbieten, eine Trägerzulassung von unabhängigen Sachverständigen benötigen. Ein Zertifizierungsverfahren erfordert wiederum zusätzlichen personellen und finanziellen Aufwand.

Chancen

In der Zunahme sv-pflichtiger öffentlich geförderter Beschäftigung in langfristige Förderdauer wird die Chance gesehen, die Teilnehmer/Innen marktnäher zu qualifizieren und die Funktion der BAS GmbH als Arbeitgeber wieder zu stärken.

Neue Beschäftigungsprogramme wie zum Beispiel ab 2011 "Bürgerarbeit" (hier hat die Stadt ein Gesamtkontingent von 150 Plätzen, wovon die BAS GmbH 100 umsetzen soll) sowie das Bundesprogramm "Kommunal-Kombilohn" bieten entsprechende Möglichkeiten, sv-pflichtige Beschäftigungsförderung und regionale kommunale Stadtentwicklung im öffentlichen Interesse wieder stärker miteinander zu verbinden.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Die im Berichtsjahr ausgewiesene Kapitalrücklage in Höhe von 19,6 T€ resultiert aus einer sonstigen Zuzahlung gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB. Die Gesellschafterin verzichtete auf die Rückzahlung des Betriebskostenzuschusses in Höhe von 19,6 T€, damit die im Rahmen der BilMoG-Umstellung entstandenen zukünftigen Aufwendungen aus der Aufzinsung der langfristigen Projekt- und Archivierungsrückstellungen gedeckt werden können.
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Betriebskostenzuschuss (BKZ) Stadt 302 T€, Sonder-BKZ zur Durchführung Beschäftigungszuschuss+Kommunalkombi 188,5 T€, Jobcenter 727,3 T€ (ca. 50% der Gesamterlöse des Jobcenter), 451 T€ Regionalbudget, 148 T€ Soziale Stadt, 47 T€ Bürgerhaus, 97 T€ Dienstleistungen für die Stadt

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2008	2009	2010
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	258	359	340
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1	10	9
II. Sachanlagen	257	349	331
B. Umlaufvermögen	2.311	2.066	1.163
I. Vorräte	0	1	4
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	726	548	109
III. Schecks, Kassenbestand, Bankguthaben	1.585	1.518	1.049
C. Rechnungsabgrenzungsposten	10	21	9
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	215	61	70
I. Gezeichnetes Kapital	26	26	26
II. Kapitalrücklagen	0	0	20
III. Gewinnrücklagen	190	35	25
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	0	0	0
B. SoPo aus Zuschüssen zum Anlagevermögen	258	359	340
C. Rückstellungen	226	240	213
D. Verbindlichkeiten	1.880	1.786	889
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	2.579	2.446	1.512

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2008	2009	2010
1. Umsatzerlöse	3.799	4.048	3.671
2. Sonstige betriebliche Erträge	101	130	115
3. Materialaufwand	-145	-14	-13
4. Personalaufwand	-2.853	-3.395	-2.926
5. Abschreibungen	-62	-53	-119
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-865	-869	-759
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	29	7	2
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	-1	-6
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3	-147	-34
10. Außerordentliche Erträge	0	0	26
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	-1
10. Sonstige Steuern	-3	-7	-2
11. Jahresergebnis	0	-154	-11

- *Gesellschafterversammlung*

Vertreter der Gesellschafterin in der Gesellschafterversammlung ist Oberbürgermeisterin Frau Dr. Dietlind Tiemann.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Das Unternehmen ist mit der Verwertung und Verwaltung von Grundstücken im Wohn- und Gewerbegebiet Brandenburg an der Havel-Kirchmöser und angrenzenden Flächen betraut, insbesondere die die Stadt Brandenburg an der Havel vom Bundeseisenbahnvermögen (BEV) erworben hat.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2008	2009	2010
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	2%	1%	0%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	8%	14%	9%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	538%	1571%	1755%
Zinsaufwandquote	0,0%	0,2%	0,0%
Liquidität 3. Grades	107%	115%	109%
Cashflow	-136 T€	-18 T€	108 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	-7%	4%	-4%
Umsatz	194 T€	188 T€	189 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-43 T€	23 T€	-21 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	160%	131%	136%
Anzahl der Mitarbeiter	5	5	5

Lagebericht der Gesellschaft

Die Gesellschaft hat auch im Jahre 2010 ihre Arbeit im Rahmen des Gesellschaftsvertrages fortgesetzt. Die Gesellschaft ist Dienstleister des 100% Eigentümers Stadt Brandenburg an der Havel im Ortsteil Kirchmöser und hat im Rahmen des bestehenden Verwaltervertrages auch im Jahre 2010 für die am 01.01.2003 vom Bundeseisenbahnvermögen (BEV) übernommenen Flächen (ca. 400 ha zzgl. ca. 10 ha ehemalige NVA-Flächen an der Uferstraße abzüglich zwischenzeitlicher Verkäufe) die Betreuung sowie die Verkehrssicherungspflicht wahrgenommen. Die Gesellschaft finanziert sich weiterhin fast ausschließlich aus der im vorgenannten Verwaltervertrag festgelegten Verwaltervergütung, die nach der vorhandenen Leistungsbeschreibung auch für das Jahr 2010 auf Grund der eingetretenen Veränderung des Verwaltungsobjektes neu festzulegen war. Aufgrund von nur geringfügigen Grundstücksveräußerungen blieb die Vergütung im Jahre 2010 identisch zum Jahr 2009.

Zur Kostensenkung bei Kleinstreparaturen und gärtnerischen Maßnahmen war – aufgrund des Gesellschafterbeschluss aus dem Jahr 2007 – auch im Jahr 2010 ein Hausmeister auf 400 €-Basis bei der Gesellschaft beschäftigt.

Ferner führte die Gesellschaft für die Gesellschafterin die Fördermaßnahme „Regionalmanagement der Stadt Brandenburg an der Havel für das bahnaffine Gewerbe“ gegen Erstattung aller Kosten in 2010 fort.

Entsprechend den Kerngeschäftsfeldern der Gesellschaft waren die Verwaltung und Vermietung von Büro- und Produktionsflächen, Garagen-, Freizeitgrundstücks- und Gartenpachtverträge die Sicherung der Liegenschaften und die Unterstützung der Stadt Brandenburg an der Havel bei der Vermarktung des vom Bundeseisenbahnvermögens übernommenen Areals sowie die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehender Geschäfte im Geschäftsjahr 2010 wesentliche Aufgabenbereiche. Hauptaufgabe war die Optimierung des Areals und einzelner Gebäude.

Die Sicherung von Miet- und Pachteinnahmen der verwalteten Objekte und das strikte Forderungsmanagement wurden konsequent umgesetzt. Wesentliche offene Forderungen zum Ende des Geschäftsjahres 2010 bestanden – bis auf zwei Fälle - nicht. Freigezogene Mietobjekte konnten relativ kurzfristig wieder vermietet werden.

Schwerpunkt in 2010 war jedoch die Vorbereitung der Übertragung des Verwaltergeschäftes auf die Stadt Brandenburg an der Havel, vertreten durch den Eigenbetrieb Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement (GLM). Grund war, dass das GLM im Auftrag der Stadt fristgemäß den Verwaltervertrag zum 31.12.2010 gekündigt hatte.

Daher war auch alle angestellten Mitarbeiter/innen fristgemäß zum 31.12.2010 gekündigt worden. Soweit hierüber arbeitsrechtliche Verfahren geführt wurden, konnten diese durch Vergleiche abgeschlossen werden.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Mit der Kündigung des Verwaltervertrages zum 31.12.2010 ist die wesentliche Geschäftsgrundlage der Projekt-Entwicklung-Kirchmöser GmbH zum Jahresende 2010 weggefallen. Die GmbH wird im Jahr 2011 ohne Personal - und nur durch den Geschäftsführer vertreten - vorläufig - bis zu einer anderen Entscheidung des Gesellschafters - in geringem Umfang fortgeführt.

Die Verwaltung der noch nicht veräußerten und verwalteten Immobilienbestände der Stadt Brandenburg an der Havel, die Freiflächen, die Garten- und Pachtgrundstücke wurden zum Jahresende 2010 dem Zentralen Gebäude- und Liegenschaftsmanagement der Stadt Brandenburg an der Havel zugeordnet. Nacharbeiten mussten noch bis weit in das Jahr 2011 erfolgen. Dies resultierte u. a. auch daraus, dass – trotz mehrfacher Bekanntmachung der Änderung des Verwalters und der damit verbundenen Änderung der Bankverbindung – noch viele ehemalige Mieter/Pächter auch im Jahr 2011 fehlerhaft die Miet- bzw. Pachtzahlung an die GmbH geleistet haben.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Zwischen der Stadt Brandenburg an der Havel und der PEK besteht seit dem 2. September 2003 ein Verwaltervertrag. Die PEK verwaltet, bewirtschaftet und verwertet die in Anlage 1 des Verwaltervertrages aufgeführten Grundstücke und Gebäude, die die Stadt Brandenburg an der Havel vom Bundeseisenbahnvermögen erworben hat. Der Verwaltervertrag wurde zum 31.12.2010 gekündigt. Alle Mietzahlungen aus den zu verwaltenden Objekten sowie die für diese Objekte anfallenden Aufwendungen werden über die Bankkonten der PEK GmbH abgewickelt. Die PEK hat ihren Sitz in von der Stadt Brandenburg an der Havel angemieteten Räumen. Der Mietvertrag vom 01.07.2003 wurde zum 31.12.2010 gekündigt. Ab 01.04.2004 wurde der PEK GmbH der Bereich Regionalmanagement zugeordnet. Es handelt sich um einen zu 100 % geförderten Bereich (80%ige Förderung durch die ILB InvestitionsBank des Landes Brandenburg; 20%ige Förderung durch die Stadt Brandenburg an der Havel bis Ende 2009; ab 2. Quartal 2010 100%ige Förderung durch die Stadt Brandenburg an der Havel).

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2008	2009	2010
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	9	5	3
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1	0	0
II. Sachanlagen	8	5	3
B. Umlaufvermögen	572	524	587
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	76	47	2
III. Kassenbestand, Guthaben	495	477	585
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	0
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	49	72	51
I. Gezeichnetes Kapital	26	26	26
II. Gewinnrücklagen	0	0	0
III. Gewinnvortrag	66	23	47
IV. Jahresüberschuss	-43	23	-21
B. Rückstellungen	6	5	4
C. Verbindlichkeiten	527	452	536
	0		
Bilanzsumme	582	528	591

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2008	2009	2010
1. Umsatzerlöse	194	188	189
2. Bestand an unfertigen Leistungen	285	0	0
3. Sonstige betriebliche Erträge	0	199	114
4. Materialaufwand	-309	0	0
5. Personalaufwand	-6	-247	-257
6. Abschreibungen	-205	-5	-2
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	0	-111	-64
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-42	0	0
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1	25	-21
11. Sonstige Steuern	-1	-1	0
12. Jahresergebnis	-43	24	-21

III.3

Beteiligungsgesellschaften

III.3.1 Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH

Geschäftsbereich

Betreibergesellschaft des Technologie- und Gründerzentrums der Stadt Brandenburg an der Havel.

Firmensitz

Friedrich-Franz-Str. 19
14770 Brandenburg an der Havel

Telefon: 03381 - 38 10 01

Telefax: 03381 - 38 10 02

e-mail: info@tgz-brb.de

Internet: www.tgz-brb.de

Gründung

Die Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH (TGZ) wurde am 31.01.1995 gegründet. Sie ist Betreibergesellschaft des Technologie- und Gründerzentrums der Stadt Brandenburg an der Havel.

Die Eintragung in das Handelsregister erfolgte unter HRB 8845 P am 29.11.1995 beim Amtsgericht Potsdam.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 51.129,19 €

Beteiligungsverhältnisse 2010		
	EUR	%
Stadt Brandenburg an der Havel	26.587,18	52
Mittelbrandenburgische Sparkasse Potsdam	5.112,92	10
RFT radio-television Brandenburg GmbH	5.112,92	10
Fachhochschule Brandenburg	4.601,63	9
Manfred Villmann Industrietransportgesellschaft mbH	2.556,46	5
REMONDIS Entsorgungswirtschaft GmbH & Co. KG, Region Ost	1.533,88	3
ATLAS Informationssysteme GmbH	1.533,88	3
Börner Heizungs- und Sanitärtechnik GmbH	511,29	1
PERKERS SRS Verkehrstechnik GmbH	511,29	1
Havelländische Wasser GmbH & Co. KG	511,29	1
Lenz & Mundt Betonsanierung GmbH	511,29	1
HIB Hoch- und Ingenieurbau GmbH	511,29	1
Honeywell GmbH	511,29	1
Ingenieurbüro Friedrichs	511,29	1
Gewerbeverein Brandenburg e.V.	511,29	1

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrages in der derzeit gültigen Fassung ist datiert vom 12.08.1997.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Hans-Joachim Freund

Der Geschäftsführer ist ehrenamtlich tätig.

- *Gesellschafterversammlung*

Vertreter der Mehrheitsgesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel in der Gesellschafterversammlung ist Bürgermeister Herr Steffen Scheller.

Im Jahr 2010 fanden zwei Gesellschafterversammlungen statt.

- *Beirat*

Im Berichtszeitraum fanden zwei Beiratssitzungen statt.

Beiratsmitglieder 2010

Beiratsvorsitzende	Frau Diana Deinert (Fachhochschule Brandenburg an der Havel)
weitere Mitglieder	Frau Anne Slonina (Creditreform Brandenburg)
	Frau Yvonne Moebius (Referat 20, Ministerium für Wirtschaft - im Jahr 2010 ausgetreten)
	Herr Peter Effenberger (ZAB Zukunftsagentur Brandenburg)
	Herr Wilfried Meier (IHK Potsdam, Regionalcenter Brandenburg an der Havel)
	Herr Ingo Borkenhagen (Mittelbrandenburgische Sparkasse in Potsdam)
	Frau Sandra Stahl (Agentur für Arbeit Brandenburg bis zum 31.03.2010)
	Herr Michael Glaser (Agentur für Arbeit Brandenburg ab 01.04.2010)
	Frau Petra Kaulisch (call & surf factory, Dienstleistungszentrum für Telemedien GmbH bis 20.01.2010)
	Herr Uwe Rudolphi (IAT Rudolphi & Rau GmbH)
	Herr Ralf Koppe (Insolvenzverwalter)
	Herr Lutz Kotlowski (BBV Baustahl- und Blechverarbeitungsgesellschaft Kirchmöser ab 20.01.2010)
	Frau Heide Traemann (Johanna Solar Technology GmbH ab 20.01.2010)
	Herr Oliver Windeck (Metallbau Windeck GmbH ab 20.01.2010)
	Herr Thomas Schulik (Knauff & Schulik Steuerberatungsgesellschaft mbH ab 20.01.2010)
	Herr Wolfgang Biedermann (RapidEye AG ab 20.01.2010)

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Unternehmensgegenstand ist gemäß § 2 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages die Förderung der regionalen Wirtschaft durch die Unterstützung aller innovativen und technologieorientierten Unternehmen sowie Existenzgründer, insbesondere durch die Unterstützung des Technologietransfers auf dem Gebiet der Wissenschaft und Forschung.

Insbesondere sollen dabei Unternehmen Berücksichtigung finden, die auf dem Gebiet der Forschung sowie der Dienstleistungen u.a. schwerpunktmäßig Themen des Umweltschutzes oder der Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) arbeiten.

Dazu vermietet oder verpachtet die Gesellschaft kostengünstig Geschäfts- und Gewerberäume, Büro- und Betriebseinrichtungen und anderes Anlagevermögen an zu errichtende oder bereits bestehende Unternehmen, um zunächst deren Ansiedlung zu erleichtern sowie erbringt und vermittelt kostengünstig Dienst-, Beratungs- und Bildungsleistungen.

Damit soll die Entwicklung der Wirtschaftsstruktur im Raum Brandenburg durch die Ansiedlung von technologieorientierten Unternehmen und die Unterstützung der bestehenden Betriebe durch diese Unternehmen gefördert werden.

Die Gesellschaft ist in diesem Sinne auch als Mittler zwischen Wirtschaft und Wissenschaft tätig und fördert durch Information, Beratung und Vermittlung von Kontakten den Technologietransfer.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2008	2009	2010
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	17%	16%	55%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	16%	13%	10%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	106%	101%	25%
Zinsaufwandquote	0,0%	0,0%	0,0%
Liquidität 3. Grades	112%	104%	97%
Cashflow	9 T€	87 T€	-77 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	0%	0%	0%
Umsatz	411 T€	423 T€	447 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0	0	0
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	27%	34%	46%
Anzahl der Mitarbeiter	4	5	7

Lagebericht der Gesellschaft

Die Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH (TGZ) leistete im Jahr 2010 einen wesentlichen Beitrag durch die Ansiedlung von Firmen im Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel (TGZ) im Rahmen der Entwicklung zur Stärkung der regionalen Wirtschaftsstruktur im Entwicklungsraum Westbrandenburg. Das TGZ suchte aufgrund der räumlichen Nähe die Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Brandenburg. Schwerpunkte sind dabei die Vermietung an Existenzgründer für einen zeitlich beschränkten Zeitraum, die Anwendung des StuTZ Förderprogramms (Studenten im TGZ) sowie die Erleichterung der Ansiedlungen von bereits bestehenden Unternehmen.

Insgesamt sind im TGZ 46 Firmen angesiedelt, davon sind 23 Firmen im technologieorientierten Bereich tätig. Im TGZ arbeiten ca. 230 Menschen. Die Auslastung der vermietbaren Flächen betrug im Jahr 2010 durchschnittlich 78 %, davon sind 17 Unternehmen Existenzgründer. An die Stadt Brandenburg an der Havel wurden an die Fachgruppe (FG) Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarkt 304 m², an die Fachgruppe Schule, Sport und Kultur 537 m² sowie ab November 2010 an die Zulassungsstelle 402 m² vermietet. Die Vermietung an die FG Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarkt ist als wirtschaftlicher Vorteil zu sehen, weil dadurch umfangreiche Synergieeffekte in der wirtschaftlichen Entwicklung vor Ort erreicht werden.

Investitionen wurden in Höhe der geplanten Umbaumaßnahmen für neue Mieter und für Betriebsausstattungen umgesetzt. Weiterhin wurden Umbaumaßnahmen für den Einzug der Zulassungs- und Führerscheinstelle realisiert. Die Finanzierung erfolgte durch einen Investitionskostenzuschuss aus nicht verbrauchten Zuschüssen der Stadt Brandenburg an der Havel.

Seit dem 01.03.2009 ist die TGZ GmbH Träger des Lotsendienstes der Stadt Brandenburg an der Havel. Im Jahr 2010 wurden sechs Assessment - Center durchgeführt, in denen die wirtschaftliche Tragfähigkeit des Gründungsvorhabens und die Gründerpersönlichkeit der Gründungswilligen einer eingehenden Prüfung unterzogen und für die Phase nach der Gründung Berater beiseite gestellt wurden.

Insgesamt haben 60 Frauen und Männer zwischen März 2010 und Dezember 2010 an den sechs Tragfähigkeitsuntersuchungen ihrer Geschäftsidee im TGZ teilgenommen. Bereits ein Drittel der Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben ihr Unternehmen bis Dezember 2010 gegründet.

Mit zielgerichteten Veranstaltungen hat das TGZ das Thema Existenzgründung in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt.

Das TGZ ist Partner der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) für das Programm Gründercoaching Deutschland.

Die im Jahr 2010 durchgeführten imagebildenden Maßnahmen vor allem im Bereich Existenzgründung und Selbständigkeit führten zu einem ansteigenden Bekanntheitsgrad des TGZ. Diese Entwicklung wird in den kommenden Jahren fortgeführt.

Auch im zweiten Jahr der Übernahme der Trägerschaft des Lotsendienstes erfolgt vom Fördermittelgeber LASA (Landesagentur für Struktur und Arbeit) eine weitere zielgerichtete Förderung über den Lotsendienst im Rahmen der Richtlinie des Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie zur Förderung von Qualifizierungs- und Coachingmaßnahmen bei Existenzgründungen. Die Durchführung des Projektes verhält sich kostenneutral. Mehrausgaben für Sachkosten werden durch die Vermietung von Konferenz- und Beratungsräume an die Berater gedeckt.

Um die Zukunftsfähigkeit der TGZ GmbH auch in den weiteren Jahren stabil zu entwickeln, wurde im März 2010 von der TGZ GmbH die Trägerschaft des Teilprojektes Regionalbudget IV -Existenzgründung übernommen. Parallel, wie beim Lotsendienst, ist auch dieses Projekt kostenneutral und wird mit Fördermitteln des Europäischen Sozialfonds finanziert. Dieses Projekt dient der weiteren Existenzgründungsförderung und über die Projektstätigkeit sollen zukünftig Existenzgründer als Mieter gewonnen werden. Vom Regionalbudget wurden vom 01.03.2010 bis zum 31.12.2010 insgesamt 33 neue Gründungswillige in der Vorgründungswerkstatt und den „Lokalen Initiativen für neue Beschäftigung“ betreut, davon waren 20 Teilnehmer Frauen und elf Langzeitarbeitslose. Von den 22 Teilnehmenden der Vorgründungswerkstatt sind 13 Personen in den Lotsendienst übergegangen. Zwei Gründungswillige haben direkt aus der Vorgründungswerkstatt heraus gegründet und eine Person ist zum 1. Arbeitsmarkt zurückgekehrt. Von den 14 Bewerbungen um den Zuschuss des Regionalbudgets wurden elf Gründungswillige positiv bewertet und haben im Jahr 2010 ein eigenes Unternehmen gegründet.

In der TGZ GmbH waren sieben Mitarbeiter tätig. Hiervon arbeiten für die Fördermaßnahmen Lotsendienst und Regionalbudget drei Mitarbeiter. Ein Prokurist sowie der Geschäftsführer waren ehrenamtlich für die Gesellschaft tätig. Von den sieben Mitarbeitern sind zwei Mitarbeiter in Teilzeit beschäftigt.

Die Gesellschafteranteile haben sich im Berichtsjahr nicht geändert. Die Stadt Brandenburg an der Havel ist mit 52% Hauptgesellschafter; 14 weitere Unternehmen sind an der TGZ GmbH beteiligt. Auf der Grundlage des bestehenden Betreibervertrages mit der Stadt Brandenburg an der Havel erhält die TGZ GmbH jährlich Zuwendungen.

Das Geschäftsergebnis beträgt 0,00 €, da nicht verbrauchte Zuwendungen von der Stadt Brandenburg an der Havel zurückgefordert werden.

Lage der Gesellschaft

Ertragslage

Die TGZ GmbH weist für das Geschäftsjahr 2010 ein Jahresergebnis von 0 T€ aus, welches sich wie folgt errechnet:

	T€
Betriebsleistung	790
Betriebsaufwendungen	802
Betriebsergebnis	-12
Finanzergebnis	1
Periodenfremdes und Neutrales Ergebnis	11
Jahresergebnis	0

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme beträgt zum 31.12.2010 insgesamt 506 T€. Davon entfällt auf das Anlagevermögen 279 T€. Das Anlagevermögen wird zu 93% durch mittel- und langfristiges Kapital gedeckt. Das Umlaufvermögen von 227 T€ besteht mit 166 T€ im Wesentlichen aus liquiden Mitteln. Die Liquidität 1. Grades (liquide Mittel/kurzfristiges Fremdkapital*100) beträgt 72% (Vorjahr 97%). Unter Hinzurechnung der kurzfristigen Forderungen verbessert sich die Deckung des kurzfristigen Fremdkapitals auf 97% (Vorjahr 104%). Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt unter Hinzurechnung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse am 31.12.2010 259 T€. Die Eigenkapitalausstattung hat sich von 18% im Vorjahr auf 51% erhöht. Das Fremdkapital beträgt 247 T€ und betrifft überwiegend kurzfristig fällige Verbindlichkeiten.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Chancen und Risiken

Die Chancen der TGZ GmbH werden darin gesehen, dass weitere Projekte zur Förderung von Existenzgründungen durchgeführt werden. Dadurch wird die Möglichkeit geschaffen, den Bekanntheitsgrad zu steigern und somit neue Mieter für das TGZ Brandenburg an der Havel zu finden.

Bestandsgefährdende oder die Entwicklung beeinträchtigende Risiken waren 2010 nicht zu verzeichnen. Zu beachten ist, dass die TGZ GmbH aus dem laufenden Geschäft heraus keine größeren Investitionen in die Instandhaltung des Gebäudes erwirtschaften kann. Hierzu sind regelmäßig Investitionszuschüsse zu beantragen. Das Ergebnis wird zukünftig in den nächsten Jahren dadurch beeinflusst, ob die Auslastung der vermieteten Flächen noch weiter gesteigert werden kann.

Wichtige Ereignisse nach Ablauf des Geschäftsjahrs

Besondere Ereignisse nach Ablauf des Geschäftsjahres 2010 waren nicht zu verzeichnen.

Künftige Entwicklung

Die künftige Entwicklung der TGZ GmbH hängt unverändert von der Auslastung der vermieteten Flächen ab. Trotz der gesteigerten Vermietung von Flächen an die Stadt Brandenburg an der Havel reichen die verbleibenden Flächen aus, um die Vermietung von Flächen an Existenzgründer weiter auszuüben.

Die notwendigen wirtschaftsfördernden Maßnahmen sind in der kurz- und mittelfristigen Haushaltsplanung der Stadt Brandenburg an der Havel eingestellt; die Fortführung der Geschäftstätigkeit ist nachhaltig sichergestellt.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	<p>Der zwischen der TGZ GmbH und der Stadt Brandenburg an der Havel bestehende Betreibervertrag wurde am 28.05.2004 bis zum 31.12. 2013 verlängert. Die TGZ GmbH erhält von der Stadt Brandenburg an der Havel notwendige Zuschüsse im Sinne einer wirtschaftsfördernden Maßnahme in Höhe von 135.000 € p. a.(in den Jahren 2008 und 2009 waren es jeweils 140.000 €p.a.). Nicht verbrauchte Zuschüsse aus Vorjahren wurden in die Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin eingestellt. Im Wirtschaftsjahr 2010 wurde diese Verbindlichkeit bis auf 66.459,62 € zweckgebunden für Investitionen im Rahmen der Neuvermietung für die KFZ-Zulassungsstelle verwendet.</p> <p>Außerdem besteht zwischen der Stadt und dem TGZ ein Mietvertrag. Die TGZ GmbH zahlte Mieten für das Gebäude und die Stellflächen im Geschäftsjahr 2010 in Höhe von 147.283,47, im Jahr 2009 131.291,62 € und im Geschäftsjahr 2008 127.562,73 €</p> <p>Umgekehrt besteht ein Mietvertrag der TGZ GmbH mit dem Gebäude- und Liegenschaftsmanagement (GLM) über Räume für das Schulamt, der Fachgruppe für Wirtschaftsförderung und seit 2010 auch für die Kfz-Zulassungsstelle</p> <p>Zwischen der Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH und der TGZ GmbH besteht seit September 2001 eine Dienstleistungsvereinbarung. Im Rahmen dieser Vereinbarung erstellt die TWB die Wirtschaftspläne und die Quartalsberichte für das TGZ.</p> <p>Seit 1.3.2010 wurde die Trägerschaft des Teilprojektes "Existenzgründung" des Regionalbudgets IV durch die TGZ GmbH übernommen.</p>

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2008	2009	2010
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	54	62	279
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	1	0
II. Sachanlagen	54	61	279
B. Umlaufvermögen	263	329	221
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	22	22	56
II. Kassenbestand, Guthaben	241	307	166
C. Rechnungsabgrenzungsposten	3	7	6
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	51	51	51
I. Gezeichnetes Kapital	51	51	51
II. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
B. Sonderposten für Investitionszuschuss	27	20	208
C. Rückstellungen	42	63	41
D. Verbindlichkeiten	198	262	195
E. Rechnungsabgrenzungsposten	2	2	11
Bilanzsumme	320	398	506

Ertragslage der Gesellschaft

GuV	(Angaben in T€)		
	2008	2009	2010
1. Umsatzerlöse	411	423	447
2. Sonstige betriebliche Erträge	145	225	360
3. Materialaufwand	0	0	0
4. Personalaufwand	-110	-142	-206
5. Abschreibungen	-10	-13	-18
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-442	-495	-583
7. Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	7	2	0
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	0	0
10. Sonstige Steuern	0	0	0
11. Jahresergebnis	0	0	0

III.3.2 MEBRA Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH

Geschäftsbereich

Abfallentsorgung

Firmensitz

Pernitzer Str 19 a
14797 Kloster Lehnin/ OT Prützke
Tel.: 033835/ 47 00
Fax: 033835/ 47 025

E-Mail: info@mebra-mbh.de
Internet: www.mebra-mbh.de

Gründung

Nach der Übertragung der VEB Stadtwirtschaft in kommunales Eigentum wurde am 6.11.1990 die Brandenburgische Entsorgungsgesellschaft mbH (BEG) gegründet.

Mit der Abtretung von 50% der Geschäftsanteile an die Firma Rethmann Entsorgungswirtschaft am 05.03.1991 wurde die Firmierung in Rethmann-Brandenburger Entsorgungswirtschaft mbH geändert (notarielle Urkunde des Notars von Oppeln-Brunikowski, Berlin, UR-Nr. 107/1991).

Die Änderung des Firmennamens erfolgte durch Beschluss der Gesellschafterversammlung am 26.08.2004 in Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH (MEBRA).

Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Potsdam unter HRB 1267 eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 30.000 €

Gesellschafter sind die Stadt Brandenburg an der Havel, der Landkreis Potsdam-Mittelmark und die REMONDIS GmbH & Co.KG.

Beteiligungsverhältnisse		
zu	51%	die Stadt Brandenburg an der Havel
zu	48%	die REMONDIS GmbH & Co. KG
zu	1%	der Landkreis Potsdam-Mittelmark

Unterbeteiligungen

Die MEBRA ist zu 100 % an der Recyclingpark Brandenburg GmbH beteiligt. Das Stammkapital der Recyclingpark GmbH beträgt 1.000.000 €

Gesellschaftsvertrag

Der ursprüngliche Gesellschaftsvertrag wurde mit Datum vom 5. März 1991 notariell beurkundet. Am 17.01.2003 erfolgte die notarielle Beurkundung des neuen Gesellschaftsvertrages und die Änderung der Gesellschafteranteile.

Danach hat die Stadt Brandenburg an der Havel 51%, die REMONDIS GmbH & Co. KG – Region Ost 48% und der Landkreis Potsdam Mittelmark 1%. Des Weiteren hat die Gesellschafterversammlung vom 26.08.2004 die Änderung des Gesellschaftsvertrages im § 1 Abs. 1 (Firmenname neu: Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH) beschlossen. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 22. September 2004.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Heike Friedrichs

- *Gesellschafterversammlung*

Mitglieder der Gesellschafterversammlung in 2010:

<u>Name</u>	<u>für</u>
Herr Detlef Reckow	Stadt Brandenburg an der Havel
Herr Ulrich Haake	REMONDIS GmbH & Co. KG, Region Ost
Herr Bernd Fleschenberg	REMONDIS GmbH & Co. KG, Region Ost
Herr Landrat Wolfgang Blasig	Landkreis Potsdam-Mittelmark

Im Berichtsjahr hat eine Gesellschafterversammlung stattgefunden.

- *Beirat*

Beiratsmitglieder 2010

Beiratsvorsitz	Herr Detlef Reckow
Stellvertreter	Herr Ulrich Haake
weitere Mitglieder	Herr Steffen Kissinger
	Herr Ralf Holzschuher
	Herr Dr. Henning Gehm
	Herr Norbert Gehricke

Im Berichtsjahr haben zwei Beiratssitzungen stattgefunden.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Öffentlicher Zweck

Gemäß § 2 Abs.1 des Brandenburgischen Abfallgesetzes vom 06.06.1997 sind kreisfreie Städte öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger im Sinne des § 13 Abs.1 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes. Sie erfüllen diese Aufgabe als pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe. Im Rahmen der Erfüllung dieser Entsorgungsaufgabe bedient sich die Stadt Brandenburg an der Havel der Märkischen Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH. Die Bedingungen sind im Deponiebewirtschaftungsvertrag und dem Abfallentsorgungsvertrag festgehalten.

Mit der Tochter Recyclingpark Brandenburg GmbH wird die MEBRA verstärkt in der Aufbereitung von Abfällen und der Vermarktung der wieder gewonnenen Stoffe tätig.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß gültigem Gesellschaftsvertrag das Sammeln und Deponieren von Hausmüll und hausmüllähnlichem Gewerbemüll, Fäkalienabfuhr, Sperrmüllabfuhr und Containerdienste sowie Wertstoffeffassung im Sinne von § 1 Abs. 1 Abfallentsorgungsgesetz sowie die Übernahme artverwandter Dienstleistungen.

Die Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH ist ein zertifizierter Entsorgungsfachbetrieb. Das Einsatzgebiet erstreckt sich in der Stadt Brandenburg an der Havel sowie in Bereichen des Landkreises Potsdam-Mittelmark und anderen Landkreisen des Landes Brandenburg. Weiterhin wurde das Qualitätsmanagement nach DIN EN ISO 9001 eingeführt.

Die kommunale Entsorgung umfasst das Gebiet der Stadt Brandenburg an der Havel und den ehemaligen Altkreis Brandenburg-Land des jetzigen Landkreises Potsdam-Mittelmark.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2008	2009	2010
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	59%	63%	51%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	46%	50%	63%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	112%	106%	158%
Zinsaufwandquote	1,0%	1,0%	0,8%
Liquidität 3. Grades	174%	154%	257%
Cashflow	-1.107 T€	545 T€	1.120 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	-13%	4%	10%
Umsatz	9.057 T€	8.345 T€	8.152 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-837 T€	167 T€	605 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	31%	30%	37%
Anzahl der Mitarbeiter	132	94	87

Lagebericht der Gesellschaft

Die im Berichtsjahr erzielten Umsätze in Höhe von 8.152 T€ (2009: 8.345 T€) sind gegenüber dem Vorjahr um 193 T€ gesunken. Hauptursache dafür sind noch immer die deutlich verringerten Erlöse im Recyclingbereich für Papier und Metall. Der Wettbewerb im freien Bereich des Industrie- und Gewerbeabfalls mit ständig steigendem Preisdruck führt zu Preisverfall und Marktverlust. Dies konnte zum Teil durch Beteiligung an Ausschreibungen für die Vermarktung von Rohstoffen ausgeglichen werden. In Abstimmung mit den Gesellschaftern wurde eine zusätzliche Vertriebsmitarbeiterin eingestellt, um im gewerblichen Bereich einen höheren Marktanteil zu erzielen.

Die Kosten für den Materialaufwand konnten durch Strukturänderungen (zentraler Einkauf) deutlich gesenkt werden. So betragen die Kosten 2010 in diesem Bereich 2.242 T€ (2009: 2.606 T€). Der Anteil von Subunternehmerleistungen wurde deutlich reduziert.

Das Rohergebnis betrug 6.154 T€ (2009: 6.020 T€).

Die Personalaufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr gestiegen und betragen 3.007 T€ (2009: 2.519 T€). Die Personalaufwandsquote beträgt 37%. Die Fremdpersonalkosten konnten auf 74 T€ (2009: 159 T€) reduziert werden. Ursache ist die veränderte Betriebsführung im Bereich der Sortieranlage sowie die Übernahme der Mitarbeiter des Recyclingparks. Im Geschäftsjahr waren durchschnittlich 87 Arbeitnehmer beschäftigt, davon 63 gewerbliche Mitarbeiter, 9 Angestellte und 15 geringfügig Beschäftigte als Aushilfen in der Sortieranlage. Die Gesellschaft zahlt Entgelte entsprechend des Bundes-Entgelttarifvertrages des BDE (Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft e.V.). Mit dem Betriebsrat werden Gespräche zur Anpassung an marktfähige Entgelte geführt.

Die Abschreibungen in Höhe von 413 T€ sind gegenüber dem Vorjahr (430 T€) planmäßig gesunken.

Durch den bestehenden Ergebnisabführungsvertrag mit der Tochtergesellschaft Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH übernahm die Gesellschaft im Jahr 2010 einen Verlust in Höhe von 171 T€ (2009: 1.080 T€). Damit wurde der geplante Verlust der Tochtergesellschaft deutlich unterschritten.

Aufgrund der Vorschriften nach BilMoG (Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz) sind in den Steuern vom Einkommen und Ertrag latente Körperschafts- und Gewerbesteuern enthalten.

Somit weist die Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH einen Jahresüberschuss in Höhe von 605 T€ (2009: 167 T€) aus.

Die Bilanzsumme der Gesellschaft ist im Jahr 2010 auf 6.756 T€ (2009: 5.865 T€) gestiegen.

Auf der Aktivseite der Bilanz steht ein um planmäßige Abschreibungen verringertes Sachanlagevermögen in Höhe von 2.303 T€. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände erhöhten sich stichtagsbezogen gegenüber dem Vorjahr um 1.681 T€. Das Bankguthaben verringerte sich um 516 T€ auf 228 T€. Der Cashflow entwickelte sich positiv und betrug 1.120 T€

.Auf der Passivseite der Bilanz erhöhte sich das Eigenkapital um 1.300 T€. Neben dem gestiegenen Jahresüberschuss resultiert diese Erhöhung aus der Einstellung der Sonderposten sowie der aktiven latenten Steuern in die Gewinnrücklagen im Rahmen der BilMoG-Erstbewertung. Bezogen auf die Bilanzsumme ergibt sich eine Eigenkapitalquote von 63% (2009: 50%).

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Die Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH ist ein PPP – Gemeinschaftsunternehmen der Stadt Brandenburg an der Havel, des Landkreises Potsdam-Mittelmark sowie der REMONDIS GmbH & Co KG mit dem Sitz in Kloster Lehnin.

Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Kloster Lehnin und erbringt ihre Dienst- und Serviceleistungen in der Stadt Brandenburg an der Havel, in Teilen des Landkreises Potsdam Mittelmark und anderen Landkreisen des Landes Brandenburg. Die Gesellschaft hält eine 100 % Beteiligung an der Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH. Zwischen beiden Gesellschaften besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

Hauptgeschäftsfelder der Gesellschaft sind Leistungen der Kreislaufwirtschaft. Diese umfassen im Wesentlichen die Haus- und Sperrmüllentsorgung, das Einsammeln von Wertstoffen, deren Aufbereitung und Vermarktung sowie schadlose Beseitigung. Die Gesellschaft erhielt seitens des Hauptgesellschafters den Auftrag, die Hausmüllentsorgung auf Basis eines Chipsystems für 2010 umzustellen. Dazu wurde eine entsprechende Ausschreibung durchgeführt. Die technische Umsetzung erfolgte bis zum 31.12.2010.

Die Stadt Brandenburg an der Havel hat den bestehenden Vertrag zum 28.02.2014 gekündigt. Daraus ergibt sich für die Gesellschaft, dass keine Neuinvestitionen ab 2012 getätigt werden können sowie eine Reduzierung der Personalkosten sowie die Reduzierung der Beschäftigten notwendig sein wird. Die Gesellschaft wird sich an einer Neuausschreibung beteiligen. Weitere Leistungen werden im Rahmen der Stadtreinigung und des Winterdienstes sowie anderer Dienstleistungen für kommunale, gewerbliche und private Kunden erbracht.

Die Branchenkonsolidierung und die damit verbundene Veränderung der Marktanteile in der deutschen Kreislaufwirtschaft hält weiter an. Zusammenschlüsse von führenden Marktteilnehmern waren im Berichtsjahr und in der Region Brandenburg/Berlin jedoch nicht zu beobachten. In Deutschland sind, wie schon in den Vorjahren, Tendenzen zur Rekommunalisierung von kreislaufwirtschaftlichen Aktivitäten erkennbar, die durchaus auch die Gesellschaft betreffen könnten.

Die Gesellschaft betreibt im Auftrag der Stadt Brandenburg an der Havel eine Sammelstelle für Elektrogeräte im Recyclingpark Brandenburg am Standort der Tochtergesellschaft Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH.

Am gleichen Standort erfolgt die Lagerung der Streumittel für die vertraglichen Leistungen aus dem Kehr- und Winterdienstauftrages. Mit der Erteilung der neuen Genehmigung für den Standort wird die Recyclingpark Brandenburg GmbH zunächst einen gewerblichen Wertstoffhof eröffnen.

Damit wird die Möglichkeit geschaffen, nach Auslaufen des Vertrages für die Bewirtschaftung des Wertstoffhofes in Fohrde auch für die Kommune eine entsprechende Dienstleistung innerhalb des Stadtgebietes ohne zusätzliche Investitionskosten anzubieten.

Am Standort Fohrde betreibt die Gesellschaft im eigenen Namen einen privatwirtschaftlichen Kompostplatz im Wettbewerb zu weiteren Anlagen im Stadtgebiet. Für den

dort produzierten Kompost hat die Gesellschaft wiederum das RAL-Gütezeichen (RAL Deutsches Institut für Gütesicherung und Kennzeichnung) erhalten.

Begriffserläuterung (RAL-Gütezeichen): *RAL ist die Dachorganisation aller Gütegemeinschaften und die unabhängige Institution für Gütesicherungen, die das Gütezeichensystem und den Begriff Gütezeichen gegen Missbrauch schützen soll. Ein Unternehmen, das für sein Produkt oder seine Dienstleistung ein RAL Gütezeichen benutzen möchte, muss im Rahmen einer Erstprüfung unter Beweis stellen, dass es die in den Güte- und Prüfbestimmungen festgelegten Anforderungen erfüllt. Im Rahmen der Erstprüfung wird darüber hinaus festgestellt, ob die Voraussetzungen dafür gegeben sind, dass das Unternehmen die Güte- und Prüfbestimmungen dauerhaft einhält. Veranlasst wird die Erstprüfung z. B. vom Güteausschuss der Gütegemeinschaft, die für die Durchführung eine neutrale Prüfstelle oder einen Sachverständigen beauftragen kann. Nach der Erstprüfung muss das Unternehmen nachweisen, dass es im Rahmen der Gütesicherung die Einhaltung der Güte- und Prüfbestimmungen überwacht. Zudem ist es verpflichtet, sich regelmäßig der Überwachung durch einen neutralen Prüfer zu unterziehen (Quelle: Wikipedia).*

Im Bereich duale Systeme waren in Deutschland bundesweit neun Marktteilnehmer aktiv. Gemeinsam mit anderen dualen Systemen hat EKO-PUNKT im Dezember 2010 ein Qualitätszertifikat unter dem Namen „Zertifikat zur Sicherstellung der privatwirtschaftlichen organisierten haushaltsnahen Verpackungsentsorgung durch Duale Systeme“ verabschiedet, das sicherstellen soll, dass eine qualitativ hochwertige und den Vorgaben der Verpackungsverordnung entsprechende Verwertung erfolgt. Für das Vertragsgebiet Stadt Brandenburg an der Havel konnte die Gesellschaft wieder die Verträge für die Sammlung von Glas und Papier sowie LVP (Grüner Punkt) gewinnen.

Hinweise auf wesentliche Risiken, die einen bestandsgefährdenden Einfluss auf die Unternehmensfortführung haben, wurden nach dem Bilanzstichtag durch den Beschluss des Hauptausschusses der Stadt Brandenburg an der Havel zur Kündigung des Vertrages über die Abfallentsorgung im Stadtgebiet der Stadt Brandenburg an der Havel zum 28.2.2014 bekannt. Der Vertrag ist Grundlage für ca. 60% des Jahresumsatzes.

Durch die Kündigung ist es notwendig, Umstrukturierungen in den Folgejahren im Bereich Personal sowie der Logistik vorzunehmen, die mit erheblichen finanziellen Mehraufwendungen verbunden sind. Die Gesellschaft wird sich an einer eventuellen Neuausschreibung beteiligen. Durch den Verlust des Vertrages besteht für das Unternehmen ein erhöhtes Risiko der Insolvenz aus Verbindlichkeiten der Restrukturierungsmaßnahmen im Personalbereich.

Es sind bereits im Jahr 2011 erhebliche Kosten im Bereich Beratungskosten/Rechtsanwaltskosten für die anstehenden Verhandlungen zum Haustarif bzw. der Restrukturierung im Personalbereich entstanden. Dies ist erforderlich, da der Hauptgesellschafter die Geschäftsführung beauftragt hat, die Gesellschaft kurzfristig wettbewerbsfähig aufzustellen und die Kosten aus seiner Sicht auf ein gebotenes Maß zu reduzieren.

Die konservative Mittelfristplanung sieht für 2011 niedrigere Erlöse vor. Dennoch ist davon auszugehen, dass für 2011 das Ergebnis nur leicht unter dem des Vorjahres liegt.

Trotz umfassender Kosteneinsparungen und Strukturänderungen besteht das Risiko, bei

kommenden Ausschreibungen von Altverträgen diese zu verlieren bzw. diese zu deutlich veränderten Konditionen zu leisten.

Die Gesellschaft hat durch die Notwendigkeit der Umstrukturierung in Vorbereitung der Beteiligung an einer möglichen Ausschreibung über den Vertrag der Abfallentsorgung in der Stadt Brandenburg an der Havel die Möglichkeit, neue Geschäftsfelder zu erschließen - wie die Einführung der Wertstofftonne, Erweiterung der Dienstleistungen im Bereich des Facility Managements und die weitere Beteiligung an den Ausschreibungen und den Erhalt der Verträge der Dualen Systeme Deutschlands.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Verlustausgleich in Höhe von 171 T€ durch Ergebnisabführungsvertrag mit der RPB GmbH.
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2008	2009	2010
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	3.526	3.681	3.425
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II. Sachanlagen	2.405	2.560	2.303
III. Finanzanlagen	1.121	1.121	1.121
B. Umlaufvermögen	2.436	2.172	3.321
I. Vorräte	129	156	140
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.430	1.272	2.953
III. Kassenbestand, Guthaben	877	744	228
C. Rechnungsabgrenzungsposten	13	12	10
Bilanzsumme	5.975	5.865	6.756
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	2.777	2.944	4.243
I. Gezeichnetes Kapital	30	30	30
II. Andere Gewinnrücklagen	1.030	1.030	1.725
III. Gewinn-, Verlustvortrag	2.553	1.717	1.883
IV. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-836	167	605
B. Sonderposten mit Rücklageanteil	611	550	0
C. Rückstellungen	277	225	328
D. Verbindlichkeiten	2.177	1.995	1.987
E. Rechnungsabgrenzungsposten	133	151	142
F. Passive latente Steuern	0	0	56
Bilanzsumme	5.975	5.865	6.756

Ertragslage der Gesellschaft

GuV	(Angaben in T€)		
	2008	2009	2010
1. Umsatzerlöse	9.057	8.345	8.152
2. Bestandsänderung	-7	4	2
3. Sonstige betriebliche Erträge	406	277	242
4. Materialaufwand	-2.760	-2.606	-2.242
5. Personalaufwand	-2.791	-2.519	-3.007
6. Abschreibungen	-496	-430	-413
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.185	-1.822	-1.723
8. Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	148	91	79
10. Aufwendungen aus Verlustübernahme	-2.085	-1.080	-171
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-84	-64	-69
12. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-797	196	850
13. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-5	2	-220
14. Sonstige Steuern	-35	-32	-26
15. Jahresergebnis	-837	167	605

III.3.2.1 Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH

Geschäftsbereich

Abfallbehandlung

Firmensitz

August-Sonntag-Straße 3
14770 Brandenburg an der Havel
Tel.: 03381/32 37 00
Fax: 03381/32 37 11
e-mail: recyclingpark-brandenburg@remondis.de

Gründung

Die Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH wurde am 25.02.1994 gegründet.
Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Potsdam unter HRB 7458 eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	1.000.000 €	
Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH		100 %

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keinen weiteren Unternehmen beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der gültige Gesellschaftsvertrag datiert vom 25. Februar 1994 in der zuletzt geänderten Fassung vom 17.01.2003.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführer*

Heike Friedrichs (Geschäftsführerin der Märkischen Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH)

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung erfolgt durch die Geschäftsführung der Märkischen Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH.

Im Berichtsjahr fand eine Gesellschafterversammlung statt.

- *Beirat*

Die Beiratsfunktion wird durch den Beirat des Mutterunternehmens wahrgenommen. Im Berichtsjahr fanden zwei Beiratssitzungen statt.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Öffentlicher Zweck

Kreisfreie Städte sind gemäß § 2 Abs.1 des Brandenburgischen Abfallgesetzes öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger im Sinne des § 13 Abs.1 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes.

Neben dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz wurden neue Regelwerke für die Restabfallentsorgung geschaffen. Dazu gehört insbesondere die Technische Anleitung Siedlungsabfall (TASi). Grundlage des Geschäftsbetriebes ist die Zielhierarchie des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes, nach der in erster Linie Abfälle zu vermeiden, in zweiter Linie zu verwerten und erst als letzte Möglichkeit Abfälle zu beseitigen sind. Ziel ist die Einsparung von Primärenergie.

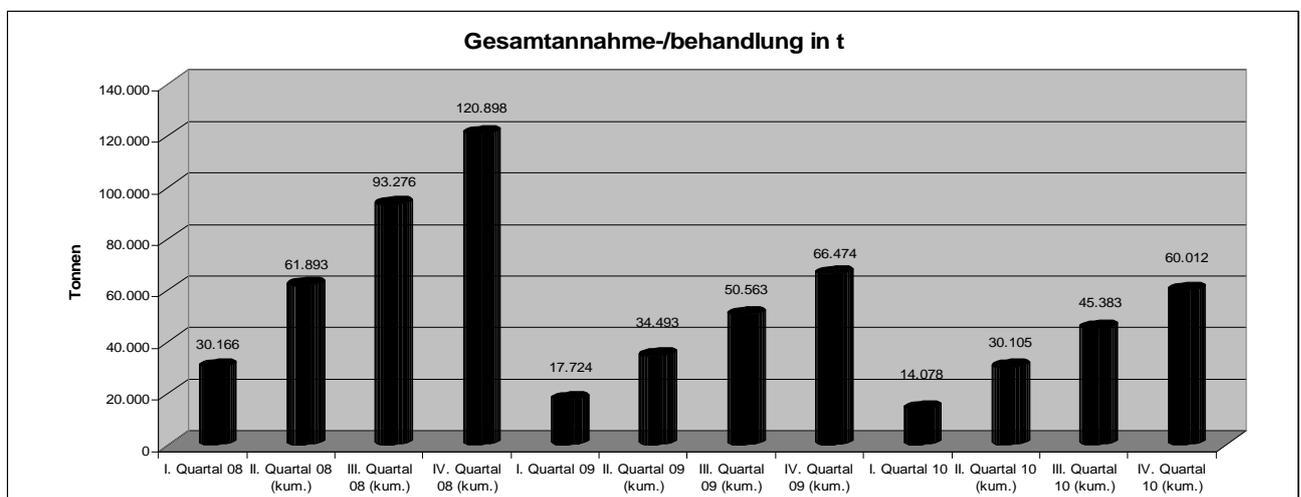
Die RPB GmbH ist Entsorgungsfachbetrieb. Der Hauptzweck des Unternehmens ist die seit dem 01.06.2005 gesetzlich vorgeschriebene Behandlung von kommunalen und gewerblichen Abfällen.

Ziel der TASi war der Ausstieg aus der Ablagerung von Restabfällen auf herkömmlichen Deponien. Die TASi enthält Vorschriften über die Beschaffenheit von abzulagernden Restabfällen und die Bewirtschaftung von Deponien auf der Basis des zum 01.06. 2005 in Kraft getretene Deponierungsverbot für unbehandelte Abfälle.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens sind gemäß gültigem Gesellschaftsvertrag:

- Abfallentsorgung
- Vorbehandlung von Abfällen



Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2008	2009	2010
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	78%	91%	92%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	13%	17%	19%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	85%	69%	48%
Zinsaufwandquote	3%	4%	3%
Liquidität 3. Grades	114%	41%	19%
Cashflow	3.429 T€*	526 T€	511 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	3%	3%	2%
Umsatz	11.484 T€	6.126 T€	5.278 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0	0	0
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	7%	12%	2%
Anzahl der Mitarbeiter	24	19	0

* Durch die Sonderabschreibung in Höhe von 2.384 T€ ergibt sich ein erhöhter Chashflow in 2008.

Lagebericht der Gesellschaft

Im Berichtsjahr ergibt sich ein Jahresumsatz von 5.278 T€ (2009: 6.126 T€). Die Umsatzerlöse betreffen fast ausschließlich die Aufbereitung von Siedlungs- bzw. Gewerbeabfällen. Der Reduzierung der Umsatzerlöse infolge geringerer Annahmemengen stehen auf 4.357 T€ (2009: 4.595 T€) gesunkene Materialaufwendungen gegenüber.

Der Rohüberschuss beträgt im Berichtsjahr 920 T€ (2009: 1.521 T€).

Der Personalaufwand in Höhe von 114 T€ (2009: 743 T€) ist stark gesunken. Im Rahmen der notwendigen Umstrukturierung wurden elf Beschäftigte der Recyclingpark Brandenburg

an der Havel GmbH von der Muttergesellschaft übernommen. Dieser Übergang erfolgte im 1. Quartal 2010. Die Ausbildungsverträge blieben bestehen. Im Recyclingpark Brandenburg an der Havel werden keine gewerblichen Mitarbeiter mehr beschäftigt. Die Bewirtschaftung erfolgt über die Muttergesellschaft. Die Personalaufwandsquote betrug 2%.

Die Abschreibungen betragen 542 T€ und liegen somit um 19 T€ unter dem Vorjahreswert.

Der Jahresfehlbetrag 2010 in Höhe von 171 T€ verringerte sich deutlich gegenüber dem Vorjahr (1.080 T€). Entscheidend waren dabei Strukturveränderungen und Kosteneinsparungen. Der Verlust wird im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrages von der Märkischen Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH ausgeglichen.

Die Bilanzsumme der Gesellschaft verringerte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr auf 5.457 T€ (2009: 6.096 T€).

Das Anlagevermögen auf der Aktivseite der Bilanz verringerte sich um die planmäßigen Abschreibungen. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind ebenfalls gesunken und betragen 421 T€ (2009: 529 T€).

Die Eigenkapitalquote betrug 19%.

Auf der Passivseite der Bilanz verminderte sich der Sonderposten durch planmäßige Auflösung. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sanken durch planmäßige Tilgung.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Die Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH ist eine 100-prozentige Tochter der Märkischen Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH. Diese behandelt und bereitet Siedlungs- bzw. Gewerbeabfälle zur weiteren thermischen Verwertung vor.

Zwischen der Muttergesellschaft Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH und der Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

Die bestehenden Verträge mit den kommunalen Auftraggebern sichern eine stabile Grundauslastung der Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH.

Im Frühjahr 2009 verabschiedeten die Gesellschafter ein verändertes Behandlungskonzept, um den veränderten Marktbedingungen gerecht zu werden. Dieses Konzept wurde inzwischen technisch und wirtschaftlich umgesetzt. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Entwicklung und Realisierung innovativer Recyclingtechnologien sowie die Aufbereitung und Vermarktung von Sekundärrohstoffen.

Ein Großteil der in der deutschen Kreislaufwirtschaft gesammelten Wertstoffe wie Metalle, Papier, Glas und Kunststoffe werden international als Rohstoffe für die Produktion vermarktet. Ein hohes Preisniveau auf den Rohstoffmärkten unterstützt die wirtschaftliche Nutzbarkeit der entsprechenden Recycling- und Verwertungstechnologien und schafft neue Wertschöpfungspotenziale für das Unternehmen. Gleichzeitig verschärft sich zunehmend der Wettbewerb um den Zugang zu diesen Sekundärrohstoffen.

Zur Umsetzung dieser strategischen Ausrichtung ist ein neuer Genehmigungsantrag beim

LUGV (Landesamt für Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz) eingereicht worden.

Es ist vorgesehen, auch im Rahmen von Forschungsprojekten mit den ortsansässigen Einrichtungen entsprechende Projekte zu entwickeln und umzusetzen. Aus diesem Grund wurde im Frühjahr 2011 eine Forschungs- und Kooperationsvereinbarung mit der Fachhochschule Brandenburg an der Havel abgeschlossen.

Das veränderte Behandlungskonzept und die damit verbundene Ergebnisverbesserung führen zu einer weiteren Stabilisierung der Gesellschaft. Hinweise auf wesentliche Risiken, die einen bestandsgefährdenden Einfluss auf die Unternehmensfortführung haben, können sich aus dem Beschluss des Hauptausschusses der Stadt Brandenburg an der Havel zur Kündigung des Vertrages zur Abfallentsorgung der Stadt Brandenburg an der Havel zum 28.02.2014 ergeben, da dieses einen wesentlichen Einfluss auf die Entwicklung der Muttergesellschaft Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH hat. Eine mögliche Insolvenz würde auch diese Gesellschaft betreffen.

Zum 30.05.2011 wurde weiterhin bekannt, dass der Minderheitsgesellschafter und Auftraggeber die Möglichkeit der Vertragsverlängerung um 2 Jahre für den Behandlungsvertrag nicht nutzt und eine europaweite Ausschreibung durchführt. Diese wurde im August 2011 veröffentlicht. Die Gesellschaft hat sich mit einem attraktiven Angebot an der Ausschreibung beteiligt.

Insgesamt wird sichergestellt, dass die Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH in vollem Umfang seinen vertraglichen Verpflichtungen gerecht wird. Für das Jahr 2011 geht die konservative Mittelfristplanung von einem Jahresfehlbetrag von 97 T€ aus.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Verlustausgleich durch die MEBRA GmbH in Höhe von 171 T€ durch Ergebnisabführungsvertrag mit der Muttergesellschaft.
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2008	2009	2010
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	6.113	5.554	5.027
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1	1	0
II. Sachanlagen	6.112	5.553	5.027
B. Umlaufvermögen	1.715	541	430
I. Vorräte	325	13	9
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.390	528	421
III. Kassenbestand, Guthaben	0	0	0
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	7.828	6.095	5.457
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	1.017	1.017	1.017
I. Stammkapital (Festgesetztes Kapital)	1.000	1.000	1.000
II. Gewinn-/Verlustvortrag	17	17	17
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	1.114	958	818
C. Rückstellungen	408	373	342
D. Verbindlichkeiten	5.121	3.738	3.280
E. Rechnungsabgrenzungsposten	168	9	0
Bilanzsumme	7.828	6.095	5.457

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2008	2009	2010
1. Umsatzerlöse, Bestandsänderung, Akt. Eigenleistung	11.484	6.126	5.278
2. Erhöhung des Bestandes an unfertigen Erzeugnissen	-67	-10	0
3. Sonstige betriebliche Erträge	909	364	409
4. Personalaufwand	-811	-743	-114
5. Materialaufwand	-7.860	-4.595	-4.357
6. Abschreibungen	-3.647	-561	-542
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.749	-1.358	-613
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	53	0	0
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-337	-243	-172
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-2.024	-1.019	-110
11. Sonstige Steuern	-61	-61	-60
12. Erträge aus Verlustübername	-2.085	-1.080	-171
13. Jahresergebnis	0	0	0

III.3.3 VBB Verkehrsverbund Berlin – Brandenburg GmbH

Geschäftsbereich

Verkehr

Firmensitz

Hardenbergplatz 2

10623 Berlin

Tel.: 030/25 41 40

Fax: 030/25 41 41 12

e-mail: info@vbbonline.de

Internet: www.vbbonline.de

Gründung

Die Gesellschaft wurde am 8. Dezember 1994 gegründet. Die Grundsatzentscheidung über den Beitritt der Stadt Brandenburg an der Havel zur VBB GmbH wurde von der SVV am 18.12.1997 getroffen. Die Gesellschaft ist eingetragen unter der Nr. HRB 54603 im Handelsregister des Amtsgerichtes Berlin-Charlottenburg.

Gezeichnetes Kapital / Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 324.000 €

Die Gesellschafterstruktur der VBB GmbH ist einheitlich: Neben den beiden Ländern Berlin und Brandenburg, die je ein Drittel der Anteile des Stammkapitals, das insgesamt 324 T€ beträgt, halten und jeweils vier Vertreter in den Aufsichtsrat entsenden, sind alle achtzehn kommunalen Gebietskörperschaften im Land Brandenburg selbst Gesellschafter der VBB GmbH; sie halten jeweils einen Geschäftsanteil von 6 T€ (1,85%) und entsenden je einen Vertreter in den Aufsichtsrat.



Gesellschafter:	Anteil am Stammkapital	Stamm-einlage
Land Berlin	33,33%	108.000 €
Land Brandenburg	33,33%	108.000 €
Stadt Brandenburg an der Havel	1,85%	6.000 €
Stadt Frankfurt (Oder)	1,85%	6.000 €
Stadt Cottbus	1,85%	6.000 €
Landeshauptstadt Potsdam	1,85%	6.000 €
Landkreis Barnim	1,85%	6.000 €
Landkreis Dahme-Spree wald	1,85%	6.000 €
Landkreis Elbe-Elster	1,85%	6.000 €
Landkreis Havelland	1,85%	6.000 €
Landkreis Märkisch-Oderland	1,85%	6.000 €
Landkreis Oberhavel	1,85%	6.000 €
Landkreis Oberspree wald-Lausitz	1,85%	6.000 €
Landkreis Oder-Spree	1,85%	6.000 €
Landkreis Ostprignitz-Rupp in	1,85%	6.000 €
Landkreis Potsdam-Mittelmark	1,85%	6.000 €
Landkreis Prignitz	1,85%	6.000 €
Landkreis Spree-Neiße	1,85%	6.000 €
Landkreis Teltow-Fläming	1,85%	6.000 €
Landkreis Uckermark	1,85%	6.000 €

324.000 €

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft hält keine Beteiligungen. Es existieren damit auch keine Tochtergesellschaften.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag datiert vom 01.12.2005.

Gesellschaftsanteile

Gemäß § 16 des Gesellschaftsvertrages wird die laufende Finanzierung der Gesellschaft in einem gesonderten Konsortialvertrag geregelt. Aus diesem ergibt sich die Verpflichtung aller Gesellschafter, den für die Geschäftstätigkeit der VBB GmbH anfallenden Finanzbedarf durch Gesellschafterbeiträge zu decken.

Entsprechend den Regelungen des Konsortialvertrages verteilen sich die Gesellschafterbeiträge wie folgt:

- 40% auf das Land Berlin
- 40% auf das Land Brandenburg
- in Summe 20% auf alle kommunalen Gesellschafter zu gleichen Teilen

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Hans-Werner Franz

- *Gesellschafterversammlung*

Vertreter des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung ist der Bürgermeister der Stadt Brandenburg an der Havel, Herr Steffen Scheller.

Im Geschäftsjahr 2010 fand eine ordentliche Gesellschafterversammlung statt.

- *Aufsichtsrat*

Der Aufsichtsrat besteht höchstens aus 26 Mitgliedern, von denen die Länder Berlin und Brandenburg je vier Mitglieder, Zweckverbände höchstens die Zahl, die der Zahl ihrer Verbandsmitglieder entspricht, und die übrigen Gesellschafter je ein Mitglied entsenden.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates waren 2010:

Mitglieder des Aufsichtsrates 2010	
<u>Name</u>	<u>Funktion</u>
Herr Peer Giesecke	Landrat im Landkreis Teltow-Fläming Aufsichtsratsvorsitzender
Herr Rainer Bretschneider	Staatssekretär Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft Land Brandenburg 1. stellv. Aufsichtsratsvorsitzender
Frau Maria Krautzberger	Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung 2. stellv. Aufsichtsratsvorsitzende
Herr Carsten Bockhardt	Erster Beigeordneter im Landkreis Barnim
Herr Burkhard Exner	Bürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam
Frau Grit Klug	Dezernentin im Landkreis Oberspreewald-Lausitz
Herr Dr. Friedemann Kunst	Senatsdirigent in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin
Herr Rudolf Keseberg	Ministerialdirigent im Ministerium des Innern des Landes Brandenburg
Herr Egmont Hamelow	amtierender Landrat im Landkreis Ostprignitz-Ruppin
Herr Markus Derling	Beigeordneter Stadt Frankfurt/Oder
Frau Dr. Heike Richter	Referatsleiterin im Ministerium Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz
Herr Joachim Künzel	Referatsleiter der Senatskanzlei Berlin
Herr Stephan Loge	Landrat im Landkreis Dahme-Spreewald
Herr Holger Lossin	1. Beigeordneter im Landkreis Prignitz
Herr Hans-Werner Michael	Referatsleiter im Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg
Herr Eberhard Stroisch	Dezernent im Landkreis Elbe-Elster
Herr Steffen Scheller	Bürgermeister der Stadt Brandenburg an der Havel
Herr Gernot Schmidt	Landrat im Landkreis Märkisch-Oderland
Herr Bernd Brandenburg	Beigeordneter im Landkreis Uckermark
Herr Dr. Burkhard Schröder	Landrat im Landkreis Havelland
Herr Karl-Heinz Schröter	Landrat im Landkreis Oberhavel
Herr Günter Schulz	Referatsleiter in der Senatsverwaltung für Finanzen des Landes Berlin
Herr Christian Stein	1. Beigeordneter im Landkreis Potsdam-Mittelmark
Herr Frank Szymanski	Oberbürgermeister der Stadt Cottbus
Herr Carsten Billing	Dezernent im Landkreis Spree-Neiße
Herr Manfred Zalenga	Landrat im Landkreis Oder-Spree

Im Geschäftsjahr 2010 fanden drei ordentliche Aufsichtsratssitzungen statt.

- *Beiräte*

Entsprechend den gesellschaftsrechtlichen Grundlagen bestehen gemäß § 7 in Verbindung mit § 14 des Gesellschaftsvertrages zwei Beiräte.

Der Beirat der Gesellschafter setzt sich aus je vier Vertretern der Länder Berlin und Brandenburg sowie je einem Vertreter der übrigen Gesellschafter zusammen.

Der Beirat der Verkehrsunternehmen setzt sich aus Vertretern der im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg kooperierenden Verkehrsunternehmen zusammen. Beide Beiräte haben lediglich beratende Funktion.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Öffentlicher Zweck

Gemäß § 2 Abs. 2 in Verbindung mit § 131 BbgKVerf gehört die Gewährleistung des öffentlichen Verkehrs zu den Selbstverwaltungsaufgaben der kreisfreien Städte und Landkreise.

Im § 2 des Gesellschaftsvertrages sind die Aufgaben der Gesellschaft zur Erfüllung des öffentlichen Zwecks festgelegt. Der Verkehrsverbund wirkt über seine Gremien auf den notwendigen Interessenausgleich zwischen Verkehrspolitik, ÖPNV-Kundenanforderungen, Erwartungen der Verkehrsunternehmen und der Interessen seiner Gesellschafter hin. Dazu plant, bestellt, koordiniert und kontrolliert er z.B. den SPNV (Schienenpersonennahverkehr) und den übrigen ÖPNV über die kommunalen und Ländergrenzen hinweg.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung der nachfrage- und bedarfsgerechten Sicherung und Entwicklung der Leistungsfähigkeit und Attraktivität des ÖPNV im Sinne der ÖPNV-Gesetze der Länder Berlin und Brandenburg sowie des Einigungsvertrages und der Grundsatzvereinbarungen der Länder Berlin und Brandenburg vom 30. Dezember 1993.

Hieraus ergeben sich u. a. für die Gesellschaft im Wesentlichen folgende Aufgaben:

- Erarbeitung eines den regionalen Bedingungen angepassten Bedienungskonzeptes und Erstellung eines daraufhin gerichteten Fahrplans
- Konzipierung, Einführung und Fortentwicklung eines einheitlichen Beförderungssystems, eines einheitlichen Beförderungstarifes für den Verbundverkehr, einheitliche Tarif- und Beförderungsbedingungen, Fahrgastinformationen, Marketingmaßnahmen und Abfertigungs- und Zahlungssysteme
- Erarbeitung und Anwendung eines Einnahmearbeitungsverfahrens für das Verbundgebiet
- Mitwirkung bei der Aufstellung und Umsetzung der Investitions- und Finanzierungspläne der Aufgabenträger für den Verkehrsverbund und Ermittlung des Zuschussbedarfs für den Verbundverkehr
- Schaffung einer einheitlichen Bedien- und Nutzeroberfläche des ÖPNV im Verbundgebiet
- Erarbeitung einheitlicher qualitativer und quantitativer Standards für die Verkehrsbedienung des Verbundgebietes nach Maßgabe der Nahverkehrsplanungen, Finanzierungs- und sonstigen Vorgaben der Aufgabenträger

Ziel der VBB GmbH ist die Koordination, die Weiterentwicklung und die Gestaltung der regionalen Zusammenarbeit der Länder Berlin und Brandenburg sowie der Kommunen des Landes Brandenburg im Bereich des ÖPNV. Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgt dabei überwiegend aus Gesellschafterbeiträgen.

Schwerpunkte der Tätigkeit sind:

- Organisation der ÖPNV-Leistungen in den Ländern Berlin und Brandenburg (langfristige Infrastrukturplanung, Vergabe und Vertragscontrolling hinsichtlich der Schienenpersonennahverkehr-Leistungen)
- Weiterentwicklung des Verbundtarifs und die Gestaltung der Einnahmeverteilung
- Aufbau eines zentralen Angebots- und Informationsmanagements für die Verkehre im Verbundgebiet
- Koordination der Interessen der verschiedenen Partner und Gestaltung der Entwicklung eines leistungsstarken integrierten Nahverkehrssystems
- Verbundmarketing, die Kundeninformation, die Vertriebskoordination und die Einnahmeverteilung

Der VBB ist eine Gesellschaft der Länder, Kreise und kreisfreien Städte. Dieser Aufbau führt zu einer klar umrissenen Verantwortungsstruktur und ermöglicht eine eindeutige Trennung zwischen politischer (Besteller) und unternehmerischer (Ersteller) Verantwortung. Die Gesellschafter sind in ihren Entscheidungen unabhängig von den Verkehrsunternehmen.

Die Gesellschafter sind zuständig für die Bestellung von Verkehrsleistungen, die von den Verkehrsunternehmen erbracht werden.

Technische Daten 2010	
Einwohner:	
Berlin	3.432.000
Brandenburg	2.523.000
Berlin/Brandenburg (jährlich)	5.955.000
Flächen:	
Berlin	891 km ²
Brandenburg	29.476 km ²
Berlin/Brandenburg (jährlich)	30.367 km ²
Einwohnerdichte:	
Berlin	3.852 je km ²
Brandenburg	86 je km ²
Berlin/Brandenburg (jährlich)	196 je km ²
Länge SPNV-Netz:	ca. 2380 km
Anzahl der Fahrgäste (Stand 2010, vorläufige Zahlen):	
Berlin/Brandenburg (täglich)	ca. 3,45 Mio
Berlin/Brandenburg (jährlich)	ca. 1.260 Mio
Zugkilometer im SPNV 2010 (S-Bahn und Regionalverkehr):	ca. 69 Mio
Wagenkilometer (U-Bahn, Straßenbahn, Bus):	
Berlin	231 Mio. km
Brandenburg	90 Mio. km
Berlin/Brandenburg (jährlich)	321 Mio. km

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2008	2009	2010
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	11%	8%	7%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	10%	7%	6%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	222%	185%	185%
Zinsaufwandquote	0	0	0
Liquidität 3. Grades	116%	107%	106%
Cashflow	141 T€	953 T€	268 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	VBB GmbH weist keinen Gewinn u. keine FK-Zinsen aus	VBB GmbH weist keinen Gewinn u. keine FK-Zinsen aus	VBB GmbH weist keinen Gewinn u. keine FK-Zinsen aus
Umsatz	958 T€	985 T€	1.120 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0 T€	0 T€	0 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	40%	42%	43%
Anzahl der Mitarbeiter	74	88	97

Lagebericht der Gesellschaft**Grundsätzliches**

Das Jahr 2010 war ein erfolgreiches, aber auch anspruchsvolles Jahr für die VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH, trotz oder auch wegen eines unruhigen Marktumfeldes. Zu konstatieren ist, dass die GmbH an Wertschätzung in der Öffentlichkeit gewinnen konnte. Durch ihre Rolle im Qualitätsmanagement, beim Controlling und der fachlichen Einschätzung aktueller Problemfelder des öffentlichen Nahverkehrs ist es der Gesellschaft gelungen, sich weiter als kompetenter, sachlicher Ansprechpartner zu positionieren.

Das gilt als Ansporn für das neue Geschäftsjahr, insbesondere wenn man sich vergegenwärtigt, welche Rückschläge der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) 2010 ertragen musste. Die Krise der S-Bahn Berlin GmbH wurde zu keinem Zeitpunkt überwunden und stagnierte. Auch im Regionalverkehr wusste man im Dezember 2010 nicht, wohin die Tendenz geht. Viele Fragen zwischen Betrieb und Infrastruktur bleiben ungeklärt oder aus Kundensicht nicht zufriedenstellend beantwortet. An dieser Stelle kann und muss sich der Verkehrsverbund mit seinem neutralen, der Fahrgastfreundlichkeit und Qualität verpflichtenden Ansatz einbringen. So kann er bei einer Fortschreibung seines Engagements weitere Erfolge erreichen – dies gilt insbesondere für die Verkehre nach Polen oder für die Fahrgastinformation. Bei diesen beiden Themenfeldern wurden wichtige Vorarbeiten geleistet, so dass 2011 erfreuliche Resultate erwartet werden.

Klassische Verbundaufgaben

Tariflicher Meilenstein war die vom Aufsichtsrat beschlossene Tarifierfassung zum 1. Januar 2011. Die Vorbereitungen und die Umsetzung verliefen planmäßig. Die Anpassungen der Tarifdatenbank waren diesmal in Vorbereitung der Einführung des eTicketings besonders aufwändig.

Das 2009 eingeführte VBB-Abo 65plus hat seitdem immer weiter steigende Abbonnentenzahlen (gegenwärtig über 71.000).

Die Einführung des 10-Euro-Tickets Berlin-Stettin scheint gemäß ersten Zahlen ein voller Erfolg zu werden. Das VBB-Tarif- und Marketingkonzept scheint voll zu greifen.

Das Mobilitätsticket Brandenburg wird 2011 fortgeführt und auf die Orte mit Stadtlinienverkehr ausgeweitet, tarifliche Inkonsistenzen wurden beseitigt.

Die Einnahmeverteilung für 2008 wurde noch 2010 vom Beirat beschlossen. Der Zahlungsausgleich konnte Anfang 2011 abgeschlossen werden. Dies ist ein bundesweit erstklassiger Wert.

Die Feldarbeit für die Verkehrserhebung 2010 wurde erfolgreich durchgeführt. Die Auswertungen sind in vollem Gange.

Im Zusammenhang mit der S-Bahn-Krise wurde – wie schon in den vergangenen Jahren bei Streik – offenkundig, welche strategische Bedeutung die verkehrsmittelübergreifende Fahrgastinformation einerseits hat und wie stark sich dieser Bereich andererseits technisch und in Bezug auf die Kundenfreundlichkeit weiterentwickelt. Dieses klassische Verbundfeld bedarf einer weiteren Stärkung in den nächsten Jahren.

Die dramatischen Einschränkungen im Leistungsangebot der S-Bahn waren für den Informationsbereich der VBB GmbH wieder ein bestimmendes Thema. Durch das desolate Informationsmanagement der S-Bahn Berlin GmbH war der Rückgriff auf die VBB-Internetauftritte (VBBonline.de, VBB-Fahrinfo.de) bzw. die Hotline eine wichtige Alternative für die Fahrgäste.

Die Arbeiten zum Fahrplanwechsel wurden planmäßig vorgenommen.

Der Auftrag des VBB-Aufsichtsrates zur Planung der Flughafenanbindung Berlin-Brandenburg wurde durch die VBB GmbH planmäßig und erfolgreich abgeschlossen. Die Arbeiten für ein Störungsmanagement und -informationssystem mit der VIZ Berlin sowie den Berliner Flughäfen wurden aufgenommen.

Die erfolgreiche Zusammenarbeit mit Dritten bei der Tourist-Information am Flughafen Schönefeld wird auch im Hinblick auf einen gemeinsamen Standort am neuen Großflughafen – die Inbetriebnahme des Flughafens ist für 2012 geplant – im Jahr 2011 fortgeführt.

Das strategische Thema „Sicherheit im ÖPNV“ wurde von der VBB GmbH – mit Rückgriff auf die Erkenntnisse des Projektes SuSiteam – weiter bearbeitet. Dem Aufsichtsrat wurde ein integriertes Rahmenkonzept zur Sicherheit im ÖPNV vorgelegt.

Nach zwischenzeitlicher Reduzierung im Sommer 2010 konnte in der zweiten Hälfte des Jahres der bundesweit einmalige Bus&Bahn-Begleitservice wieder aufgenommen und auf sein ursprüngliches Niveau gebracht werden.

Im Rahmen der Anschlussgestaltung Bahn-Bus wurden im Frühjahr die Erhebungen 2009 zur Ermittlung der Umsteiger mit Aufgabenträgern und Verkehrsunternehmen ausgewertet und im Herbst 2010 die nächsten Erhebungen durchgeführt.

2010 wurden zur Vermarktung von neuen Angeboten sowie neuer Vorplätze elf Verknüpfungsflyer erstellt und in den Haushalten der jeweiligen Kommunen verteilt.

Im Rahmen der Stadt-Umland-Planungen wurden für den Nahverkehrsplan Berlin Angebotsstandards definiert sowie die Untersuchungszeiträume der Korridore umrissen. Für den Untersuchungsraum Buch-Panketal wurden erste Analysen und Erhebungen durchgeführt.

Zur Anbindung des Universitätsstandortes Golm im ÖPNV wurde ein Verkehrskonzept erarbeitet.

Bei der Planung und Umsetzung des Verkehrskonzeptes Teltow-Kleinmachnow-Stahnsdorf (TKS) war die VBB GmbH koordinierend tätig.

Das Verkehrskonzept zur Erschließung der Lausitzer Seenlandschaft liegt vor und kann schrittweise umgesetzt werden.

Für das MIL (Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft) wurde ein Gutachten zu Bike&Ride und Park&Ride an Stationen im Land Brandenburg erstellt.

Das Kundenmagazin BB Panorama erschien 2010 viermal in unveränderter Auflage. Auch der VBB-Rundbrief „BB Perspektiven“ informierte fünfmal zu aktuellen Themen.

Center für Nahverkehrs- und Qualitätsmanagement

Die Krise bei der S-Bahn Berlin GmbH stagniert auf katastrophalem Niveau. Darüber konnten auch großzügige Entschuldigungsregelungen nicht hinwegtäuschen. Ende 2010 verharrte die Zahl der Viertelzüge bei der Hälfte der vertraglich veränderten Leistung (Reserve noch nicht berücksichtigt). In einem doppelten Managementversagen des Infrastrukturdienstleisters (DB Netz AG) und der S-Bahn Berlin GmbH wurden hunderttausenden Pendlern, Touristen und Gelegenheitsfahrern überfüllte und verspätete

Züge zugemutet. Viele fielen schlicht aus. Das Informationsmanagement ist weiterhin inakzeptabel. Wie viele Fahrgäste sich vom ÖPNV als Ganzem dadurch abwenden, ist nicht absehbar. Durch die starken Probleme bei der Berliner S-Bahn hatte die VBB GmbH Mehrbelastungen zu verkraften.

Neben der Pünktlichkeit wurde zudem die Kundenzufriedenheit im Regionalverkehr erhoben. Als Ergebnis ist die bekannte Diskrepanz zwischen zugbezogenen- und bahnhofsbezogenen Werten zu erkennen. Letztere bergen weiterhin deutliches Steigerungspotenzial.

Die Arbeiten zum Jahresfahrplan 2011 sind planmäßig abgeschlossen worden. Im Regionalverkehr konnte die Bestellung wie geplant umgesetzt werden.

Die VBB GmbH hat 2008 zusammen mit den Unternehmen KCW GmbH und traffic-Kontor sdg GmbH eine Arbeitsgemeinschaft gegründet (Center Nahverkehr Berlin, CNB), die das Land Berlin in seiner Funktion als ÖPNV-Aufgabenträger unterstützt. Das Land Berlin (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung) hat seine Option, den Auftrag um zwei Jahre zu verlängern, wahrgenommen. Dieser Auftrag sieht die Möglichkeit vor, in bestimmtem Umfang Zusatzaufgaben zu erfüllen.

Forschungsprojekte

INNOS-Start-VBB-1: In INNOS-Start-VBB-1 erhalten die Verkehrsunternehmen in den Tarifbereichen Berlin ABC, Potsdam ABC, Brandenburg an der Havel ABC und Frankfurt (Oder) AB Kontroll- und Vertriebstechnik zur Prüfung und Ausgabe von elektronischen Tickets. Inzwischen ist der Löwenanteil der Vergabeverfahren abgeschlossen. Derzeit werden gemeinsam mit den Herstellerfirmen die Pflichtenhefte erstellt. Die ersten Chipkarten sollen im Spätsommer 2011 an Stammkunden ausgegeben werden.

Das CAPRICE-Projekt (Austausch von Erfahrungen zum Aufbau von Verkehrsverbänden zwischen Warschau, Vilnius, Bukarest, Paris und Berlin) wurde mit vier weiteren Workshops und vertiefenden Expertenrunden zum Austausch von Erfahrungen fortgeführt.

Die Arbeiten zur Verbesserung der Fahrgastinformation zwischen dem VBB und den polnischen Nachbarn im Rahmen von e-Kom (Fahrgastinformation im Rahmen der Oderpartnerschaft) haben mit intensiven Abstimmungen mit Posen und der PKP (Polnische Staatsbahnen AG) begonnen. Für eine Fahrplanauskunft für Posen ist ein Testsystem im Aufbau.

Ertragslage

Die Ertragslage nahm 2010 zu und verbesserte sich auf 12.555 T€. Diese Erhöhung basiert in den höheren Gesellschafterbeiträgen im Center (+1.134 T€).

Übersicht der Eigenanteile der VBB GmbH								
Positionen	2007	Anteile	2008	Anteile	2009	Anteile	2010	Anteile
	T Euro	in %	T Euro	in %	T Euro	in %	T Euro	in %
Gesellschafterbeiträge	5.203	61	5.171	58	6.300	58	6.421	61
Gesellschafterbeiträge Center	1.453	17	1.453	16	1.453	13	2.587	17
Umsatzerlöse/ sonstige betriebliche Erträge	1.498	18	1.401	16	1.311	12	1.771	18
Akquiseprojekte	271	3	788	9	1.196	11	1.190	3
Einnahmen aus Kooperationen	82	1	144	1	602	6	586	1
Gesamt	8.507		8.957		10.862		12.555	

Vermögenslage

Die wichtigsten Bilanzpositionen entwickelten sich wie folgt:

Vermögenspositionen	2007	2008	2009	2010
	(T Euro)	(T Euro)	(T Euro)	(T Euro)
Bilanzsumme	3.015,60	3.378,30	4.587,00	5.232,40
Klassische Gesellschafterbeiträge	5.203,20	5.171,00	5.671,00	6.421,10
Anlagevermögen	276,6	376,2	371,7	370
Kundenforderungen	305,9	186,5	182,6	421
Liquide Mittel	2.220,70	2.262,00	3.211,00	3.479,00

Finanzlage

Die Kapitalstruktur der VBB GmbH ist von einem stabil hohen Anteil an Gesellschaftermitteln gekennzeichnet. Das Fremdkapital ist jeweils durch die ausgewiesenen liquiden Mittel finanziert (siehe Tabelle).

Kapitalposition	2007	Anteil	2008	Anteil	2009	Anteil	2010	Anteil
	T Euro	in %	T Euro	in %	T Euro	in %	T Euro	in %
Eigenkapital	324	11	324	10	324	7	324	6
- Stammkapital	324	11	324	10	324	7	324	6
Fremdkapital	2.691	90	3.054	91	4263	93	4.909	94
- Sonderposten *)	266	9	367	11	362	8	360	7
- Rückstellungen	639	21	931	28	1.145	25	1.537	29
- Erhaltene Anzahlungen	0	0	150	4	405	9	666	13
- Verbindlichkeiten	351	12	592	18	499	11	750	14
- Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	1.435	48	1.014	30	1.852	40	1.595	31

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Entwicklung der VBB GmbH

Der Aufsichtsrat hat den Wirtschaftsplan 2011 am 3. Juni 2010 beschlossen. Somit besteht Planungssicherheit für die finanzielle Ausstattung der VBB GmbH.

Nach der wettbewerblichen Vergabe von Verkehrsleistungen bestehen höhere Anforderungen an das Vertragscontrolling. Dies gilt insbesondere hinsichtlich der Bruttoanreizverträge für die ertragsstarken RE-Linien. Die VBB GmbH hat diese Tätigkeiten seit 2010 im Auftrag der Länder und zum Teil sogar länderübergreifend für Mecklenburg-Vorpommern übernommen. Durch die sukzessive Umstellung auf Bruttoverträge gehen mehr und mehr Ertragsrisiken auf die Aufgabenträger im SPNV über, die die VBB GmbH steuern muss. Vertriebskonzepte müssen parallel mit Ausschreibungen – auch zusammen mit den polnischen Partnern – entwickelt und fortgeschrieben werden. Nicht nur der Betrieb auf den einzelnen Linienbündeln, sondern auch der Vertrieb soll aus Monopolen in wettbewerbliche Strukturen überführt werden.

Themenschwerpunkte ab 2011 werden vor allem sein:

- Fahrgastinformation: moderne und marktgerechte Systeme und individualisierte Informationen für jedermann, von zu Hause oder unterwegs, in Echtzeit, verknüpft mit allen Verkehrsunternehmen und wichtigen Institutionen
- Neue Wege im Tarif und Vertrieb: Einführung des elektronischen Ticketings und erste Schritte für einen elektronischen Tarif
- Intensivierung der regionalen Verkehrsplanung in Abstimmung mit den Aufgabenträgern.
- Entwicklung der Zukunftsmärkte zwischen Berlin-Brandenburg und Westpolen in jeder Hinsicht (Tarif, Information, Infrastruktur, Qualität)
- VBB als der erste Ansprechpartner für Verkehrsunternehmen und Aufgabenträger für neue Konzepte, Strategien und Umsetzungen zu ÖPNV-Fragen
- Antworten auf die immer stärker auftretenden Fragen zu Umweltschutz, Energieeinsparungen und Nachhaltigkeit
- Weiterentwicklung von Sicherheitskonzepten, die verkehrsmittel- sowie aufgabenträgerübergreifend sind
- ÖV-Netz-Entwicklung im Verkehrsverbund

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2008	2009	2010
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	376	372	370
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1	12	4
II. Sachanlagen	375	360	366
B. Umlaufvermögen	2.952	4.185	4.806
I. Vorräte	115	320	565
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	575	654	763
III. Kassenbestand, Guthaben	2.262	3.211	3.479
C. Rechnungsabgrenzungsposten	50	30	56
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	324	324	324
I. Gezeichnetes Kapital	324	324	324
II. Zur Durchführung d. beschlossenen Kapitalerhöhung geleistete Einlagen	0	0	0
B. SoPo für Investitionszuschüsse	47	37	22
C. Gesellschafterbeiträge zur Finanzierung des AV	320	325	337
D. Rückstellungen	931	1.145	1.537
E. Verbindlichkeiten	1.756	2.756	3.001
F. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	11
Bilanzsumme	3.378	4.587	5.232

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2008	2009	2010
1. Umsatzerlöse	1.060	1.190	1.350
2. Erträge aus Gesellschafterbeiträgen	6.471	6.241	8.060
3. Sonstige betriebliche Erträge	1.513	2.655	2.443
4. Materialaufwand	-718	-792	-771
5. Personalaufwand	-3.644	-4.286	-5.054
6. Abschreibungen	-113	-112	-197
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.671	-4.943	-5.840
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	103	48	34
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	-31
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1,0	0,6	-5,7
11. Außerordentliche Erträge	0,0	0,0	6,5
11. Sonstige Steuern	-1,0	-0,6	-0,8
12. Jahresergebnis	0,0	0,0	0,0

III.3.4 HWG Havelländische Wasser GmbH

Geschäftsbereich

Dienstleistungen

Firmensitz

Schlaatzweg 1 A

14473 Potsdam

Tel.: 0331/27 75 0

Fax: 0331/27 75 106

e-mail: info@hwg-potsdam.de

Gründung

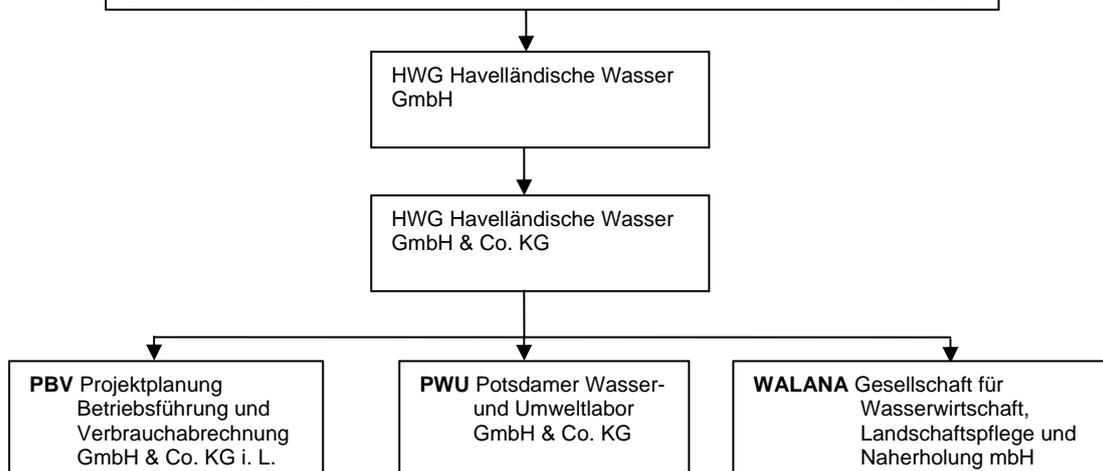
Die HWG Havelländische Wasser GmbH (HWG GmbH) wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 10.11.1993 gegründet und nahm zum 01.07.1994 ihren Geschäftsbetrieb auf. Die HWG GmbH ist im Handelsregister unter HRB 6874 beim Amtsgericht Potsdam eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 255.645,94 €

Das Stammkapital wurde zum 31. Dezember 2010 unverändert von folgenden Gesellschaftern gehalten:

WD Gesellschaft für wasserwirtschaftliche Dienste mbH & Co.KG	28,98 %
Landeshauptstadt Potsdam	17,54 %
Stadt Brandenburg an der Havel	13,34 %
Märkischer Wasser- und Abwasserzweckverband (MAWV)	6,28 %
Osthavelländische Trinkwasserversorgung und Abwasserbehandlungs GmbH	5,12 %
Zweckverband Rathenow	4,46 %
Zweckverband „Der Teltow“	3,42 %
Stadt Luckenwalde	3,22 %
Stadtwerke Neuruppin GmbH	3,08 %
Stadt Oranienburg	2,96 %
Zweckverband Havelland	2,82 %
Wasser- und Abwasserzweckverband Region Ludwigsfelde (WARL)	2,50 %
Verband Jüterbog Fläming	2,14 %
Zweckverband Werder Havelland	2,08 %
Zweckverband Pritzwalk	2,06 %



Unterbeteiligungen

Die HWG Havelländische Wasser GmbH ist alleinige Kommanditistin der beim Amtsgericht Potsdam unter der Registrier-Nr. HRA 1345 eingetragenen Firma HWG Havelländische Wasser GmbH & Co. KG. Das Kommanditkapital der HWG Havelländische Wasser GmbH Co. KG beträgt 3.500.000,00 €.

Angaben zu Unternehmen, an denen die HWG Havelländische Wasser GmbH Anteile von mehr als 20% hat:

	Anteil in %	Kommanditkapital in T€
HWG Havelländische Wasser GmbH & Co. KG, Potsdam	100	3.500

Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftsvertrag datiert vom 18. Dezember 2009.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Kerstin-Heike Jäger

- *Gesellschafterversammlung*

Vertreter des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung ist seit dem 17.12.2003 Frau Oberbürgermeisterin Dr. Dietlind Tiemann.

Im Berichtsjahr fanden zwei Gesellschafterversammlungen statt.

- *Aufsichtsrat*

Der Aufsichtsrat bestand im Geschäftsjahr 2010 aus folgenden Mitgliedern:

Aufsichtsrat 2010	
Als Mitglieder des Aufsichtsrates sind bestellt:	
Herr Steffen Scheller	Bürgermeister der Stadt Brandenburg an der Havel (Vorsitzender)
Herr Dipl.-Ing. Günter Fredrich	Geschäftsführer der Osthavelländischen Trinkwasserversorgung und Abwasserbehandlung GmbH (Stellvertretender Vorsitzender)
Herr Hans-Reiner Aethner	Verbandsvorsteher des Zweckverbandes WARL
Herr Wolf-Peter Albrecht	Verbandsvorsteher Märkischer Abwasser- und Wasserzweckverband
Herr Dr. Udo Haase	Bürgermeister der Gemeinde Schönefeld
Herr Martin Rahn	Geschäftsführer der Mittelmärkischen Wasser- und Abwasser GmbH
Herr Glenn Jankowski	Untere Wasserbehörde/Untere Naturschutzbehörde Landeshauptstadt Potsdam

Der Aufsichtsrat traf im Geschäftsjahr 2010 zu fünf Sitzungen zusammen.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck**Öffentlicher Zweck**

Gemäß § 2 Abs.1 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) erfüllt die Gemeinde in ihrem Gebiet alle Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung. Hierzu gehört gemäß § 2 Abs. 2 BbgKVerf auch die Versorgung mit Wasser sowie die Abwasserableitung und -behandlung. Diese wird konkretisiert durch § 59 bzw. § 66 des Brandenburgischen Wassergesetzes. Eine weitere Grundlage ist die Wasserversorgungssatzung der Stadt Brandenburg an der Havel.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens sind die Verwaltung und Vermietung von Liegenschaften in Wusterwitz, Neuruppin, Nauen, Potsdam, Staaken und Hiddensee.

Außerdem ist die Gesellschaft alleinige Kommanditistin der HWG GmbH & Co. KG.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2008	2009	2010
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	94%	96%	68%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	96%	99%	94%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	101%	103%	138%
Zinsaufwandquote	0,1%	1,2%	2,1%
Liquidität 3. Grades	128%	359%	505%
Cashflow	154 T€	147 T€	217 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	-0,8%	-8,9%	-47,3%
Umsatz	521 T€	526 T€	745 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-88 T€	-852 T€	-3.173 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	0%	0%	37%
Anzahl der Mitarbeiter	0	0	7

Lagebericht der Gesellschaft

Darstellung des Geschäftsverlaufes der Gesellschaft

Die Geschäftstätigkeit der HWG Havelländische Wasser GmbH, Potsdam, (HWG) beschränkte sich im Geschäftsjahr 2010 auf das Halten und Verwalten der Finanzanlagen (Holdingfunktion) mit den entsprechenden Geschäftsführungstätigkeiten sowie auf die Vermietung der Objekte in Potsdam, Premnitz, Staaken, Nauen, Neuruppin und Hiddensee und die Erbringung von Dienst- und Geschäftsführungsleistungen.

Zum 31. Dezember 2010 werden unter den Finanzanlagen noch folgende Anteile an verbundenen Unternehmen ausgewiesen:

- PBV Projektplanung Betriebsführung und Verbrauchsabrechnung GmbH & Co. KG i. L. mit der PBV Projektplanung Betriebsführung und Verbrauchsabrechnung Verwaltungs GmbH i. L.
- PWU Potsdamer Wasser- und Umweltlabor GmbH & Co. KG mit der PWU Potsdamer Wasser- und Umweltlabor Verwaltungs GmbH
- WALANA Gesellschaft für Wasserwirtschaft Landschaftspflege und Naherholung mbH.

Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2010 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 3.173 T€ (2009: Jahresfehlbetrag 852 T€), wobei ohne das außerordentliche Ergebnis erstmals wieder ein positives Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit erzielt werden kann. Damit sind für zukünftige Geschäftsjahre die Voraussetzungen für eine positive Entwicklung der Gesellschaft nunmehr gegeben; letzte Restrukturierungsmaßnahmen und die Auswirkungen aus den Grundstücksgutachten dürften letztmalig wesentlich den Jahresfehlbetrag beeinflusst haben.

Die den Jahresfehlbetrag 2010 prägenden außerordentlichen Aufwendungen führen damit zur negativen Entwicklung der Gesamtkapitalrentabilität von -8,9% im Vorjahr auf -47,3% im Geschäftsjahr.

Das außerordentliche Ergebnis = Außerordentlicher Aufwand (3.205 T€) setzt sich im Wesentlichen zusammen aus der außerplanmäßigen Abschreibung der Gebäude mit 2.486 T€, der Beteiligung an der WALANA 300 T€, der Beteiligung an der WD 300 T€ sowie der BilMoG (Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz)- Anpassungen bei den Pensionsrückstellungen mit 19 T€.

Finanzlage

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2010 verfügt die Gesellschaft über einen Finanzmittelbestand in Form flüssiger Mittel in Höhe von 1.696 T€ (2009: 209 T€). Deren Anstieg resultiert im Wesentlichen aus der Anwachsung der HWG GmbH & Co. KG auf die HWG GmbH. Die Zahlungsfähigkeit der HWG war im Berichtsjahr jederzeit gegeben, der Cash-Flow betrug zum Bilanzstichtag 31.12.2010 216,9 T€.

Vermögenslage

Der Rückgang der Bilanzsumme von 9.543 T€ im Vorjahr auf 6.707 T€ zum 31. Dezember 2010 resultiert im Wesentlichen aus den außerplanmäßigen Abschreibungen.

Wie bisher, ist das Anlagevermögen langfristig finanziert. Der Anlagendeckungsgrad beträgt 138%. Das Eigenkapital wird ergebnisbedingt mit 6.289 T€ ausgewiesen; die Eigenkapitalquote erhöhte sich in 2010 auf 93,8% (2009: 98,8%).

Die Pensionsverpflichtung gegenüber einem früheren Geschäftsführer ist, wie bisher, durch eine Rückdeckungsversicherung abgedeckt.

Wie aus der Bilanz ersichtlich, haben sich zum 31. Dezember 2010 vortragfähige Verluste in Höhe von 5.421 T€ aufgebaut; diese sind im Wesentlichen in den Jahren 2005 bis 2007 entstanden und spiegeln überwiegend die wirtschaftliche Situation der Tochtergesellschaften und die hieraus resultierenden Folgen (Abschreibung von Finanzanlagen; Wertberichtigung von Forderungen gegen verbundene Unternehmen) bei der HWG wider.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Chancen

Für die Geschäftsjahre 2011 und 2012 sind weitere Konsolidierungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen betreffend die Unternehmen der HWG-Gruppe vorgesehen, mit dem Ziel der weiteren Vereinfachung der Strukturen und der Reduzierung der Kosten. Zudem gibt es Anstrengungen, sich von Verlustträgern nachhaltig zu trennen. Nicht zuletzt dadurch werden positive Auswirkungen auf die zukünftige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der HWG erwartet.

Für die Geschäftsjahre 2011 und 2012 werden ausgeglichene Ergebnisse erwartet. Ursächlich für diese positive Entwicklung ist, dass mit der Aufstellung des Jahresabschlusses 2010 nunmehr sämtliche bekannten Risiken im Jahresabschluss und Lagebericht abgebildet worden sind.

Risiken

Die Risiken für die HWG liegen in den verbleibenden Tätigkeitsbereichen der Gesellschaft.

Nach Anwachsung der PBV Projektplanung Betriebsführung und Verbrauchsabrechnung GmbH & Co. KG i. L, Potsdam auf die HWG verbleiben im Bestand der HWG im Wesentlichen die WALANA Gesellschaft für Wasserwirtschaft, Landschaftspflege und Naherholung mbH, Potsdam, sowie die PWU Potsdamer Wasser- und Umweltlabor GmbH & Co. KG, Potsdam.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass ein weiterer Abwertungsbedarf auf die Immobilie Premnitz erforderlich sein könnte.

Risiken, die auf Preisänderungs- und Liquiditätsproblemen beruhen, werden nicht gesehen. Das trifft auch für Risiken aus Zahlungsstromschwankungen zu.

Die HWG Havelländische Wasser GmbH, Potsdam, und die WD Gesellschaft für wasserwirtschaftliche Dienste mbH & Co. KG, Potsdam, haben mit Datum 31. Dezember 2010 gegen-

über der WD Gesellschaft für wasserwirtschaftliche Dienste Verwaltungs- GmbH, Potsdam, eine Patronatserklärung abgegeben, in der sich beide Gesellschaften verpflichten, die WD Gesellschaft für wasserwirtschaftliche Dienste Verwaltungs- GmbH, Potsdam, mit der erforderlichen Liquidität und dem notwendigen Kapital auszustatten.

Risikoberichterstattung

Die Geschäftsführung der HWG hat im Geschäftsjahr 2010 für die HWG – Gruppe ein Risikomanagement und Früherkennungssystem entwickelt. Danach werden für alle Gesellschaften in jährlichen Planungsrunden alle Geschäftsaktivitäten auf Chancen und Risiken hin untersucht. Sollte es zu möglichen Abweichungen oder Veränderungen kommen, werden diese durch dieses Kontrollsystem sofort erfasst und analysiert – und zudem die Entscheidungsträger darüber unterrichtet. Dieses Vorgehen erlaubt es, negative Entwicklungen zeitnah zu erkennen und Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres und voraussichtliche Entwicklung

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind folgende Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten:

Bei den betreuten Immobilien wurden Pacht- und Kaufverträge abgeschlossen. Zudem wurde das Objekt Nauen ab dem 01. Januar 2011 mit einem Mietkaufvertrag veräußert. Im Weiteren wurde das Objekt Hiddensee ab dem 01. März 2011 an einen Pächter übergeben.

In der Sitzung des Aufsichtsrates vom 14. Juli 2011 wurde folgendes beschlossen:

- Austritt der PBV Verwaltungs- GmbH aus der PBV KG zum 31. Juli 2011 mit anschließender Anwachsung der PBV KG auf die HWG GmbH
- Löschung der PBV Verwaltungs- GmbH zum 15. August 2011
- Rückwirkende Verschmelzung der HWG Verwaltungs- GmbH zum 1. Januar 2011 0:00 Uhr auf die HWG GmbH

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2008	2009	2010
Aktiva			
Anlagevermögen	10.152	9.154	4.566
Sachanlagen	5.339	5.198	3.274
Finanzanlagen	4.813	3.956	1.292
Umlaufvermögen	601	388	2.108
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	262	180	411
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	339	209	1.696
Rechnungsabgrenzungsposten	3	1	2
Aktiver Unterscheidsbetrag aus der Vermögensverrechnung	0	0	31
Passiva			
Eigenkapital	10.286	9.435	6.289
I. Gezeichnetes Kapital	256	256	256
II. Kapitalrücklage	11.426	11.426	11.455
III. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-1.308	-1.396	-2.248
IV. Jahresfehlbetrag	-88	-852	-3.173
Rückstellungen	52	37	300
Verbindlichkeiten	418	71	53
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	65
Bilanzsumme	10.756	9.543	6.707

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2008	2009	2010
1. Umsatzerlöse	521	526	745
2. Sonstige betriebliche Erträge	24	23	277
3. Materialaufwand	-308	-319	-353
4. Personalaufwand	0	0	-273
5. Abschreibungen	-142	-142	-185
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-90	-73	-286
7. Erträge aus Beteiligungen	0	0	93
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6	4	38
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	-6	-16
10. Abschreibungen auf Finanzanlagen	-100	-857	0
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-87	-844	41
12. Außerordentliche Aufwendungen = Außerordentliches Ergebnis	0	0	-3.205
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	10	3	8
14. Sonstige Steuern	-11	-11	-17
15. Jahresergebnis	-88	-852	-3.173

III.4

Zweckverbände

III.4.1 Zweckverband Bundesgartenschau 2015 Havelregion

Geschäftsbereich

Ausrichtung des städtebaulichen und landschaftsplanerischen Projektes
„Bundesgartenschau 2015 Havelregion“

Sitz des Zweckverbandes

Fabrikenstr. 11

14727 Premnitz

Tel.: 03386/21 28 00

Fax: 03386/21 28 014

e-mail: erhard.skupch@buga-2015-havelregion.de

Internet: www.buga-2015-havelregion.de

Gründung

Die Satzung des Zweckverbandes und ihre Genehmigung durch das Ministerium des Innern des Landes Brandenburg wurden im Amtsblatt für Brandenburg am 19. August 2009 veröffentlicht und somit entstand der Zweckverband Bundesgartenschau 2015 Havelregion satzungsgemäß am 20. August 2009.

Mitglieder des Zweckverbandes und Beteiligungsverhältnisse

Stadt Brandenburg an der Havel	40 %
Stadt Rathenow	15 %
Stadt Premnitz	5 %
Amt Rhinow	3 %
Hansestadt Havelberg	4 %
Deutsche Bundesgartenschau Gesellschaft mbH (DBG)	33 %

Organe des Zweckverbandes

- *Verbandsvorsteherin*
Dr. Dietlind Tiemann
- *Verbandsvorstand*

Verbandsvorstand 2010

Verbandsvorsteherin	Frau Dr. Dietlind Tiemann (Stadt Brandenburg an der Havel)
stellv. Verbandsvorsteher	Herr Ronald Seeger (Stadt Rathenow)
weitere Mitglieder	Herr Jochen Sander (Deutsche Bundesgartenschau Gesellschaft mbH)
	Frau Britta Kornmesser (Stadt Brandenburg an der Havel)
	Herr Bernd Poloski (Hansestadt Havelberg)
	Herr Roy Wallenta (Stadt Premnitz)
	Frau Sybille Heling (Amt Rhinow)

- *Verbandsversammlung*

Die Verbandsversammlung für den Zweckverband setzte sich 2010 wie folgt zusammen:

Verbandsversammlung	
Vorsitzender	Herr Roy Wallenta (Stadt Premnitz)
stellv. Vorsitzender	Herr Bernd Poloski (Hansestadt Havelberg)
weitere Mitglieder	Herr Klaus Fliegel (Deutsche Bundesgartenschau Gesellschaft mbH)
	Herr Hanns-Jürgen Redeker (Deutsche Bundesgartenschau Gesellschaft mbH)
	Herr Jochen Sander (Deutsche Bundesgartenschau Gesellschaft mbH)
	Frau Britta Kornmesser (Stadt Brandenburg an der Havel)
	Herr Renè Kretzschmar (Stadt Brandenburg an der Havel)
	Herr Thomas Krüger (Stadt Brandenburg an der Havel)
	Frau Dr. Dietlind Tiemann (Stadt Brandenburg an der Havel)
	Herr Uwe Klemm (Hansestadt Havelberg)
	Herr Ralf Tebling (Stadt Premnitz)
	Frau Karin Dietze (Stadt Rathenow)
	Herr Hartmut Rubach (Stadt Rathenow)
	Herr Ronald Seeger (Stadt Rathenow)
	Herr Jens Aasmann (Amt Rhinow)
	Frau Sybille Heling (Amt Rhinow)

Im Geschäftsjahr fanden drei Zweckverbandsversammlungen statt. Außerdem fanden 2010 sechs Zweckverbandsvorstandssitzungen statt.

Weiterhin war Herr Michael Brandt vom 01.01.2010 bis 31.10.2010 Geschäftsführer des Zweckverbandes. Seit dem 01.11.2010 ist Herr Erhard Skupch Geschäftsführer des Zweckverbandes.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Die Aufgabe des Zweckverbandes ist die Ausrichtung des städtebaulichen und landschaftsplanerischen Projektes „Bundesgartenschau 2015 Havelregion“.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes

Kennzahl	2008	2009	2010
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	0,0%	0,0%	1,3%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	0%	0%	107%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 €	0 €	0 €
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	0%	0%	8508%
Zinsaufwandquote	0,0%	0,2%	0,0%
Liquidität 3. Grades	0%	100%	1041%
Cashflow	0 T€	473 T€	121 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	0%	0%	107%
Umsatz	0 T€	0 T€	0 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0 T€	0 T€	631 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	0%	0%	0%
Anzahl der Mitarbeiter	0	0	2

Rechenschaftsbericht des Zweckverbandes

Die Stadt Brandenburg an der Havel, die Stadt Rathenow, die Stadt Premnitz, das Amt Rhinow und die Hansestadt Havelberg bildeten für ihre Gebiete zusammen mit der Deutschen Bundesgartenschau Gesellschaft mbH (DBG) unter dem Namen „Zweckverband Bundesgartenschau 2015 Havelregion“ einen Zweckverband.

Der Sitz des Zweckverbandes ist die Stadt Premnitz.

In einem Durchführungsvertrag zwischen den Verbandsmitgliedern wurde u. a. die Absicht über die Umsetzung der Bundesgartenschau 2015 erklärt und die Finanzierung für die entstehenden Aufwendungen für die Durchführung der Bundesgartenschau geregelt.

Aufgaben des Zweckverbandes sind die Ausrichtung des städtebaulichen und landschaftsplanerischen Projektes „Bundesgartenschau 2015 Havelregion“ unter dem Titel „Von Dom zu Dom – Das blaue Band der Havel“ und die Entwicklung eines Konzeptes für die Dauernutzung in der Zeit nach Beendigung der Bundesgartenschau 2015 Havelregion.

Hierbei soll erstmals in einer zwei Bundesländer umfassenden und flussbegleitenden Bundesgartenschau zwischen den historischen Domstädten Brandenburg an der Havel im Bundesland Brandenburg und Hansestadt Havelberg im Bundesland Sachsen-Anhalt die einmalige Havellandschaft in eine einzigartige und für Europa unverwechselbare regionale Kultur- und Naturlandschaft weiter entwickelt werden. Die Kommunalstrukturen und die regionale Infrastruktur sollen entwickelt, die ökologisch bedeutenden Bereiche der Havelregion gesichert, die Leistungsfähigkeit des gärtnerischen Berufsstandes dargestellt und die regionale Identität gestärkt werden.

Der Zweckverband wird die Kommunen bei der Herrichtung der für die Veranstaltung Bundesgartenschau 2015 erforderlichen Infrastruktur beratend begleiten und die Flächen rechtzeitig vor der geplanten Veranstaltung Bundesgartenschau 2015 zur Nutzung übernehmen. Auf den Flächen wird der Zweckverband die Veranstaltung Bundesgartenschau vorbereiten und die überlassenen Flächen nach Abschluss von temporärer, für die Bundesgartenschau erforderlicher Infrastruktur beräumt, den jeweiligen Kommunen zurückgeben.

Der Zweckverband koordiniert in diesem Zusammenhang die Investitionsmaßnahmen zwischen den Kommunen und sichert dadurch eine qualitativ hochwertige BUGA 2015.

Das Haushaltsjahr war von der Strukturierung des Verbandes geprägt. Im Haushaltsjahr wurden zwei Mitarbeiter eingestellt, zwei weitere Mitarbeiter wurden über Personalüberlassungsverträge mit der Stadt Brandenburg an der Havel und der Optikpark Rathenow GmbH beschäftigt. Erhard Skupch wurde am 01. November 2010 zum alleinigen Geschäftsführer des Zweckverbandes BUGA 2015 Havelregion bestellt.

Das Ausstellungskonzept zur BUGA 2015 wurde erarbeitet und mehrfach in den Gremien beraten. Das nunmehr vorliegende Ausstellungskonzept ist Grundlage für die weitere Qualifizierung und Fortschreibung des Konzeptes in den nächsten beiden Jahren.

Ein Regionales Tourismuskonzept wurde auf den Weg gebracht. Das Konzept fand im Frühjahr die Billigung der IMAG (Interministerielle Arbeitsgruppe) und bildet nun die Grundlage für weitere Marketingmaßnahmen in Hinblick auf die BUGA 2015 in der Havelregion.

Das vom Büro Neumann Gusenburger 2008/2009 erarbeitete Finanzierungskonzept wurde im Haushaltsjahr durch den Zweckverband nochmals geprüft und dem aktuellen Kenntnisstand angepasst. Im I. Quartal 2011 erfolgten hierzu interne Abstimmungen und Beratungen. Nunmehr verfügt der Zweckverband über eine fundierte Vorschau über die Entwicklung der Finanzen für die Jahre 2011 bis 2016.

Die Schwerpunktaufgaben für 2011 sind:

- Der weitere Aufbau einer funktionierenden und belastbaren Verwaltung
- Fortschreibung Ausstellungskonzept
- Erarbeitung Grundzüge Werbekonzept zur BUGA 2015
- Touristische Infrastruktur und Mobilität
- Mitwirkung bei der Vorbereitung und Durchführung der Investitionen in den Städten in Hinblick auf die Durchführung der BUGA 2015

Um den Zweckverband mit Liquidität für die Erfüllung der anstehenden Aufgaben auszustatten, wurden entsprechend der genehmigten Haushaltssatzung 2010 in Verbindung mit dem Umlagebeschluss für das Haushaltsjahr 2010 der Verbandsversammlung Umlagen der am Zweckverband beteiligten Kommunen mit insgesamt 605 T€ veranschlagt, die vollständig eingezahlt wurden.

Außerdem wurden 13 T€ für ausstehende Umlagen aus dem Haushaltsjahr 2009 mit 13 T€ vereinnahmt. Weitere Einnahmen in Höhe von 0,7 T€ wurden insbesondere mit einer weitergeleiteten Spende von der Hansestadt Havelberg mit 500 € realisiert.

Diesen Einnahmen von insgesamt 619 T€ standen Ausgaben mit 497 T€ für Auszahlungen aus laufender Geschäftstätigkeit und Auszahlungen für den Erwerb einer Küche mit 3 T€ gegenüber. Hieraus ergab sich ein positiver Saldo mit einem Plus von 119 T€ der zu einem Zahlungsmittelbestand zum Jahresende in Höhe von 592 T€ führte.

Voraussichtliche Entwicklung des Zweckverbandes

Satzungsgemäß werden Umlagen als Zuschuss von den Zweckverbandsmitgliedern, soweit die finanziellen Mittel des Zweckverbandes nicht ausreichen um seine satzungsgemäßen Aufgaben zu erfüllen, erhoben. Der übersteigende Betrag der gezahlten Umlagen für das Haushaltsjahr 2009 mit 498 T€ und aus dem Haushaltsjahr 2010 mit 133 T€ sind für die Folgejahre zu verwenden oder nach Endabrechnung der Bundesgartenschau 2015 Havelregion an die Verbandsmitglieder zurückzuzahlen.

Der Zweckverband Bundesgartenschau 2015 Havelregion soll zum 31. Dezember 2016 aufgelöst werden.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	<p>Entsprechend der Satzung des Zweckverbandes Bundesgartenschau 2015 Havelregion erhebt der Zweckverband Umlagen zum Ausgleich des nicht durch Gebühren, Entgelte und sonstige Einnahmen gedeckten Finanzbedarf von der Stadt Brandenburg an der Havel, der Stadt Rathenow, der Stadt Premnitz, der Hansestadt Havelberg und dem Amt Rhinow im Verhältnis der Einwohnerzahlen.</p> <p>Zwischen der Stadt Brandenburg an der Havel, der Stadt Rathenow, der Stadt Premnitz, der Hansestadt Havelberg und dem Amt Rhinow und der Deutschen Bundesgartenschau Gesellschaft mbH (DBG) wurde ein Vergabe- und Durchführungsvertrag (DV) geschlossen.</p> <p>Mit einem Dienstleistungsvertrag zwischen dem Zweckverband BUGA 2015 Havelregion und der Stadt Brandenburg an der Havel wurde die Stadt mit der Durchführung von Aufgaben der Verwaltung und Buchhaltung für den Zweckverband beauftragt.</p> <p>Zur Erledigung dieser Aufgaben schloss die Stadt Brandenburg an der Havel einen Dienstleistungsvertrag mit der 100 %igen Tochtergesellschaft Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH ab.</p> <p>Ein weiterer Dienstleistungsvertrag über die Prüfung des Zweckverbandes besteht zwischen dem Zweckverband und dem städtischen Rechnungsprüfungsamt.</p>

Vermögens- und Finanzlage des Zweckverbandes

(Angaben in T€)			
Bilanz	2008	2009	2010
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	0	0	7
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II. Sachanlagen	0	0	7
B. Umlaufvermögen	0	505	688
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	0	32	96
III. Kassenbestand, Guthaben	0	473	592
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	0	0	631
I. Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	0	0	631
B. Rückstellungen	0	7	13
C. Verbindlichkeiten	0	498	53
Bilanzsumme	0	505	697

Ertragslage des Zweckverbandes

GuV	(Angaben in T€)		
	2008	2009	2010
1. Zuwendungen und allgemeine Umlage	0	107	1.104
2. Bestand an unfertigen Leistungen	0	0	0
3. Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
4. Personalaufwendungen	0	0	-34
5. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	-100	-248
6. Abschreibungen	0	0	-1
7. Sonstige ordentliche Aufwendungen	0	-7	-190
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
10. ordentliches Jahresergebnis	0	0	631
11. Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
12. Gesamtüberschuss	0	0	631

IV. Abkürzungsverzeichnis

ABM:	Arbeitsbeschaffungsmaßnahme
AfL:	Arbeit für Langzeitarbeitslose
AG:	Aktiengesellschaft
AHG:	Altschuldenhilfegesetz
APM	Abfallwirtschaft Potsdam-Mittelmark
ATZ:	Altersteilzeit
AV:	Anlagevermögen
BA:	Bauabschnitt
BEZ:	Beschäftigungszuschuss
BEGiN:	Brandenburger Existenzgründer im Netzwerk
BfA:	Bundesanstalt für Arbeit
BF:	Betriebsführer
BGA:	Betriebs- und Geschäftsausstattung
BHKW:	Blockheizkraftwerk
BilMoG:	Bilanzmodernisierungsgesetz
BK:	Betriebskosten
BSHG:	Bundessozialhilfegesetz
BT:	Brandenburger Theater
BRZ:	Berechnungszeitraum
CCC:	Cultur- und Congress Centrum Brandenburg an der Havel
CMI:	Case-Mix-Index – Medizinischer Schweregrad
DKB:	Deutsche Kreditbank AG
DMP:	Disease Management Programme
DRG:	Diagnostic-Related-Groups - Fallpauschalensystem
DSD:	Duales System Deutschland
EB:	Eigenbetrieb
EEG:	Erneuerbare-Energien-Gesetz
EK:	Eigenkapital
ESF:	Europäischer Sozialfonds
EStG:	Einkommensteuergesetz
EuGH:	Europäischer Gerichtshof
FA:	Finanzanlagen
FAG:	Finanzausgleichgesetz
FAQ's:	„frequently asked questions“ = immer wieder vorkommende Fragen
FBL:	Fachbereichsleiter
FBS:	Förderverein der Brandenburger Symphoniker
GB:	Geschäftsbereich
GE:	Gewerbeeinheiten

GF:	Geschäftsführer/-ung
GLM:	Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement der Stadt Brandenburg an der Havel
GJ:	Geschäftsjahr
GmbH:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH i.L.:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Liquidation
GmbHG:	GmbH-Gesetz
GMF:	Gesellschaft für Management und Entwicklung von Freizeitsystemen mbH & Co. KG, Neuried
GO:	Gemeindeordnung für das Land Brandenburg
GuV:	Gewinn- und Verlustrechnung
GVFG:	Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz
GzA:	Gemeinnützige zusätzliche Arbeit
HGrG:	Haushaltsgrundsätzegesetz
HH:	Haushalt
HKW:	Heizkraftwerk
HOT:	Hans-Otto-Theater
IAT:	Ingenieurbetrieb für Automatisierungstechnik GmbH
IHK:	Industrie- und Handelskammer
ILB:	Investitionsbank des Landes Brandenburg
InvZulG:	Investitionszulagengesetz
ITS:	Intensiv-Therapiestation
KA:	Konzessionsabgabe
KAV:	Kommunaler Arbeitgeberverband
KGST:	Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement
KHG:	Krankenhausfinanzierungsgesetz
KG:	Kommanditgesellschaft
KLR:	Kosten- und Leistungsrechnung
KonTraG:	Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich
KoKo:	Kommunalkombi
KStG:	Körperschaftsteuergesetz
KV:	Kassenärztliche Vereinigung
KWK:	Kraft-Wärme-Kopplung
LASA:	Landesagentur für Struktur und Arbeit
LSP:	Leitsätze für die Preisermittlung auf Grund von Selbstkosten
L.u.L.:	Lieferungen und Leistungen
LUGV:	Landesamt für Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz
LVP:	Leichtstoffverpackungen
MA:	Mitarbeiter
MAE:	Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung

MASGF:	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
MDK:	Medizinischer Dienst der Krankenkassen
MUGV:	Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz
MWFK:	Ministerium für Wirtschaft, Forschung und Kultur
MVZ:	Medizinisches Versorgungszentrum
NV Solo:	Normalvertrag für Solokünstler
NWkm:	Nutzwagenkilometer
OTA:	Operationstechnische Assistenten
ÖPNV:	Öffentlicher Personennahverkehr
ÖPP:	Öffentlich-Private Partnerschaften (PPP – Public Private Partnership)
PPP:	engl.: Public Private Partnership (Öffentlich-Private Partnerschaften)
Pkm:	Personenkilometer
PM:	Landkreis Potsdam-Mittelmark
PV-Anlagen:	Photovoltaik-Anlagen
RAP:	Rechnungsabgrenzungsposten
SAM:	Strukturanpassungsmaßnahme
SGB:	Sozialgesetzbuch
SIREC:	Sicherung und Recycling im Denkmalschutz
SO:	Sonstige Objekte
SoPo:	Sonderposten
SPNV:	Schienenpersonennahverkehr
STG:	Stadtmarketing- und Tourismusgesellschaft
SVV:	Stadtverordnetenversammlung
TASi:	Technische Anleitung Siedlungsabfall
TIBS:	Technologie- und Innovationsberatungsstelle an der FH Brandenburg
T.IN.A:	Technologie- und Innovations-Agentur
TN:	Teilnehmer
TVK:	Tarifvertrag für Musiker in Kulturorchester
UR:	Urkundenrolle
UmwG:	Umwandlungsgesetz
Ust.:	Umsatzsteuer
UV:	Umlaufvermögen
VbE:	Vollbeschäftigte Einheiten
VKA:	Vereinigung Kommunaler Arbeitgeberverbände
WBG:	Wohnungsbaugenossenschaft
WE:	Wohneinheiten

V. Erläuterungen

Abschreibungen	Abschreibungen erfassen Wertminderungen der Vermögensgegenstände ergebnismindernd, indem eine erwartete Wertminderung im Voraus auf die entsprechenden Rechnungsperioden verteilt wird (planmäßige Abschreibung), oder eine unerwartete Wertminderung zum Zeitpunkt ihres Eintritts verbucht wird (außerplanmäßige Abschreibung).
Aktiva	Auf der Aktivseite einer Bilanz werden die Gegenstände des Anlagevermögens, die bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, vor den Gegenständen des nur vorübergehend genutzten Umlaufvermögens ausgewiesen. Die Summe aller Aktiva, die gleich der Summe aller Passiva ist, ergibt die Bilanzsumme.
Anhang	Pflichtbestandteil des Jahresabschlusses bei Kapitalgesellschaften gemäß § 264 Abs. 1 HGB. In ihm sind die einzelnen Positionen der Bilanz und GuV und ggf. ihre Ermittlung zu erläutern.
Anlagenabnutzungsgrad	Kumulierte Abschreiben auf Sachanlagen / Anschaffungs-/ Herstellungskosten der Sachanlagen
Anlagevermögen	Die Gesamtheit der Vermögenselemente, die dazu bestimmt ist, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen (gemäß § 247 Abs. 2 HGB) und dem wirtschaftlichen Eigentum des Unternehmens zuzurechnen sind. Sie stehen i.d.R. für mehrere Produktionszyklen zur Verfügung. Den Ausschlag für die Zuordnung eines Gegenstandes zum Anlagevermögen gibt somit seine Zweckbestimmung. Ausgewiesen auf der Aktivseite der Bilanz umfasst es immaterielle Vermögensgegenstände (Patente, Lizenzen), Sachanlagen (Immobilien, Maschinen, usw.) und Finanzanlagen (z.B. Beteiligungen).
Aufwendungen	Minderungen des betrieblichen Vermögens innerhalb einer Rechnungsperiode. Aufwendungen sind allerdings nicht zwangsläufig Mittelabflüsse (z.B. Abschreibungen).
Betriebsergebnis	Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen, die sich aus der eigentlichen Betriebstätigkeit ergeben. Das Betriebsergebnis ist neben dem Finanz- und Außerordentlichen Ergebnis Bestandteil der GuV.
Bilanz	Bestandteil des Jahresabschlusses gemäß § 242 Abs. 1 HGB. Ist die Gegenüberstellung aller Aktiva (Anlage- und Umlaufvermögen) und Passiva (Eigen- und Fremdkapital) eines Unternehmens zu einem bestimmten Stichtag (z.B. Ende eines Geschäftsjahres).
Bilanzgewinn/-verlust	Der Ausweis eines Bilanzgewinns oder -verlustes erfolgt unter dem Eigenkapital nach teilweiser Gewinnverwendung. Er errechnet sich aus dem Jahresüberschuss/-fehlbetrag zuzüglich des Gewinn-/Verlustvortrags und Einstellungen/Entnahmen in bzw. aus Rücklagen.
Eigenkapital (EK)	<p>Zum Eigenkapital rechnen alle von den Eigentümern durch Zuführung von außen oder durch Verzicht auf Gewinnansprüche unbefristet zur Verfügung gestellten Mittel.</p> <p>Das EK ist Bestandteil der Passivseite. Es setzt sich aus dem gezeichneten Kapital, (Grund-, Stamm-, Nenn- oder Haftungskapital), den Kapital- und Gewinnrücklagen und dem vorgetragenen Bilanzgewinn/-verlust zusammen. Das in der Bilanz ausgewiesene EK gibt den Buchwert des Unternehmens an.</p>

Eigenkapitalquote	Die Eigenkapitalquote errechnet sich aus dem prozentualen Verhältnis des Eigenkapitals zur Bilanzsumme eines Unternehmens. Sie beschreibt den Grad der wirtschaftlichen und finanziellen Stabilität der Unternehmung. Im vorliegenden Bericht gibt die Eigenkapitalquote den Anteil des Eigenkapital, einschließlich der Sonderposten, am Gesamtkapital wieder.
Ergebnis (allgemein)	Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen. In der GuV wird unterschieden zwischen dem Betriebs-, dem Finanz- und dem Außerordentlichen Ergebnis. Der Jahresüberschuss/fehlbetrag ist die Summe aller drei Ergebnisse.
Erträge	Mehrungen des betrieblichen Vermögens in einer Rechnungsperiode. Erträge sind allerdings nicht zwangsläufig Mittelzuflüsse (betrifft z. B. Wertsteigerungen).
Fälle je Vollkraft (Klinikum)	Ist-Fälle des Jahres ohne Überlieger zu durchschnittlicher Vollkräftezahl
Fremdkapital (FK)	Das Fremdkapital wird umgangssprachlich als Schulden bezeichnet und ist auf der Passivseite ausgewiesen. Es setzt sich aus kurz- und langfristigen Verbindlichkeiten (Banken, Lieferer, sonstige Kapitalgeber ohne Beteiligungsrechte) sowie den Rückstellungen zusammen und steht dem Unternehmen i.d.R. nur befristet und zu einem festen Zinssatz zur Verfügung.
Gesellschafterversammlung	Ist das Entscheidungsgremium der Anteilseigner (Gesellschafter). Die Rechte der Gesellschafter insbesondere in Bezug auf die Führung der Geschäfte bestimmen sich nach dem Gesellschaftsvertrag (zzgl. §§ 46 - 51 GmbHG). Zum Aufgabenkreis zählen u.a. die Feststellung des Jahresabschlusses, die Ergebnisverwendung und die Bestellung des Aufsichtsrates.
Gewinn- und Verlustrechnung	Bestandteil des Jahresabschlusses gemäß § 242 Abs. 1 HGB. Die GuV gibt Auskunft über die Art, Höhe und Quellen der Erfolgskomponenten Aufwand und Ertrag. Als Erfolgsrechnung steht sie in engem Zusammenhang mit der Jahresbilanz. Übersteigen die Erträge die Aufwendungen, erwirtschaftet das Unternehmen einen Jahresüberschuss, der das Eigenkapital steigert. Übersteigen die Aufwendungen die Erträge, entsteht ein Jahresfehlbetrag, der das Eigenkapital verringert.
Gewinnrücklage	Die Gewinnrücklage gehört zu den sog. offenen Rücklagen. Die Gewinnrücklage setzt sich aus Mitteln zusammen, die im Unternehmen, d.h. durch Einbehalten von Teilen des Unternehmensergebnisses, gebildet wurden (§ 272 Abs. 3 HGB).
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	Teil des Jahresergebnisses, der in den Vorjahren weder zur Ausschüttung noch zur Rücklagenzuführung oder auf sonstige Weise verwendet wurde.
Gezeichnetes Kapital	<p>Das Gezeichnete Kapital bildet einen Unterposten zum Eigenkapital in der Bilanz von Kapitalgesellschaften (§ 266 Abs. 3 HGB). Es weist das im Handelsregister eingetragene Haftungs-kapital einer Kapitalgesellschaft aus. Bei der AG (Aktiengesellschaft) wird es als <i>Grundkapital</i> und bei der GmbH als <i>Stammkapital</i> bezeichnet.</p> <p>Das Gezeichnete Kapital ist bei Kapitalgesellschaften (AG, GmbH, ...) der Maximalbetrag, mit dem die Gesellschafter zum Ausgleich von Verbindlichkeiten und Verlusten herangezogen werden können (beschränkte Haftung), falls die anderen Eigenkapitalanteile (Kapital- und Gewinnrücklage, Gewinnvorträge) aufgebraucht sind. Nach dem Verhältnis der gehaltenen Anteile</p>

	am Gezeichneten Kapital bestimmt sich auch die Beteiligungsquote.
Handelsbilanz	Ist die nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung (GoB) zu erstellende Bilanz. Das Vermögen und der Gewinn sind nach kaufmännischer Vorsicht zu ermitteln. Die Adressaten sind die Gesellschafter, Gläubiger und im gewissen Maße die Öffentlichkeit. Sie ist die Grundlage für die Erstellung der Steuerbilanz (Maßgeblichkeit), wobei sich jedoch Regelungen der Steuerbilanz auch wiederum auf die Handelsbilanz auswirken (umgekehrte Maßgeblichkeit).
Holding	Eine Holding ist eine Gesellschaft, die Anteile an anderen Unternehmen erwirbt und verwaltet, wobei im Unterschied zu Kapitalanlage - bzw. Investmentgesellschaften nicht nur Vermögensanlage, sondern auch Kontrolle, Beeinflussung oder Beherrschung der Unternehmen angestrebt wird.
Inventur	Bestandsaufnahme aller Vermögensgegenstände und Schulden durch zählen, messen, wiegen und wertfeststellen. Gemäß §§ 240 und 241 HGB haben jahresabschlusspflichtige Unternehmen jährlich zum Bilanzstichtag eine Inventur durchzuführen.
Investitionen	Sind die Bindung von Kapital in Vermögensgegenständen, um daraus Erträge zu erzielen. Es wird unterschieden zwischen Sach- und Finanzinvestitionen.
Jahresabschluss (JA)	Besteht lt. § 242 Abs. 1 HGB aus der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung, dem Anhang und dem Lagebericht (Gliederung entsprechend §§ 266, 275 HGB). Große Gesellschaften und Kapitalgesellschaften (AG, GmbH, GmbH & Co. KG) haben die Pflicht zur jährlichen Erstellung. Grundlage sind überwiegend das HGB und die Steuergesetze.
Jahresüberschuss (JÜ)	Ergebnis eines Unternehmens unter Berücksichtigung aller Aufwendungen und Erträge. Steht am Ende der Gewinnermittlung nach § 275 Abs. 2 oder 3 HGB.
Kapitalrücklage	Die Kapitalrücklage umfasst die einer Kapitalgesellschaft von ihren Gesellschaftern neben dem Nominalkapital von außen zugeführten Eigenkapitalanteile (§ 272 Abs. 2 HGB). GmbH's unterliegen bezüglich der Auflösung ihrer Kapitalrücklage bis auf einige Ausnahmen keinen rechtlichen Bestimmungen.
Lagebericht	Ergänzendes Informationsinstrument des Jahresabschlusses. Inhalte des Lageberichts sind die Darstellung des Geschäftsverlaufs in der Rechnungsperiode und der aktuellen Lage, der zukünftigen Entwicklung sowie der Forschungs- und Entwicklungsbericht des Unternehmens. Lageberichterstattungspflichtig sind alle Kapitalgesellschaften.
Liquidität	Ist die Fähigkeit eines Unternehmens, jederzeit seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können (positiver Zahlungsmittelbestand). Diese wird häufig an den Beständen des Vermögens gemessen, die sich innerhalb von unterschiedlichen Zeiträumen in flüssige Mittel umwandeln lassen (Fristigkeit). Dieser Fristigkeit muss immer die Fälligkeit der einzelnen Fremdkapitalpositionen (Verbindlichkeiten) gegenübergestellt werden.
Materialaufwandsquote	Materialaufwand zu Gesamtleistung
Materialaufwand je Fall	Klinikum; Materialaufwand des Jahres zu Ist-Fälle des Jahres ohne Überlieger

Materialintensität	Die Materialintensität (Materialaufwandsquote) gibt den Anteil des Materialaufwands am Umsatz an; Formel: Materialkosten / Umsatz * 100.
Notarielle Beurkundung	Wird bei wichtigen Verträgen vorgenommen, um eine erhöhte Rechtssicherheit für den Inhalt, eine bessere Beweisbarkeit und größere Glaubhaftigkeit zu erhalten. Bei Gesellschaftsverträgen (von Kapitalgesellschaften) und Verträgen, bei denen Immobilien einbezogen sind, ist der Vertrag lt. Gesetz notariell zu beurkunden.
Passiva	Auf der Passivseite der Bilanz wird grundsätzlich das dauernd verfügbare Eigenkapital vor den zu tilgenden Verbindlichkeiten aufgeführt.
Personalaufwandsquote	Personalaufwand / Gesamtleistung
Personalaufwand je Fall	Klinikum; Personalaufwand des Jahres zu Ist-Fälle des Jahres ohne Überlieger
Produktivität	Bezeichnet das Verhältnis zwischen den eingesetzten Produktionsfaktoren (z.B. Arbeit, Kapital: Input) und dem Produktionsergebnis (Output); als Messzahl gibt sie Auskunft über die Effizienz von Produktionsprozessen; Formel: Umsatz / Anzahl Beschäftigter
Prüfung (Jahresabschluss)	Gemäß § 316 HGB sind Jahresabschluss und Lagebericht von Kapitalgesellschaften (sofern sie nicht kleine sind) durch vereidigte Wirtschaftsprüfer zu überprüfen. Prüfungsgegenstand sind unter Einbeziehung der Buchführung die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und die ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags oder der Satzung. Der Abschlussprüfer hat über die Ergebnisse schriftlich zu berichten (§ 321 HGB) und das Ergebnis in einem Bestätigungsvermerk zusammenzufassen (§ 322 HGB).
Rücklagen	Zu unterscheiden sind hier im Wesentlichen die offenen und stillen Rücklagen sowie die SoPo (Sonderposten) mit Rücklagenanteil. Zu den offenen Rücklagen zählen die <i>Kapital- und Gewinnrücklagen</i> .
Rückstellungen	Sind Schulden des Unternehmens, die am Bilanzstichtag dem Grunde und/oder der Höhe nach noch nicht konkretisiert sind (§ 249 HGB). Typische Gründe für die Bildung von Rückstellungen sind: ungewisse Verbindlichkeiten, drohende Verluste aus schwebenden Geschäften, Gewährleistungen.
Sachanlagenquote	Sachanlagen / Gesamtvermögen
Sonderposten mit Rücklagenanteil	Sonderposten mit Rücklagenanteil weisen einen Doppelcharakter auf. Einerseits enthält er Rücklagen aus noch nicht versteuertem Gewinn, die nach den Vorschriften der Steuergesetze auszulösen sind (§ 273 HGB). Andererseits können unter dieser Position als Wertberichtigung Beträge ausgewiesen sein, die über die rein handelsrechtlichen Abschreibungen hinausgehen (§ 281 HGB).
Stammeinlage	Ist die von jedem Gründungsgesellschafter einer GmbH zu leistende Einlage auf das Stammkapital (§ 5 GmbHG). Nach dem Verhältnis der übernommenen und später dazu erworbenen Stammeinlagen bestimmt sich der Anteil am Stammkapital und somit auch die Beteiligungsquote.
Stammkapital	Ist das Gezeichnete Kapital und somit das beschränkt haftende Eigenkapital der GmbH. Seine Höhe ist im Gesellschaftsvertrag und in der Satzung festgelegt. Es ist die Summe der von den

	<p>Gesellschaftern bei der Gründung übernommenen Stammeinlagen.</p>
Steuerbilanz	<p>Ist eine um die steuerrechtlichen Vorschriften (EStG, KStG, Richtlinien, ...) korrigierte bzw. ergänzte Handelsbilanz. Ziel ist die Ermittlung des „wahren“ Gewinns, der dem einzigsten Adressaten, dem Finanzamt, als steuerliche Bemessungsgrundlage dient. Aus Gründen der Einfachheit sind in der Praxis, vor allem bei nicht publizitätspflichtigen Unternehmen, Handels- und Steuerbilanz identisch (Einheitsbilanz).</p>
Stille Rücklagen	<p>Stille Rücklagen sind Teile des Eigenkapitals, deren Höhe aus der Bilanz nicht ersichtlich ist. Stille Reserven ergeben sich aus der Differenz zwischen den Buchwerten und den tatsächlich höheren Werten bei den Aktiva bzw. niedrigeren Werten bei den Passiva. Angemessene stille Reserven verleihen dem Unternehmen Widerstandskraft. Dagegen stehen stille Reserven auch im Dienst der Gewinnregulierung → Schwächung des Vertrauens von Gläubigern und Öffentlichkeit.</p>
Überlieger	<p>Klinikum; hierbei handelt es sich um Patienten, deren Behandlung als Fallpauschale in 2009 noch nicht abgeschlossen war.</p>
Umlaufvermögen	<p>Gegenstände des Umlaufvermögens verbleiben in ihrer ursprünglichen oder verarbeiteten Form nur kurze Zeit im Unternehmen. Ausgewiesen auf der Aktivseite der Bilanz werden Vorräte, Forderungen, Wertpapiere und liquide Mittel.</p>
Umsatz	<p>Ist der wertmäßige Ausdruck für die am Markt abgesetzten Produkte. Der Umsatz ist gleich der verkauften/abgesetzten Menge multipliziert mit dem pro Einheit erhaltenen Verkaufs-/Absatzpreis.</p>
Unbundling	<p>VBB; organisatorische Trennung von Netz und Vertrieb in der Strom- und Gasversorgung</p>
Verlustrück(-vor)trag	<p>Ist die Möglichkeit des steuerlich wirksamen Verlustausgleichs. Verluste des entsprechenden Abrechnungszeitraums können mit steuerpflichtigen Gewinnen aus Vorperioden (max. zwei) verrechnet bzw. auf unbegrenzte Zeit vorgetragen werden, damit die Verrechnung mit zukünftig möglichen Gewinnen erfolgen kann. Dies bietet die gesetzlich zulässige Möglichkeit, gezahlte Steuern zurückzuerhalten bzw. die zukünftig mögliche Steuerschuld zu mindern.</p>
Wirtschaftsplan	<p>Er ist ein individuelles Instrument der Unternehmen. Der Wirtschaftsplan ist die gedankliche Vorwegnahme und aktive Gestaltung zukünftiger Ereignisse mit dem Ziel der Reduktion von Unsicherheit. Er stellt i.d.R. die zahlenmäßige Entwicklung des Unternehmens, unter Berücksichtigung des Ist-Zustandes, der individuellen Ziele, der Voraussetzungen und angenommenen Entwicklungen des Umfelds dar. Einbezogen werden die zu erwartenden Erträge und Aufwendungen sowie die geplanten Investitionen und deren Finanzierung.</p> <p>Der Wirtschaftsplan entspringt keiner gesetzlichen Regelung (kann jedoch Grundlage für den Lagebericht sein). Ausnahme bilden die Eigenbetriebe und Beteiligungen der Kommunen. Der Wirtschaftsplan ist Bestandteil des Haushalts und von den Gremien zu genehmigen</p>

Formeln und Definitionen der Kennzahlen

Kennzahl	Formel	Definition der einzelnen Kennziffern
Anlagenintensität	$\frac{AV \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	<p><u>Anlagevermögen</u>: Zum Anlagevermögen gehören nach § 247 Abs. 2 HGB nur die Gegenstände, die bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen; für Kapitalgesellschaften besteht gemäß § 266 Abs. 2 HGB eine detaillierte Aufgliederungspflicht</p> <p><u>Bilanzsumme</u>: Die Bilanzsumme ist der Betrag, der sich ergibt, wenn in einer Bilanz sämtliche Aktiva (Gesamtvermögen) oder sämtliche Passiva (Gesamtkapital) addiert werden.</p>
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	<p><u>Eigenkapital</u>: § 272 Abs.1-4 HGB (ohne anteilige SOPO) i.V.m. § 266 Abs. 3 HGB, Zum Eigenkapital zählen jene Mittel, die von den Eigentümern einer Unternehmung zu deren Finanzierung aufgebracht oder als erwirtschafteter Gewinn im Unternehmen belassen wurden.</p> <p><u>Bilanzsumme</u>: siehe oben</p>
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	aus Bilanz	<p>Ist das bilanzielle Eigenkapital der Gesellschaft durch im abgelaufenen Geschäftsjahr oder in vorangegangenen Jahren angesammelte Verluste aufgebraucht und ergibt sich ein Überschuss der Passiva über die Aktiva der Bilanz, so ist gem. § 268 Abs. 3 HGB als letzte Position auf der Aktivseite der Fehlbetrag unter der Bezeichnung "Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag" auszuweisen. In diesem Fall liegt eine bilanzielle Überschuldung vor, was die Pflicht zur Prüfung einer tatsächlichen Überschuldung (Überschuldungsbilanz) nach sich zieht (eventuell Eröffnung eines Insolvenzverfahrens).</p>
Anlagendeckungsgrad II	$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{langfr. Fremdkapital}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$	<p><u>Eigenkapital</u>: siehe oben</p> <p><u>Fremdkapital</u>: Zum Fremdkapital zählen die in der Bilanz ausgewiesenen Schulden der Unternehmung, d.h. Verbindlichkeiten und Rückstellungen mit Verbindlichkeitscharakter gegenüber Dritten, welche der Finanzierung des Unternehmensvermögens dienen und rechtlich entstanden oder wirtschaftlich verursacht sind; für Kapitalgesellschaften besteht gemäß § 266 Abs. 3 HGB eine detaillierte Aufgliederungspflicht.</p>

		<p><u>Langfristiges Fremdkapital</u> steht dem Unternehmen länger als 5 Jahre zur Verfügung.</p> <p><u>Anlagevermögen</u>: siehe oben</p>
Zinsaufwandsquote	$\frac{\text{Zinsaufwand} \times 100}{\text{Umsatz}}$	<p><u>Zinsaufwand</u>: Position „Zinsen und ähnliche Aufwendungen“, § 275 Abs. 2 Nr. 13 HGB</p> <p><u>Umsatz</u>: siehe oben</p>
Liquidität 3. Grades	$\frac{\text{Umlaufverm.} \times 100}{\text{kurzfr. Fremdkapital}}$	<p><u>Umlaufvermögen</u>: Kurz- und mittelfristige Vermögensgegenstände eines Unternehmens; Kassenbestand, Bankguthaben, Forderungen und Vorräte werden im Umlaufvermögen (§ 266 Abs. 2 HGB) erfasst.</p> <p><u>Fremdkapital</u>: siehe oben</p> <p><u>Kurzfristiges Fremdkapital</u>: Zum kurzfristigen Fremdkapital im Sinne dieses Rundschreibens zählen vereinfacht alle Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr gemäß § 266 Abs. 3 HGB i.V.m. § 268 Abs. 5 HGB, die Steuerrückstellungen (§ 266 Abs. 3 HGB), die sonstigen Rückstellungen (§ 266 Abs. 3 HGB) sowie die passiven Rechnungsabgrenzungsposten (§ 266 Abs. 3 HGB).</p> <p>Als Formel ergibt sich somit:</p> <p>Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr + Steuerrückstellungen + sonstige Rückstellungen + passive Rechnungsabgrenzungsposten = kurzfristiges Fremdkapital</p> <p><u>Verbindlichkeiten</u>: Verbindlichkeiten zählen zu den Schulden und sind im Gegensatz zu den Rückstellungen prinzipiell dem Grunde und der Höhe nach gewiss. Für Verbindlichkeiten besteht gemäß §§ 242 und 246 HGB Passivierungspflicht, sie sind in der Bilanzgliederung von Kapitalgesellschaften im § 266 Abs. 3 HGB unter C der Passivseite aufgeführt.</p>
Cashflow	<p>Jahresergebnis + Abschreibungen + /- Zun./ Abn. der langfristigen Rückstellungen + außerordentliche Aufwendungen - außerordentliche Erträge = Cashflow</p>	<p>Der Cashflow zeigt den Zahlungsmittelüberschuss der Periode und stellt den um nicht zahlungswirksame Erträge und Aufwendungen – welche nicht in derselben Periode zu Einnahmen bzw. Ausgaben führen - bereinigten Geschäftserfolg dar.</p> <p>Der Cashflow soll hier lediglich mit Hilfe der sog. „Praktikerformel“ ermittelt werden. Da bei außerordentlichen Aufwendungen/ Erträgen nicht erkennbar ist, in welchem Umfang sie zahlungswirksam sind, werden sie aus Vorsichtsgründen eliminiert.</p>

Gesamtkapitalrentabilität	$\frac{(\text{Jahresüberschuss} + \text{Fremdkapitalzinsen})}{\text{Bilanzsumme}} \times 100$	<p><u>Jahresüberschuss</u>: § 275 Abs. 2 Nr. 20 HGB bzw. § 275 Abs. 3 Nr. 19 HGB</p> <p><u>Fremdkapitalzinsen</u>: unter § 275 Abs. 2 Nr.13 HGB bzw. § 275 Abs. 3 Nr. 12 HGB</p> <p><u>Bilanzsumme</u>: siehe oben</p>
Umsatz	aus GuV	§ 275 Abs. 2 Nr. 1 HGB bzw. § 275 Abs. 3 Nr. 1 HGB, § 277 Abs. 1 HGB (Vorschriften zu einzelnen Posten der GuV, Umsatzerlöse)
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	aus GuV	<u>Jahresüberschuss/-fehlbetrag</u> : siehe oben
Personalaufwandsquote	$\frac{\text{Personalaufw.}}{\text{Umsatz}} \times 100$	<p><u>Personalaufwand</u>: § 275 Abs. 2 Nr. 6 HGB</p> <p>Neben den Löhnen und Gehältern sind in den Personalaufwand die sozialen Abgaben sowie der Aufwand für Altersversorgung einzubeziehen. Bei der Anwendung des Umsatzkostenverfahrens (§ 275 Abs. 3 HGB) ist im Anhang des Jahresabschlusses gemäß § 285 Nr. 8 b HGB der Personalaufwand gegliedert nach § 275 Abs. 2 Nr. 6 HGB anzugeben.</p> <p>Im Konzernanhang ist ebenfalls der Personalaufwand auszuweisen (§ 314 Abs. 1 Nr. 4 HGB).</p> <p><u>Umsatz</u>: siehe oben</p>
Anzahl der Mitarbeiter	im Berichtsjahr durchschnittlich beschäftigtes Personal	